

Golfkrieg:

Der Milliarden-Betrug der USA an Bonn

Nach Bonns Steuerlüge nun die Asyllüge – die Ausländer-Zahlen steigen immer weiter

Geheimdienste:

Der KGB verkauft Moskaus Staatsgeheimnisse

Neue Weltordnung:

Transatlantische Verbrechen in Europa

Großbritannien:

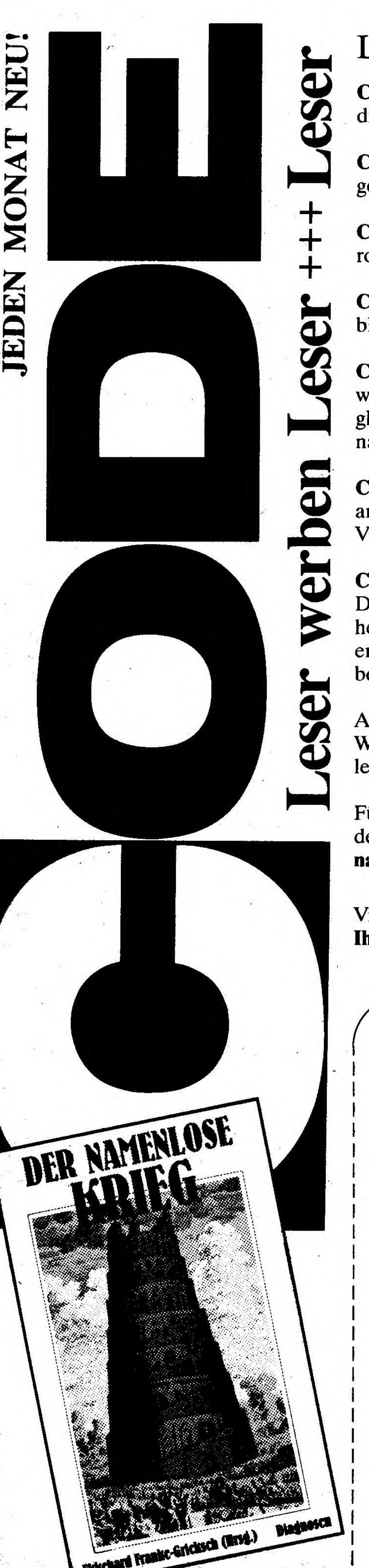
Der Islam pocht an die Tür

Zionismus:

Der Mossad und die Bibel

Presse:

Heimliche Allianz der »ZEIT« mit der Bilderberg-Clique



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

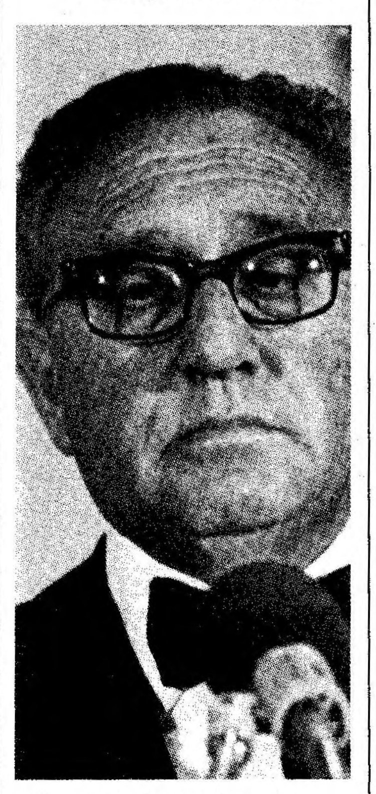


Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland

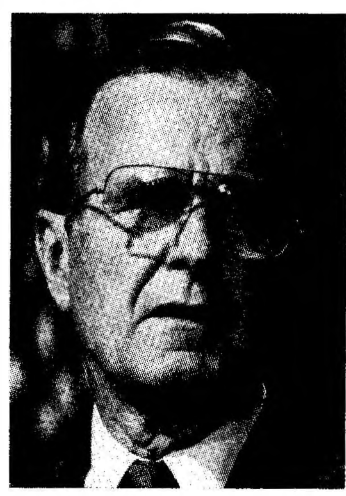
Finanzen

Internationales



Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister und Mitglied der Bilderberger, begrüßt die Fortschritte in Richtung auf eine »Neue Weltordnung«.

6. Jahrgang Nr. 3 März 1992



US-Präsident George Bush ist eher besorgt als begeistert über die Öffnung sowjetischer Archive, da es Washington in peinliche Verlegenheit bringen könnte.



Ist der US-Präsident John F. Kennedy mit Wissen und mit indirekter Hilfe des CIA ermordet worden?

Naher Osten

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Keine Asylhilfe durch Schengener Abkommen

Das Schengener Abkommen, in dem auch geregelt wurde, daß ein Asylbewerber, der in einem EG-Land bereits abgelehnt wurde, in einem anderen nicht erneut Asyl beantragen kann, ist für Deutschland in dieser Beziehung nicht bindend. Dadurch, daß das Asylrecht nach wie vor in Artikel 16 des Grundgesetzes verankert ist, wird der betreffende Passus im Schengener Abkommen für Deutschland hinfällig.

Wie Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) jetzt mitteilte, muß die Bundesrepublik auch weiterhin Bewerbern ein Bleiberecht geben, für die eigentlich andere Schengen-Staaten zuständig seien. Dagegen würde eine mit einer Grundgesetzänderung verbundene Ratifizierung des Schengener Abkommens Deutschland mit einer »Außenhaut« anderer Staaten umgeben, die den größten Teil der sich derzeit in der Bundesrepublik meldenden Asylanten aufnehmen müßten. □

Bunker werden verkauft

Die Bundesregierung hat jetzt Grundstücke mit ehemaligen Bunkern des Zweiten Weltkriegs zum Kauf freigegeben. Danach können Städte und Gemeinden diese kaufen und für öffentliche Zwecke nutzen. Die bundeseigenen Bunkergrundstücke würden freigegeben, hieß es weiter, wenn Länder, Gemeinden oder Körperschaften des öffentlichen Rechts auf diesen Grundstücken Gebäude errichten wollten, »die humanitären, sozialen oder sonstigen gemeinschaftsförderlichen Zwecken im weiteren Sinne dienen«, erklärte das Bundesinnenministerium.

Die Bundesregierung tut damit so, als ob der himmlische Frieden auf Erden eingekehrt sei. Gerade angesichts der derzeitigen sehr labilen Lage in der ehemaligen Sowjetunion und dem Vordrang fanatischer islamischer Fundamentalisten ist es unverantwortlich, den in Deutschland ohnehin schon sehr geringen Bestand an Bunkern, der gerade einmal wenige Prozente der Bevölkerung umfaßt, noch weiter zu verkleinern.

Vielmehr wäre es viel sinnvoller, gemischt nutzbare Schutzräume zu schaffen. Gerade in den Innenstädten gibt es heute kaum Schutzräume und viel zu wenig Parkraum. Sinnvoll wäre es dann, unterirdische Parkhäuser zu bauen, die im Falle eines hoffentlich nie eintretenden Falles dann gleichzeitig auch als Schutzräume benutzt werden könnten. Damit wären dann aber »zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen«. Was die Bundesregierung jetzt vorhat, ist in höchstem Maße verantwortungslos, vor allem auch im Hinblick auf kommende Generationen. Denn niemand kann heute vorhersagen, was in 100 oder 150 Jahren sein wird. □

Absprachen bei Stahltarifkonflikt

Heiße Gerüchte über angebliche Absprachen bei dem Tarifkonflikt für die rund 135 000 Beschäftigten der nordwestdeutschen Stahlindustrie machen derzeit in Wirtschaftskreisen die Runde. Seltsam mutet dabei vor allem an, daß die Einigung in der Nacht von Sonntag auf Montag (2. auf 3. Februar 1992) zustande kam und Leute hieran beteiligt waren, die noch in den Sonntagszeitungen fast genau das Gegenteil von dem erklärten, was dann tatsächlich abgeschlossen wurde.

Seltsam mutet es vielen auch an, daß bereits seit Anfang Januar Gerüchte aus England kamen, die von einer Einigung »in letzter Sekunde« bei 5,9 Prozent plus möglicher substantieller Zugeständnisse sprachen – zeitweise war auch von 6,4 Prozent zu hören; beides Zahlen, die jetzt in der Einigung auftauchen –.

Und so kam es dann auch. Der Kompromiß sieht eine Erhöhung der Einkommen um 5,9 Prozent vor sowie eine Einmalzahlung von 175 Mark und die Erhöhung der Ecklöhne um 16 Pfennig je Stunde für die beiden letzten Monate des am 31. Oktober dieses Jahres endenden Tarifvertrags. Die Anhebung der Ecklöhne auf 15,42 Mark ab dem 1. November 1992 betrifft dabei bereits die kommende Tarifrunde und hat damit keinerlei Einfluß auf das Gesamtvolumen der jetzigen Tarifrunde.

Mit diesem Abschluß haben beide Seiten ihr Ziel erreicht. Während die IG Metall jetzt von einem Abschluß mit einem Gesamtvolumen von über sechs Prozent erzählen kann, sind die Arbeitgeber unterhalb der »Sechs vor dem Komma« geblieben. Da aber diese Einigung für die deutsche Stahlindustrie »nur sehr schwer verträglich« sei, schürten sie das Pferd am Zopfe und erklärten, noch bevor die Tarifeinigung von den Arbeitnehmern abgesegnet war – was geschehen muß, wenn vorher, wie diesmal, bei einer Urabstimmung für einen Streik votiert wurde –, Entlassungen vornehmen zu wollen.

Dieser Abschluß liegt sicherlich an der oberen Grenze des wirtschaftlich Gerechtfertigten, geht aber auch nicht darüber hinaus. Denn auch in den Bilanzen der Stahlunternehmen ist vieles in den Posten »Rückstellungen« oder in den wertmäßig nicht aufgeführten »Stillen Reserven« enthalten, so daß das Wehgeschrei jetzt nur der Begründung für Entlassungen gelten kann. Schließlich hat Thyssen-Chef Kriwet selber massiv an der Einigung mitgearbeitet, obwohl selbst der Vorstandsvorsitzende der Thyssen Stahl AG erklärt hatte, ein Streik sei noch immer billiger als zu hohe Tarifabschlüsse.

Auffällig ist auch, daß die Einigung kurz nach Bekanntwerden der Urabstimmungsergebnisse zustande kam. Dabei war von vorneherein klar, daß sich eine überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für einen Streik aussprechen würde. Und so kam es dann auch. Bei der IG Metall sprachen sich 86,8 Prozent und bei der DAG 86,2 Prozent für einen Streik aus. Auch lag das Angebot der Arbeitgeber mit 5,7 Prozent und der dann tatsächliche Abschluß nicht so weit auseinander, als daß man unbedingt das Urabstimmungsergebnis mit all seinen negativen Folgen für das Vertrauen in die Wirtschaft hätte abwarten müssen. Ganz abgesehen davon, was die Zeit, die die Gewerkschafter an den Urabstimmungen und Protestaktionen verbrachten, kostete.

Mit dem Druck des Urabstimmungsergebnisses ließ sich denn aber ein Abschluß durchsetzen, der es den Unternehmen ermöglicht, wie auch sofort angekündigt, Entlassungen vorzunehmen. Alleine dadurch werden die 0,2 bis 0,3 Prozent tatsächliche Mehrkosten wieder aufgefangen. Die Verschärfung des Tarifkonflikts und der drohende Streik hatten daneben den für die Stahlunternehmen positiven Nebeneffekt, daß sich die Stahlverbrauchende Industrie blitzschnell mit Stahl eindeckte.

In letzter Zeit hatten diese ihre Lagerbestände nämlich drastisch zurükgefahren und, wenn überhaupt, dann nur noch für wenige Tage Stahl am Lager gehabt. Da ein längerer Streik dann aber zu einem Stillstand der Produktion geführt hätte, orderten die betreffenden Firmen in den letzten Januartagen größere Mengen Stahl. Dadurch konnte dann aber wiederum die Stahlindustrie einen großen Teil ihrer Lagerbestände abbauen, die sie sonst noch monatelang hätte vor sich hinschieben müssen.

Wenn man sich die Begleitumstände dieses Tarifkonflikts anschaut und das Ergebnis dann sieht, dann kommt man nicht um die Erkenntnis herum, daß es nur Sieger, aber keinen Verlierer gibt.

Zu kritisieren ist allerdings das Verhalten des DGB und der IG Metall in einem anderen Punkt. Während der Tarifverhandlungen war von ihnen stets erklärt worden, es handele sich hierbei noch um einen Tarifkonflikt aus dem Jahr 1991, der keinerlei Auswirkungen auf die Tarifrunde dieses Jahres habe. DGB-Vorsitzender Meier erklärte auf dem Neujahrsempfang seiner Organisation auf

die Frage eines Journalisten, ob ein Abschluß von 5,7 Prozent, der den Lebensstandard der Arbeitnehmer 1992 sichere, angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage nicht ausreichend sei, dieses könne er nicht akzeptieren, da es hierbei um das Jahr 1991 gehe.

Nun aber, kaum ist die Tinte unter dem Abschluß trocken, verkünden hochrangige Gewerkschaftler und Steinkühler, der Abschluß habe Signalwirkung für alle Tarifrunden des Jahres 1992. Genau das Gegenteil also von dem, was nur wenige Wochen zuvor in der Öffentlichkeit verbreitet wurde. Hier muß man sich doch fragen, für wie seriös kann man eine derartige Institution wie den Deutschen Gewerkschaftsbund halten, der sich so verhält. □

Massive Kritik am Auswärtigen Amt wegen Libanon-Geiseln

Mit ungewöhnlich scharfen Worten hat kürzlich das angesehene Bonner Institut für Terrorismusforschung das Auswärtige Amt wegen seines Verhaltens bezüglich bei beiden noch immer im Libanon festgehaltenen deutschen Geiseln Heinrich Strübig und Thomas Kemptner kritisiert.

Danach bestehe so lange keine wirkliche Hoffnung auf die Freilassung der beiden Deutschen, bis die Bundesregierung zumindest einen der beiden in Deutschland einsitzenden Hamadi-Brüder freiläßt. Kemptner und Strübig seien bislang auch deshalb noch nicht freigekommen, weil Abdul Hadi Hamadi, der Sicherheitschef der Hisbollah, »mehrfach über das Schicksal seiner Brüder Mohammed und Abbas belogen wurde«. Der Chef des Hamadi-Clans, in dessen Gewalt sich die beiden Geiseln befänden, glaube inzwischen »an kein deutsches Versprechen mehr«.

Da auch den deutschen Versprechen nicht mehr geglaubt werde, die Hamadi-Brüder kämen nach Entlassung der beiden Geiseln »in absehbarer Zeit« frei, werde nun in Bonn über eine Reduzierung der Haftstrafen der beiden Hamadis diskutiert. Dagegen hätten jedoch die USA »ihr entschiedenes Veto« eingelegt, heißt es in der Instituts-Erklärung weiter. Begründet wurde dies damit, daß die Bundesrepublik seinerzeit darauf bestanden hatte, den Flugzeugentführer und Mörder Mohammed Hamadi nicht an die USA auszuliefern, sondern selbst abzuurteilen – er bekam damals eine lebenslange Haftstrafe –.

Danach habe es beim Auswärtigen Amt »eine Kette von Fehlern und falschen Entscheidungen« gegeben. So seien zum Beispiel »deutsche Libanon-Reisende nicht gewarnt« worden. Dabei habe vor allem das Auswärtige Amt »Pannen des Krisenstabes« vertuscht. Angedeutet werden in dem Bericht »eigenmächtige Aktionen« der Unternehmen Siemens und Hoechst im Fall der Geiseln Cordes und Schmidt, die Einschaltung eines »dubiosen« Privatdetektivs und »libanesischen Halbweltfiguren«, Zugeständnisse an Teheran sowie Millionenzahlungen für die Freilassung von Cordes und Schmidt, denen das Außenamt »einen Maulkorb verpaßt« habe. Eine Freilassung der Hamadi-Brüder wird in dem Bericht als »unvereinbar mit rechtsstaatlichen und politischen Grundsätzen« und als »schwerer Eingriff in die Terrorismusbekämpfung« gewertet. Beide Hamadi-Brüder seinen »unverbesserliche Fanatiker und Überzeugungstäter, die bei der erstbesten Gelegenheit wieder morden und bomben würden«. □

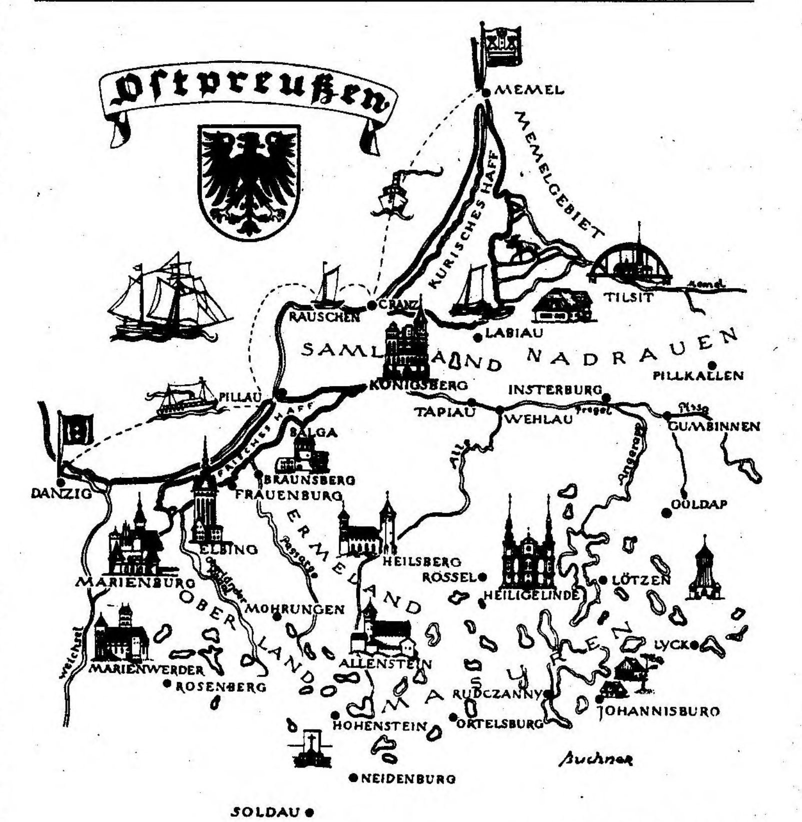
Staatsanwaltschaft fordert neuen NS-Prozeß

Während der Historiker Golo Mann fordert, alle Stasi-Akten zu verbrennen, um dadurch einen vernünftigen Neuanfang West- und Mitteldeutschlands zu ermöglichen, soll dies für NS-Akten anscheinend nicht gelten. Denn die Staatsanwaltschaft Hannover hat jetzt angekündigt, gegen die Einstellung des NS-Verfahrens gegen den früheren SS-Rottenführer Heinrich Niemer Beschwerde einzulegen. Das Gericht hatte den 69jährigen für verhandlungsunfähig erklärt. Dies wird von der Anklagevertretung aber abgelehnt. Dem kranken Greis wird vorgeworfen, 1945 bei den Evakuierung des Auschwitz-Nebenlagers Janina-Grube jüdische Häftlinge erschossen zu haben. □

Unterlassungen zur Wannsee-Konferenz

In den vergangenen Wochen waren die Medien voll vom 50. Jahrestag der Konferenz in der Wannsee-Villa, in der jetzt die erste zentrale deutsche Gedenkstätte zum Holocaust eröffnet wurde. Begleitet wurde dieser Jahrestag mit jeder Menge Zeitungs-, Zeitschriften- und Illustriertenartikel sowie sehr vieler Fernsehsendungen, darunter auch Diskussionen. Hieran nahmen viele wichtig aussehende Hinstoriker, darunter natürlich Jäckel teil, die sich alle mehr oder weniger in ihren Aussagen bestätigten, kontroverse Ansichten aber von vorneherein ausschlossen.
Immer wieder wurde in diesen Berichten und Sendungen auf das Wannsee-Protokoll verwiesen und es als Beweis für den Holocaust an den Juden zitiert. Nicht in einer Sendung wurde aber darauf hingewiesen, daß es sich bei dem vielzitierten Wannsee-Protokoll nicht um eines der angeblich 30 Originale handelte, sondern lediglich um die angebliche wörtliche Abschrift des Protokolls Nummer 16. Die Originalprotokolle sind aber bis heute verschwunden und bislang nirgends auch nur in einzelnen Seiten wieder aufgetaucht.

Wenn die etablierten Historiker schon der Meinung sind, daß es sich bei der Abschrift des Wannsee-Protokolls wirklich um eine wörtliche Abschrift handelt und es ihrer Meinung nach hierbei keine Zwiefel gibt, schön und gut. Nur sollte es doch die wissenschaftliche Wahrheit verlangen, dann auch darauf hinzuweisen, daß es kein Original, sondern nur noch eine Abschrift gibt. Hiervon war aber nicht ein einziges Wort zu hören. Dadurch schaffen aber gerade diese Historiker selber die Basis für Meinungen, daß es sich bei der Abschrift gar nicht um ein wirkliches Protokoll, sondern um eine – zumindest in Teilen – erfundene Abschrift handelt. □



Deutschland

Die entnationalisierte Nation

Emil Schlee

Der Ruf nach »geistiger Wende« ist ein Verlangen nach Überwindung der menschenunwürdigen Umerziehung des deutschen Volkes, nach Selbstbestimmung im weiten Sinne des Wortes.

Die Verbiegung des Charakters des deutschen Volkes als feindpolitisches Ziel setzte bei der Beeinflussung seines Willens des Einzelnen und des ganzen Volkes an. Es ging um die Manipulation des Willens, im gegebenen Fall auch um die Schwächung des Selbstbehauptungswillens des Volkes. Hier muß auch der »Gegenzug« ansetzen. Aus gefestigtem Geschichtsbewußtsein, Rechtsbewußtsein, Volksbewußtsein, Familiensinn, Nationalbewußtsein muß wieder ein Selbstbewußtsein erwachsen, ohne das es für den Einzelnen und für das Volk kein Überleben geben kann. Kriminalität, Drogensucht, Haltungsverlust, Identitätsmangel und Zukunftsangst sowie Pessimismus sind Folgen eines Kulturverfalls, der auch durch Maßnahmen der »Umerziehung« herbeigeführt wurde. Hier muß ein neuer Überlebenswille aufgebaut werden.

Der Wille ist das Vermögen des Menschen

Vergegenwärtigen wir uns: Der Wille ist das Vermögen des Menschen, sich bewußt ein Ziel zu setzen. In freier Entscheidung an diesem Ziel festzuhalten und alle eigenen Kräfte für die Erreichnung dieses Zieles einzusetzen. Diese Willensentscheidung für ein Ziel setzt voraus, daß der Mensch vom Wert dieses Zieles für seine Selbstverwirklichung überzeugt ist. Diese Grunderkenntnis müssen wir in die politische Tat umsetzen.

Um die Bedeutung des Willens nochmals zu verdeutlichen, sei folgender »Lehrsatz« aufgestellt: »Ein Volk ist eine Abstammungs-, Kultur- und Sprachgemeinschaft und wird durch den Willen zu gemeinsamer Staatlichkeit zur Nation.«

Ein Volk ist also eine Gemeinschaft, in die man hineingeboren wird, eine Nation ist eine Willensgemeinschaft, die in einem eigenen Staat leben will. Unsere Kernfrage ist also, ob unser mehrfach auseinandergerissenes Volk als Abstammungs-, Kultur- und Sprachgemeinschaft, territorial mehrfach geteilt und abgeteilt, noch eine starke Willensgemeinschaft und damit eine deutsche Nation geblieben ist, die sich bewußt zum Ziel gesetzt hat, Deutschland in allen seinen Teilen wieder zum gemeinsamen Staat zusammenzufügen, an diesem Ziel auch festhält und alle eigenen Kräfte für die Errichtung dieses Zieles einsetzt. Hier beginnt die Aufgabe, Erbe und Auftrag zu übernehmen.

Die zentrale Bedeutung des Willens ist unverkennbar. Es wird aber auch deutlich, warum hier seit 1945 im Zuge der Umerziehung der Wille nichtendenwollenden Ein- und Angriffen ausgesetzt war und warum jeder noch normal-national denkende Deutsche heute die Pflicht empfindet, der weiteren Zerstörung des Selbstbewußtseins und des Willens zur staatlichen Einheit mit allen Kräften zu begegnen.

Doch ein Umerziehungsprogramm im Sinne der Verdrängung der deutschen Frage in Schulen und Hochschulen, in Verwaltungen und Parlamenten, in den Medien und in der Politik, in den Verbänden und selbst in der Bundeswehr hat die »Entnationalisierung« zur Staatsräson erhoben. Die allmähliche und verdeckte Herbeiführung des »vaterlandslosen Zustandes« im Wissen und Denken, im Fühlen und Handeln bei der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, bei den meisten politischen Parteien, aber vor allem in der jungen Generation stellt eine Meisterleistung der politischen Desinformation durch Kräfte des In- und Auslandes zur Schwächung des nationalen politischen Willens der Deutschen dar, »die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«.

Man kann heute ohne Einschränkung sagen, daß sich an der deutschen Frage künftig die Geister scheiden werden. An der Behandlung der deutschen Frage, am Umgang mit der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland, kann man sehen, wie notwendig auch auf diesem Gebiet eine »geistige Wende« ist, daß sie aber bis heute nicht stattgefunden hat, weil es in der Bundesrepublik Deutschland keine geistig-politische Führung gibt.

Professor Emil Schlee, Mitglied des Europäischen Parlaments: »Die junge Generation braucht wieder Ideale.«

Die Geduld des deutschen Michels

Man darf gespannt sein, wieviel Wahlniederlagen die Regierungsparteien in Bonn noch hinnehmen müssen, bis sie begriffen haben, daß man mit einer in vielen Bereichen vaterlandslosen Deutschlandpolitik keine Wahlen mehr gewinnen kann.

Auch die Oppositionsparteien werden es noch zu spüren bekommen, daß mit Grundgesetz-Präambel-Änderungsbeschlüssen ebenfalls keine Wahlerfolge zu erreichen sind. Man macht auch aus Kommunisten, denen man anbietet, Bundestagssitze auszuprobieren, noch keine demokratischen Parlamentarier. Die Geduld des »deutschen Michel« geht langsam zu Ende. Die Warnzeichen in den Wahlergebnissen der letzten Zeit sind unübersehbar. Schon gibt es Stimmen, die eine völlige Veränderung in der Parteienlandschaft fordern. So wie bisher kann es nicht mehr weitergehen, denn es geht letztlich immer wieder um Deutschland!

Die Nation hat ein Recht auf Wahrheit

In richtiger Erkenntnis der geschilderten Lage und der Bedeutung des Willens der jungen Generation für Deutschlands Einheit und Zukunft erklärte »Der ständige Rat der Ostdeutschen Landmannschaften« bereits am 25. Februar 1978 auf seiner Tagung in Berlin:
»Deutschlands Einheit ist der Auftrag auch an die nächste Generation. Der Wille und die Fähigkeit der nächsten Generation, die Überwindung der Teilung zum Inhalt freiheitlicher Politik zu machen und die Einheit des Vaterlandes als Erbe und Auftrag auf sich zu nehmen, werden über Deutschlands Zukunft entscheiden.«

Und was der damalige Erzbischof Wojtyla, der heutige Papst, 1978 in einer Predigt in Tschenstochau seinen polnischen Landsleuten zurief, muß der Wahrheit wegen auch für uns Deutsche gelten: »Die Nation hat ein Recht auf Wahrheit über sich selber. Wir werden nicht gestatten, daß die Vergangenheit aus unseren Seelen gerissen wird. Wir wollen, daß unsere Jugend die volle Wahrheit über die Geschichte unserer Nation erfährt... Die Nation hat das Recht, diese Wahrheit von allen jenen zu erwarten, die für die Erziehung verantwortlich sind. Man kann die Zukunft nur auf dem Fundament der Wahrheit aufbauen.«

Die Aktualität der deutschen Frage in unserer Zeit ist offenkundig. Die Annahme, diese deutsche Frage erledige sich biologisch von allein, hat sich nicht bestätigt. Für viele Politiker in Bonn ist die deutsche Frage ein lästiges Thema. Die oft zu »Experten« hochgejubelten Sprecher der politischen Parteien lassen meist schon in der Wortwahl erkennen, daß die sich mit dieser Frage gar nicht ernsthaft befaßt haben. Sie sind des öfteren schlicht inkompetent. Kompetente Fraktionsvertreter werden hingegen ausgegrenzt, wie man es am Beispiel Herbert Hupka sah.

Die jungen Deutschen spüren mehr und mehr, daß sie desinformiert sind, beginnen zu begreifen, daß die deutsche Frage kein Generationsproblem, sondern eine Menschenrechts- und Freiheitsfrage ist, die jeden Deutschen angeht und mit der freiheitlichen Zukunft der Jugend zusammenhängt. Daher die Forderung nach korrekter Darstellung der deutschen Frage, nach verstärkter Förderung für Fahrten nach Ostdeutschland, weil das persönliche Erlebnis der Begegnung von Land und Leuten durch nichts zu ersetzen ist.

Sein Vaterland nicht verleugnen und seine Heimat nicht vergessen

So sehr auch die jungen Deutschen viel Hoffnung auf Europa gesetzt haben, ist ihnen aber auch durch viele Kontakte mit der Jugend in Europa bewußt geworden, daß ein guter Europäer seine Heimat nicht vergessen und sein Vaterland nicht verleugnen darf. Erst gute Briten, Franzosen und Deutsche können gute Europäer sein und werden.

Es wird auch bewußter, daß die Teilung Deutschlands auch Europa teilt, daß diese Teilung nicht Grundlage für eine friedliche Zukunft, für die Achtung der Menschenrechte oder für die Würde der Menschen sein kann. Die immer noch bestehende Teilung Deutschlands in die Bundesrepublik Deutschland und Ostdeutschland bleibt ein friedensgefährdender Krisenherd der Weltpolitik, der so schnell wie möglich beseitig werden muß. Die Wiedervereinigung Deutschlands mit Ostdeutschland ist zudem eine noch ungelöste Frage für alle Deutschen sowie eine Grundgesetzpflicht und für alle europäischen Völker eine Voraussetzung für die Einheit Europas als Vaterland der Vaterländer.

Wenn auch die europäischen Völker nicht alle Anstrengungen unternehmen, das deutsche Volk in seinen Bemühungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands tatkräftig zu unterstützen, wird es keine europäische Einheit und auch keine europäische Zukunft geben. Wenn das Herz Europas krank ist, kann Europa nicht gesund sein und auch nicht gesund werden. Von der Gesundheit Deutschlands und damit auch Europas hängt ebenfalls das Überleben der USA ab.

In der Machtverschiebung von Atlantik zum Pazifik spielen Deutschland als Ganzes und Europas als Vaterland der Vaterländer eine größere Rolle für die Zukunftschancen Amerikas, als dieses es sich vielleicht gegenwärtig vorstellen kann. Diese Bedeutungszusammenhänge können eine wichtige Motivation für mehr Akitivität in der Vereinigungspolitik für Deutschland und Europa sein.

Lassen wir abschließend noch einen anthropologischen Aspekt das Bild unserer Gedanken abrunden. Bekanntlich steht nach Aussagen aller politischen Parteien der Mensch immer im Mittelpunkt der Politik. »Erst der Mensch und dann die Sache« ist ein alter, wenn auch oft wenig beachteter Grundsatz. Denn wenn die Abstammungsgemeinschaft »Volk« nur als Willensgemeinschaft »Nation« den Staat der Deutschen für die Zukunft sichern kann, dann müssen wir unser Denken und Handeln mehr auf den einzelnen deutschen Menschen konzentrieren, denn der Mensch ist uns letztlich bei allen unseren Bemühungen Frage, Aufgabe und Antwort zugleich. Man könnte auch sagen, daß wir nur über die »Ganzheit des Menschen« zur »Einheit der Nation« und zur »Wiedervereinigungs ganz Deutschlands« gelangen können.

Das Vaterland als Ideal

Der gesunde, einsatzbereite, leistungsfähige, lebensfrohe und willensstarke Mensch wird als Staatsbürger eher in der Lage sein, seine Ideen, seine politischen Vorstellungen und Ziele auch praktisch durchzusetzen. Eine gute körperliche Kondition als Grundlage für die geistige Durchsetzung politischer Ziele der Demokratie birgt viele Vorteile und vergrößert die Erfolgschancen. Eduard Spranger hat das einmal so ausgedrückt: »Im Körperlichen ist das Seelische, das Geistige und auch das Sittliche vorgebildet... So nämlich, daß durch alle die genannten Zonen die Vitalenergien hindurchquellen. Die vitale, das heißt, die vom Körper ausstrahlende Kraft und Gesundheit steckt in jeder echt ästhetischen Leistung, in allem starken politischen Wollen, in jedem ernsthaften wissenschaftlichen Ringen.«

Sein Kollege Herman Nohl meinte ähnlich: »Aus dem Schwung und der Freiheit der körperlichen Bewegung, dem Kraftgefühl und der Sicherheit, die sie mit sich bringt, geht in alle unsere Gefühle und in unser Denken eine Frische, Helligkeit und Energie ein und in unserem Charakter eine Festigkeit und heitere Entschlossenheit, die die Quelle auch von Gott und Menschenfreundlichkeit sind.«

Ich will das Thema nicht vertiefen, doch sollten wir wissen, daß der Wille zur Durchsetzung politischer Ziele auch in der körperlichen Kraft und Kondition für die Demokratie seine Wurzeln hat.

Wir müssen der Entnationalisierung in allen Bereichen unseres politischen Lebens entschieden entgegentreten, denn nationales Bewußtsein ist eine Kraftquelle, die sich durch die europäische Geschichte und darin auch der deutschen Geschichte belebend ausgewirkt hat. Das gilt auch für unsere heutige Zeit.

Deutschland ist nicht verloren

Die junge Generation braucht wieder Ideale. Das Ideal des Vaterlandes, richtig verstanden im abendländischen Sinne gelebt, kann viel Kräfte entfalten helfen. Vaterland ist immer mit freiheitlicher Gesinnung und politischer Verantwortung verbunden. Wir dürfen uns nicht auch noch aus der Geschichte vertreiben lassen. Die Wiederherstellung der Einheit des gesamten Deutschlands als grundgesetzlich verankertes Friedensziel und im Zusammenwirken mit allen Europäern, die die Einheit Europas wollen, bleibt eine große Aufgabe, die die junge und die ältere Generation nur gemeinsam schaffen können. Einigkeit macht stark!

Bedenken wir dabei auch die folgende »indische Weisheit«:

»Ein kleiner Geist wägt, was ihn hindern kann, und furchtsam wagt er nicht ans Werk zu gehen. Das Hindernis bewegt den Durchschnittsmann, von dem, was er begonnen, abzusehen. Ein wahrhaft Großer aber läßt nicht nach das auszuführen, was er begonnen, ob sich auch Hindernisse tausendfach auftürmen, bis er den Erfolg gewonnen.«

Solange noch starke Herzen für Deutschland schlagen, ist Deutschand nicht verloren. □



Bonn

Nach der Steuerlüge nun die Asyllüge

Alfred König

»Der schönen Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.« Dieses schöne alte Sprichwort kennzeichnet genau das, was sich in der deutschen Asylpolitik seit vielen Jahren abspielt. Viele, viele Worte – doch keine Taten bei gleichzeitig weiter stark steigenden Asylantenzahlen. Jüngstes Beispiel hierfür ist das im Herbst des vergangenen Jahres abgegebene Versprechen, die Asylverfahren binnen kürzester Zeit auf nur noch sechs Wochen zu begrenzen.

Wie war es im Oktober 1991 noch großspurig von der Bundesregierung über alle Medien verbreitet worden? Im Allparteiengespräch sei darüber Einigung erzielt worden, daß alle laufenden Asylverfahren demnächst binnen sechs Wochen beendet sein sollen. Die hierfür notwendigen Vorbereitungen, wie etwa die Einrichtung von Sammellagern, würden sofort beginnen, so daß in Kürze mit der beabsichtigten Beschleunigung der Asylverfahren gerechnet werden könne.

Das war vor nunmehr sechs Monaten – und geschehen ist in dieser Zeit gar nichts. Ganz im Gegenteil! Im letzten Quartal des vergangenen Jahres nahm die Zahl der Asylbewerber sogar noch deutlicher zu als in den ersten drei Quartalen, selbst wenn dies offiziell mit dem Bürgerkrieg in Jugoslawien begründet wird.

Insgesamt beantragten nach jüngst veröffentlichten Zahlen des Bundesinnenministeriums 1991 256112 Personen Asyl in der Bundesrepublik. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 32,7 Prozent. Die Anerkennungsquote stieg im gleichen Zeitraum von 4,4 auf 6,9 Prozent.

Immer mehr dieser Leute kommen nach Angaben von Bundesinnenminister Seiters aus dem ehemaligen Ostblock nach Deutschland. Während der Anteil der Asiaten von 31,5 auf 19,8 Prozent gesunken sei, sei dieser Anteil von 52,6 auf 65,1 Prozent gestiegen. Die meisten Flüchtlinge, insgesamt 74854 Personen, sei dabei aus Jugoslawien gekommen. Dabei stellten 61 Prozent aller Asylbewerber in Europa ihren Antrag in Deutschland und nur 17 Prozent in Frankreich. Der Sozialstaat läßt grüßen!

Dabei steht zu befürchten, daß der Großteil dieser Jugoslawen sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten wird. Angesichts des dort herrschenden Bürgerkriegs sollte die vorübergehende Aufnahme der von dort geflüchteten Menschen eine Selbstverständlichkeit sein. Dabei muß allerdings die Frage gestattet sein, warum diese Personen nicht mit einem Schlüssel in der gesamten EG verteilt werden können; schließlich sind die EG-Staaten doch so stolz darauf, bald eine Einheit zu sein.

Wenngleich sicherlich ein Teil der nach hier geflüchteten Jugoslawen in ihre Heimat zurückkehren wird, wird der Rest sicherlich aus »humanitären Gründen« hier geduldet werden. Etwa mit den Argumenten »Die Häuser sind ja alle im Krieg zerstört worden«. Daß die deutschen Trümmerfrauen und die aus dem Krieg und Gefangenschaft zurückkehrenden deutschen Soldaten seinerzeit vor den gleichen Problemen standen, wird niemand fragen.

Die Zahlen steigen weiter

Angesichts der ersten vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, daß die Asylantenzahlen allen »Anstrengungen« der etablierten Parteien zum Trotz auch in diesem Jahr weiter steigen und erstmals die Marke von 300000 Personen überspringen werden. Und dies obwohl selbst Seiters sagte, die Aufnahmefähigkeit für die Bundesrepublik sei weitgehend erschöpft. Nur – ähnliches hat man seitens Unionspolitikern bereits vor zehn Jahren gehört.
Damit haben sich die Asylantenzahlen in Deutschland in nur einem Jahrzehnt vereinundzwanzigfacht. 1981 wurden noch 19700 Asylbewerber gezählt, und selbst 1989 waren es »nur« 121300, also mehr als eine Verdopplung innerhalb von nur 24 Monaten! Und der Trend ist weiter aufwärts gerichtet.

Doch zurück zur beabsichtigten »Verkürzung der Asylverfahren«. Obwohl bereits im Oktober die Schaffung von Sammellagern beschlossen wurde, haben auch noch nach sechs Monaten nicht alle Bundesländer die hierfür notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Zudem verzögert sich nach Angaben aus dem Bundesinnenministerium die Verabschiedung der notwendigen Gesetzesänderungen.

Hierzu hatte Seiters bereits Anfang Dezember den Fraktionen einen »Arbeitsentwurf« vorgelegt. Da nach Ansicht von Verfassungsjuristen beim Anerkennungsverfahren jedoch fast die gesamte Gesetzesmaterie geändert werden muß, sei mit einem Inkrafttreten der Neuregelung frühestens erst in den nächsten Wochen zu rechnen.

Die Fachleute bleiben skeptisch

Ein weiteres Problem stellen die sogenannten »Entscheider« dar, von denen etwa 500 benötigt werden. Diese sollen für die Bearbeitung der Verwaltungsverfahren zuständig sein. Während für diese Verfahren bislang die Länder zuständig waren, sollen diese künftig dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge übertragen werden, das hierfür aber dringend mehr Personal braucht.

Da das Amt eines Entscheiders einer richterlichen Position gleichkommt, kommen hierfür allerdings nur Beamte aus dem Bereich der Justiz mit hoher Qualifikation in Frage. In der Regel müssen diese Leute eine dreijährige Ausbildung an der Fachhochschule des Bundes vorweisen können. An diesen Leuten herrscht beim Bund und den Ländern aber ohnehin schon genug Mangel. Erschwerend kommt hinzu, daß Länder Justizbeamte nicht zwangsweise versetzen können. Für eine freiwillige Versetzung sollen jetzt »finanzielle Anreize« geschaffen werden.

Nach endlich drei Monaten trafen sich die Politiker dann immerhin ein zweites Mal in dieser für die deutsche Politik grundsätzlichen Frage. Innenausschuß-Vorsitzender Bernrath (SPD) äußerte dann auch direkt Zweifel an der Billigung des für die Verkürzung der Asylverfahren notwendigen Ausführungsgesetzes, sofern die SPD-Forderung nach kostenloser Nutzung ehemaliger Kasernen als Sammellager nicht erfüllt werden. Der CSU-Innenpolitiker Zeitlmann berichtete, das im Oktober versprochene Ziel der Verkürzung der Asylverfahren auf nur noch sechs Wochen werde inzwischen »von den Fachleuten allgemein skeptisch« beurteilt.

Die Grünen und Teile der SPD haben bereits entschiedenen Widerstand dagegen angekündigt, »den Artikel 16 des Grundgesetzes auszuhöhlen«. Deutschland sei heute de facto ein Einwanderungsland und soll dieses auch sein, heißt es aus diesen Kreisen. Wie man also sieht, sind den schönsten Worten mal wieder keine Taten gefolgt. Vielmehr ist alles beim alten geblieben. Daß hierdurch die Politverdrossenheit steigt, sollte eigentlich niemand mehr verwundern. Denn es ist doch nur normal, wenn sich der Bürger fragt: »Warum soll ich eine Partei wählen, die vorher viel verspricht, aber dann nichts tut.« □

Gewerkschaften auf Konfrontationskurs

Klaus Baader

Die Gewerkschaften, die in den vergangenen Jahren insgesamt durch eine wohltuende Zurückhaltung aufgefallen waren, sind seit einigen Monaten voll auf politischen Konfrontationskurs eingeschwenkt. Alle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vernunft wird beiseite geschoben und versucht, mit billigen »Argumenten« und dem Vergleichen von Äpfeln mit Birnen linkeste Politik zu machen.

Eines der klassischsten Beispiele ist die Lohnrunde für das Jahr 1992. So als ob sich Deutschland in Zeiten der Hochkonjunktur befinde, sind zweistellige Lohnforderungen die Regel. Ungeachtet der Tatsache, daß die Lohnstückkosten in Deutschland im internationalen Vergleich ohnehin schon zu den höchsten zählen, immer mehr deutsche Firmen Produktionsstandorte ins Ausland verlagern und immer weniger Niederlassungen ausländischer Firmen in Deutschland gegründet werden.

Banken und Versicherungen haben gut verdient

Sicherlich gibt es Branchen, wo hohe Lohnabschlüsse gerechtfertigt sind, etwa bei den Banken oder den Versicherungen. Angesichts der meist zweistelligen Ergebniszuwächse der deutschen Banken ist das Angebot der Bankarbeiter von fünf Prozent Einkommensverbesserung wirklich als absolut lächerlich zu bezeichnen. Ein Abschluß zwischen acht und zehn Prozent sowie Verbesserungen in der Arbeitsfrage wäre hier das mindeste.

Dies ändert aber nichts daran, daß es den meisten Branchen recht schlecht geht, sie zumindest an großen Problemen zu »knabbern« haben. Zum Teil sind die Gewinnrückgänge sicherlich auch auf die von vielen Firmen getätigten sehr hohen Investitionen in Mitteldeutschland zurückzuführen, die sich später irgendwann einmal – hoffentlich – in klingender Münze niederschlagen werden. Dennoch kann man nicht heute jemandem etwas aus der Tasche holen, das er erst morgen dort hineinbekommt.

Nehmen wir als Beispiel die deutsche Stahlindustrie. Dort hatten die Arbeitgeber für den Vorreiterbezirk Nordwestdeutschland Einkommensverbesserungen in einem Gesamtvolumen von 5,7 Prozent angeboten. Zudem waren sie noch bereit, den Ecklohn für die Lohnempfänger anzuheben, was für die Arbeiter nochmals mehr Geld und eine Angleichung an das Angestelltenniveau bedeutet hätte.

Angesichts der für dieses Jahr erwarteten Inflationsrate von rund vier Prozent und unter der Prämisse, daß der 7,5prozentige Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer wirklich Ende Juni wieder abgeschafft wird, hätte dies bedeutet, daß es zumindest zu einer Sicherung des Lebensstandards der Stahlarbeiter gekommen wäre. Wenn man berücksichtigt, welche Lasten besonders die Mitteldeutschen nach der (Teil-)Wiedervereinigung auf sich nehmen müssen, ist es beschämend, daß im westlichen Teil Deutschlands die Gewerkschaften nicht bereit sind, das ihre dazuzutun, zumal die Arbeitnehmer laut Umfrage hierzu bereit sind.

Dafür werden dann vom DGB aber Äpfel mit Birnen verglichen. So sagte DGB-Bundesvorsitzender Hein-Werner Meyer auf der Neujahrespressekonferenz seiner Organisation in Düsseldorf wörtlich: »In der Industrie zum Beispiel sind von 1982 bis 1989 die Bruttogewinne um 79 Prozent gestiegen, gleichzeitig ist die Beschäftigung um zwei Prozent gesunken.«

Das trickreiche Spiel mit Zahlen

Hier wird natürlich von Bruttogewinnen gesprochen, da es bei den Nettogewinnen nach Abzug der hohen deutschen Steuerlast gar nicht mehr so rosig aussieht. Verschwiegen wird auch, daß die Gewinnausweitung, ohne die im übrigen jetzt gar nicht die Investitionen in der ehemaligen DDR möglich gewesen wären, was zu einer noch längeren Zeitdauer für die Umstrukturierung geführt hätte, angesichts der hohen Lohnstückkosten überhaupt nur über Rationalisierung möglich war.

»Vergessen« wird auch, daß wenige Konzerne für den Großteil der Industriegewinne verantwortlich sind, während die Situation im Mittelstand ganz anders und viel weniger günstig aussieht. So wurde etwa bei der Stahltarifrunde auf die Super-Ergebnisse der großen Stahlkonzerne hingewiesen. Den mittelständischen Stahlunternehmen geht es dagegen zum Teil dreckig. Also sollte man entweder zu Firmentarifverträgen übergehen oder bei der Ansetzung der Tarifforderungen auch diese Unternehmen berücksichtigen.
Es ist das gleiche, wie die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Meldung, wonach jeder Bundesbürger durchschnittlich mehr als 40.000 Mark auf dem Sparbuch habe. Hierzu ein Beispiel: Alleine in Düsseldorf gibt es mehr als 1.000 Millionäre, darunter auch der Multimillionär Konrad Henkel. Schätzt man das gesamte Vermögen dieser über 1.000 Millionäre jetzt einmal konservativ auf sechs Milliarden Mark – wahrscheinlich sind es mehr –, so ziehen alleine diese Leute 150.000 Personen, die nichts auf dem Konto haben, statistisch mit nach oben. Genauso sieht es bei den Statistiken für die Unternehmensgewinne aus.

Ansatzpunkte für Kritik

Es wäre richtig, wenn der DGB der Bundesregierung Vorwürfe machen würde, ihre falsche Ausgabenpolitik führe zu nicht mehr tragbaren Belastungen für die Arbeitnehmer. Etwa durch die Milliarden-Zuschüsse an die USA, Frankreich und Großbritannien zum Golfkrieg, der bereits mehr als 100 Milliarden Mark ausmachenden Wiedergutmachungszahlungen an Israel, die Milliarden für Schein- und Wirtschaftsasylanten oder das Pumpen von zig Milliarden Mark in die frühere Sowjetunion.

Hierin liegen die eigentlichen Ansatzpunkte für die Kritik der Gewerkschaften. Nur hiervon hört man nichts vom DGB. Kritik an der Mehrwertsteuer ist richtig, aber vor allem weil sie die Ärmsten der Armen, nämlich viele Rentner und die Arbeitslosen besonders trifft. Bei etwas mehr Ausgabendisziplin wäre dies auch gar nicht vonnöten. Diese dann aber in einen unmittelbaren Zusammenhang der geplanten Unternehmenssteuerreform zu bringen, zeugt von der demagogischen Grundeinstellung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Gewerkschaften sind keine Parteien

Denn gerade angesichts des 1993 in Kraft tretenden Europäischen Binnenmarktes und der damit für deutsche Unternehmen verbundenen Möglichkeit, viel leichter als bisher im Ausland Niederlassungen zu eröffnen, müssen unbedingt die Unternehmenssteuern gesenkt werden, um ein massenhaftes Abwandern zu verhindern beziehungsweise ausländische Firmen Anreize zu bieten, in Deutschland zu investieren. Eins der besten Beispiele ist doch Philips, die ab dem Frühjahr das Service-Lager in Deutschland schlossen und Ersatzteile nur noch aus dem nahegelegenen Holland liefern. □

Deutscher Gewerkschaftsbund

Ausländerpolitik von Einseitigkeit bestimmt

Alfred König

Von einer an Einseitigkeit kaum noch zu überbietenden Blauäugigkeit ist die Ausländerpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bestimmt. Mit der Kampagne »Haß macht dumm« soll mit »Argumenten gegen Ausländerfeindlichkeit« vorgegangen werden. Die dazu gehörende achtseitige Broschüre versucht dabei mit Verzerrungen, Auslassungen und bei genauer Analyse als seltsam anmutenden Vergleichen die vielen Vorteile, die die Ausländer den Deutschen angeblich bringen, vorzustellen.

Unter der Überschrift »Wozu brauchen wir Ausländer?« schreibt der DGB: »Im kleinen läßt sich diese These (Deutschland braucht Ausländer, weil sonst die Wirtschaft zusammenbrechen würde, die Redaktion.) am Beispiel der Stadt Düsseldorf erläutern. Sollten 75 Prozent der Ausländer binnen zwei bis drei Jahren die Stadt verlassen, hätte die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Lohnsteuereinbußen von rund 10,6 Millionen Mark, Verluste bei der Rentenversicherung von rund 16,8 Millionen Mark und einen Kaufkraftverlust von rund 50 Millionen Mark zu erwarten.

Es geht um den Mißbrauch des Asylrechts

Zudem käme es im Bauhauptgewerbe, im Tiefbau, in den Krankenhäusern und Pflegeheimen zu gravierenden personellen Einbrüchen. Der öffentliche Personennahverkehr in Düsseldorf würde zusammenbrechen, nahezu die Hälfte aller Kindergärten müßte geschlossen werden, und an den Schulen würden rund 400 Lehrer nicht mehr benötigt.« Auffällig ist dabei, daß nur die Mindereinnahmen zugrunde gelegt werden. Die Ersparnisse, etwa beim Kindergeld und beim Erziehungsgeld, wurden schlichtweg »vergessen«. Und angesichts des derzeitigen Lehrermangels und den kaum noch zu tolerierenden Klassengrößen könnte, dieses Szenario einmal vorausgesetzt, endlich das Lernniveau wieder auf eine akzeptable Höhe gebracht werden.

Nur geht dieses Szenario doch von vorneherein von ganz falschen Vorstellungen aus. Kein verantwortungsvoller nationaldenkender Mensch fordert heute ein »ausländerfreies« Deutschland. Kein Mensch fordert, daß Ausländer, die schon seit Jahrzehnten hier leben, sich integriert haben, nicht straffällig sind und hier ihre ganzen sozialen Bindungen haben, Deutschland verlassen sollen.

Es geht in Wirklichkeit nur um den Mißbrauch, einmal des Asylrechts und zum anderen beim Gastrecht. Das Aufenthaltsrecht in Deutschland soll derjenige verwirkt haben, der mit Drogen dealt, der irgendeiner Mafia angehört – sei es der jugoslawischen, der italienischen, der polnischen, der libanesischen oder sonst einer –, der in Jugendgangs die nächtlichen Straßen der Städte unsicher macht, der sonstwie auf dem Gebiet der Schwerkriminalität tätig ist oder das soziale Netz schamlos ausnützt. Den »ganz normal lebenden und arbeitenden Ausländer« will außer einigen wenigen Fanatikern niemand ausweisen. Und diese Leute werden auch von Ausländerquoten, wie sie gefordert werden, nicht berührt, da diese erst auf neu hier einreisen wollende Ausländer angewendet werden sollen.

Verharmlost wird auch, daß in Deutschland zwar in absoluten Zahlen gerechnet, die meisten Ausländer lebten – derzeit rund fünf Millionen –, die Bundesrepublik bezogen auf die Einwohnerquote aber europaweit »nur« auf Rang drei liege. So kämen auf die Schweiz 164 Ausländer je 1000 Einwohner, auf Belgien 86 Ausländer und auf die Bundesrepublik 78 Ausländer.

Das soziale Nest läßt grüßen

Kein Wort findet sich – natürlich – dazu, daß in den Niederlanden nur 40 Ausländer auf 1000 Einwohner kommen, auf Großbritannien 31 und auf Dänemark nur 27. Gar nicht zu sprechen von Portugal und Spanien mit jeweils neun und Italien sogar nur sieben.

Kein Wort des DGB dazu, daß 61 Prozent aller Asylbewerber, die nach Europa kommen, ihren Antrag in Deutschland stellen. Warum werden die dann nicht gemäß dem europäischen Einheitsgedanken dann mehrheitlich auf die Länder aufgeteilt, die einen niedrigen Ausländeranteil haben? Das soziale Netz läßt grüßen!

Begründet wird die »Imigrationspolitik« nach Deutschland vom DGB mit dem sozialen Gefälle, das zwischen Deutschland und den Ländern, aus denen die Ausländer kommen, besteht. Es werde aber seitens Deutschland nichts dafür getan, daß sich dies ändert.

Die hohe ausländische Kriminalitätsrate

Es muß doch die Frage erlaubt sein, ob denn nicht die betreffenden Länder als erstes aufgefordert sind, »den Karren ihres Landes aus dem Dreck zu ziehen«? Sei es durch eine Änderung des politischen Systems, sei es durch Umverteilung der eigenen Finanzen.
Beschwichtigend schreibt der DGB weiter, daß sich in Deutschland Anfang des vergangenen Jahrs rund 156000 anerkannte Asylbewerber und sogenannte Kontingent-Flüchtlinge aufhielten, wobei Asylbewerber und geduldete de-facto-Flüchtlinge nicht mitgezählt wurden, die aber die Mehrheit stellen. In Schweden seien es dagegen 183400, in Kanada 508400 und in den USA eine Million.

Verschwiegen wird vom DGB natürlich die Bevölkerungsdichte, die die eigentliche Ursache für Spannungen untereinander ist. In West- und Mitteldeutschland, das gerade einmal 357011 Quadratkilometer groß ist, leben rund 80 Millionen Leute, was einer Einwohnerdichte von rund 224 Menschen je Quadratkilometer entspricht. In Schweden sind es dagegen nur rund 19 – rund 8,5 Millionen Einwohner bei einer Fläche von knapp 450000 Quadratkilometer –, in Kanada 2,5 – knapp 25 Millionen Einwohner, knapp zehn Millionen Quadratkilometer – und in den USA 25,5 – knapp 239 Millionen Einwohner, knapp 9,4 Millionen Quadratkilometer –. Bei Berücksichtigung dieser Zahlen sieht die Statistik natürlich schon ganz anders aus.
Nichts zu finden ist in der Broschüre des DGB von der hohen ausländischen Kriminalitätsrate, die deutlich höher als die der Deutschen ist – selbst wenn man jetzt die »ausländertypischen« Fälle, wie Verlassen des zugewiesenen Aufenthaltsgebiets und Asylbetrug außer acht läßt –. Nichts zu finden ist auch von dem Asylmißbrauch, der den Steuerzahler Jahr für Jahr viele Milliarden Mark kostet.

Die ganze Broschüre ist, salopp ausgedrückt, nichts anderes als eine reine Jubelarie auf die Ausländer. Die »Argumente« entpuppen sich dabei in vielen – sicherlich nicht allen – Fällen als Scheinargumente, die einer gewissenhaften Analyse nicht standhalten, bei den entsprechenden Kreisen und den etablierten Parteien dennoch sicherlich auf größtes Wohlwollen stoßen werden.

Bei gewissenhaften Kreisen hat sich der DGB damit aber mehr geschadet als genutzt. Denn wie

neueste Untersuchungen bewiesen haben, schaden einseitige Betrachtungen der ganzen Sache mehr als sie nutzen.

Das Volk schlichtweg für dumm verkauft

Selbst die auf dem Gebiet der Ausländerfreundlichkeit schon fast extreme »TAZ« geht kritisch mit der überschwappenden Welle von plötzlicher Ausländerfreundlichkeit ein. »Ganz Deutschland sitzt auf dem Sofa und streichelt seinen Bimbo«, schrieb das Blatt hierzu. Die Kampagne sei teilweise von »kaum zu überbietender Dämlichkeit«. Die zur Schau getragene »Bimbophilie« der Medien sei, wie der ganze »multikulturelle Propagandarummel« der vergangenen Wochen eine »Mogelpackung«. Statt sich konstruktiv mit den Vorfällen der vergangenen Wochen auseinanderzusetzen, werde dem nur eine naive »Ausländersentimentalität« entgegengesetzt.

Auf besondere Kritik des Berliner Blattes treffen »flache Parolen« wie »Alle sind Ausländer, oder fahren Sie etwa nie in Urlaub?«. Damit werde das Volk schlichtweg für dumm verkauft, so »als ob es beim sogenannten Ausländerproblem um Fragen des Tourismus ginge«.

Für den Berliner Wissenschaftler Rainer Zittelmann, Fachmann für »Vergleichende Verhaltensforschung« an der Freien Universität, ist »offensichtlich, daß viele sogenannte Ausländerfreunde das ausländerfeindliche Vorurteil nur mit einem anderen Vorzeichen versehen«.

So hat zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in einem Faltblatt ihrer »Initiative gastfreundliches Deutschland« den typischen häßlichen Deutschen neben freundlich lachenden ausländischen Kindern dargestellt. Die schon für ihre Ausländerhörigkeit schon fast berüchtigte Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John stellte in einer Broschüre 18 dumpfe Deutsche mit einem Brett vor dem Kopf neben nette Ausländer mit Turban.

Die Zeitschrift »Tempo« forderte einen Ausländeranteil von 20 bis 30 Prozent, »um den nur schwer zügelbaren deutschen Mob davon abzuhalten, auf eine kleine Minderheit einzuprügeln.« In der Zeitschrift »Konkret« war zu lesen: »Was geschähe wohl, würde eine Bande rechtsradikaler Totschläger mal in einen Hinterhalt gelockt und ein paar von ihnen blieben auf der Strecke? Müßige Spekulationen, zugegeben, aber so müßig wieder nicht ... Es wäre lehrreich für die Deutschen, die fühlen müssen, da sie nicht hören mögen, und es wäre ein Triumph der Gerechtigkeit obendrein, würde das ausländerfreie Hoyerswerda bald den mit Brandsätzen und Stahlkugeln attackierten Ausländerwohnheim dort gleichen und die Einwohner müßten fliehen von dort, wie die Ausländer fliehen mußten.«

Es wäre lehrreich für die Deutschen

Die Zeitschrift »Prinz« bringt in Zusammenarbeit mit »Tempo« eine doppeltseitige Anzeige, in der ein älteres ausländisches Ehepaar abgebildet ist, mit der Überschrift »Jetzt schlagen wir alle tot« und dem Text: »Wenn es nach den Neonazis geht, leben die beiden nicht mehr lange. In der Bundesrepublik oder überhaupt. Und mit 30 Toten und hunderten von Schwerverletzten haben es die Rassisten in unserem Land schon weit gebracht: Jorge Gomondai wurde am Ostersonntag in Dresden aus dem Zug geworfen und starb im Krankenhaus. Die achtjährige Zeinab in Hünxe angezündet und für ihr Leben entstellt.«

Kein Wort natürlich davon zu lesen, daß der Türke Ayhan Öztürk im November 1990 den Republikaner Rene Gruber erstach; daß Türkenbanden in Berlin »Glatzen-jagen« machen, daß Autos demoliert werden, auf denen ein Aufkleber einer nationalen Partei ist, daß Personen, die nationale Veranstaltungen besuchen wollen, zusammengeschlagen oder bestenfalls »nur« am Eintritt gehindert werden.

Übrigens: Der Strafrechts-Paragraph der Volksverhetzung gilt auch für Hetze gegen Deutschland oder Deutsche. Wenn jemand wagt zu behaupten, es wären keine sechs Millionen Juden vergast worden, überschlägt sich die Staatsanwaltschaft, werden die Deutschen aber als »Schweine« oder ähnliches dargestellt, dann schläft das Auge des Gesetzes.

Die Sexualökonomie ist gestört

Dabei sprechen diese Aktionen überhaupt nicht die Radikalinskis der rechten Szene an, richten sich vielmehr genau an die falsche Zielgruppe, nämlich den häuslichen Deutschen, der gar nichts gegen den »Türken um die Ecke« hat, sondern sich nur von dem Asylschwindel abgestoßen findet – so wie es auch in jedem anderen Land der Fall ist, nicht nur in Deutschland.

»Der Spiegel« hat hierzu kürzlich die sehr interessanten Ergebnisse einer Studie des Bremer Sozialpsychologen Gerhard Vinnai veröffentlicht: »Militante Ausländerfeinde finden sich zur Zeit vorwiegend unter männlichen Jugendlichen, die als Pubertierende besondere Schwierigkeiten mit dem anderen Geschlecht haben und zugleich zu einer Überbetonung einer fragwürdigen Männlichkeit tendieren ...

Untersuchungen über autoritätsgebundene Charaktere, die zum Totalitären tendieren, zeigen eine Verbindung von unterschwellig angstbesetzter Frauenfeindlichkeit und ›ethnozentrischen‹ Einstellungen«, resümiert Vinnai. Auch im abgelegensten Fremden sähen diese jungen Männer »meist ›feminine‹ Züge wie Gefühlsbetontheit, Mangel an Selbstdisziplin oder eine verführerische Sinnlichkeit«.

Die jungen Unterschicht-Deutschen leben überwiegend in Stadtteilen, in denen die Sexualökonomie schwer gestört ist:

Beim Werben um gleichaltrige deutsche Mädchen konkurrieren sie mit einer Überzahl junger Türken, deren gut behütete Schwestern nicht einmal ins Schwimmbad, geschweige denn in die Disco dürfen.

In die Isolation und Brutalität getrieben

Exakt auf diese massiv gefährdete – und gefährliche – Minderheit unter den jungen Prolos, die sich »rechtsradikaler Symbole oft nur wegen ihrer Provokationswertes wegen bedient« (Institut für Sozialforschung), müßte mithin die Anti-Pogrom-Kampagne zielen. Doch gerade dieser harte Kern, so Werner Gaede, Professor für Werbekommunikation, werde sich von den Spots und Slogan-Plakaten »nicht so leicht bekehren lassen«.

Schlimmer noch, heißt es im »Spiegel« weiter: »Durch verfehlte Reaktionen von Werbestrategen und Lehrern, Sozialarbeitern und Politikern könnte gerade diese sensible Zielgruppe weiter in die Isolation und damit in die Brutalität getrieben werden.

Die deutschen Unterschicht-Jugendlichen, viele ohne Beruf, ohne Schulabschluß und ohne Fremdsprachenkenntnisse, leben vielfach in denselben tristen Hochhaus- und Sanierungsgegenden, die auch die allerhöchsten Ausländeranteile verzeichnen. Ihre – oft zerrütteten – Familien konkurrieren mit den Sippen der Zugezogenen hart um Billigwohnungen und um Billigarbeitsplätze.

In diesen wahrhaft multikulturellen Vierteln, in denen kaum ein linker Lehrer, Werbeexperte oder Journalist wohnen mag und wo deutsche Kinder in vielen Hauptschulklassen mittlerweile in der Minderheit sind, muß die soziale und psychische Hauptlast der Massen-Immigration getragen werden. Deutsche Jugendliche, die gegen ›Überfremdung‹ solcher Viertel anstänkern, sehen sich von Pädagogen rasch als Neonazis abgegrenzt: selbst Jugendzentren erteilen ihnen Hausverbot.

›Die Polizei ist die einzige Institution, die noch mit den Skins spricht‹, berichtet Carsten Müller, Jugendbeauftragter der Hamburger Polizeidirektion Süd, über die Problemviertel der Stadt. Auch anderswo widmen sich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter lieber der Vorbereitung schicker lateinamerikanischer Folkloreabende in Stadtteil-Kulturläden als der mühsamen Arbeit mit den pubertierenden Unterschicht-Jungs, die an der Jacke den Aufnäher ›Ich bin stolz ein Deutscher zu sein‹ tragen und die zum Verdruß der Pädagogen ›keinen Bock‹ auf Töpfern oder Makramee-Arbeiten haben.« □

Der Weg in die Wirklichkeit

Gerhard Fels

Die Welt wird in Atem gehalten durch den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, durch den Krieg in Jugoslawien, durch die wirtschaftliche Transformation im Osten Mitteleuropas und durch die Beschlüsse von Maastricht, die das westliche Europa enger zusammenführen sollen. Auf das vereinigte Deutschland als die stärkste Wirtschaftsmacht in Europa richten sich die Hoffnungen des Ostens und die Erwartungen des Westens.

Die Faszination, die von den großen Themen der Zeit ausgeht, darf aber den Blick auf die Fehlentwicklungen in der heimischen Wirtschaft nicht verstellen. Die deutsche Wirtschaft kann den Herausforderungen nur gerecht werden, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse besser geordnet werden. Viele Hausaufgaben sind ungelöst.

Wir testen einmal mehr die Belastbarkeit unserer Marktwirtschaft. Der gesamtwirtschaftliche Befund ist ähnlich schlecht wie Anfang der achtziger Jahre, am Vorabend der letzten Rezession. Die Lohnstückkosten steigen um fünf Prozent, die Staatsquote erreicht wieder 50 Prozent und die Staatsverschuldung ufert aus. Geldpolitik und Lohnpolitik befinden sich auf Kollisionskurs. Die Frage lautet, gibt es einen Ausweg, der an der Rezession vorbeiführt. Gelingt der Regierung Kohl, was der Regierung Schmidt damals nicht gelang?

Die Stimmung in der Wirtschaft ist ausgesprochen schlecht. Seit Frühjahr 1991 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion sogar rückläufig. Nach amerikanischer Zählweise befinden wir uns schon in einer Rezession. Die Konjunkturforscher erwarten in ihren Prognosen zwar nur eine Wachstumsdelle. Im Verlauf des Jahres 1992 soll es schon wieder aufwärts gehen. Unterstellt sind dabei maßvolle Tarifabschlüsse und niedrigere staatliche Haushaltsdefizite. Die Wirtschaft in Amerika und Westeuropa soll sich erholen. Davon verspricht man sich positive Impulse für den Welthandel und den deutschen Export.

Deutschland liegt mit den Lohnstückkosten inzwischen weltweit an der Spitze.

Noch selten haben die Konjunkturforscher mit so vielen Hoffnungswerten handeln müssen.

Deutschland wartet auf die Anstöße aus der Weltwirtschaft. Seine westlichen Partnerländer warten darauf, daß die Bundesbank ihre Geldpolitik lockert, damit sie ihrerseits mehr Spielraum für Zinssenkungen haben. Die Bundesbank wartet darauf, daß Staat und Tarifparteien zu stabilitätsgerechtem Verhalten zurückkehren. Eine nach wie vor schwache Weltkonjunktur und der ungelöste Konflikt zwischen Lohn- und Geldpolitik lassen das Szenario für 1992 brüchig erscheinen. International steht die Bundesrepublik als Störenfried da, der andere Länder am Aufschwung hindert. Auch das vorrangige nationale Ziel könnte verfehlt werden. Denn für den Aufbau in den neuen Bundesländern wäre eine anhaltende Stagnation oder gar Rezession Gift.

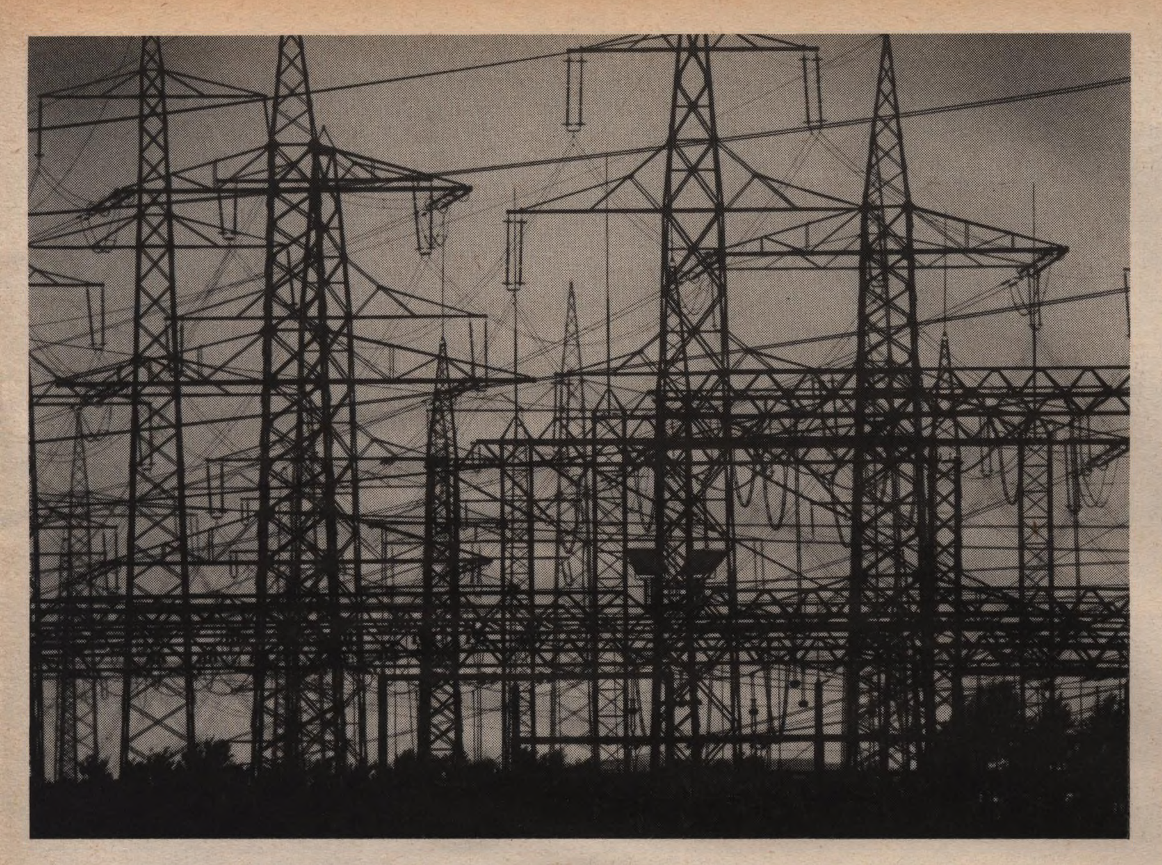
Mit dem Aufstieg der D-Mark zur europäischen Ankerwährung und der Kreditfinanzierung der deutschen Einheit rückte die Bundesrepublik ins Visier der internationalen Finanzmärkte. Die meisten EG-Mitglieder, zudem Österreich und inzwischen auch die skandinavischen EFTA-Länder, haben ihre Währungen im Rahmen des EWS an die D-Mark angedockt. Sie verteidigen die festgelegte Parität zur D-Mark und partizipieren an deren Stabilität und Vertrauenswürdigkeit. Der enge Verbund mit der D-Mark bedeutet aber auch, daß die europäische Geldpolitik im Frankfurter Zentralbankrat entscheidend bestimmt wird, ein Faktum, das nicht gerade Begeisterung hervorruft, vor allem wenn die Bundesbank einen harten Kurs steuern muß. Theoretisch gibt es zwar die Möglichkeit einer Abkopplung durch ein Realignment. Aber kaum jemand möchte heute noch den Prestigeverlust einer Abwertung auf sich nehmen. Viel näher liegt es, nach einer europäischen Zentralbank zu rufen, die an die Stelle der Deutschen Bundesbank tritt. Nicht wenige in Deutschland befürchten jedoch, daß eine Eurowährung den Härtegrad der alten D-Mark nicht erreichen wird.

Besonders prekär wurde die Situation, als sich die Bundesrepublik auf der Basis ihrer währungspolitischen Stärke entschied, die deutsche Einheit überwiegend kreditär zu finanzieren. Über höhere Zinsen mußte die Welt die Last mittragen. Zunächst – in den Jahren 1990 und 1991 – wurde dies gemildert durch den Nachfragesog, der vom deutschen Vereinigungsprozeß wie ein warmer Regen über den westlichen Partnern niederging. Jetzt werden die Nachfrageimpulse schwächer, einer Stimulierung der eigenen Volkswirtschaft durch eigene Geldpolitik steht jedoch der stabilitätsorientierte Kurs der Bundesbank entgegen. Die Bundesbank selbst ist dabei in einer Zwangslage. Eine exorbitante Staatsverschuldung und exzessive Lohnerhöhungen in Deutschland West zwingen sie jedoch zur Strenge.

Rückkehr zu niedrigen Leitzinsen

Inzwischen stößt die Geldpolitik weltweit auf die Härte des deutschen Kurses. Der Dollarkurs ist zwar flexibel, sein Außenwert und damit seine Funktion als wichtigste Anlagewährung der Welt kann der amerikanischen Notenbank aber nicht gleichgültig sein. Jedenfalls sieht sich die Federal Reserve in ihrer Zinssenkungspolitik dadurch eingeengt. Dabei wird in Amerika durchaus darüber gestritten, ob eine Politik des billigen Geldes die richtige Antwort auf die immense Staatsverschuldung, die Bankenkrise und die Schwäche des Bildungssystems sind. Aber die eigene Entscheidungsfreiheit möchte man nicht durch die deutsche Geldpolitik eingeschränkt sehen. Mit Sorge verweist man darauf, daß sich die europäische Konjunktur wegen der geldpolitischen Restriktionen nicht schnell genug erholt.

Die Frage ist freilich nicht, ob die Bundesbank ihren auf stetige Geldmengenpolitik ausgerichteten Kurs aufgeben soll. Die Frage



Die deutsche Wirtschaft spürt immer stärker den rauhen Wind der internationalen Konkurrenz.

ist vielmehr, was geschehen muß, damit die Zinsen in Deutschland wieder sinken können. Eine Rückkehr zu niedrigen Leitzinsen ist dann nur Vollzug. Die Antwort können allein die Finanzpolitiker und Tarifparteien geben. Es gehört zu den Grundirrtümern der geldpolitischen Diskussion, in der Notenbank die Instanz zu sehen, die die Höhe der für die Volkswirtschaft relevanten Zinsen bestimmt. Sie kann das Zinsniveau allenfalls kurzfristig beeinflussen und auch das nicht entgegen den Marktkräften. Die Marktzinsen können erst sinken, wenn die Belastung des Kapitalmarktes durch den Staat nachläßt und die Lohnpolitik auf einen Kurs zurückfindet, der Stabilität und Beschäftigung nicht mehr gefährdet. Kurzum, es muß sichtbar werden, daß die deutsche Wirtschaft die Lasten des Wiederaufbaus im Osten und die Anpassung an ein langsameres Wachstum verkraften kann.

Bundesbank und Finanzpolitik sollten am Ziel von Stabilität und Konsolidierung nicht zuletzt deshalb festhalten, weil sonst der Standart für die Währungsunion ins Wanken gerät. Eine europäische Währungsverfassung nach dem Vorbild der deutschen steht nunmehr auf dem Papier eines internationalen Vertrages. Die künftige europäische Währung wird allenfalls so gut sein wie die D-Mark in den nächsten Jahren. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat es zu einem guten Teil selbst in der Hand, dafür zu sorgen, daß der Abschied von der D-Mark nicht zu einem Abschied von einer harten Währung wird.

Der rauhe Wind der Konkurrenz

Der Aufschwung im Osten Deutschlands hat eingesetzt, obwohl ungeklärte Eigentumsfragen immer noch ein Investitionshemmnis sind. Im nächsten Jahr wird sich auch am Arbeitsmarkt eine Entspannung bemerkbar machen. Es werden jedoch schon jetzt Funktionsstörungen sichtbar. Viele offene Stellen können nicht besetzt werden, weil Arbeitskräfte, die dafür in Frage kämen, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Kurzarbeit festgehalten werden. Eine wichtige Aufgabe besteht deshalb darin, die Arbeitsmarktpolitik so zu gestalten, daß der primäre Arbeitsmarkt durch sie nicht blockiert wird. Dazu gehört zum Beispiel, daß die ABM-Kräfte verpflichtet werden, sich für die Vermittlung durch das Arbeitsamt bereitzuhalten und daß ABM-Arbeitsverhältnis zeitlich eng befristet werden.
Nachdem das Konjunkturfeuer, das die deutsche Einheit entfacht hat, allmählich verlöscht, stellt sich die Standortfrage für die deutsche Wirtschaft wieder in aller Brutalität. Der Aufbau im Osten kostet nicht nur Geld, sondern absorbiert auch unternehmerische Initiative und Energie. Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsposition hat darunter gelitten. Der europäische Binnenmarkt wird Ende des Jahres Realität sein. Die Perspektive einer einheitlichen Währung wird die Mobilität auch des Produktivkapitals weiter erhöhen. Die deutsche Industrie spürt den rauhen Wind der Konkurrenz da am stärksten, wo sie am meisten zu verlieren hat, so im Maschinen- und Fahrzeugbau. Im Osten Deutschlands zeigen Investoren aus Amerika große Zurückhaltung, weil sie wissen, daß sie in wenigen Jahren schon mit westdeutschen Arbeitskosten, Steuern und Regulierungen zurechtkommen müßten.

Bei zukunftsträchtigen Schlüsseltechnologien ist der Rückstand gegenüber Japan und Amerika größer geworden. Technologiepolitik muß einen höheren Stellenwert erhalten. Es geht um den Abbau von Technikängsten im gesellschaftlichen Umfeld, um bessere Zusammenarbeit zwischen staatlicher Wissenschaft und unternehmerischer Forschung und Entwicklung, um intensivere Ausnutzung der Forschungskapazität, um mehr Risikokapital für Innovationen und engere internationale Zusammenarbeit. Eine Industriepolitik nach Pariser Muster wäre sicherlich die falsche Antwort, weil staatliche Interventionen nicht viel helfen können, wenn die eigentliche Ursache des Problems darin liegt, daß den Marktkräften zu viele Fesseln angelegt worden sind. Die Antwort heißt Standortpolitik.

Das vereinigte Deutschland kann sich selbst und der Weltwirtschaft den besten Dienst erweisen, wenn es sich auf die Tugenden zurückbesinnt, die in den Achtzigern den langanhaltenden Aufschwung eingeleitet haben. Leistung muß sich wieder lohnen, hieß es damals. Heute bedeutet das, daß die Abgabenlast nicht weiter erhöht, sondern gesenkt werden muß. Für die Staatsfinanzen muß ein glaubwürdiges Konsolidierungskonzept vorgelegt werden. Für die Lohnpolitik ist das Prinzip des rekurrenten Anschlusses, nach dem die Anpassung an eine veränderte Wirtschaftslage nur in kleinen Schritten möglich ist, in der gegenwärtigen Situation zu wenig. Die Tarifabschlüsse müssen deutlich niedriger ausfallen als 1991.
Die zentrale Aufgabe in den neuen Bundesländern besteht darin, die Privatisierung im Elan der ersten Aufbaujahre zu Ende zu bringen. Die Treuhandanstalt ist bisher gut vorangekommen. Mehr und mehr rücken aber die schwierigeren Fälle auf die Tagesordnung. Je länger die Privatisierung oder die Stillegung hinausgezögert wird, um so schwerer wird sie. Eine Scheinlösung wäre es, wenn man die unverkäuflichen Betriebe direkt in Staatsbetriebe überführen würde. Politiker und Beamte würden in unternehmerische Funktionen gedrängt, die sie überfordern müßten. Sie wären politischen Pressionen ausgesetzt, die ökonomisch vernünftige Lösungen kaum zuließen. Staatskapitalismus ist durch die Erfahrungen in vielen Ländern nicht viel weniger diskreditiert als Staatssozialismus. □

Deutschland

Die deutschlandpolitische Herausforderung

Emil Schlee

Bei Treffen und Veranstaltungen, in Diskussionen und in der allgemeinen Öffentlichkeit gewinnt man den Eindruck, daß deutschland- und heimatpolitische Ansprachen und Vorträge unerwünscht oder gar lästig sind, daß die Meinung vorherrscht, die deutsche Frage sei längst gelöst und erledigt, daß ostdeutsche Landsmannschaften und deren Arbeit eigentlich schon gegen den Zeitgeist existieren und überholt sind, daß es uns hier in der Bundesrepublik Deutschland doch im allgemeinen gut geht und wir doch endlich die leidige deutsche Frage ruhen lassen sollten.

Das Deutsche Reich ist 1945 nicht untergegangen, existiert weiterhin fort, besitzt nach wie vor Rechtskräftigkeit und wird erst durch einen Friedensvertrag eine endgültige Regelung der heute noch offenen Fragen erfahren.

Zur rechtlich-politischen Lage Deutschlands

»Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« (Präambel des Grundgesetzes)

»Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.« (Punkt 4 der Leitsätze des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973)

Der amerikanische Außenminister Shultz am 18. Januar 1984 in Stockholm: »Ich will hier ganz deutlich sprechen: Die Vereinigten Staaten verweigern der künstlich auferlegten Teilung Deutschlands die Legitimität.«
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann am 29. Januar 1983 in München: »Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben«.
Der frühere Ost-Berliner Systemkritiker Professor Robert Havemann in einer »Report«-Fernsehsendung (Ende Mai 1976): »Die Deutschen denken gar nicht daran, die Zerstörung ihrer nationalen Einheit einfach hinzunehmen. Und alles, was sich bis jetzt nach dem Krieg entwickelt hat, hat nach wie vor einen provisorischen Charakter. Man weiß auch daß die DDR ebenso wie die Bundesrepublik einfach nur bestehen können wegen der internationalen Spannungen zwischen Ost und West, wegen der ungelösten Weltfragen – also eine provisorische Situation darstellen.«

»Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen.« (Punkt 2 der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972)

»In der Staats- und Völkerrechtslehre herrscht Einigkeit darüber, daß bei allen deutschlandrechtlich und deutschlandpolitisch relevanten Fragen zunächst immer von ›Deutschland in der Grenzen vom 31. Dezember 1937‹ auszugehen ist.«

Die wirkliche politische Lage Deutschlands

Die deutsche Frage ist noch immer absolut offen. Es gibt nirgens eine endgültige festlegende Regelung oder eine verpflichtende Bindung. Das würde auch die Kompetenz der Bundesrepublik Deutschland überschreiten. Die wirkliche politische Lage Deutschlands zeigt in sechs Punkten die folgende Darstellung:

Das deutsche Volk hat auch über 40 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges immer noch keinen Friedensvertrag.

Das allein macht schon deutlich, daß es keine abschließenden oder endgültigen Regelungen über Deutschland als Ganzes geben kann. Alle Rechts-, Ge-



Clemenceau, Wilson und Lloyd George (von links nach rechts) auf dem Weg zur Friedenskonferenz in Versailles.



Einmütig demonstrieren die deutschen Parteien gegen die Abtrennung Oberschlesiens durch den Versailler-Friedensvertrag.

biets-, Souveränitäts- und Reparationsfragen zwischen Deutschland als Ganzes und seinen ehemaligen Hauptgegnern bleiben einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten (Deutschlandvertrag Artikel 2 und 7).

Nach Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen ist Deutschland immer noch »Feindstaat«, gegen den die Vier Mächte jederzeit den Vereinten Nationen entzogene Maßnahmen ergreifen können.

Noch weitere »Feindstaaten« sind, wenn im einzelnen auch unterschiedlich beurteilt, Italien, Japan, Bulgarien, Finnland, Rumänien, Ungarn, möglicherweise noch Thailand, Österreich und Korea. Trotz manchen verbalen Herunterspielens gilt die Feindstaatenklausel noch. Vergleiche M. H. Forbes über »Viermächteverantwortung und Feindstaatenklausel. Revision der UN-Charta ist unwahrscheinlich« in: »Das Parlament«, Nr. 35, vom 10. September 1983, hier ein Zitat von Seite 12: »Für die Zukunft kann der Versuch einer Siegermacht, die Klauseln politisch zu instrumentalisieren, nicht völlig ausgeschlossen werden. Hier ist vor allem an die Sowjetunion zu denken.«

Das Sagen und Entscheiden über Deutschland als Ganzes haben nicht wir Deutschen, sondern auf der Grundlage der Vorbehaltsrechte noch immer die für Deutschland als Ganzes allein zuständigen Vier Mächte.

Keine Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland und kein Deutscher Bundestag sind berechtigt oder befugt, über irgendein deutsches Gebiet oder über irgendeine deutsche Grenze, ob im Osten oder Westen, ob im Norden oder Süden, zu verfügen, zu bestimmen oder zu verzichten.

Deswegen sind gegenwärtig in Mode gekommene Verzichtsabsichtserklärungen ohne jede rechtliche Bedeutung oder Verbindlichkeit. Solche Erklärungen sind im Gegenteil politisch und im Hinblick auf spätere Friedensvertragsverhandlungen höchst unklug und schädlich und außerdem mit Blick auf die nicht gehörten und gefragten Ostdeutschen und hier sonst Betroffenen arrogant und zynisch.

Die Ostverträge legen Deutschlands Zukunft nicht fest

Die Zuständigkeit über Gebiete und Grenzen haben zur Zeit allein die Vier Mächte.

Daher der frühere Außenminister Scheel am 9. Februar 1972 vor dem Bundesrat (siehe Protokoll): »Manche Kritiker haben dennoch versucht, in die Verträge den Begriff der Grenzanerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland hineinzulegen und die Verträge als Grenzverträge zu apostrophieren. Seltsam ist nur, daß die Verträge nirgendwo von Anerkennung sprechen. Einige Kritiker haben sich sogar zu der Behauptung verstiegen, mit den Grenzartikeln der beiden Verträge verzichte die Bundesrepublik Deutschland auf deutsches Gebiet und auf die Wiedervereinigung. Da kann man nur fragen: ›Wo steht denn das in den Verträgen?‹«
Ähnlich der frühere Bundesminister Egon Bahr am 15. Februar 1973 im Bundestag (siehe Protokoll): »Angesichts des Ganges der Verhandlungen und dessen, was während dieser Zeit von Repräsentanten der DDR öffentlich gefordert worden ist, muß darauf verwiesen werden, daß die endgültige Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen nicht ausgesprochen wurde und nicht ausgesprochen werden konnte!«

Deutschland

Die deutschlandpolitische Herausforderung

Bahr erneut am 9. September 1980: »Es ging darum, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die ja nicht von der Bundesrepublik Deutschland gezogen, von ihr aber immer respektiert wurden, festzustellen, ohne aber im völkerrechtlichen Sinne deren Unverrückbarkeit festzuschreiben. Das wollten wir nicht, und das konnten wir nicht.«

Die Doppelgleisigkeit in der gegenwärtigen Deutschlandpolitik nach der Devise »Rechtsgrundlagen nicht antasten = Ja! Später bei Friedensverhandlungen darauf bestehen oder darüber überhaupt verhandeln = Nein!« ist unmoralisch und unpolitisch.

Die Vier Mächte erklärten zu den Ostverträgen, daß ihre Vorbehaltsrechte durch diese Verträge nicht berührt werden können. Auf Bemühen und Einflußnahme der Sowjetunion kamen außerdem mit Artikel 4 Moskau-Vertrag, Artikel IV Warschau-Vertrag und Artikel 9 Grundlagenvertrag die fast gleichlautenden Passagen in die Verträge, daß voher abgeschlossene Verträge oder Vereinbarungen durch diese Verträge nicht berührt werden. Eine gesamtdeutsche Regierung wird durch diese Verträge ebenfalls nicht gebunden. Die vertragsschließende Bundesregierung erklärt zudem, daß sie nur im Namen und Kompetenzrahmen der Bundesrepublik Deutschland gehandelt habe. Mit den Unberührtheitsklauseln in den Verträgen verband die Sowjetunion die Absicht, die von ihr immer noch erklärte Gültigkeit des Hitler-Stalin-Paktes nicht durch diese Verträge antasten zu lassen.

Die Akten und Archive des Deutschen Reiches sind in der Hauptsache nicht in unserer Hand, sondern sie lagern noch in Washington, London, Paris und Warschau, Leningrad und Moskau und werden dort zum Teil noch über die Dreißig-Jahres-Grenze hinaus unter Verschluß gehalten. Zum Teil ist gar nicht bekannt, wo welche Akten und Archive sind und ob sie überhaupt noch existieren oder jemals herausgegeben werden.

Die Heß-Akte (Original in London, Kopie in Washington) soll noch bis zum Jahre 2017 unter Verschluß bleiben.

So läßt sich auch die Feststellung des Historikers Professor Dr. Hellmut Diwald erklären: »Daß ein Hauptteil der zeitgenössischen Akten uns überhaupt noch nicht zugänglich gemacht worden ist, ist noch für viele Überraschungen gut. Die Russen haben kein einziges Dokument herausgerückt; die Franzosen halten ebenfalls ihre Archive und das, was sie bei uns mitgenommen haben, verschlossen. Die Amerikaner wählen bei dem, was sie uns zurückgeben, sehr vorsichtig aus.«

Der Schriftwechsel zwischen Churchill und Roosevelt ist für uns nicht einsehbar. Es fehlen uns wichtige Dokumente aus dem Vatikan, fast sämtliche Generalanweisungen der Alliierten sowie zahlreiche Belegstücke aus den sogenannten Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg.

Dr. Alfred Schickel wies 1981 darauf hin, daß in den »National Archives« in Washington Material zur Zeitgeschichte in großer Fülle auf deutsche Historiker wartet.

Wenn wir die Aussage zusammenfassen und dabei feststellen müssen, daß wir immer noch keinen Friedensvertrag haben, noch »Feindstaat« sind, Bundesregierung und Bundestag über Gebiete und Grenzen nicht bestimmen können, die Ostverträge Deutschlands Zukunft weder festschreiben noch festlegen können, auch eine gesamtdeutsche Regierung nicht binden können, und daß unsere Akten und Archive immer noch nicht in unserer Hand sind und zum Teil bis ins nächste Jahrhundert und Jahrtausend noch ohne Einsichtsmöglichkeit oder Rückgabehoffnung in fremder Hand verbleiben sollen – ist diese politische Wirklichkeit Deutschlands nicht eine unerhörte Herausforderung für jeden Deutschen, der zudem weiß, daß über 1,1 Mill. Landsleute in Ostdeutschland noch heute ohne jegliche Volksgruppenrechte sind.



Hitlers Einzug in Danzig. England hatte keinerlei Anstrengung gemacht, Polen militärisch zu helfen.



Unkenntnis über Deutschland – ein politischer Skandal

Ist das alles etwa keine Herausforderung für jeden Deutschen, für jeden Amtsinhaber, für jeden Politiker, für jeden Parlamentarier!

Man muß schon ein hartgesottener Zeitgenosse oder vom Phlegma befallen sein, wenn die deutschlandpolitische Herausforderung nicht sticht. Natürlich kann man auf die viele Aktivitäten im Keime erstickende Ohnmachtslage der Deutschen verweisen, muß sich aber fragen lassen, ob man im persönlichen und im eigenen Zuständigkeitsbereich initiativ und aktiv genug war, um mögliche Verbesserungen zu erwirken.

Erschütternd und nicht weniger herausfordernd ist aber die ohne große Aufregung und ohne entsprechende Konsequenzen gebliebene öffentliche Feststellung der absoluten Unkenntnis vor allem der jüngeren Generation über Deutschland und über die deutsche Frage.

Wenn es auf der einen Seite richtig ist, daß 50 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland unter 30 Jahre alt ist, so daß sie Deutschland als Ganzes nicht mehr kennengelernt und zu Flucht und Vertreibung und den Nachkriegsjahren

des Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland keine Beziehung mehr haben, übrigens auch die 40- und 50jährigen ohne Anstoß aus eigenem Erleben über Deutschland kaum mehr als die bis 30jährigen wissen, dann wäre das andererseits eine doppelt starke Verpflichtung für alle Verantwortungsträger gewesen, gegen diesen öffentlich beklagten Zustand der Unwissenheit über Deutschland mit aller Kraft und vorstellbaren Maßnahmen, vor allem im Bereich der Erziehung und Bildung, anzugehen. Nichts dergleichen trat ein.
Atlanten, Wandkarten, Lehrbücher, Bundeseinrichtungen und die ganze Palette der Medienlandschaft zeigen falsche Deutschlandbilder, die Bundesregierung versagt sich, eine verbindliche Deutschlandkarte herauszugeben, das Bundespresseamt kennt »Ostdeutschland« nicht mehr, für zahlreiche Politiker ist Ostdeutschland bereits »Ausland«, wer sich noch auf Recht und Gesetz stützt, der wird kurzerhand zum »Rechtsradikalen« und »Ewiggestrigen« gestempelt.

Mit einer Ungeniertheit und Empfindungslosigkeit setzt man sich in Teilen unserer Bevölkerung mit Achselzucken über geltendes Recht, über Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht und über das Völkerrecht hinweg. Mit »Taktik«, »Politik«, »Entspannung« und fragwürdigem »Realitätssinn« wird alles entschuldigt. Ärgerlich und arrogant werden kenntnisreiche Mahner übergangen. Daß aus bundesweiter Parteienverdrossenheit sich langsam Demokratie- und Staatsverdrossenheit entwickelt, scheint nicht zu berühren, auch wenn alle Anzeichen dafür sprechen.
Es ist ein politischer Skandal, wie allgemein in der Bundesrepublik Deutschland mit Deutschland umgegangen wird!


Am 7. Mai 1945 unterzeichnete Generaloberst Jodl in einem Schulhaus in Reims die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht.

Signed at Rheims at 0241 on the 7th day of May, 1945.
France

On behalf of the German High Command.

Jodl

IN THE PRESENCE OF

On behalf of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Force.

W. B. Smith

On behalf of the Soviet High Command.

Sousloparov

-2-

F Sevez

Major General, French Army (Witness)

Die Schlußseite der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, unterzeichnet am 7. Mai 1945 in Reims.

Die Alliierten in der Pose der Sieger: Churchill (von links), Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz.

Den Schaden davon hat die junge Generation. Denn es ist ihre Zukunft, die auf dem Spiele und zur Diskussion steht. Wehe, wenn sie mit ihrer jugendlich-unbekümmerten, fragenden, forschenden, kritischen Kraft einmal diese Irreführung erkennen wird!
Noch ist Deutschland nicht verloren. Die Entscheidung über Deutschland steht noch aus. Sind wir für diese Entscheidung ausreichend vorbereitet?

Gleichgültigkeit und Unkenntnis müssen so schnell wie möglich überwunden werden. Der grundgesetzliche Auftrag, das Wiedervereinigungsgebot ist noch nicht erfüllt. Niemand hat daher moralisch das Recht, die Hände untätig in den Schoß zu legen.
Alle sind aufgefordert, die politische Arbeit für Deutschland ideell und materiell zu unterstützen, mit Heimatbünden und Landsmannschaften in gesamtdeutscher Verantwortung zusammenzuarbeiten und in Einigkeit für Recht und Freiheit, für Heimat und Vaterland, für ein wiedervereinigtes Deutschland mutig und tapfer und gegen jede Verleumdung und Diffamierung einzutreten.

Wir brauchen im Zusammenwirken mit allen heimat- und vaterlandstreuen Kräften auch in der Deutschlandpolitik eine Wende zum Besseren, zu mehr Mitverantwortung für Deutschland, mehr Hinwendung zur verantworteten Freiheit.

Freiheit ist Prüfstein unseres Charakters. Wir brauchen eine charakterstarke Politik für Deutschland! □

Bonn

Begnadigung für RAF-Terroristen

Alfred König

Kaum hat das Jahr 1992 begonnen, schon bahnt sich ein neuer handfester Skandal an. Binnen nur weniger Monate sollen acht der insgesamt 36 derzeit inhaftierten RAF-Terroristen, darunter mehrere zu lebenslanger Haft verurteilte, vorzeitig aus der Haft entlassen werden.

Offiziell heißt es zwar, dies stelle keine Begnadigung dar. Vielmehr seien viele der Inhaftierten zum Teil schwerkrank, und andere hätten zwei Drittel ihrer Haft verbüßt beziehungsweise seien die beiden zu lebenslanger Haft Verurteilten nunmehr seit 15 Jahren hinter Gittern. Von daher würde es keinen speziell auf sie zugeschnittenen Gnadenakt darstellen, sondern würde bei ihnen wie bei jedem anderen Häftling auch geprüft, ob bei ihnen bei Erlassen der weiteren Haftzeit mit einer Integration in die Gesellschaft gerechnet werden könne.

»Wir müssen ein Signal setzen«

Zudem würde es angesichts der gesundheitlichen Zustände einiger der Inhaftierten gegen das Gebot der Menschlichkeit verstoßen, würde man auf einer vollen Abbüßung der Haft bestehen. So leide der zu lebenslanger Haft verurteilte Günter Sonnenberg, der bei seiner Festnahme wegen versuchten zweifachen Polizistenmordes einen Kopfschuß erlitt, unter zeitweise Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen und erleide ab und zu auch mal einen epileptischen Anfall.

Bernhard Rößner, der 1975 am Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm beteiligt war, sei ein »seelisches und körperliches Wrack«. Und Claudia Wannersdorfer, die 1985 bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Rechenzentrum schwer verletzt wurde, leide ebenfalls an epileptischen Anfällen.

Vorgesehen ist auch die Entlassung von Irmgard Möller, die wegen dreifachen Mordes und elffachen versuchten Mordes einsitzt, von Lutz Taufer (zweifacher Mord) und Christine Kuby (zweifacher versuchter Mord).

Wie erwähnt, stelle dies einen ganz offiziellen Vorgang in der Justiz dar – so wird es zumindest einem weiszumachen versucht. Dagegen werden »höchste justizpolitische« Kreise aus Bonn wie folgt zitiert: »Wir wollen endlich den Teufelskreis zwischen Haftbedingungen, Solidarisierungs- und Rekrutierungsmaßnahmen und dann erneuten Attentaten durchbrechen. Wir müssen ein Signal setzen. Ein Signal an die RAF, mit ihren unsinnigen Terroranschlägen aufzuhören. Der Staat wird beweisen, daß er die RAF-Gefangenen wie alle anderen behandeln wird. Und das heißt: nach 15 Jahren Überprüfung bei den Lebenslänglichen, bei den Zeitstrafen nach zwei Drittel der verbüßten Haft.«

Ein anderer wird wie folgt zitiert: »Wir haben keine Alternative, wir müssen diesen Versuch wagen, wenn wir weitere Attentate verhindern möchten.«

Diesmal bleibt der Bundespräsident bedeckt

Wie das nordrhein-westfälische Innenministerium bestätigte, würden Gedanken in diese Richtung schon seit vielen Monaten gehegt und es habe in dieser Zeit manche Gespräche gegeben. Viele führende Politiker vor allem der SPD, der Grünen und auch der FDP haben bereits ihre Zustimmung hierfür signalisiert. Ausgelöst soll dies durch die Ex-Grüne Antje Vollmer worden sein, die sich mit entsprechenden Anträgen an Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker gewandt haben soll, wonach Informationen zufolge besonders letzterer wieder sein grundsätzliches Einverständnis signalisiert haben soll, wenngleich er diesmal hiermit nichts zu tun haben würde. Im Gegensatz zu den von ihm ausgesprochenen Begnadigungen, läge diesmal die letztendliche Entscheidung bei den Gerichten.

Es gibt keinerlei Beweise, daß diese RAF-Leute wirklich von ihrer Einstellung zu diesem Staat und vor allen Dingen von ihrer Bereitschaft abgeschworen haben, ihre Ziele mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Vielmehr muß vor allem bei Irmgard Möller noch die grundsätzliche Übereinstimmung mit den Zielen der RAF befürchtet werden.

Gerade nach der deutschen (Teil-)Wiedervereinigung zeigte sich, daß bei der Aufklärung der Terroraktionen der RAF noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist. Und wer gibt einem die Gewißheit, daß nicht auch gegen diese Leute noch etwas in den vielen bislang nicht erforschten Stasi-Akten liegt?

Grundsätzlich ist es sicherlich richtig, diese Leute wie ganz normale Verbrecher zu behandeln – die sie im Grunde genommen auch sind. Es gibt nur einen Unterschied: Wenn ein Mörder zumeist personenbezogen handelte, wenngleich sicherlich aus einem niederen Motiv, so handelten diese Leute aber aus in Wahnsinn übersteigertem Fanatismus. Und gerade bei fanatischen Personen ist oft festzustellen, daß sie die besten Täuscher sind, wenn es darum geht, ob sie sich wirklich gebessert haben – weil in ihrem Kopf eben der jeweilige Haß so ausgeprägt ist, daß sie nur daran denken, freizukommen, um ihrem Haß nachzugehen.

Unverständlich ist auch, warum »Konzentrations- und Gedächtnisstörungen« bei vergleichsweise noch recht jungen RAF-Terroristen für eine vorzeitige Entlassung ausreichen sollen, wenn dies bei über 70 Jahre alten und schwerkranken angeblichen NS-Verbrechern nicht gilt. Man braucht sich doch nur den derzeit vor Gericht stehenden Josef Schwammberger anzugucken, dessen körperlicher Zustand ungleich schlechter ist. Und jüdische Verbände haben jetzt in der Ex-DDR gefundene Akten von zum Teil noch älteren angeblichen bislang nicht entdeckten NS-Verbrechern der Staatsanwaltschaft übergeben, wobei ebenfalls eine unerbittliche Verfolgung zu erwarten ist.

Das Problem mit den Zeugen

Würde man diese Maßstäbe ansetzen, die nun bei den RAF-Terroristen gelten, dann dürfte sich schon seit Jahren kein angeblicher NS-Verbrecher in Deutschland mehr in Haft befinden. Erschwerend kommt noch hinzu, daß die RAF-Terroristen ganz klar ihrer Tat überführt sind, es hierfür eindeutige Beweise und Zeugenaussagen gibt. Zum Teil sind diese sogar während ihrer Terroranschläge verhaftet worden. Wie unglaubwürdig dagegen Zeugenaussagen nach rund fünf Jahrzehnten sind, zeigen jetzt neueste wissenschaftliche Forschungsergebnisse, die jüngst von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« veröffentlicht worden sind.

In dem Bericht heißt es: »Zeugen lassen sich manchmal leicht beirren und vertrauen zu stark auf ihr Erinnerungsvermögen. Wie zweifelhaft Zeugenaussagen sein können, zeigten Psychologen, als sie Fernsehzuschauer mit der Aufzeichnung eines inszenierten Überfalles konfrontierten. Der Täter lief am Ende deutlich sichtbar auf die Kamera zu. Dennoch erkannten ihn nur 15 Prozent der rund 2000 Anrufer wieder, als man ihnen eine Fotoserie von Verdächtigen präsentierte. Es bleibt offen, wie viele dieser Treffer nur durch Raten zustande kamen. Unbekannt ist auch, wie richtig diejenigen urteilten, die nicht anriefen.«

Und dieses sind Befragungen kurze Zeit nach dem »Überfall«.

Wie seltsam, muß dann die fast hundertprozentige Übereinstimmund der Zeugenaussagen nach rund 50 Jahren erscheinen, selbst wenn man berücksichtigt, daß man sich an den Täter eines Verbrechens, das an einem selbst begangen wurde, sicherlich besser erinnert als an einen »Fernsehtäter«.

Falsche Erinnerungen können implantiert werden

Weiter heißt es: »Es lassen sich sogar regelrechte falsche Erinnerungen, ›implantieren‹, konstatiert die amerikanische Psychologin Elizabeth Loftus in dem von John F. Schumaker herausgegebenen Buch ›Human Suggestibility‹ (New York 1991).

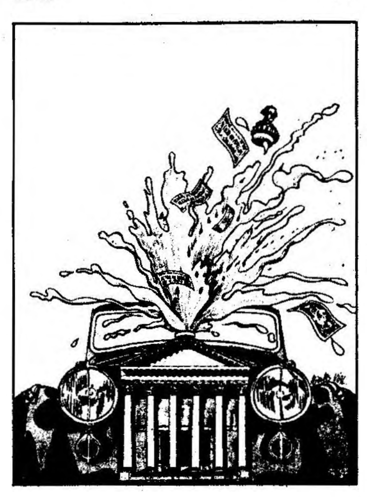
Probanden, die eine Diaserie über einen Unfall verfolgt hatten, wurden später zu bestimmten Einzelheiten befragt. Manchmal bezog sich die Frage jedoch irreführend auf das Vorkommnis ›am Stoppschild‹, obwohl an der Stelle ein anderes Verkehrszeichen gestanden hatte.

Ein großer Teil der Versuchspersonen machte sich prompt diese gefälschte Erinnerung zu eigen. Weder die Zusicherung von 25 Dollar Belohnung noch psychologischer Druck (›Kluge Leute erinnern sich da genau‹) brachten später das verschüttete Original zurück. Gedächtnisinhalte sind eben nicht fest fixiert wie Videoaufzeichnungen, die man immer wieder abspulen kann, meint die Psychologin. Sie seien vielmeher aktiv rekonstruiert.« Alleine schon die Wortwahl bei der Belehrung von Zeugen könne das Urteil verzerren. Das gleiche gelte fürs Hörensagen.

Wenn man diese neuesten Ergebnisse kennt, wundert einen nichts mehr, wenn man sich die vielen übereinstimmenden Aussagen vieler Zeugen zu Dingen anhört, die definitiv später nicht stimmten, etwa zu Gebäudeteilen, die nach Auswertung der Lagerpläne, von Fotos und Luftaufklärungsbildern der Alliierten dort überhaupt nicht waren oder zumindest ganz wo anders standen. Oder die Aussagen vieler Zeugen, wonach sie im KL Dachau Gaskammern gesehen hätten, obgleich diese gerichtserwiesenermaßen erst nach Kriegsende von den Amerikanern selber aufgebaut worden sind – daß keiner dieser Zeugen wegen Meineids oder uneidlicher Falschaussage jemals bestraft wurde, soll nur am Rande erwähnt werden –.

Die verschiedenen Maßstäbe der Justiz

Diese Wissenschaftserkenntnisse, die neben dem teilweise katastrophalen Gesundheitszustand der alten Männer und Frauen, nicht nur eine Bestrafung, sondern eigentlich auch schon eine Gerichtsverhandlung von vornherein ausschließen sollten, hindern die deutschen Justizbehörden aber nicht an »Rache«, wie es Teile der Bevölkerung ausdrücken. Dagegen werden vergleichsweise »putzmuntere und springlebendige« RAFler, über deren Tatbeteiligung zudem nicht der geringste Zweifel besteht, vorzeitig entlassen und dürften diese gesundheitlichen »Gründe«, sollte in Ex-DDR-Akten vielleicht doch noch zusätzliches belastendes Material gefunden werden, wohl ausreichen, einen weiteren Prozeß zu verhindern.
Es bleibt – leider – festzustellen, daß in der deutschen Justiz offenbar nicht mit gleicher Elle gemessen wird, sondern ganz verschiedene Maßstäbe angesetzt werden. Ganz besonders beschämend ist, daß die gleichen Politiker, die sich jetzt für diese Haftentlassungspläne einsetzen, nicht von sich aus gleichzeitig die Anwendung der gleichen Prinzipien auch für schwerkranke Greise fordern – nicht mehr und nicht weniger wird verlangt –, sondern in diesem speziellen Bereich auf dem Jehowa-Grundsatz »Auge um Auge, Zahn um Zahn« beharren. □



Ostpreußen

Neue Heimat für die Rußland-Deutschen

Oswald Hitschfeld

Der Fleiß und das Können deutscher Bauern und Handwerker, die von den russischen Zaren ins Land gerufen wurden, sind bekannt. Sie stellten ein hohes Maß an kulturellen Leistungen dar. Daß der größte Teil von ihnen angesichts der gegenwärtigen Situation den Sowjetstaat verlassen will, ist bedauerlich, aber verständlich. Die Leiden, besonders der Wolgadeutschen unter Stalin sind unbeschreiblich und verdienen unser aller Mitgefühl. Die Rückwanderung an die Wolga wird ihnen verwehrt. Zu einem guten Teil deshalb, weil sich auf ihren schönen, mustergültigen Höfen inzwischen einheimische Bauern eingerichtet haben.

Nun sind die Sowjets aber prinzipiell damit einverstanden, daß sich die Rußlanddeutschen im nördlichen Teil Ostpreußens, dem russisch besetzten Gebiet, geschlossen ansässig machen. Im Frühjahr des Jahres 1991 haben Einzelreisende neben Königsberg auch die Städte Insterburg, Gumbinnen, Ebenrode und Tilsit an der Memel besucht. Das Fazit dieser Besuche sei hier kurz festgehalten.

Die im nördlichen Ostpreußen lebenden Russen haben sich mit großer Offenheit der deutschen Vergangenheit dieses Landes zugewendet. Bei den Studenten der Königsberger Universität wurde der Wunsch nach einem regen Studentenaustausch mit Deutschland laut. In ländlichen Regionen kam man mehrfach mit Rußlanddeutschen zusammen, die jetzt in größerer Zahl ins nördliche Ostpreußen strömen. In Königsberg arbeitet bereits der deutsche Kulturverein »Eintracht«, der um Unterstützung aus dem Westen bittet.

Nicht-kommunistische russische Politiker und die Führung des Königsberger Tschernobyl-Komitees sprachen den Wunsch nach einer Rückkehr des nördlichen Ostpreußen nach Europa aus.



Das Königsberger Schloß. Die in Ostpreußen lebenden Russen wenden sich mit großer Offenheit der deutschen Vergangenheit dieses Landes zu.

Man sollte diese Bekundungen von russischer Seite sehr ernst nehmen. Sie könnten neben einer dauernden Aussöhnung von Russen und Deutschen auch darüber hinaus die Einleitung eines gemeinsamen Kulturaufbaues darstellen.

Der Schreiber dieser Zeilen wurde beauftragt, für dieses Projekt einen grundsätzlichen Artikel zu verfassen, der dann wie nachstehend im Ostpreußenblatt abgedruckt wurde:

Durch lange Zeiträume hindurch hat sich in Europa, aber auch in jeweils voneinander abweichenden Formen in anderen Kontinenten, der Bauernhof als die stabilste ländliche Lebensform der Menschheit herausgebildet. Stets aber war diese Lebensform, die freies Bauerntum zur Voraussetzung hatte, mannigfachen Gefährdungen ausgesetzt. Denken wir dabei an die beiden Brüder Gracchus im alten Rom des zweiten Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung. Sie mußten den für den Staat immer bedrohlicher werdenden Rückgang des römischen Bauerntums, dem sie Einhalt gebieten wollten, mit ihrem Leben bezahlen. Oder erinnern wir uns an die erniedrigende Behandlung der Bauern im Mittelalter durch weltliche und geistliche Grundherren, die zu den Bauernkriegen führte.

Denken wir aber vor allem an die neuzeitliche Bedrohung bäuerlicher Lebensformen durch die Kolchosen- und Farmwirtschaft.

In den USA allein fallen der Erosion täglich 70 Quadratkilometer bebautes Land zum Opfer, das damit aus der Produktion ausscheidet. Das ist pro Tag die erforderliche Fläche von 300 lebensfähigen Familienbetrieben zu je 25 Hektar.

In den USA verläuft die Bodenzerstörung übrigens schon seit langem so. Die Sorgen, die sich dort verantwortungsbewußte Agrarsachverständige bereits vor dem Ersten Weltkrieg darüber machten, war ja der Anlaß, daß sich einer von ihnen, F. H. King, Professor an der Universität von Wisconsin und Leiter der Abteilung für Bodenbearbeitung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, im Frühjahr 1909 auf den Weg nach dem fernen Osten machte. Auf dieser sechs Monate dauernden Forschungsreise durch Japan, Korea und vor allem durch China erlebte er, wie Asiaten die natürlichen Produktionsmittel pflegten und nutzten und damit fortlaufend hohe Erträge erwirtschafteten. Und das schon seit mindestens 4000 Jahren, während in den Vereinigten Staaten der Boden schon nach zwei bis drei Farmergenerationen vielerorts entweder davonflog oder abgeschwemmt wurde. 1984 ist das hochinteressante Buch von F. H. King über diese halbjährige Forschungsreise im Volkswirtschaftlichen Verlag GmbH, München 70, auch in deutscher Übersetzung herausgekommen.

Nahezu ein Dreivierteljahrhundert ist das Kolchossystem nun alt. Seine Verkehrtheit und Versäumnisse sind inzwischen zur Genüge offenkundig geworden, so daß sich ein ausführliches Eingehen darauf erübrigt.

In der Sowjetunion war ein einziges Feldstück oft mehrere hundert Hektar groß. Allein daraus läßt sich ermessen, daß diese rie-

senhaften Flächen, auf denen jeder Raum- und Strauchwuchs beseitigt worden war, zum Tod alles Lebendigen führen mußte.

Oft mehrere zehntausend Hektar groß sind die Kolchosen und Sowchosen und man kann sich vorstellen, was die Überwindung dieser Entfernungen an Zeit kostet, die für Ernte und Bergung der Feldfrüchte verlorengeht. Oft fehlt es an genügend Zugmaschinen, Ersatzteilen und Lagerraum. Getreide muß häufig im Freien gelagert werden und verdirbt bei Regenwetter, bevor es weggeschafft und seiner Bestimmung zugeführt werden kann.

Ausländische Besucher berichten, wie verloren die wenigen dort arbeitenden Menschen auf diesen Flächen wirken. Sie können mit ihrer Tätigkeit diese gewaltigen Räume nicht durchdringen. Neuerdings versucht man einiges um Verhältnisse zu schaffen, unter denen der Mensch wenigstens das Wichtigste halbwegs zu meistern in der Lage ist. Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird zu 99,5 Prozent in Form dieser beiden Agrarsysteme bewirtschaftet. Das private Hofland in Form der Verpachtung macht nur 0,5 Prozent der Gesamtfläche aus, liefert aber 63 Prozent der Gesamterzeugung von Eiern und Kartoffeln, 41 Prozent des Obstes, 38 Prozent von Milch und Fleisch und 20 Prozent der Wolle.

In der Ebene zwischen dem Kaspischen Meer und dem Aralsee stieß man bei Ausgrabungen auf gut erhaltene kleine Bauernhöfe aus dem sechsten Jahrtausend unserer Zeitrechnung. Sie sind demnach ca. 8000 Jahre alt. Man fand in ihnen neben Getreidekörnern auch Spuren anderer, von Menschen gezüchteten Kulturpflanzen. Dazu auch Überreste von Haustieren. Nach Ablauf der vorhergehenden Jäger- und Sammler-Epoche sind dies die ersten Zeugen für die bewußte Arbeit des Menschen am Boden und dafür, daß der Mensch mit der Züchtung von Kulturpflanzen auch mit der Züchtung von Tieren, die vorher für ihn nur Jagdwild waren, begonnen hatte.

Es waren natürlich keine Bauernhöfe im Ausmaß heutiger Vollerwerbsbetriebe, sondern eigentlich Gärtnerhöfe. Und es ist sicher kein Zufall, daß diese Siedlungsform in unseren Tagen sozusagen eine Auferstehung erlebt. Hat doch der Gärtnerhof im Gegensatz zu der gegenwärtigen krisengeschüttelten Agrarwirtschaft wiederum eine gesicherte Zukunft. Auch ein heutiger, in sich geschlossener Bauernhof ist ohne größeren oder kleineren Bauerngarten nur eine halbe Sache und sollte daher, weil er seine Bewohner mit Gartenfrüchten und Kräutern versorgt überall mit eingeplant werden.



Die Sowjets sind prinzipiell einverstanden, daß die Wolgadeutschen in Ostpreußen eine neue Heimat finden.

Das Problem mit der heutigen Jugend

Im Gegensatz zur Farm- und Kolchosenwirtschaft hat sich, wie im Anfang bereits erwähnt, der Bauernhof als die stabilste Lebensform der Menschheit herausgebildet. Dreierlei wird durch diese Lebensform bewirkt: Optimale Dauerfruchtbarkeit, Schutz und Entwicklung der Landschaft sowie eine bodenständige bäuerlich bestimmte Kultur. Erreicht wird dies alles neben der Einführung bodenaufbauender Fruchtfolgen, Gliederung der Flur durch Hecken und Gebüsch sowie ähnlicher naturgerechter Maßnahmen, vor allem durch eine auf die Gesamtfläche abgestimmte Tierhaltung. Neben dem Pferd als Zug- und Reittier, einer maßvollen Schweine-, Geflügel- und stellenweise auch Schaf- und Ziegenhaltung ist es vor allem das Rind, dem dabei die Hauptbedeutung zukommt.

Familienbetriebe sind bei den heutigen Getreidepreisen vor allem auf die Einnahmen aus der Milchwirtschaft angewiesen.

Während Getreide ca. 2000 Mark (bei immer noch fallender Tendenz) jährlich einbringt, sind es bei der Milch, das Kilogramm zu nur 70 Pfennig gerechnet, über 3000 Mark. Nun benötigt aber eine Kuh kaum einen halben Hektar Futterfläche. Somit beträgt der Erlös mindestens 6000 Mark, also das dreifache gegenüber dem beim Getreide. Dazu kommt dann noch jährlich ein Kalb. Sorgen bezüglich der Milchschwemme wird man sich schon in naher Zukunft nicht mehr zu machen brauchen, da die Zahl der Milchbetriebe laufend zurückgeht und zu den Milch-Import-Ländern Italien und Spanien nun auch noch Frankreich gekommen ist. Nicht zu vergessen ist, daß dem Dung des Rindes durch Jahrtausende hindurch Gesundheit und Fruchtbarkeit des Bodens zu verdanken ist.

Die schlimmen Erfahrungen der Kolchosen- und Farmwirtschaft haben zur Genüge deutlich gemacht, daß ein Bauernhof mit Milchviehhaltung zu gesicherter Rentabilität, dauernder Gesundheit und Fruchtbarkeit des Bodens und krisenfester Existenzsicherung führt. Die einzige Sorge bereitet in der modernen Zeit eigentlich nur der Umstand, daß die heutige Jugend vielfach nicht mehr gewillt ist, an 365 Tagen im Jahr Stallarbeit zu leisten. Wohl erleichtert die Technik wie arbeitsparende Melk- und Fütterungseinrichtungen, Düngerstreuer u. a. die Arbeit ganz wesentlich, aber man muß eben doch Tag für Tag da sein. In der vorindustriellen Zeit, wo es noch genügend Hände gab, war jederzeit eine Ablösung und Stellvertretung möglich. Ein Ausweg, hier zu helfen, bestünde darin, daß man sich (bei nicht zu weit auseinanderliegenden Betrieben) besonders an Wochenenden gegenseitig vertritt. In neu zu gründenden Dörfern – reine Bauerndörfer gibt es kaum mehr – dürfte dies am ehesten möglich sein.

Am Ausklang dieser Ausführungen noch einige Worte zur Situation der in den letzten Jahren in die BRD gekommenen deutschstämmigen Rücksiedler aus dem Osten und Südosten. Sie stellten durch Jahrhunderte hindurch ein in ihren Gastländern hochgeschätztes Wirtschafts- und Kulturelement dar. Zum Unterschied gegenüber den weitgehend vom Industriestaat geprägten Denkweisen der bundesdeutschen Bauern haben sie sich ihre echt konservative, bäuerliche Gesinnung bewahrt. □

Deutschland

Demokratie und Revisionismus contra Lehrmeinung

Dieter Lehner

Vor genau 334 Jahren verfaßte der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg seine Denkschrift an den ehrlichen Teutschen: »Dein edles Vaterland war leider bei den letzten Kriegen unter dem Vorwand der Religion und Freiheit jämmerlich zugerichtet und an Mark und Bein dermaßen ausgesogen, daß von dem herrlichen Körper nichts anderes übrig blieb, als das bloße Skelett. Wem noch ein wenig deutsches Blut um sein Herz warm ist, muß darüber weinen. Wir haben unser Blut, wir haben unsere Ehre und Namen dahingegeben und nichts damit ausgerichtet, als daß wir uns schier zu Dienstknechten fremder Nationen gemacht haben. Was sind Rhein, Weser, Elbe und Oderstrom nunmehr anderes als fremder Nationen Gefangene. Was ist Deine Religion und Freiheit mehr, als daß andere damit spielen.«

Es scheint der Deutschen Tragik zu sein, daß sie immer wieder ihre Politik nicht aus sich selbst heraus gestalten durften, sondern daß diese Politik mehr oder weniger außerhalb für sie konzipiert wurde.

So mag Vernunft und deutsches politisches Geschick heutzutage auch wieder darin liegen, sozusagen in kleinen Freiräumen, der verordneten Politik zum Trotze, sich zumindestens als Bund deutscher Stämme in etwa zu verwirklichen. Dies wäre dann, so gesehen, die Chance der Deutschen in einem Europa der Regionen, kulturell zu überleben.

Inzwischen aber ist innerstaatliche deutsche Politik praktisch eine Art bedingungsloser Execution äußerer Wünsche geworden und von innenpolitischen Freiräumen ist längst keine Rede mehr, wenn denn »Freiraum« nichts anderes bedeuten würde als der Vollzug der deutschen Verfassung.



Bundeskanzler Helmut Kohl weiß um die Probleme der deutschen Geschichtsforschung.

So hat, radikal formuliert, beispielsweise die Ausländer- und Asylpolitik inländerfeindliche Züge angenommen. Vorsichtig formuliert: Die Forderungen und Bedürfnisse der Ausländer bestimmen die Maßnahmen deutscher Innenpolitik. Ähnlich verhält es sich bei der Selbstdarstellung der Deutschen in Geschichte und Politik. Auch sie wird nicht von deutschen Vorstellungen geleitet, sondern von äußeren Erfordernissen.

In beiden genannten Fällen wird der Vollzug von Justiz und Polizei überwacht. Die kritische Einstellung gegenüber Ausländern ist glücklicherweise rechtlich gesehen vorläufig noch nur verdächtig. Die Ablehnung einer bestimmten geschichtlichen Vorstellung, oder wie es mir gegenüber ein hoher Beamter des Bayrischen Innenministeriums formulierte, »das Leugnen einer bestimmten Lehrmeinung, ist amtlich verboten«.

Die geisteswissenschaftliche Disziplin »Geschichte« untersteht damit wohl eher der Kontrolle des Innenministeriums als vielmehr der des humanistisch-demokratisch bestimmten, individuellen Menschenverstandes. Immerhin bedeutete mir der gleiche hohe Beamte, daß ich mich bei einer allzu unbefangenen und auf natürlicher Logik basierenden Darlegung meiner Vorstellungen unter Umständen auf ein gefährliches Gebiet begeben könnte.

Dieses »Gebiet« hat nur noch strafrechtliche Relevanz; geisteswissenschaftlich ist es wohl längst in revisionistische Bewegung geraten. Interessanterweise beruft sich das angesprochene Strafrecht des Souveräns auf eine Festlegung, die von Siegermächten des Zweiten Weltkrieges für eine besiegte Nation getroffen wurde.

Es ist interessant, oder besser gesagt, völkerrechtlich fragwürdig, daß Besatzungsstatuten der Siegermacht in die Rechtssprechung eines souveränen, freiheitlich-demokratischen Staates übernommen wurden.

Dies könnte so ausgelegt werden, daß praktische Innenpolitik in Deutschland letztlich immer noch die Erfüllung bestimmter Besatzungsstatuten bedeutet.

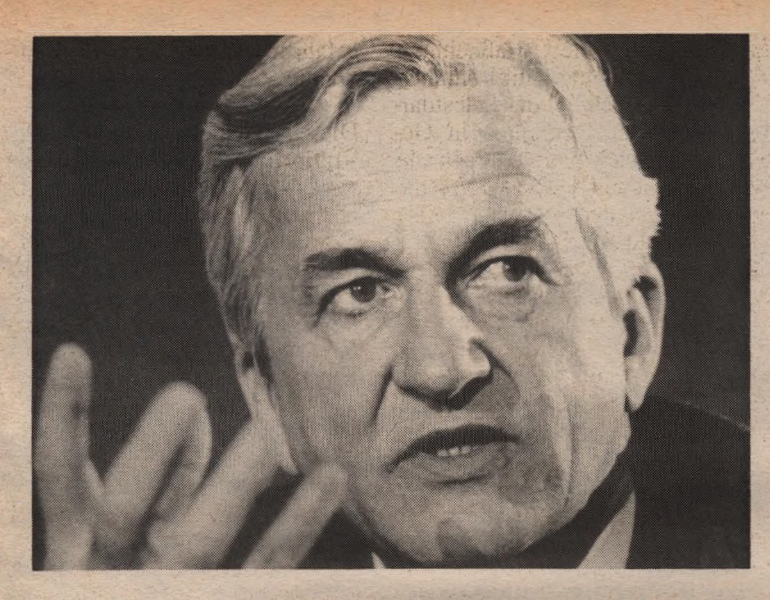
Justiz und Polizei hätten damit sozusagen die abziehenden Besatzungstruppen abgelöst.

Wenn dies keine verkürzte Darstellung wäre, dann würde das nichts anderes bedeuten, als daß das Kriegsrecht des Siegers nunmehr vom Besiegten in Eigenverantwortung, im Sinne des Siegers, weiterbetrieben würde (freiwillige Besatzungskontrolle).

Daß die Kontrolle eines Teils veröffentlichter Geschichte und Geschichtsmeinung weniger der Wissenschaft obliegt, sondern der Polizei, dies ist in der Tat hierzulande ein bedenklicher, wenn auch nicht einmaliger deutscher Zustand. Bedenklich nicht nur weil die Polizei behauptet, sie halte sich bei ihren Ermittlungen an die »Lehrmeinung«, sondern weil gleichzeitig die Polizei mit staatlicher Gewalt den polizeilichen Schutz über die geltende Lehrmeinung übernommen hat.

Wenn alle hier aufgezeigten Erwägungen stimmen würden, dann wäre letzten Endes aus Besatzungsrecht »Herrschende Lehrmeinung« geworden.

Logischerweise trifft unter den genannten Umständen die polizeiliche Aktivität in Sachen Geschichte keineswegs desinteressierte Konsumenten, oder potentielle Staatsgegner, sondern allzuoft ausgerechnet geschichts-



Bundespräsident Richard von Weizsäcker setzt ebenfalls bis jetzt auf den Polizeischutz für die herrschende Lehrmeinung.

bewußte loyale und engagierte Staatsbürger, die glauben historische Ungerechtigkeiten von ihrem Staat abwenden zu müssen und in diesen die Wurzeln außenpolitischer Repression zu erkennen glauben. Diese an sich staatstreuen Bürger werden nun kriminalisiert, weil die Suche nach der geschichtlichen Wahrheit unter Umständen einen Strafbestand erfüllen kann.

Interessant wäre es zu erörtern, ob als Folge einer permanenten Strafverfolgung, langfristig eine negative Auslese an Gleichgültigen und Opportunisten getroffen wird, die letztlich einer lebendigen Demokratie keine guten Dienste leisten, wenn denn überhaupt Loyalität gewünscht ist.

Alles in Allem erscheint mir die Instrumentalisierung der Ermittlungsbehörden für Geschichtsforschung und politisches Wohlverhalten im Sinne der Statuten, geradezu als ein tragisches, wenn auch traditionsreiches, historisches Wiederholungsdelikt an der Freiheit des Geistes und der Würde des Menschen in Deutschland.

Eingriff in fließende historische Denkprozesse

Bei den »Geschichtsrevisionisten« handelt es sich meist um Bürger, die mit den Begriffen Staat, Gesellschaft und Demokratie, aus einem stabilen Wertbewußtsein heraus, bestimmte moralische Vorstellungen verbinden. Sie sind nicht zwangsläufig »Rechte«, sondern durchaus bis zu einem gewissen Zeitpunkt in den demokratischen Kräften etabliert. Sie werden, wenn sie als Revisionisten geortet sind, aus ihrer Struktur herausgelöst, intellektuell diffamiert und in ein rechtsradikales Sumpfgebiet abgedrängt. Dort können sie dann mit der Legitimation »Rechtsradikalismus« in Einzelmaßnahmen sonderbehandelt und geistig eliminiert werden.



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher spricht über historische Tatsachen nur im privaten Kreis.

Es hätte niemals der Eindruck entstehen dürfen, daß dem demokratischen Staat, vertreten durch seine Ermittlungsbehörden, die Moralität etablierter Bürger besonders verdächtig erscheint, ihm hingegen die Zweifelhaftigkeit destabiler, wertarmer, oder bestenfalls indifferenter Strukturen sympathischer und tolerierbarer sind, oder zumindestens kalkulierbarer, als ehrlich gemeinter Patriotismus.

Ich halte, selbst wenn Polizeischutz für Herrschende Lehrmeinung demokratisch legitim wäre, die Stafverfolgungsbehörde für überfordert, wenn sie in fließende historische Denkprozesse eingreifen muß. Es sollte doch jedem normalen Bürger klar sein, daß wissenschaftliche beziehungsweise zeitgeschichtliche Erkenntnisse niemals absolut sein können, sondern sie erfahren immer wieder neue Informationen, die ein bestehendes Bild verdichten oder realisieren; in jedem Falle aber wäre es guter demokratischer Brauch, eine historische Erkenntnis im Geiste der Freiheit des Denkens zu behandeln.

Lassen Sie mich feststellen, daß möglicherweise für einen Teil der in unserem Lande herrschenden Kräfte eine große politische Gefahr heraufdämmert, wenn sie in Fehleinschätzung, oder Machtbeharrlichkeit, angesichts schwindender Lebensqualität in Deutschland, sich weiterhin den neueren zeitgeschichtlichen Erkenntnissen in Bezug auf den Holocaust verschließen.

Ich halte das repressive Festhalten beispielsweise an den Londoner Statuten, die bestimmte geschichtliche Ereignisse in ihrem Ablauf als gerichtsbekannt voraussetzen und keine neuerliche Beweisführung zulassen, und die These von der Singularität des Völkermordes an den Juden für äußerst fatal. Die Beweisführung in Teilbereichen der Holocaustforschung ist erschütternd schlüssig und überzeugend. Sie bietet in der Tat radikalen Kräften einen idealen Ansatzpunkt sich politisch zu profilieren, vor allem dann, wenn sich die legitimen demokratischen Kräfte weiterhin den neuen Erkenntnissen blind verschließen.

Immerhin ist es bisher allein die der FDP nahestehende Thomas Dehler Stiftung gewesen, die neue Erkenntnisse in Bezug auf unsere jüngere Vergangenheit politisch verarbeitet und öffentlich diskutiert.

Wir, die wir immer noch an einen demokratischen Staat glauben wollen, so wie ihn einst die Gründerväter gedacht hatten, werden eines Tages, im Rahmen sachpolitischer Mißerfolge, als Handlanger der Geschichtsfälschung politisch diffamiert und unglaubwürdig gemacht werden, wenn wir nicht endlich selbst aus der Moralität unseres Demokratieverständnisses heraus die Verbreitung neuer Erkenntnisse selbst in menschlicher und gediegener Weise in die Hand nehmen, das heißt, daß wir zunächst einmal demokratische Strukturen dort wieder restaurieren, wo sie von Amtswegen dem Zufgriff praktizierten Demokratieverständnisses entzogen worden sind und weiter, indem wir moralische und historisch-wissenschaftliche Aspekte in Freiheit und Forschung und Lehre, parallel zu einander vermitteln.

Die historische Wahrheitsfindung ist Teil der Identität eines Volkes, die wenn die »Tranquillierung« durch wirtschaftlichen Überfluß zu Ende geht, wieder eine drängende Lebensfrage wird. Diese Lebensfrage in Würde zu beantworten sollte den demokratischen Kräften in Deutschland vorbehalten bleiben. Ein Polizeistaat, würde er auf dem Fundament eines singulären Anspruches erbaut werden sollen, hätte auf die Dauer, niemals eine dauerhafte Chance. □

Deutschland

Die Allianz mit der »Zeit«

Alfred König

Wie von CODE berichtet, fand vom 6. bis 9. Juni des vergangenen Jahres das Jahrestreffen der Bilderberger in Baden-Baden statt. Die Bilderberger sind neben der Trilateralen Kommission bekanntlich das zweite wichtige Absprachegremium, in dem führende Politiker und Wirtschafter der ganzen Welt ihre Entscheidungen für die kommenden Monate koordinieren. CODE jüngst zugegangene Kopien weisen dabei auf eine enge Allianz der Hamburger Wochenzeitschrift »Die Zeit« mit den Internationalisten hin.



Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, heute enger Berater des Rockefeller-Clans, ist ständiger Gast bei den Bilderberg-Treffen.

So hat der Diplomatische Korrespondent der »Zeit«, Christoph Bertram, im Herbst 1990 beim Auswärtigen Amt in Bonn die Übernahme von einem Viertel der auf 368.000 Mark geschätzten Kosten des im Baden-Badener Hotel »Badischer Hof« stattgefundenen viertägigen Treffens beantragt. Bertram ist nach eigenen Angaben bezeichnenderweise zusammen mit dem Vorstands-Chef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, im »Steering Committee von Bilderberg«, also dem Organisationsteam, vertreten. Und »Zeit«-Herausgeber Theo Sommer wurde ebenfalls zu dem Treffen eingeladen.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages bewilligte aber nach Angaben Bertrams nur einen Teil der von ihm beantragten Kosten. Großzügiger zeigte sich dagegen die Industrie. So schrieb Bertram: »Den Großteil dieser Kosten (368.000 Mark; die Redaktion) hoffen wir, durch Spenden deutscher Unternehmer zu dekken.« Die anfallenden Transportkosten in Höhe von rund 85.000 Mark wurden dabei von Daimler-Benz übernommen, während das Land Baden-Württemberg umsonst den ganzen Sicherheitsdienst, wie Bewachung der politischen und Wirtschafts-Prominenz stellte. Alleine dieses darf auf einen hohen sechsstelligen Betrag veranschlagt werden.
Bertram schreibt wörtlich in dem Antrag: »Im Jahr nach der deutschen Einigung wird das Treffen aus deutscher Sicht besonders wichtig werden. Denn die hochrangige Teilnehmergruppe – aus der ersten Garnitur von Politik, Wirtschaft und Medien von beiden Seiten des Atlantik – ist zugleich ein einzigartiger Multiplikator. Die Eindrücke, die sie in Baden-Baden erhält, wird die Bewertung der deutschen Entwicklung und der deutschen Politik im westlichen Ausland entscheidend mitprägen.«
Besonders der vorletzte Satz muß dabei wie blanker Hohn wirken. Bertram spricht von einem »einzigartigem Multiplikator«. Wer die nationalen und internationalen Medien nach dem 9. Juni des vergangenen Jahres aufmerksam beobachtet hat, wird festgestellt haben, daß mit Ausnahme weniger, meist nichtssagender Artikel in kleineren und mittleren Zeitungen nichts, aber im wahrsten Sinne des Wortes nichts wesentliches von dem »aus deutscher Sicht besonders wichtigen Treffen« veröffnetlicht wurde. Wo blieb denn da der »einzigartige Multiplikator«?
Die Aufgabe eines Journalisten – und damit der Zeitung oder Zeitschrift, für die er schreibt – ist doch eigentlich, daß er über derart wichtige Dinge, wie sie Bertram beschreibt, berichtet. Dies gilt besonders dann, wenn er noch irgendetwas mitorganisiert. Zwar erfährt jeder Journalist dann und wann etwas »off the record«, was er nicht oder nur eingeschränkt weiterverwenden darf, wenn er nicht in Gefahr geraten will, eine wichtige Quelle zu verlieren, doch wäre von Bertram und damit der »Zeit« doch zumindest zu erwarten gewesen, daß sie zumindest ansatzweise und allgemein über das Bilderberger-Treffen berichten. Dies ist jedoch nicht geschehen!
Vielmehr war in der »Zeit« nichts über das Treffen zu lesen (anders in CODE, siehe das Heft September 1991). Wo blieb denn da der Multiplikator im eigenen Hause, muß doch die Frage lauten. In einem Gespräch mit CODE sagte Bertram, daß bei diesem Treffen lediglich in vertraulicher Experten-Runde Hintergrundgespräche ohne Angst, alles am nächsten Tag genauestens in den Medien erfahren zu können, geführt wurden. Ent-



David (links) und Laurence Rockefeller leiten zusammen eines der größten politischen Finanzimperien der Welt.



Prinz Bernhard der Niederlande war Mitbegründer der Bilderberg-Treffen.

scheidungen seien allerdings in keinem Fall getroffen worden. Dieses ist alles, nur nicht glaubhaft. Denn so hochstehnde und mit vollsten Terminkalendern ausgestattete Persönlichkeiten, wie etwa Bundeskanzler Kohl, Lord Carrington, die niederländische Königin, Henry Kissinger, David Rockefeller, die spanische Königin, der Stabschef des Weißen Hauses, der Vize-Präsident der USA; NATO-Generalsekretär Wörner, Konzern-Vorsitzende aus allen Ländern usw. vergeuden ihre kostbare Zeit nicht bei einem unverfänglichen Meinungsaustausch. Vielmehr müssen dort konkrete Ergebnisse bei herauskommen. Seltsam ist auch, daß es weder eine Pressekonferenz gibt – wie sonst bei internationalen Treffen eigentlich üblich – noch eine klitzekleine Pressekonferenz. Außer den in der September-Ausgabe aufgeführten Journalisten, anscheinend quasi Haus- und Hofjournalisten der Bilderberger, sind andere nicht zugelassen beziehungsweise werden abgeblockt oder, sofern sie am Tagungsort erscheinen, von den Ordnungskräften zurückgedränkt.

Wenn man schon von einem Multiplikator sprechen will, dann sieht der aber anders aus als man es eigentlich von einem seriösen Journalisten erwarten sollte. Während der seriöse Journalismus auf etwas hinweist oder auch mit vielleicht erfahrenem Insider-Wissen seine Hintergrundartikel schreibt, muß man den Eindruck haben, daß die zu den Bilderbergern und den Trilateralen zugelassenen Journalisten die Leser in ihrer Berichterstattung in eine bestimmte Richtung drängen will, in eine Richtung, die auf den Treffen dieser Hintergrundgremien beschlossen wurde – wenn man also will eine Art Tendenzberichterstattung –. Anders läßt sich dies zumindest aus Sicht von CODE nicht interpretieren.

Wir sind gerne bereit, Herrn Bertram eine Seite in CODE zur Verfügung zu stellen, wenn er darin über das Bilderberger-Treffen vom Juni des vergangenen Jahres berichtet, oder wenn er bereits Informationen über das diesjährige Treffen, zu dem er wohl auch eingeladen wird, geben will. Auch würden wir uns über eine Einladung freuen. Wenn es dort nichts zu verbergen gibt, dürfte dies wohl keine Schwierigkeit sein. Oder etwa doch? □

20 SEP '90 17:56 DIE ZEIT HAMBURG 49 40 327111 P.2

Christoph Bertram
Dipl. Korrespondent der „ZEIT"
(Ex-Promotor)

c/o DIE ZEIT
Speersort 1, Pressehaus
2000 Hamburg 1

Antrag

auf eine Teilübernahme der Kosten im Zusammenhang mit der Bilderberg-Konferenz 1991 in der Bundesrepublik Deutschland

1. Vom 6. bis 9. Juni 1991 findet die Bilderberg-Konferenz in Baden-Baden statt, zum ersten Mal seit 1980. Bilderberg ist nach Teilnehmern und Ausstrahlung die wohl bedeutendste europäisch-amerikanische Tagung; eine Teilnehmerliste des 1990er Treffens in Glen Cove, USA, ist beigefügt.

2. Im Jahr nach der deutschen Einigung wird das Treffen aus deutscher Sicht besonders wichtig werden. Denn die hochrangige Teilnehmergruppe – aus der ersten Garnitur von Politik, Wirtschaft und Medien von beiden Seiten des Atlantik – ist zugleich ein einzigartiger Multiplikator. Die Eindrücke, die sie in Baden-Baden erhält, wird die Bewertung der deutschen Entwicklung und der deutschen Politik im westlichen Ausland entscheidend mitprägen. Im Programm der Tagung werden Fragen nach den Auswirkungen der deutschen Einheit einen zentralen Platz einnehmen. Selbstverständlich werden der Bundeskanzler – der in ~~der Vergangenheit bereits mehrfach an Bilderberg-Konferenzen~~ teilgenommen hat – und der Bundesaußenminister sowie andere führende deutsche Politiker eingeladen werden.

3. Die Kosten für die Bilderberg-Treffen müssen jeweils von dem einladenden Land aufgebracht werden; Bilderberg hat selbst keine eigenen Mittel. Die Bundesrepublik ist im Steering Committee von Bilderberg durch Hilmar Kopper (Deutsche Bank) und Christoph Bertram (DIE ZEIT) vertreten.

4. Die Kosten für die Tagung in Baden-Baden – ausschließlich für Empfang, Unterbringung und Veranstaltungen (die Reisekosten tragen die Teilnehmer selber) – werden nach Rücksprache mit dem Hotel Badischer Hof und Erfahrungen mit ähnlichen Unternehmungen betragen:

Unterbringung der Teilnehmer	DM 210.000,--
sechs gemeinsame Mahlzeiten	DM 72.000,--
Saal- und Raummieten	DM 5.000,--
Abstandszahlungen	DM 12.000,--
Simultanübersetzung/Anlagemiete	DM 21.000,--
Fluggastsonderbetreuung	DM 18.000,--
Organisation und Betrieb (Büroeinrichtung und Kommunikation, etc.)	DM 30.000,--
	DM 368.000,--

(Die Transportkosten für die Fahrt vom und zum Flughafen, die auf DM 85.000,-- geschätzt werden, werden voraussichtlich durch Dienstleistung einer großen Automobilfirma übernommen werden.)

5. Den Großteil dieser Kosten hoffen wir, durch Spenden deutscher Unternehmer zu decken. Aber es wird nicht möglich sein, den ganzen Betrag auf diese Weise aufzubringen. Deshalb wird hiermit vom Auswärtigen Amt der Bundesregierung die Übernahme von einem Viertel der Kosten, d.h. ein Betrag von

DM 92.000,--

beantragt.

Für weitere Auskünfte stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Hamburg, den 20.9.1990

Christoph Bertram

Deutschland

Der Milliarden-Betrug der USA

Maximilian Stade

Deutschland ist von den USA um mehrere Milliarden Mark betrogen worden. Genauer gesagt um das Geld, mit dem die Bundesrepublik die USA im Golfkrieg unterstützt hat. Begründet wurde die Unterstützung seitens der Bundesregierung damit, daß die USA ein eindeutiges UNO-Votum für den Krieg gegen den »irakischen Aggressor« Saddam Hussein erhalten haben. Wie jetzt aber aufgrund neuester Untersuchungen als sicher gelten kann, haben die USA eindeutig mit Falschinformationen auf diesen Krieg hingearbeitet und waren überhaupt nicht an einer friedlichen Lösung interessiert.

Akribisch recherchiert wurde dies von den Redakteuren des Nachrichtenmagazins »U.S. News & World Report« – das im Grunde nur das bestätigt, was CODE schon Ende 1990, Anfang 1991 beschrieb –, die das »zynische Spiel« der amerikanischen Regierung analysierten, die schon zwei Tage nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait nichts anderes als den Krieg wollte.

Keine Scheu vor Lügen

Danach war die Entscheidung, jeden Schritt schon vorher von der UNO billigen zu lassen, der geglückte Versuch, der Auseinandersetzung mit dem von den oppositionellen Demokraten beherrschten Kongreß aus dem Weg zu gehen. CODE hatte bereits vor mehr als einem Jahr den Text eines Briefes der Wiener UNO-Stelle veröffentlicht, wonach die UNO keine unabhängige Organisation sei, sondern dort die auf der Welt herrschenden Machtverhältnisse wiedergespiegelt werden. Und dort hatten bereits auch Ende des neunziger, Anfang des Jahres 1991 die USA das große Sagen.

Bei den Bemühungen, unbedingt einen Krieg gegen den Irak zu bekommen, scheuten die Amerikaner auch nicht vor Lügen gegen ihre späteren Alliierten zurück. So überredete Norman Schwarzkopf den saudischen König Fahd, daß die Stationierung ausländischer Truppen in seinem Land unbedingt vonnöten sei, da jederzeit mit einem Einmarsch irakischer Truppen in Saudi-Arabien zu rechnen sei. Dabei wußte Schwarzkopf damals durch Spione bereits ganz genau, daß Saddams Elitetruppen, die Republikanische Garde, bereits wieder von der Front in Richtung irakische Grenze zurückgezogen worden waren.

Überhaupt hatte die Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien auch handfeste wirtschaftliche Gründe. Durch geschickte Politik war das Land nämlich trotz des großen Wüstenanteils zu einem der größten Getreide-Exporteure der Welt aufgestiegen und hatte damit der US-Landwirtschaft stark geschadet. Durch die Stationierung der amerikanischen Truppen und den Golfkrieg fielen die Exporte aber nahezu ins Bodenlose, wovon die US-Landwirtschaft profitierte. Nach neuesten Meldungen war die amerikanische Wirtschaft ohnehin der große Sieger des Golfkriegs. Ohne ihn würde sich das Land heute nicht auf einem wenn auch nur recht schwach ausgeprägten Aufschwung, sondern in einer knallharten Rezession befinden.

Nach anderen Quellen waren auch die Angaben der Amerikaner über die Stärke der irakischen Truppen in Kuwait wissentlich viel zu hoch angesetzt. Auf Satellitenbildern und nach Meldungen in Kuwait abgesetzter »Aufklärer« war schon vor Kriegsbeginn klar, daß nicht rund 600.000 Iraker, sondern weit weniger in Kuwait stationiert waren, und daß vor allem die »Wegwerfarmee« an der saudischen Grenze keine Gefahr darstellte.

Um die Stimmung gegen das »Teufelsregime im Irak« und gegen Saddam Hussein, der von führenden amerikanischen Politikern immer wieder mit Hitler verglichen wurde, weiter zu schüren, wurden geschickt Greuellügen unters Volk gebracht.

Politik mit Greuellügen

Eine dieser Lügen, die mit am meisten die Welt erschütterte, war die, daß irakische Soldaten kuwaitische Babys aus den Brutkästen rissen und sie umbrachten; weitere waren Folterungen und Massenerschießungen. Vieles davon erwies sich als falsch.

Die alles andere als Hussein-freundliche »New York Times« warf kürzlich der amerikanischen Werbeagentur »Hill + Knowlton« vor, bei der Verbreitung der über den Irak in die Welt gesetzten Greuellügen geholfen zu haben. Bush, viele amerikanische Regierungs- und Kongreßmitglieder sowie die weltweite Presse habe das Brutkasten-Märchen aufgegriffen und genüßlich ausgeschlachtet.

Auftraggeber zur Verbreitung dieser Greuelgeschichten sei die kuwaitische Botschaft in Washington gewesen. So sei die Kronzeugin »Nayirah«, die vor dem US-Kongreß über die angeblichen irakischen Untaten in kuwaitischen Krankenhäusern, die sie selbst erlebt habe, berichtete, in Wirklichkeit die 15jährige Tochter des kuwaitischen Botschafters in den Vereinigten Staaten, Saud Nasir Al-Sabah, der zur Familie des Scheichs von Kuwait gehört, gewesen.

Verharmlosung der US-Verbrechen

Mit diesen Lügengeschichten wurde also konsequent auf einen Krieg hingearbeitet. Der letzte Zögerer wurde dann noch mit der großzügigen Streichung von Krediten in Milliardenhöhe für seine Zustimmung belohnt.

Doch auch nach Kriegsbeginn wurde, wie jetzt von der amerikanischen Regierung zugegeben werden mußte, der Öffentlichkeit nicht nur aus »strategischen Gründen« etwas verschwiegen, sondern sie wurde ganz bewußt belogen. Sei es bei den immer wiederkehrenden Meldungen, der Irak halte Munition mit Nervengas an den Frontabschnitten bereit oder mit unwahren Zahlen über die irakische Truppenstärke.

Über die Massaker des amerikanischen Militärs wurde überhaupt nichts berichtet. Selbst die größte Panzerschlacht des Krieges, in der die Amerikaner westlich von Basra 247 irakische Tanks zerstörten, blieb bis heute fast gänzlich unbekannt. Das besonders schlimme daran ist, daß sie erst zwei Tage nach Kriegsende stattfand. Auch das »Putenschießen« (O-Ton eines amerikanischen Piloten), als amerikanische Bomber auf die sich aus Kuwait zurückziehenden Iraker schossen – die zum Teil versuchten, in Zivilfahrzeugen vor der amerikanischen Soldateska zu fliehen – und tausende Menschen quasi durch einen Schuß in den Rücken abschlachteten, wird bis heute verharmlost. Dabei war dies ein Kriegsverbrechen ersten Ranges. Daß sich US-Präsident Bush hierfür natürlich nicht vor einem Kriegsgericht verantworten muß, soll nur am Rande erwähnt werden.

Ein Krieg um das Öl

Dafür wird aber ein Saddam Hussein als »Schlächter« hingestellt, obwohl der Einmarsch seiner Truppen in Kuwait insgesamt viel weniger Opfer gekostet hat als dieser einzige Angriff der Amerikaner – von den vielen zehntausend, ja wahrscheinlich sogar hunterttausend Opfern der zivilen Bevölkerung des Iraks ganz zu schweigen –. Auch wird natürlich nicht erwähnt, daß Kuwait historisch zum Irak gehört und das Ölfeld in Rumaila durch Schrägbohrungen widerrechtlich angebohrt hat.
Obwohl all dies jetzt feststeht,

versucht die amerikanische Regierung noch immer, den Golfkrieg »als notwendig« hinzustellen. So schrieb etwa der Direktor des US-Informationsdienstes, Cato, Anfang Januar in der »Welt«, daß ein Krieg »auch für die amerikanische Regierung die letzte noch verbliebene Möglichkeit« dargestellt habe. »In enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen schöpfte US-Präsident Bush jede andere Möglichkeit aus, um die Krise zu einem friedlichen Abschluß zu bringen«, erdreistete sich Cato zu behaupten.

»Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten behielten Zugang zu den Ölvorkommen des Mittleren Osten. Im Gegensatz dazu hätte der Irak 20 Prozent der Weltölreserven kontrolliert, wenn man die Eroberung Kuwaits hingenommen hätte, und sogar mehr als die Hälfte, falls der Irak die Kontrolle über die Vorkommen in Saudi-Arabien und in dessen schwächeren Nachbarstaaten gewonnen hätte«, schrieb Cato weiter. Verschwiegen wird, daß dies der Irak niemals vorhatte. Und selbst wenn, dann hätte die Stationierung amerikanischer Truppen und später rein arabischer Truppen mit einer amerikanischen schnellen Eingreiftruppe vollends ausgereicht, um einen Einmarsch in Saudi-Arabien unproblematisch zu verhindern.

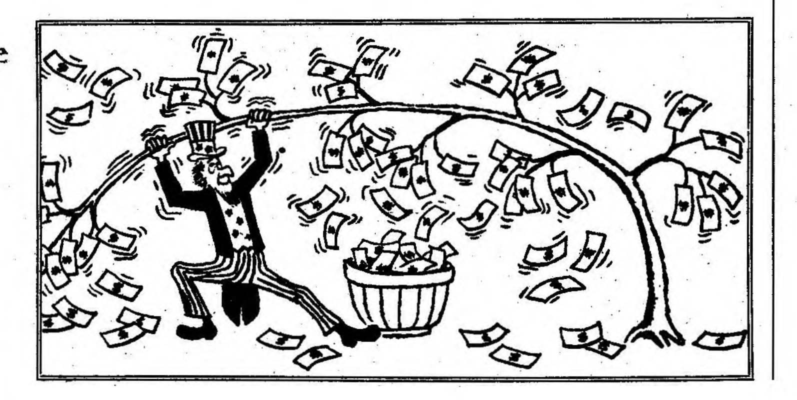
Danach zitiert Cato zustimmend den britischen Militärwissenschaftler John Keegan, der erklärte, der Haupterfolg des Golfkriegs liege darin, »daß es nun so etwas wie eine neue Weltordnung gebe, in deren Rahmen Aggressoren nicht nur bestraft, sondern auch entwaffnet werden können, solange die Völkergemeinschaft ihre Entschlußkraft wahrt und solange Amerika und seine Verbündeten bereit sind, kraftvoll und umgehend zu handeln. Die meisten Möchtegern-Saddams scheinen dies begriffen zu haben.«

Die gehorsame Bonner Regierung

Leider vermißt der Leser der Zeilen Catos Kommentare zum Bürgerkrieg in Jugoslawien. Keine Verurteilung der stalinistisch geprägten serbischen Regierung. Selbst der Abschuß eines Hubschraubers mit fünf EG-Beobachtern blieb ohne Folgen. Wie heißt es doch richtig: »Kroatien hat das große Pech, daß es keine größeren Erdölvorkommen oder sonstige Rohstoffe hat, die für die Amerikaner wichtig sind.«

All die in diesem Artikel zitierten Dinge sind natürlich auch der Bundesregierung bekannt, größtenteils sogar sicherlich weitaus länger als der Öffentlichkeit. Umso erstaunlicher und erschütternder ist aber, daß sie, wie im übrigen viele andere Länder auch – nur kann dies keine Entschuldigung sein – dennoch brav wie ein Roboter an der Seite der Amerikaner steht, die ganzen dort getätigten Verbrechen sang- und klanglos hinnimmt und das ganze sogar noch finanziert.

Nicht nur das: Wie sich herausstellte brauchten die Amerikaner und die Franzosen nicht einen einzigen Pfennig eigenen Geldes für den Golfkrieg zu verwenden. Die Franzosen kündigten sogar an, den Überschuß der ihnen von Deutschland und Japan überwiesenen Gelder zur Verminderung ihres Haushaltsdefizits zu nutzen. Von der Bundesregierung waren aber keinerlei Forderungen nach anteiliger Rückerstattung der zuviel gezahlten Gelder zu hören. Souveräner Staat oder doch noch immer ein besiegter Staat? Die Antwort hierauf dürfte leicht fallen! □





Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. März 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Banker-Journal

Die Rolle des IWF in Haiti

Die Delegation der Organisation of American States (OAS), die in Haiti tagte, um den haitischen Militärs zu befehlen, ihre Macht an den ehemaligen Präsidenten Jean-Bertrand Bastide abzugeben, wurde von verärgerten Demonstranten empfangen, die gegen das weltweite Embargo protestieren, das ihr Land dem Hungertod entgegentreibt.
Sie wurde auch von einem hart zuschlagenden Interview begrüßt, das von der andern Seite der Insel, der Dominikanischen Republik aus, über das Fernsehen ausgestrahlt wurde, und in dem die OAS angegriffen wurde, weil sie sich im Namen einer rassistischen und völkermordenden Politik für eine neue Weltordnung einsetzt.

Aus einer Quelle in Santo Domingo verlautet, daß die Fernsehzuschauer vor allem über die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) und den völkermordenden Zweck des Embargos beeindruckt waren. »Als man Ghanas Botschafter für die Vereinigten Staaten zitierte, der gesagt habe ›Warum erlassen sie nicht die Schulden des Landes von drei Milliarden Dollar‹, stimmte jedermann zu«, verlautet aus dieser Quelle. »Und man war auch sehr beeindruckt, daß Aristide sich dazu bereit erklärt habe, kurz vor seinem Sturz noch ein Abkommen mit dem IWF zu unterzeichnen.« □

Taiwan beschuldigt Peking eine Blockade vorzubereiten

Der ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses Rotchinas revidierte Chinas Grenzgesetze und beanspruchte ausdrücklich die Souveränität über eine Zone, die sich 12 Seemeilen von der Küste von Taiwan und dessen vorgelagerten Inseln erstreckt, sagten taiwanische Regierungsbeamte nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters. Dies gibt Peking das Recht, »ausländische Kriegsschiffe« aus der Zone zu verbannen, und Flugzeuge können nur dann einfliegen, wenn ihre Regierungen Sonderabkommen mit China getroffen oder die Piloten eine Sondergenehmingung haben.
»Die chinesischen Kommunisten streben nach einer Rechtsgrundlage, um militärische Eingriffe aus dem Ausland auszuschließen, wenn sie das Taiwan-Problem in Zukunft mit einer Blockade zu lösen versuchen«, sagte Taiwans Mainland Affairs Council (MAC).

Der Ausschuß gab bekannt, daß hochstehende kommunistische Führer, darunter Präsident Yang Shangkun, Maßnahmen gegen die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung zugestimmt haben, da Taiwans Hauptopposition, die Democratic Progressive Party, die Unabhängigkeit gefordert habe. Peking wird den Druck auf die Nationalisten verstärken, um auf die Unabhängigkeitsbewegung einzuschlagen, und wird den Wirtschafts- und Personenverkehr mit Taiwan einschränken. □

US-Bauarbeiter fordern Arbeitsplätze

Annähernd 50000 arbeitslose Bauarbeiter marschierten in New York City in der größten Demonstration um Arbeitsplätze seit der großen Depression mit. Verärgerte Arbeiter verlangten, daß alle Ebenen der Behörden in Aktion treten, um ihnen Arbeitsplätze zu beschaffen.
Die Massenkundgebung wurde von Kardinal O'Connor angeführt, der die Arbeitslosenquote auf dem dortigen Bausektor in Höhe von 50 Prozent »unerträglich« nannte. »Ich erinnere mich an die große Depression«, sagte er auf der Kundgebung. »Und da war nichts großes an der Depression. Die Menschen fühlten sich deprimiert und nutzlos, weil sie keine Arbeit hatten. Wir brauchen einen Plan, und wir brauchen jetzt einen Plan, und wir müssen diesen jetzt in die Tat umsetzen.«

Siguard Lucassen, der Genaralsekretär der United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America (Bruderschaft der Zimmerleute und Schreiner) – eine der größten Gewerkschaften der USA mit 600000 Mitgliedern – sagte in Pittsburgh, daß die Vereinigten Staaten sich sozusagen aus der Wirtschaftsflaute herausbauen sollten, indem sie in die Infrastruktur investieren.

»Die Infrastruktur ist eine Investition in die Zukunft«, meinte Lucassen. »Es ist etwas was wir unseren Kindern und Kindeskindern hinterlassen werden. Aber was wir ihnen jetzt hinterlassen sind verfallene Brücken und zusammengebrochene Verkehrssysteme.«

Lucassen schlug vor, die US-Bundesregierung sollte Straßen, Flughäfen, Staudämme und Häfen, Wasseraufbereitungsanlagen, Schulen, Bibliotheken, Gemeindezentren, Krankenhäuser, Feuerwehrhäuser, Parks und Museen finanzieren.

»Jedesmal, wenn man von ›öffentliche Arbeiten‹ hört, reden die Leute von aus politischen Gründen bewilligten Zuschüsse«, sagte Lucassen. »Wir glauben nicht, daß es aus politischen Gründen bewilligte Zuschüsse sind. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn wir in der Wirtschaft wettbewerbsfähig sein wollen, brauchen wir auch die Werkzeuge dazu.« Er tritt für eine Kampagne unter dem Motto: Infrastruktur und zurück an die Arbeit ein, die er »Ready to Rebuild America« (Wille zum Wiederaufbau Amerikas) nennt.

Von allen großen Industriestaaten investieren die Vereinigten Staaten am wenigsten in ihre öffentliche Einrichtungen, sagte er. »Ich sehe das so: Wenn die Wirtschaft in der Flaute bleibt, dann wird das Defizit größer ... Wir haben ein Steuersystem, das darauf beruht, daß die Wirtschaft floriert. Wenn die Menschen keine Arbeit haben, zahlen sie keine Steuern. Derzeit sind die Zinssätze so niedrig wie seit Jahren nicht, aber die Leute kaufen keine Häuser. Sie haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Davon sind alle Sektoren der Wirtschaft betroffen. Wenn die Bauindustrie darniederliegt, dann kommt unser Land auf keinen grünen Zweig mehr.« □

Ungarn greift Schocktherapie an

»Was wir in Ungarn nicht gebrauchen können, ist eine Schocktherapie«, wird Lajos Tolnay, Präsident der ungarischen Wirtschaftskammer, zitiert. Tolnay tritt für einen stufenweisen Übergang zur Marktwirtschaft, mit starker Ausrichtung nach dem deutschen Musterbeispiel, ein.

Tolnays Bemerkungen, die einen Streit über die Richtung der Wirtschaftspolitik widerspiegeln, fielen vor dem Hintergrund einer breit gestreuten Unzufriedenheit unter ungarischen Arbeitern, die gegen den liberalistischen Kurs der derzeitigen Regierung in Budapest sind. Der erste landesweite Warnstreik der Gewerkschaften brachte Mitte Dezember 250000 Arbeiter, vorwiegend aus dem Bergbau- und Transportsektor, auf die Barrikaden.
Streikführer übten harte Kritik daran, daß die Regierung dem Aufstieg der »neuen Reichen« – von denen viele ehemalige Funktionäre der Kommunistischen Partei sind, wie zum Beispiel Miklos Nemeth – Einhalt zu gebieten, während fast ein Drittel des ungarischen Volkes unter dem offiziellen Armutsniveau lebt. Die Politik der Privatisierung und der der Herausnahme von Kapital aus der ehemals staatseigenen Industrie wurde ebenfalls unter Beschuß genommen.

In Polen sagte der neue Wirtschaftsminister Jerzy Eysymontt, er sei bereit, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierte Problemlösung der ehemaligen Regierung in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die von Finanzminister Leszek Balcerowicz überwacht wurde, zu ändern.

Eysymontt, ein führendes Mitglied der Christlichen Zentrums-Allianz, die als Speerspitze gegen den IWF auftritt, erklärte in Warschau, daß er ungeachtet der Proteste des IWF plane die Erhöhung des Staatshaushalts von drei Prozent auf 4,5 Prozent an-

zusetzen, um das Sozialprogramm bezahlen zu können.

Die Besteuerung staatseigener Industriebetriebe wird verringert, um die Erholung des Industriesektors zu ermöglichen, der im vergangenen Jahr unter Balcerowicz's Sparprogramm 30 Prozent seines Ausstoßes eingebüßt hat. »Man kann keine neue Wirtschaft auf den Trümmern der alten aufbauen«, erklärte Eysymontt. □

Felix Rohatyn: Depression könnte Faschismus herbeiführen

»Die Wirtschaftskrise könnte uns den Faschismus bescheren«, räumte Felix Rohatyn, Vorstandsvorsitzender von Lazard Frères in New York, in einem Interview mit der italienischen Zeitung »Corriere della Sera« ein. Rohatyn war in Rom, um sich im Namen der Präsidentschafts-Ambitionen von Mario Cuomo mit Führungskräften aus Wirtschaft und Politik in Verbindung zu setzen. »Es wird keine doppelte Rezession geben, ganz einfach weil wir aus der ersten noch nicht herausgekommen sind.

Die Schuldenlast, die Amerika zu ersticken droht, wird zu einem Weltproblem. Es gibt keine Lösung für das Schuldenproblem. Es genügt nicht, es zu beschneiden, denn um die Schuldenlast der USA zu verringern muß man das Staatseinkommen erhöhen, und dieses wird durch Wirtschaftswachstum erzeugt. Ich möchte keine Subventionen, sondern Investionen finanzieren.

Unser Land liegt jetzt in Ruinen: Brücken, Straßen, Schulen brechen zusammen. Die USA begegnen all diesen Dingen mit einem 150-Milliarden-Dollar-Programm über fünf Jahre hinweg, während Taiwan allein ein Programm von 600 Milliarden Dollar hat.«

Rohatyn verteidigte die Rolle und Aktivität der Banken und machte die Regierungspolitik in den achtziger Jahren als Hauptursache für die Schuldenexplosion verantwortlich. »Bush tadelt die Banken, weil die Wahrheit unpopulär ist, während es beim Volke ankommt, wenn auf die Banken eingedroschen wird«, kommentierte Rohatyn. Er regte auch an, US-Präsident Hoovers Vorschlag zur »Reconstruction Finance Corporation« wiederaufzugreifen.

Befragt, ob er in einer Situation der Wirtschaftskrise um die Zukunft der Demokratie fürchte, erwiderte Rohatyn: »Die Gefahr besteht. Die Demokratie funktioniert nur in einer Situation des Wachstums, weil sie der Entwicklung und der Verteilung der Ressourcen entgegenkommt. Aber wenn sich das politische System nur mit Härten und Opfern befassen muß, dann wird die Lage auf lange Sicht unhaltbar. Ich sage nicht, daß wir einen Faschismus in Amerika bekommen werden, aber andere Demokratien sind nicht so stabil. Auf jeden Fall könnten wir einen David Duke ohne eine Nazi-Vergangenheit bekommen.« □

Sicherheitsrat erweitert Sanktionen gegen den Irak

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat seine Sanktionen gegen den Irak nach seiner vierten Überprüfung der dortigen Lage weiter ausgedehnt. Dies wurde vom Präsidenten des Sicherheitsrats, Juli Worontsow, der davon sprach, Bagdad sei den Forderungen der UNO nicht nachgekommen, bekanntgegeben.

Die irakische Tageszeitung »al-Jumhouriya« reagierte auf diese Ankündigung wie folgt: »Die USA und jeder, der mit ihnen verbündet ist, sollte sehr wohl wissen, daß das irakische Volk nicht zu denen gehört, die auf milde Gaben von denjenigen warten, die seine Kinder, Frauen und alte Leute getötet haben ... Sie werden niemals in der Lage sein, das irakische Gehirn zu beschlagnahmen, das die Fähigkeit besitzt, sich den Schwierigkeiten zu stellen und das Unmögliche möglich zu machen.«

Obwohl es keine Hinweise dafür gibt, daß es innerhalb des Sicherheitsrates irgendeine Opposition gegen diesen Schritt gegeben hat, rief ein Staatschef die Welt dazu auf, dem belagerten irakischen Volk zu helfen. Jordaniens König Hussein rief in einem gemeinsamen Interview mit Reuters und der internationalen Fernsehagentur Visnews zu einer entsprechenden Aktion auf. »Ich hoffe, daß sehr, sehr bald eine Zeit kommt, in der die Bedürfnisse des irakischen Volkes auf humanitärer Ebene so befriedigt werden, wie es der Not des Volkes entspricht. Männer, Frauen und Kinder ... man muß sich ihrer Sache annehmen. Man kann angesichts ihres Leidens nicht einfach wegschauen.«

Der König hob hervor, daß er von den einfachen Menschen, nicht von der herrschenden Elite spreche. »Ich glaube, daß dieses Problem nicht länger bestehen darf«, sagte der König. □

Escobar verklagt ehemaligen kolumbianischen Justizminister

Der Boß des Medelin-Kartells, Pablo Ecobar, hat gegen den ehemaligen Justizminister Enrique Parejo ein Strafanzeige wegen Verleumdung eingereicht, berichtete die kolumbianische Tageszeitung »El Spectador«. Parejo ist ein ausgesprochener Gegner des Drogenkartells und kritisiert die Kapitulation der Regierung vor den Drogendealern.

Laut Escobar Strafanzeige – die von dem gleichen anonymen Richter verhandelt werden wird, der auch Vorsitz über einen anderen Prozeß führt, wo es um die Reduzierung des Strafmaßes wegen Drogenvergehen geht – sei er in einem kürzlich stattgefundenen Interview mit Radio Caracol von Parejo verleumdet worden. In jenem Interview erhob Parejo die Beschuldigung, daß in dem luxuriösen Haus in Envigado, wo Escobar »inhaftiert« ist, ein Anschlag auf sein Leben befohlen worden sei.

Einige seiner jüngsten Artikel, sagte Parejo, »sind am Hauptsitz des Kartells in Envigado, das jetzt ein Gefängnis genannt wird, nicht gerade mit Wohlwollen aufgenommen worden. Sie haben den Mann verärgert, der sich dort befindet, und der den Befehl, mich zu ermorden, erteilt oder neu bestätigt hat.«
Der Kolumnist Vladimiro Naranjo schrieb im »El Espectador«: »Wegen der schweren Beschuldigung, es seien in der ›Kathedrale‹ (Scherzname für die Einrichtung in Envigado) Todesdrohungen gegen Parejo ausgestoßen worden, sollte die Staatsregierung Schritte unternehmen, um den ehemaligen Justizminister strengstens zu bewachen.« Naranjo erinnert die Regierung daran, daß bereits ein anderer Justizminister, Enrique Low Murta, Anfang 1991 ermordet wurde, und er sagt, daß die Regierung eine furchtbare Last der Verantwortung auf ihre Schultern laden würde, »wenn die Greueltat, vor der Parajo in aller Deutlichkeit und mutig gewarnt hat, durchgeführt wird«. □

Die Geschäfte hinter den diplomatischen Beziehungen China-Israel

Das wohlbekannte »Geheimnis«, daß Israel China mit einem Großteil seiner militärischen Technologie – meistens eine »Weiterleitung« von amerikanischer Technologie, die dann auch nach Saudi-Arabien, Iran und andere Staaten ging – versorgt, ist jetzt öffentlich bekannt geworden, anläßlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Israel. Aus Äußerungen von Mitgliedern der Delegation, die diesen Botschafteraustausch vorbereiteten, erfuhr die Öffentlichkeit etwas über die Art der bestehenden Handelsbeziehungen.
Dan Gillerman, Vorsitzender der Föderation Israelischer Handelskammern, war der Sprecher, und er sagte, daß Israel daran interessiert sei, den Handel auszuweiten und nach Gelegenheiten für chinesisch-israelische Joint-Ventures, vor allem in der Landwirtschaft, Elektronik und Chemieproduktion zu forschen, und behauptete, Waffengeschäft »finden nicht statt«. □

US-Dollar

Die schwankende Leitwährung der Welt

C. Gordon Tether

Der amerikanische Dollar gerät immer mehr in den Ruf, die schwankendste Währung der zivilisierten Welt zu sein. Dies könnte ernsthafte Rückwirkungen auf die weltweiten Wirtschafts- und Finanzmärkte haben.

»Was den ganzen Einfluß betrifft, den er auf die Wirtschaftsdebatte in Washington ausübt, könnte der Dollar überhaupt nicht vorhanden sein«, schrieb eine führende internationale Finanzzeitschrift. Sie führte weiterhin aus, daß das Thema in den Reden des amerikanischen Präsidenten oder denen seiner Kritiker auf Kongreßebene niemals angeschnitten worden ist. Selbst die Federal Reserve Bank, fügte die Zeitschrift hinzu, neige dazu, die amerikanische Währung so zu behandeln als habe sie lediglich eine Randbedeutung.

Zwischen Höhen und Tiefen liegen 20 Prozent

Dies ist keine Übertreibung. Fast die gesamte Diskussion über das Wirtschaftsmanagement in den Vereinigten Staaten konzentriert sich schon seit einiger Zeit auf die Frage, wie man die Wirtschaft wieder in den Vorwärtsgang schalten kann, bevor die Auswirkungen der Wirtschaftsflaute politisch noch unangenehmer werden, als sie es bereits geworden sind. Und doch war das Verhalten des Dollar auf den Devisenmärkten alles andere als nicht aufregend.

Am Schweizer Franken gemessen, der derzeit als die stabilste aller Währungen gilt, verzeichnete der Dollar 1991 neue Höhen und Tiefen, die um mehr als 20 Prozent auseinander lagen. Die einzige bedeutende Währung, die diese Leistungen noch überschritt, war der Yen. Dank der durch eine Aufeinanderfolge von politischen und Finanzskandalen hervorgerufenen Umwälzungen erlebte der Yen eine Schwankung um 25 Prozent. Aber die übrigen Feldbewegungen waren auf etwa zehn Prozent begrenzt.
Aber das Ausmaß der Schwankungen des Dollar im vergangenen Jahr führte nicht zu ähnlichen Veränderungen in seiner Kaufkraft. Bei einer Inflationsrate in Amerika, die im großen und ganzen etwa dem Durchschnitt für Großmächte entspricht, ist der Wert der amerikanischen Einheit gegenüber den übrigen Währungen bemerkenswert stabil geblieben.

Europas Interesse an einer Harmonisierung

Die Erklärung für dieses außergewöhnliche Verhalten des Dollar ist in der besonders schweren Mißhandlung zu suchen, die ihm in der Gewalt spekulativer internationaler Kapitalströme – zunächst auf die eine, dann auf die andere Art – widerfuhr. Weil derartige Vorgänge schon seit einiger Zeit eine fast normale Erscheinung in der Weltfinanzszene sind, hat das Verhalten des Dollar so wenig Aufmerksamkeit auf sich gelenkt.
Jetzt erleben wir jedoch eine neue Form der Fragestellung, nämlich die, ob die Angelegenheit des Verhaltens der Wechselkurse nicht bald wieder fröhliche Umstände feiern wird. Eine solche Entwicklung ist zwangsläufig für den Dollar von besonderer Bedeutung, angesichts des außergewöhnlichen Charakters der Schwankungen, die er an den Tag gelegt hat.

Der Hauptgrund für dieses Erwachen ist in dem gewaltigen Aufschwung des Interesses in Westeuropa in jüngster Zeit an der Harmonisierung seiner Devisenwerte zu suchen.
Es muß gesagt werden, daß überhaupt keine Chance dafür besteht, daß die Abmachungen zur Wirtschafts- und Währungsunion, die auf der kürzlichen Konklave der Länder der Europäischen Gemeinschaft in den Niederlanden zusammengeschustert wurden, in der nächsten Zukunft zu einer Einheitswährung für die gesamte Region führen werden.

Selbst wenn das erforderliche Ausmaß der wirtschaftlichen Übereinstimmung erreicht wird und es keine Bedenken mehr gibt, die Souveränität an einen Superstaat auszuliefern, werden wir schon weit in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sein, bevor dieser Punkt erreicht ist. Aber in der Zwischenzeit wird der Fortschritt, den die Mitgliedstaaten in Richtung auf die Harmonisierung ihrer Wechselkurse gemacht haben, gefestigt und noch weiter vorangetragen sein.

Die Extratour der Japaner und der USA

Die Europäische Gemeinschaft unternahm Ende der siebziger Jahre die ersten Schritte auf eine Harmonisierung der Wechselkurse zu. Sie stellte damals ein Währungssystem auf die Beine, das die beteiligten Länder dazu zwang, die Bewegungen in ihren Wechselkursen innerhalb weniger Prozentpunkte in festen Paritäten zu halten, an denen sie sich für eine vorhersehbare Zukunft zu halten vereinbart hatten.

Einige Jahre danach konnte dieses Fahrzeug nur durch zeitweilige Anpassung der Paritätsraten für diejenigen Währungen auf Kurs gehalten werden, deren Werte realistisch nicht mehr mit den vorgegebenen Zahlen Schritt hielten. Als die Zeit voranschritt, begannen die Mitgliedstaaten jedoch damit, die Beibehaltung ihrer bestehenden Paritäten bei der Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik zur Priorität Nummer Eins zu machen.

Das Ergebnis war, die Notwendigkeit für Änderungen an den erklärten Paritäten lief nach und nach aus, in der Tat so erfolgreich, daß einige Jahre vergangen sind, ohne daß eine der Währungen, die von dem Plan erfaßt werden, einer Neuanpassung der Parität bedurfte.

Die Bedeutung des Stabilisierungsprogramms der Wechselkurse der Europäischen Gemeinschaft hat sich im Laufe des vergangenen Jahres durch die Entscheidung der britischen Regierung, das Pfund mit hineinzunehmen, weiter erhöht. Denn dies bedeutet, daß es nunmehr alle Hauptmitspieler auf dem internationalen Devisenmarkt außer den Vereinigten Staaten und Japan erfaßt.

Bleibt der Dollar vor der Tür?

Das Wechselkurs-Harmonisierungsprogramm der Europäischen Gemeinschaft hat bereits eine gemeinsame Einheit – sie läuft unter dem Namen Ecu. Ihr Wert beruht auf einem Korb der Währungen der Teilnehmerländer. Es ist nicht schwierig, zu erkennen, daß, je weiter er sich dem Zeitpunkt nähert, als einzige Währung für die gesamte Mitgliedschaft der Europäischen Gemeinschaft in Erscheinung zu treten, der Ecu umso stärker die internationale Finanzszene beherrscht.

Deswegen hat auch die jüngste Entdeckung, daß das Verhalten der Wechselkurse eine Rolle spielen könnte, letztenendes doch eine große Bedeutung für Amerikas Währung. Denn im Laufe der Zeit könnte der Dollar ganz draußen stehen und neugierig hineinschauen. Also, falls Washington seine Politik der gütigen Nachlässigkeit an der Devisenmarktfront, die es seit langem betreibt, nicht aufgibt, könnte die Schwankung, die der Dollar bislang zur Schau getragen hat, noch stärker hervortreten – mit möglicherweise sehr schädlichen Folgen für den Überseehandel des Landes. □

Edelmetalle

Die Zukunft sieht freundlicher aus

C. Gordon Thether

Selten waren Investitions-Entscheidungen so schwer zu treffen. Die Dinge könnten sich in diesem Jahr, wenn der Auflösung des Sowjetreiches die Stabilisierung des Goldmarktes folgt, doch wesentlich verbessern.

Das vergangene Jahr war entschieden ein Jahr der Flaute im wirtschaftlichen Sinn für eine Reihe von führenden Ländern – besonders Amerika und Britannien. Aber selbst dort war der grundlegende Trend der Aktienmarktpreise nach oben gerichtet, wobei die Preise in den letzten Wochen des Jahres mehrere Prozentpunkte höher standen als zwölf Monate zuvor.

Moskaus geschrumpfter Goldschatz

Von Zeit zu Zeit beschleunigten Ausbrüche akuter Nervosität Wertverluste sogar dann noch, als der Golfkriegkater verschwunden war. Und diese waren groß genug, um zu suggerieren, daß sie die Vorläufer eines sich lang hinziehenden Gleitens nach unten sein könnten. Aber jedesmal, wenn ein solcher Rutsch eintrat, folgte stets ein Wiederaufleben des Vertrauens, das dazu führte, daß verlorener Boden schnell zurückgewonnen werden konnte.

Für Länder außerhalb der von der Wirtschaftsflaute betroffenen Ländergruppe war der Wirtschaftsverlauf 1991 zwar nicht so günstig wie in dem vorangegangenen Jahr. Aber, wenn er auch wesentlich besser war als in den Vereinigten Staaten und in Britannien, so gelang es ihm doch nicht, die Aktienmarktpreise mit betont schnellerem Tempo anzuheben. In kontinentalen europäischen Ländern bespielsweise waren die Ende 1991 gültigen Stände nur wenige Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Was die Edelmetalle anbelangt, so wurde die Szene 1991 durch einen ungewöhnlichen Faktor auf eine Weise, wie nie zuvor geschehen, beherrscht – durch Fragen, die sich aus dem politischen Zusammenbruch der Sowjetunion ergaben. Die Erklärung dafür ist natürlich, daß die Sowjetunion lange als der größte Goldproduzent, abgesehen von Südafrika, erachtet wurde. Nervosität, ausgelöst durch den Gedanken, daß diese Umwälzung zu einer Entladung der riesigen Goldreserven führen könnte, die Moskau, wie man glaubte, über die Jahre hinweg angesammelt hatte, überwog für den größten Teil des Jahres 1991 den von günstigeren Faktoren ausgeübten Einfluß.

Der Preis des Metalles hielt sich folglich die längste Zeit des Jahres zwischen fünf und zehn Prozent unter den Ständen von Ende 1991.

Die Situation nahm jedoch eine Wendung zum Besseren, als gegen Ende des Jahres Moskaus neu gewonnene Begeisterung, »alles zu sagen«, enthüllte, daß die Goldmenge, die es tatsächlich hatte, weit geringer war, als man angenommen hatte. So erlebten wir in den letzten Monaten von 1991, daß ein beträchtlicher Teil des vorangegangenen Rückschlags ins Gegenteil verkehrt worden war.

Was nun? Auf der Aktienmarktfront hängt offensichtlich viel davon ab, wie schnell die von der Wirtschaftsflaute des vergangenen Jahres heimgesuchten Länder die Motoren des Wirtschaftswachstums wieder auf volle Touren bringen können. Es herrscht weithin Übereinstimmung darüber, daß sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Britannien – den von der Wirtschaftsflaute am stärksten betroffenen Ländern – die Wende eingetreten ist.

Ein langer Erholungsprozeß

Aber es herrscht ebenfalls weithin Übereinstimmung darüber, daß der Erholungsprozeß wahrscheinlich noch eine lange Zeit brauchen wird, um auf volle Touren zu kommen.

Jedoch neigte in jenen Ländern das Verhältnis Aktienmarktpreise zu Gewinne dazu, sich so zu entwickeln, daß die Aktien mehr unterbewertet oder, alternativ dazu, weniger überbewertet erschienen, als sie tatsächlich waren. Dies bedeutet, daß jetzt mehr Raum für Auftrieb in ihren Preisen sein dürfte, sobald sich das Wirtschaftsumfeld zu bessern beginnt.

Anderswo in der fortgeschrittenen Welt dürften die Aussichten für Aktienmarktpreise noch vielversprechender sein. Dort war das Problem des Wirtschaftswachstums weniger schwerwiegender Natur als in den Vereinigten Staaten und Britannien. Und dies dürfte bedeuten, daß die Wirtschaftsexpansion in vielen dieser Länder schnell genug vor sich geht, um die Preise schneller steigen zu lassen als im letzten Jahr.

Ein positives El Dorado

Nach einer in die Tiefe gehenden internationalen Analyse der Aussichten auf den Aktienmärkten, die in der neuesten Ausgabe der von Crédit Suisse, einer großen Schweizer Bank, herausgegebenen Vierteljahreszeitschrift veröffentlicht wurde, laufen die Aktienmärkte im kontinentalen Europa – das heißt ausschließlich Britannien und die Republik Irland – so gut, daß sie »ein positives El Dorado« sein könnten.

Dies erklärt, trägt man das zu erwartende Einkommenswachstum und die Tatsache in Rechnung, daß eine weitverbreitete Tendenz besteht, daß diese Aktien unterbewertet werden, obwohl die zugrundeliegenden Faktoren auf diesen Märkten gut sind. Dies bedeutet, daß sie 1992, und sehr wahrscheinlich auch 1993 »im Rampenlicht« stehen werden.

Die Botschaft für den wagemutigen Anleger ist daher klar. Sie lautet, daß es möglich sein sollte, in Europa mehr Raum zur Kapitalverbesserung zu finden.

Was ist über die alternative Weise, die Ersparnisse zu erhalten, zu sagen, das heißt in Edelmetallen? Nun, es muß gesagt werden, daß diese Edelmetalle ihre auf sie eingeschworenen Anleger in den letzten Jahren nicht sehr gut belohnt haben. Sie erlitten selbst unter realen Bedingungen gemessen eine Schrumpfung des Kapitalwertes, als auch einen Verlust des Einkommens, das sie durch Anlagen in Papiersicherheiten und dergleichen erzielt haben könnten.

Man sehe sich nach Verbesserungen um

Es erscheint jedoch Hoffnung darauf zu bestehen, daß sich die Dinge auf diesem Sektor von jetzt an bessern werden. Der wenig hilfreiche Einfluß, den die Umwälzungen in der UdSSR auf den Goldpreis ausgeübt hat, dürfte sich allmählich wieder verflüchtigen, wenn – wie aus kürzlichen Berichten hervorgeht – die neuen Besen im Kreml zu dem Schluß kommen, daß sie ihre Zahlungsbilanzprobleme wirksamer in den Griff bekommen können, indem sie Goldvorräte als Zusatz für Auslandsdarlehen verwenden, anstatt sie direkt abzusetzen.

Es ist auch im Gedächtnis behalten worden, daß die politischen Ungewißheiten, die jetzt in großen Teilen Europas wie auch im Nahen Osten vorherrschen, sehr wohl das Interesse an der Hortung von Gold und anderer Edelmetalle wecken könnte. Es scheint im Lichte dessen, was sich in den letzten Jahren zugetragen hat, unwahrscheinlich zu sein, daß der Ausgang dieser Entwicklung ein spektakulärer Preisaufstieg von der Art sein wird, wie wir ihn unter derartigen Umständen in der Vergangenheit erlebt haben. □

Europa-Journal

Eine Allianz zwischen Giscard und Le Pen?

In Paris geht die Parole herum, daß zwischen dem ehemaligen Präsidenten Valéry Giscard d' Estaing und dem Führer der Front National Jean-Marie Le Pen ein Bündnissabkommen für die kommenden Wahlen getroffen wurde. Die Koalition werde auf einer breiten Mischung zwischen dem einwandererfeindlichen Rassismus und dem menschenfeindlichen Umweltschutzwesen beruhen.

Giscard löste vor einigen Wochen einen Skandal aus, als er bei einem Gespräch über Frankreichs Einwanderer sagte, daß nur das »Blut« der Nationalität bestimmen könne. Graf Michel Poniatowski, Giscards ehemaliger Innenminister, der noch vor wenigen Jahren zu einer Allianz mit Rußland gegen die Horden hungriger Menschen aus dem Süden aufgefordert hatte, gibt Giscards Erklärungen volle Unterstützung und ruft zu einem Wahlbündnis mit Le Pen auf.

Mit einer Bemühung, die Stimmen der Grünen für sich zu gewinnen, entschloß sich Le Pen, gegen atomare Macht zu Felde zu ziehen. Auf einem Kolloquium der Front National in Südfrankreich erklärte er, Atommacht sei eine »Gefahr« und »eine weniger gefährliche Industrie muß entwickelt werden«.

»In der Front National respektieren wir das Leben und lieben Tiere« sagte er vor seinen versammelten Anhängern. »Ich habe selbst eine weiße Ratte, und die bekommt jeden Tag ein Küßchen von mir.«

Ebenfalls auf diesem Kolloquium stritt Bruno Megret, der zweite Führer der Front National, den traditionellen grünen Parteien das Recht ab, für die Sache des Umweltschutzes zu sprechen, da sie sich schuldig gemacht hätten, »eine gewaltige Einwanderungswelle zu akzeptieren, die unsere Städte in arabische Städte verwandle.«

»Warum kämpfen wir um die Erhaltung von Tierrassen«, fuhr Megret fort, und »akzeptieren gleichzeitig den Grundsatz der Beseitigung der Menschenrassen durch eine Generation der Vermischung? ... Wir wollen nicht die Mammute oder Pandas der menschlichen Spezie sein.« □

Jelzin schlägt NATO-Mitgliedschaft für Rußland vor

Der russische Präsident Boris Jelzin schlug die Aufnahme Rußlands in die NATO vor. In seiner Botschaft an die Versammlung des neuen North Atlantic Cooperation Council in Brüssel, die der Botschafter der ehemaligen Sowjetunion für Belgien, übermittelte, sagte Jelzin, er unterstütze die Bemühungen, »ein neues Sicherheitssystem ›von Vancouver bis Wladiwostok‹ zu errichten«.

Obwohl Jelzin sagte, die Mitgliedschaft seines Landes in der NATO sei eine »hypothetische These«, die in »sehr, sehr weiter Zukunft« liege, scheint sein Wunsch nichtsdestoweniger einige westliche NATO-Mitglieder erschreckt zu haben. Ein hochstehender US-Beamter, wahrscheinlich der Außenminister James Baker, reagierte wie folgt: »Wer weiß, was geschehen wird? Sicher ist, daß man schon vor längerer Zeit einige Rand McNally-Aktien hätte kaufen sollen.«

Britanniens Außenminister Douglas Hurd kommentierte: »Das dauert noch sehr lange. Es wird noch eine Weile dauern, bis dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.«

Jelzin sagte auch, Rußland und die neuen Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) werden die Einhaltung aller Verpflichtungen zur Rüstungsbegrenzung und anderer Verpflichtungen der ehemaligen Sowjetunion »garantieren«. □

Britisches Unterhaus verabschiedet Asyl-Gesetz

Das britische Unterhaus hat einen Regierungsentwurf für schärfere Kontrollen von Asylbewerbern gebilligt. Mit 311 zu 233 Stimmen nahmen die Abgeordneten den Antrag an, der unter anderem vorschreibt, daß Asylbewerbern Fingerabdrücke abgenommen werden sollen. Damit soll nach Darstellung des Innenministeriums verhindert werden, daß sich Flüchtlinge unter mehreren Namen um Asyl bewerben. Gesetzesvorlage, die auch eine Beschleunigung der Asylverfahren vorsieht, muß nun das Oberhaus passieren. Innenminister Baker von der Konservativen Partei begründete den Entwurf unter anderem damit, daß sich die Anzahl der Asylbewerber in den letzten vier Jahren auf 50000 verdreifacht habe. Schärfere Gesetze seien notwendig, um die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge zu verringern. □

Vatikan-Zeitung entlarvt Krieg gegen Neugeborene

Das Monatsblatt des Päpstlichen Instituts für Auswärtige Beziehungen, »Mondo e Missione«, verurteilte das National Security Study Memorandum (NSSM) 200, das 1974 zu Papier gebracht wurde, in dem das Bevölkerungswachstum in Ländern der Dritten Welt eine Bedrohung für die nationale Sicherheit genannt wird.

In dem Artikel: »NSSM – War Against the Newborns« (»Krieg gegen Neugeborene«) heißt es: »Kürzlich wurde eine Denkschrift des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) der Vereinigten Staaten veröffentlicht, die bis zum vergangenen Jahr geheim war. Das Dokument mit der Kennziffer NSSM 200 stammt aus dem Jahre 1974 und trägt die bezeichnende Überschrift: ›Implications of the growth of world population for the national security and foreign interests of the United States‹ (›Stillschweigende Auswirkungen des Wachstums der Weltbevölkerung auf die nationale Sicherheit und Auslandsinteressen der Vereinigten Staaten‹). Seinerzeit führte Henry Kissinger den Vorsitz über den Nationalen Sicherheitsrat und George Bush war Leiter des CIA. In dem Dokument tritt die rassistische Einstellung der amerikanischen Regierung deutlich zutage, denn es sieht voraus, daß eine Geburtenbeschränkung dazu dienen werde, ›die erblichen Gesichtspunkte menschlicher Fähigkeiten zu regulieren‹.« □

Frankreichs Rückkehr in die NATO

Nach Mitteilung des Militärexperten von »Le Monde«, Jacques Isnard, glaubt das französische Verteidigungsministerium, daß Frankreich seine Mitarbeiter im Verteidigungs-Planungsausschuß verstärken sollte.

Diese Erklärungen deuten darauf hin, daß auf der kürzlichen NATO-Sitzung in Rom ein Abkommen getroffen wurde, das sich auf Frankreichs Wiedereingliederung in die strategische Planungsstruktur der Allianz, als Ersatz für die Bildung einer von den Anglo-Amerikanern beherrschten Verteidigung Europas, bezog. Laut Isnard »räumte die NATO am 8. November 1991 in Rom zum erstenmal ein, daß die Schaffung von integrierten und multinationalen europäischen Strukturen für die Verteidigung des Kontinents eine ebenso wichtige Rolle spielen könnte, wie die des integrierten NATO-Kommandos«.

Der französische Verteidigungsminister Pierre Joxe äußerte, daß die Vereinbarung zwischen Frankreich und der NATO revidiert werden müssen, um einerseits den tiefgreifenden geostrategischen Wandlungen, die sich in Europa vollzogen haben, und andererseits der Bestätigung einer europäischen Verteidigungs-Identität durch die NATO gerecht zu werden. □

Frankreichs Le Pen will illegale Ausländer abschieben

Frankreichs Front National, angeführt von Jean-Marie Le Pen, hat einen 50-Punkte-Plan verabschiedet, nachdem jeder neuen Einwanderung ein Ende bereitet wird, alle illegalen Ausländer abgeschoben, diese bis dahin in Abschiebelager eingeliefert werden, alle seit 1974 erfolgten Einbürgerungen rückgängig gemacht werden, und es von jetzt an erforderlich sein soll, die französische Staatsbürgerschaft nur über die Linien des Blutes zu begründen, heißt es in einem Bericht der »New York Times«. Während Frankreichs politisches Establishment diesen Plan schnell in Bausch und Bogen verdammte, äußerten viele führende Politiker, die als zum »Hauptstrom« gehörend erachtet werden, ähnliche rassistische Ansichten gegen die sogenannte steigende Flut der Einwanderer. Der ehemalige französische Premierminister Jacques Chirac meinte, er habe den »Lärm und Gestank« der Einwanderer satt. Der ehemalige Präsident Valéry Giscard d'Estaing warnte vor einer »Invasion« von Einwanderern und sprach von dem »Recht des Blutes« zur Bestimmung der Staatsbürgerschaft, und Präsident François Mitterrand äußerte, daß Frankreich »die Schwelle der Toleranz für Einwanderer erreicht habe«, zog die Bemerkung aber später wieder zurück. □

Mitarbeiter Maxwells glauben an Mord

Obwohl der spanische Richter, der den Tod des Verlegermagnats Robert Maxwell untersucht, sagt, es lägen keine Beweise für eine krumme Sache vor, ging beim Londoner »Daily Mirror«, Maxwells Hauptzeitung, die Parole umher, daß »die Leute glauben, er sei umgelegt worden«, berichtete der »Guardian«. Unter Berichten, daß sein Verlagsimperium mit 2,2 Milliarden englische Pfund in der Kreide stehe, und daß Maxwell Communications Corporation-Aktien auf ein Achtjahres-Tief gefallen seien, bevor der Handel mit ihnen am 5. November 1991 vorläufig eingestellt wurde, berichtete die Zeitung »Independent«, es wäre äußerst schwierig für Maxwell gewesen, von seiner riesigen Jacht, die »Lady Ghislaine«, einfach »über Bord zu fallen«, wie die spanischen Behörden behaupteten.

Maxwell-Holdings-Aktien waren zwar in den letzten Wochen gefallen, stürzten aber einen Tag bevor Maxwells Verschwinden bekanntgegeben wurde steil nach unten. Es wird berichtet, daß Goldman Sachs, ein Großaktionär, das Dumping besorgte. Es gab Hinweise darauf, daß Maxwell vor einem »schweren Finanzschlag« stand, berichtete der »Independent«, als einige seiner Mitarbeiter zu den Kanarischen Inseln beordert wurden, wo er herumkreuzte, um Nachrichten von der Jacht aufzunehmen. Wie berichtet wurde, verlagerte Maxwell Gelder von einem Konto auf das andere, um seine Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Londoner Schiffsexperten sagen, daß bei der guten Wetterlage auf den Kanarischen Inseln in der Nacht, als Maxwell verschwand, es für ihn nur dann möglich gewesen wäre, über Bord zu fallen, wenn er sehr stark betrunken oder sehr krank gewesen wäre. Selbst bei rauhem Wetter wäre es angesichts der hohen Reling und der Größe des Schiffes – es ist eine der größten Privatjachten der Welt – »ziemlich schwierig gewesen«, über Bord zu fallen, berichtete der »Independent«. □

Bush: »Was wir sagen, wird gemacht!«

Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, US-General John Galvin, hat sich gegen einen größeren Rückzug von US-Truppen aus Europa gewandt, vor allem, um die Deutschen von neuen »Abenteuern« abzuhalten. Er meine: »Wir könnten Europa sich selbst überlassen, aber das hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert. Und wir zweifeln daran, daß es in Zukunft funktionieren könnte.«

Der Chef der US-Luftwaffenverbände in Europa, General Robert Oaka, erklärte noch deutlicher: »Selbst Deutsche sagen mir, daß die Deutschen durch die Anwesenheit der Amerikaner bessere Menschen sind.«

Der Oberkommandierende der US-Landstreitkräfte in Europa, General Crosbie Saint, will die US-Streitkräfte zur Verhinderung von Militärkonflikten in Europa erhalten wissen. Er ist der Ansicht, daß die Europäer wegen »unterschiedlicher ethnischer Hintergründe«, »verschiedener Weltsichten« und »unterschiedlicher Sprache« sich nicht verstehen: »Um es ganz deutlich zu sagen, etliche von ihnen mögen sich nicht besonders«, meint er. Deswegen müßten US-Truppen und »Eingreifeinheiten« in Europa für Frieden sorgen.

Weltordner Bush brutal und deutlich: Noch deutlicher als seine Militärs wurde der Herr des »sauberen« Golfkrieges in einem von der »Washingtoner Post« zitierten Ausspruch. Bush, gefragt, was er unter der von ihm erstrebten »Neuen Weltordnung« verstehe, meinte: »What we say, goes!« (»Was wir sagen, wird gemacht!«). □

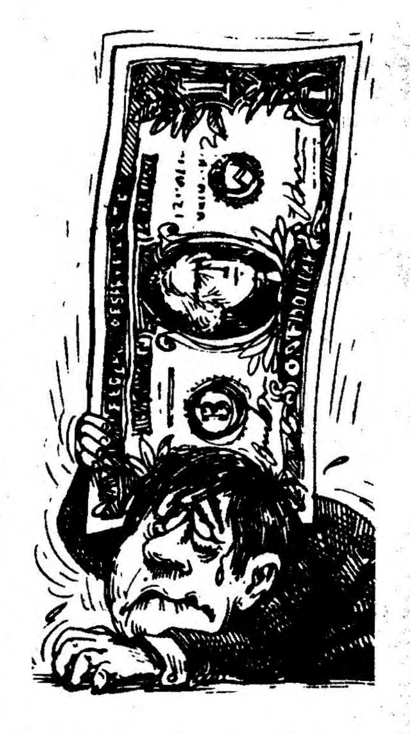
Israelische Siedler zu militärischen Hilfskräften ernannt

Das israelische Verteidigungsministerium hat die Genehmigung erteilt, daß 100000 israelische Siedler in den besetzten Gebieten bewaffnete »Zivilgarde«-Einheiten mit Polizeigewalt aufstellen dürfen. Laut Verteidigungsministerium dürfen diese Einheiten nur innerhalb der jüdischen Siedlungen operieren, nicht in den von der Armee patrouillierten arabischen Gebieten.

Wie berichtet wird, werden die ersten Einheiten in den Siedlungen Maale Adunim, Ariel und Kiryat Arba aufgestellt. Letztere ist die Heimstätte von 6000 Juden der Jüdischen Verteidigungs-Liga, Gush Enumin, und damit zusammenhängender terroristischer Gruppen. Juden aus diesen Städten waren wiederholt überall in den Gebieten in Erschießungen von Arabern verwickelt.

Kürzlich beschlagnahmte eine damit in Verbindung stehende Gruppe, El Ad, arabische Wohnungen im arabischen Viertel von Ost-Jerusalem, vertrieb die Bewohner, mit voller Unterstützung der Regierung. Dies sind die Gruppen, die auch für Versuche verantwortlich sind, die Moschee Al Aqsa in Jerusalem in die Luft zu sprengen.

Aus gut unterrichteten Jerusalemer Kreisen verlautet, daß die Einheiten de facto schon seit langem bestehen und von Ariel Sharons Wohnungsbau- und Rafael Eytans Landwirtschaftsministerium versorgt und ausgebildet wurden. Ihre formelle und öffentliche Eingliederung in die Streitkräfte ist jedoch eine schwerwiegende Provokation. Im Falle eines neuen arabisch-israelischen Krieges werden diese Einheiten, wie berichtet wird, die Funktion haben, in Panik geratene palästinensische Zivilisten über die Grenze nach Jordanien zu treiben und die besetzten Gebiete »araberfrei« zu machen. □



Europäische Gemeinschaft

Europäer verwirklichen den Superstaat

James P. Tucker

Obwohl der Marsch zur Weltregierung auf Grund der Explosion des Nationalismus in der ehemaligen Sowjetunion und anderswo Rückschläge erleidet, gehen die Länder der Europäischen Gemeinschaft genau nach Plan vor.



Jeane Kirkpatrik meint, die Vereinbarungen der EG haben den Stellenwert der Philadelphia Convention von 1776.

Europa wurde am 11. Dezember 1991 auf der Sitzung in Maastricht, die ein prominentes Mitglied der Trilateralen Kommission mit der »Philadelphia Convention von 1776« verglich, zu einem »Superstaat«.

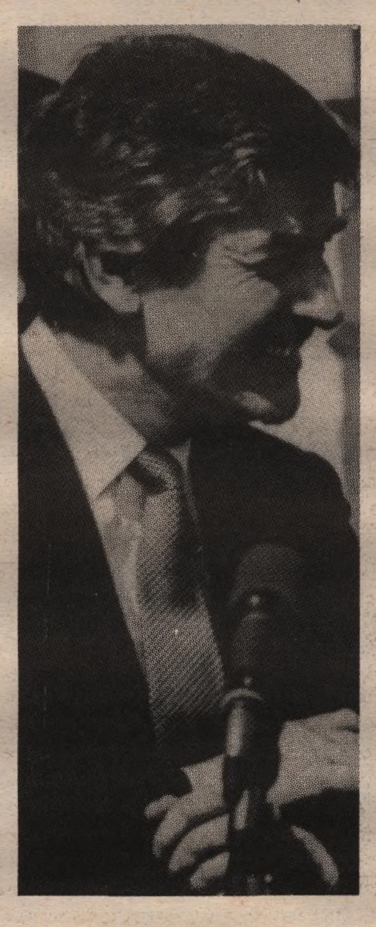
Die Erfolge der Absprachegremien

Die hier unterzeichneten Verträge machen die Europäische Gemeinschaft (EG) effektiv zu einem einzigen Staat. Frankreich, Deutschland und andere Mitgliedstaaten bewahren ihre Identität und einen gewissen Grad von Souveränität analog den Staaten der Vereinigten Staaten. Der Begriff »Vereinigte Staaten von Europa« wird in der Tat häufig gehört.

Den widerstrebenden Briten wurden ein paar Knochen zugeworfen, aber Offizielle der EG erklärten, daß Ansprüche auf einen gewissen Grad an Souveränität nur vorübergehend gelten, um Premierminister John Major zu helfen, die allgemeinen Wahlen im kommenden Jahr zu überleben.

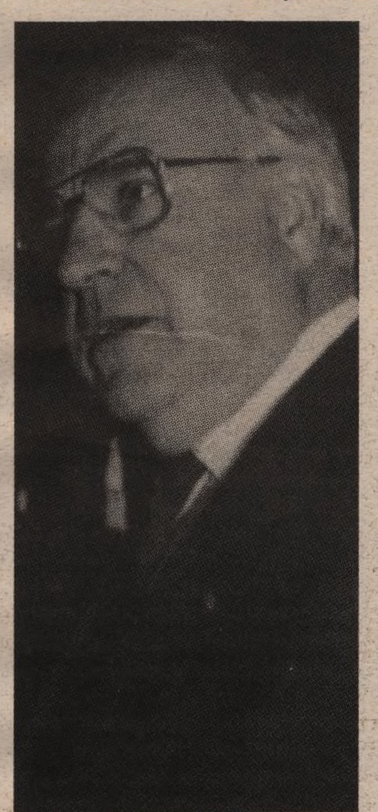
Bei der Vorbereitung auf einen ihrer größten Triumphe befahl die Bilderberg-Gruppe auf einer Geheimsitzung in Innsbruck im Juni 1988, Margaret Thatcher als Premierminister vom Sockel zu stoßen.

Der andere größere Arm der Weltschattenregierung, die Trilaterale Kommission, half beim



Der niederländische Ministerpräsident Rudd Lubbers hat unter seiner Präsidentschaft die entscheidenden EG-Vereinbarungen unter Dach und Fach gebracht.

Sturz von Mrs. Thatcher wegen ihrer hartnäckigen Weigerung, die britische Souveränität an die EG abzutreten, mit. Beide Geheimorganisationen internationaler Finanziers haben eine sich



Bundeskanzler Helmut Kohl ist ein gehorsamer Befürworter der EG, wenn auch deutsche Interessen dabei verspielt werden und die Deutschen Sorgen um ihr Geld haben.

überschneidende Führung und arbeiten im Konzert zusammen. Major wurde gewählt, verlautet sowohl aus Bilderberg- als auch aus trilateralen Kreisen, weil er »biegsam« sei und ihrer Vision von einer Weltregierung kein größeres Hindernis entgegengesetzten würde.

Unter allen amerikanischen und deutschen Zeitungen berichtete nur »The Spotlight« und auch CODE über geheime Entscheidungen der Trilateralen und Bilderberger.

Ein einziger europäischer Staat

Obwohl die europäischen Staaten ihre geographische Identität und einige örtliche Gesetze beibehalten werden, machen die beiden von den 12 Mitgliedstaaten der EG unterzeichneten Verträge Europa effektiv zu einer einzigen Nation.

Die beiden Verträge werden eine einzige europäische Währung, den Ecu, eine gemeinsame Verteidigungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik herbeiführen. Das Europäische Parlament, das schon seit langem besteht, wird die Macht haben, Gesetze zu erlassen und diese mit starker Vollzugsgewalt Mitgliedstaaten auferlegen können. Der neue Staat wird auch eine Polizei haben: »Europol«.

Jeane Kirkpatrick, ein langjähriges Mitglied der Trilateralen, sagte, dies alles »könnte für ein vereintes Europa das sein, was die Philadelphia Convention 1776 für die Vereinigten Staaten

war – die Geburtsstätte einer neuen Regierung.

Der neuen Regierung wird die Macht erteilt, die soziale Tagesordnung festzulegen: Löhne und Gehälter, Arbeitsstunden, und Bedingungen sowie andere Angelegenheiten im vereinten Europa zu diktieren.

Noch Sonderrechte für Britannien

Aus Gründen der Innenpolitik wurde Britannien erlaubt, mit seinem Beitritt zu einer einzigen Währung und gemeinsamen Sozialpolitik noch abzuwarten, aber nur für kurze Zeit. Die anderen 11 Mitgliedstaaten haben alles angenommen, ohne irgendwelche Vorbehalte.

Der niederländische Ministerpräsident Rudd Lubbers, zu der Zeit Präsident der Europäischen Gemeinschaft und effektiv der erste Chef des neuen Superstaats, sagte, daß Britannien schließlich doch auf Vordermann gehen wird. Bundeskanzler Helmut Kohl und andere Führungspersönlichkeiten stimmten dem zu.

Wenn Britannien sich auch offiziell noch mit seiner Zustimmung zur Einheitswährung und zur Ermächtigung des neuen Staates, eine soziale Tagesordnung festzulegen, zurückhält, hob Major selbst hervor, daß sein Land seine Optionen offenhält.

»Wir haben uns nicht nur das Recht vorbehalten, aus der Einheitswährung herauszubleiben«, sagte Major, »wir haben uns auch das Recht vorbehalten, ihr beizutreten.«

Die gemeinsame Verteidigung des neuen Staates wird zwar separat aber mit der NATO »verbunden sein«, so daß die europäische Armee im wesentlichen weiterhin von amerikanischen Steuerzahlern finanziert werden kann. Die Währung und die gemeinsame Verteidigungspolitik sollen bis 1999 in die Tat umgesetzt werden.

Königin Beatrix, Königin des Gastlandes, Mitglied der Bilderberger, bot humorvoll an, der Einzelwährungs-Bewegung auf die Sprünge zu helfen, »indem ich meinen Kopf auf unseren Münzen opfere«.

Henry Kissinger, ein anderer Bilderberger, begrüßte den Fortschritt in Richtung auf eine »Neue Weltordnung«, »die in ihren Absichten vor allem mehr regional ist«.

Charles Mathias, ehemaliger republikanischer US-Senator aus Maryland und ein alter Bilderberg-Mithelfer, sagte, das Ganze werde irgendwie zum Wohle der Vereinigten Staaten geraten.

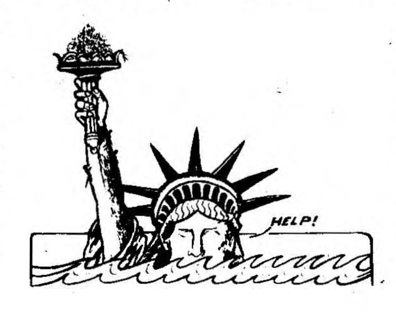
Kissingers Hinweis auf das »Regionale« spiegelt den Plan der Bilderberg-Gruppe und der Trilateralen wider, die Welt in riesige Regionen aufzuteilen, damit sie besser von einer UNO verwaltet werden kann, die dann de jure zu einer Weltregierung wird.

Umverteilung des Wohlstandes

Die beiden Kontinente Amerikas sollen zu einer weiteren derartigen »Region« werden, was dem Rechnung trägt, daß US-Präsident George Bush, ein Trilateraler, so stark darauf drängt, eine »Freihandels«-Gesetzgebung mit Mexiko zu verabschieden. Nach Handelsgesetzen mit Kanada und Mexiko sollen die anderen südamerikanischen Länder in das Abkommen hineingenommen und somit eine neue Verwaltungs»region« geschaffen werden.

Das Endziel, so haben Führer der Bilderberger und der Trilateralen sehr oft gesagt, besteht darin, »den Wohlstand umzuverteilen«, wobei der Lebensstandard der Amerikaner und Europäer gesenkt und der der Dritten Welt angehoben wird.

Das Potential für ungeheure Gewinne – da internationale Finanziers Industrie und Arbeitsplätze auf Länder mit niedrigen Löhnen und ohne gesetzliche Versorgung und ungehindert durch Umweltschutzgesetze übertragen – übersteigt jede Vorstellungskraft. □



Neue Weltordnung

Trans-atlantische Verbrechen in Europa

Klaus Frühling

Der militärische Konflikt zwischen Serbien und Kroatien berührt Deutschlands Lebensverhältnisse indirekt ebenso, wie überhaupt die Staaten ganz Europas davon betroffen sind.

Die von langer Hand vorbereiteten diplomatischen Schachzüge hinsichtlich der europäischen Vorzeichen unserer Zukunft, haben dabei ein ganz besonderes Gewicht. Gemeint ist die ideologische Missionstätigkeit freimaurerischer Insider – »Eingeweihter« –, die den »Aufbau eines neuen euroatlantischen Bundes freier Nationen« herbeiführen soll.

Ein autoritärer Weltstaat

Dabei erhebt sich die Frage: frei von was oder wozu? Es wäre die unabweisbare Pflicht der Verantwortlichen, die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß zu unterrichten – und nicht mehr länger hinter das Licht zu führen. Denn die Planung eines autoritären Weltstaates, einer Neuen Weltordnung, der von Jerusalem ausgehenden Vorherrschaft, steht außer jeden Zweifel und kann nachgewiesen werden.

Völkerrecht bricht Landesrecht. Auch nach dem deutschen Grundgesetz. Diesem »Bund« fehlen jedoch einstweilen die wirksamen administrativen Instrumente den Beschlüssen eines transatlantischen Gremiums gegebenenfalls mit den Mitteln der Gewalt Nachdruck zu verleihen.

Nach den »Architekten der Baupläne« ist hierbei an eine global einsetzbare »Polizeimacht« unter Regie geheimer »Ateliers der Hochgrad-Freimaurerei« zu denken. Damit jedoch dieses »neue System kooperativer Sicherheit«, das zunächst »von Vancouver im Westen Kanadas bis Wladiwostok im äußersten Osten Rußlands« ausgedehnt werden soll, auch tatsächlich verwirklicht werden kann, sind militätische Konflikte, wie der zwischen den serbischen Panzer-Kommunisten und der kroatischen Nationalgarde ein willkommener und auch geförderter Anlaß, die weltrevolutionären Integrationsbestrebungen an den »runden Tischen« zu beschleunigen.

Der Zweck heiligt die Mittel

Es wird also der tausendfache Massenmord dazu mißbraucht die »neue Weltordnung« herbeizuführen und nach Selbstbestimmung strebende Staaten »in ein Netzwerk neuer Institutionen einzubinden«. Die ideologischen, verwaltungstechnischen und »polizeilichen« Maßnahmen für ein »Einmischungsgebot« werden mit einem sogenannten »Minderheitenschutz« begründet, der für das Volk von Kroatien derweil keine Geltung hat.

Die Moral der Internationalisten lautet: »Der Zweck heiligt die Mittel«. Denn die angeblichen Waffenstillstandsverhandlungen unter Vermittlung der Hochgradfreimaurer Lord Carrington und Cyrus Vance sind nur scheinheilige »Fassade«.

Neue Weltordnung

Trans-atlantische Verbrechen in Europa

Demnach unterstützt Carringtons EG-Politik das Morden auf dem Balkan. Nach Erkenntnissen ist eine »Destabilisierung Europas« eingeleitet worden, die dem Zweck dienen soll eine Vormachtposition (Hegemonie) der USA zu gewährleisten. In den Augen der Insider muß dadurch jede freiheitliche Unabhängigkeitsbewegung im Blut ertränkt werden.

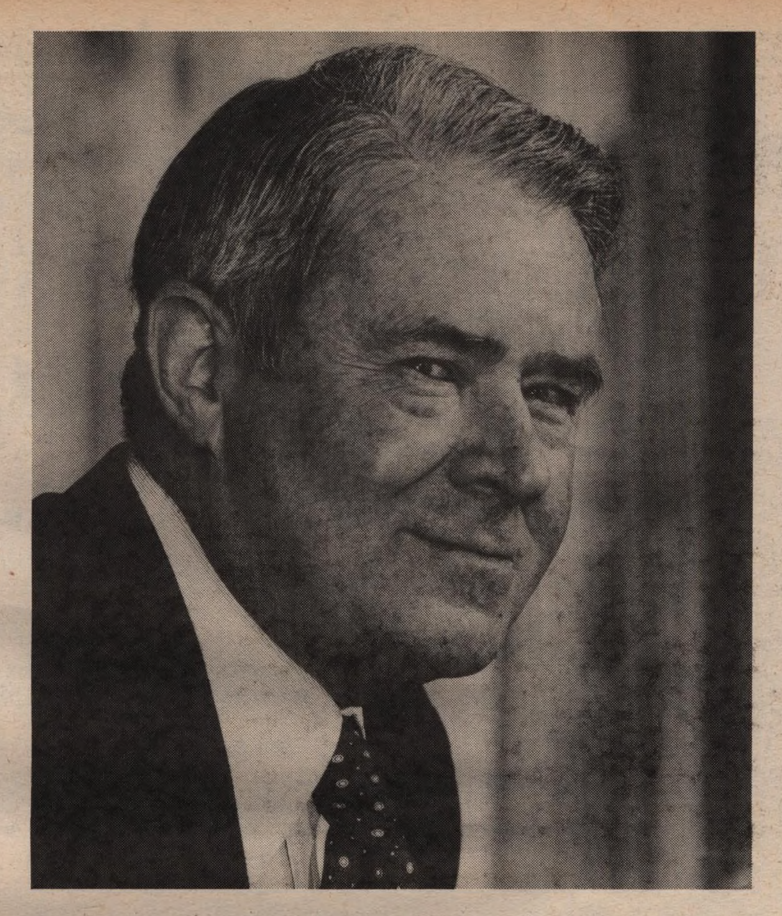
Zwangs Kollektivierung ganzer Völker

Daher ist auch die völkerrechtliche Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch den Geheimbund »Round table of the nine«, (»Runder Tisch der neun«), der alle wesentlichen globalen Vorentscheidungen in unvergleichlicher Anmaßung zu fällen hat, zunächst bei den Regierungen der europäischen Staaten und dem EG-Rat verhindert worden. Diese Methode ist jedoch eine Art Zwangskollektivierung ganzer Völkerschaften.

Während die Vertreter des Zionismus mit größter Selbstverständlichkeit heute – wie in früheren Zeiten – ihre nationale Eigenständigkeit, Selbstbehauptung und völkische Identität – siehe Martin Buber – betonen und zu verteidigen bereit sind, wird dieses unveräußerliche Naturrecht nichtzionistischen Völkern oder Nationen schlichtweg abgesprochen und vorenthalten.

Gegenüber den Balkanländern wird diese feindselige Haltung, etwa in der New Yorker Presse wie folgt – im Originalwortlaut – »begründet«:

»Es darf doch nicht wahr sein, daß die Europäer des 20. Jahrhunderts, die den Nationalismus des 19. Jahrhunderts überwunden zu haben glaubten, an der Schwelle des 21. Jahrhunderts in die Fehler der Vergangenheit zurückfallen.



Cyrus Vance verhandelte für die Vereinten Nationen in Jugoslawien ohne einen Frieden herbeiführen zu können.



Lord Carrington war der Verhandlungsbeauftragte der EG nach dem Motto »Der Zweck heiligt die Mittel«.

Zur Entflechtung der in sich Verkrampften würde es nicht schon dadurch kommen, indem die Welt Slowenien und Kroatien völkerrechtlich anerkennt. Das wäre kein Ausweg aus dem Irrgarten dieses menschenverachtenden Separatismus. Im Gegenteil, der Zusammenbruch des ökonomischen Ganzen würde nur beschleunigt werden....«

Solche sogenannten »salomonischen Weisheiten« wie der des »menschenverachtenden Separatismus« werden schnell als selbstgerecht und heuchlerisch erkannt, wenn man sich an die orientalische Brutalität der Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Minderheit in Israel erinnert.

Die Weltorganisationen bleiben bedeckt

Auch die wirtschaftliche Begründung ist nicht stichhaltig, denn die ökonomischen Lebensgrundlagen der beiden »Nordprovinzen« im bisherigen Vielvölkerstaat wurden mit Granaten, Bomben und Raketen durch die Bundesarmee zerstört.

Somit können die südslawischen Völker keine Wirtschaftshilfe mehr aus dem Norden empfangen.

Die bestialische Tötung kroatischer und jüdischer Bürger durch serbische Verbände wird andererseits in einem Aufruf an die Weltöffentlichkeit von Vertretern der zionistischen Gemeinden mit einem »Holocaust« verglichen. Mit dieser Formulierung ist in der Bedeutung eigentlichem Sinn ein sogenanntes »Brandopfer« gemeint, das von namentlich bekannten Politikern den Betroffenen zugedacht oder deren wahrscheinliches Schicksal mit einkalkuliert ist.

Doch die zionistisch kontrollierten Weltorganisationen, wie der Council on Foreign Relations (CFR) und die UNO – im Gegensatz zur UNO-Doktrin gegenüber dem Irak –, halten sich in ihrer wahren Absicht bedeckt und nehmen offensichtlich auch den Tod der jüdischen Minderheit in Kauf.

Allein schon dieser Hintergrund weist darauf hin, daß wir keine bessere Weltordnung zu erwarten haben, in der Gleichberechtigung und Menschlichkeit ein Grundsatzprinzip wäre. Gegenteilige Behauptungen vom dauerhaften Frieden sind nichts anderes als Propaganda einer Falschmünzerei zur beschwichtigenden Irreführung. □

Großbritannien

Der Islam pocht an die Tür

Beat Christoph Beaschlin

Großbritannien ist das Land in Europa, wo der Islam die bedeutendsten Fortschritte verzeichnet. Zahlenmäßig ist die islamische Bevölkerung zwar weniger groß als in Frankreich, denn man zählt in Großbritannien »nur« drei Millionen Mohammedaner. Frankreich, wo man vor dem religiösen Problem vorsichtigerweise den Kopf in den Sand steckt, führt keine Bestandsaufnahme der religiösen Zugehörigkeit seiner Bevölkerung. Es würde auch allzusehr erschrecken, wenn offiziell bekanntgegeben würde, daß vier oder mehr Millionen Einwohner des Landes islamischer Religion seien. Immerhin geht aus den Zivilstandsregistern hervor, daß seit zwei Jahren »Mohammed« als häufigster männlicher Vorname in Frankreich angemeldet wird.

In England besitzen fast alle Mohammedaner die britische Staatszugehörigkeit, denn sie stammen vorab aus den ehemaligen britischen Überseebesitzungen in Indien, Arabien oder Ostafrika. Diese Einwanderer sind seit 1945 nach England gekommen. Sie sind meist schon in dritter Generation dort seßhaft und haben sich beachtliche Strukturen geschaffen: Etwa tausend Moscheen und Gebetssäle über das ganze Land hinweg, aber auch islamische Privatschulen, mehr als hundert an der Zahl. Diese Einwanderer gelten bisher in ihrer Art als vorbildlich; sind sie doch von den zahlreichen Rassenkrawallen unberührt geblieben. Die Zusammenstöße waren fast ausschließlich durch die aus Zentralamerika – zum Beispiel Jamaika – stammenden, bandenmäßig auftretenden Einwanderer verursacht worden.

Der Funke in das Pulverfaß

Das verhältnismäßig friedliche Nebeneinander von Christen und Muslimen wurde unversehens gestört durch die Veröffentlichung des Buches von Salman Rushdie über die »Satanischen Verse des Korans«. Es handelt sich da um ein besonders kitzliges Problem der islamischen Theologie. Im genannten Buch wird diese heikle Frage mit durchaus liberaler Unbeschwertheit angegangen. Das hat begreiflicherweise den großen Zorn der islamischen Rechtgläubigen heraufbeschworen und gipfelte im »Todesurteil« gegen Rushdie. Dieses Urteil war noch vom Imam Khomeini mit großem Pomp verkündet worden.

Die Affäre Rushdie hat die ganze islamische Welt in einer für uns nicht vorstellbaren und schwerlich wahrnehmbaren Weise aufgerüttelt. Die Erregung hat sich bis heute nicht gelegt. Darum muß Rushdie ruhelos dahinvegetieren, von den britischen Polizeikräften beschützt und versteckt, da er auch heute noch durch das Todesurteil bedroht ist. Dieses würde vollstreckt, sobald der Aufenthaltsort Rushdie's bekannt würde.

Der Fluch des Ayatola Khomeini hat die ganze islamische Welt in einen Zustand der Radikalisierung aller religiösen Gefühle versetzt. Überall hat die islamische Religiosität eine mächtige Entdeckung erlebt. Das islamische Bewußtsein erfährt weltweit einen kraftvollen Aufschwung. Eine Welle der Begeisterung und des Willens zur Macht wogt durch alle Länder und Kontinente und reißt alle Mohammedaner unwiderstehlich mit.

Der Westen lebt im Zustand geistigen und sittlichen Zerfalls. Die naive westliche Lehre, wonach Religion Privatsache sei, bewirkt eine totale Lähmung aller Abwehrreflexe. Unsere blauäugigen westlichen Politiker und Meinungsmacher bleiben stur auf ihren Menschenrechtstheorien sitzen und bilden sich genüßlich ein, die Völker der Erde seien im Begriff, eine weltweite Verbrüderung zu erleben. Zwar haben die Wahlen in Algerien bewiesen, daß dieses niedliche Weltbild der heranbrandenden Woge des Islams in keiner Weise standzuhalten vermag. Darum die Panikstimmung im Kreise der westlichen Meinungspriester und der Menschenrechtler angesichts der Situation in Algerien, der sie ratlos und kopflos gegenüberstehen.

Selbstmörderische westliche Ideologie

Darum die Flucht in irrationale, also unvernünftige Gedanken: Sie wollen die »Demokratie retten«, indem die eindeutigen Volkswahlen als ungültig erklärt werden! Sie wollen die Demokratie, also die Volksherrschaft, »vor dem Volk in Sicherheit bringen« ...

Aber nicht nur Algerien weist auf die Pleite sowohl der westlichen Führung als auch der westlichen Ideologie hin. Beide reichen nicht mehr aus, um die Ereignisse richtig einzuschätzen und den Notwendigkeiten entsprechend zu handeln.

Auch am Beispiel Großbritanniens kommt mit dramatischer Deutlichkeit das Unvermögen und die Phantasielosigkeit unserer westlichen Politik- und Meinungsmacher zum Ausdruck. Haben doch die islamischen Vereine ein »Parlament« gegründet, das in London zusammentrat und klare Forderungen an die politischen Behörden des Landes stellte. Schon 1989 haben die britischen Mohammedaner sich zu einer politischen Partei zusammengeschlossen, um ihren Anliegen auf allen Stufen der staatlichen Willensbildung zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Parlament in London wird bald eine islamische Fraktion unter den Abgeordneten haben.

Britische Gesetzgebung sei dem Islam anzupassen

Die Mohammedaner bildeten in Großbritannien während Jahrzehnten eine solide Stütze der Sozialisten. Das war sicher auch der

Großbritannien

Der Islam pocht an die Tür

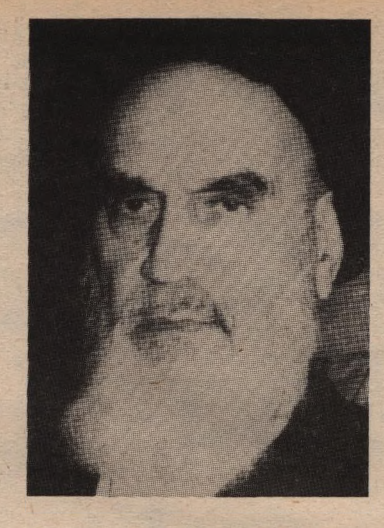
praktische Nutzen, den die Labour-Politiker sich von der Einwanderung Farbiger versprochen hatte. Nun, nach jahrzehntelangem Bemühen um »Assimilierung« und »Eingliederung« der Einwanderer, meldet das Islamische Parlament Großbritanniens am 4./5. Januar 1992 ganz unverblümt, daß die von ihm vertretene Religionsgemeinschaft jeden Gehorsam aufzukündigen gedenke, sofern britische Gesetze ihren Interessen zuwiderlaufen.

Diese schwerwiegende Willenskundgebung ist von den 155 Mitgliedern des in London tagenden »Islamischen Parlaments« einstimmig gutgeheißen worden. Das ist nun wahrlich ein Triumph der von den Einwanderungsbefürwortern pausenlos gepredigten »Assimilierung« der Einwanderer! Da kündet sich das gerade Gegenteil der von der Ausländer-Lobby zugesicherten Entwicklung an: die Mohammedaner machen sich nun ans Werk, um planmäßig und hartnäckig die Assimilierung des Gastgeber-Volkes an ihre islamischen Lebensregeln vorzunehmen!

Es ereignet sich also genau das Umgekehrte von dem, was die Politik- und Meinungsmacher-Sippschaft uns Tag für Tag verkündet! In der ersten Generation sind die Einwanderer froh und dankbar, daß ihnen in Europa günstige Existenzmöglichkeiten geboten werden. Aber in der zweiten und dritten Generation stärkt sich ihr religiöses Bewußtsein und die ursprüngliche Dankbarkeit wandelt sich in einen klaren Willen zur Macht.

Einwanderung »ein Gewinn für die westliche Welt«

Was da in Großbritannien vor sich geht, wird in kürze auch in Frankreich, in Deutschland und in allen anderen westeuropäischen Staaten nachgeahmt. Um



Der Fluch des Ayatola Khomeini gegen Rushdie hat die gesamte islamische Welt radikalisiert.

zu beweisen, daß es den »islamischen Briten« mit ihren Forderungen ernst ist, kündigte der »Parlaments«-Vorsitzende an, daß die Subventionierung der islamischen Schulen notfalls durch einen Steuerstreik erzwungen werde. Im weiteren unterstrich der »Parlaments«-Vorsitzende nachdrücklich, daß dieser Programmpunkt nur einen Anfang darstelle. Sobald die finanziellen Forderungen betreffend der Koranschulen erfüllt seien, würden weitere Anliegen der Mohammendaner angemeldet.

Bedrohlich ist auch die vor drei Jahren gegründete »Islamische Volkspartei« in Großbritannien. Diese wird sich an den nächsten Wahlen beteiligen. Ohne Zweifel wird die »Westminster-Demokratie« bald durch eine stattliche Zahl islamischer Unterhaus-Abgeordneter bereichert.

Die westeuropäische Einwanderungs-Lobby kann mit Stolz und Genugtuung feststellen, daß sie in unseren Ländern eine Libanonsituation schafft, die wie ein politischer Aussatz weiterwuchern wird. Die staats- und volkserhaltende Substanz wird dadurch unwiederbringlich zerstört. Vielleicht ist das ja gerade die geheime Absicht dieser Lobby ... □



Atommächte

Der Genius aus der Flasche

Lawrence Wilmot und Martin Mann

Dank der Einmischung der Vereinigten Staaten von Amerika in ausländischen Angelegenheiten und der Bevorzugung Israels gibt es eine Reihe von verarmten Atommächten, die auf einen Kampf, eine Revolution oder einen Krieg erpicht sind und dafür die notwendigen Mittel und Materialien haben, um hunderte von Sprengköpfen aller Art nach Israel zu schicken, als Vergeltung für Israels Behandlung ihrer Glaubensbrüder.

Die Republik Kasachstan, die unter den fünf zentralasiatischen Ländern, die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion hervorgehen, als führend angesehen wird, hat in einem geheimen Aufruf größere moslemische Länder um Hilfe ersucht und diesen als Gegenleistung versprochen, seinen großen Vorrat an Atomwaffen als »islamische Bomben« zu betrachten.

Panik im Weißen Haus

Geheimdienstberichte über diese verstohlenen Schritte haben das Weiße Haus dazu veranlaßt, in »Panik die Köpfe zusammenzustecken« und den amerikanische Außenminister James Baker zu einem überstürzten Besuch nach Zentralasien geführt, erfuhr CODE aus hochstehenden diplomatischen Kreisen der Vereinten Nationen.

Es gibt taktische Atomwaffenstationen in vier der fünf zentralasiatischen Republiken – Usbekestan, Kasachstan, Turkmenistan und Kirgisien –, die bei dem Zerfall der sowjetischen Zentralregierung zu unabhängigen Ländern geworden sind. Außerdem gibt es, wie berichtet wird, mehr als 100 unterirdische Silos in Kasachstan, in denen riesige interkontinentale ballistische Raketen untergebracht und auf die Vereinigten Staaten gerichtet sind.
Ein Bündnis zwischen einigen – oder allen – dieser ehemaligen Sowjetrepubliken, deren Gesamtbevölkerung von beinahe 50 Millionen weitgehend moslemisch ist, und den führenden Ländern des Islam »würde eine strategische Gegenkraft bilden, die Israels vielgepriesenes Atomwaffenarsenal in den Schatten stellt«, sagte Dr. Vanessa Hughessen, eine Atomphysikerin an der Princeton University, die sich auf Rüstungsbegrenzung spezialisiert hat.

Die weite Welt des Islam würde eine solche Entwicklung als



»nichts weniger als historische Gerechtigkeit« erachten, fügte Dr. Hughessen hinzu. »Seit Jahrzehnten haben die Vereinigten Staaten in der Öffentlichkeit zwar auf Begrenzung der Atomwaffen gedrängt, hinter den Kulissen aber mit Israel gemeinsame Sache gemacht, um dessen ungesetzliches Atomwaffenarsenal aufzubauen.«

Darüber hinaus könnte eine wirtschaftliche und militärische Allianz zwischen den zentralasiatischen Republiken und den Ländern des Islam sich auch als historische Notwendigkeit erweisen, meint Nancy Lublin, Professorin für sowjetische Angelegenheiten an der Carnegie Mellon University.

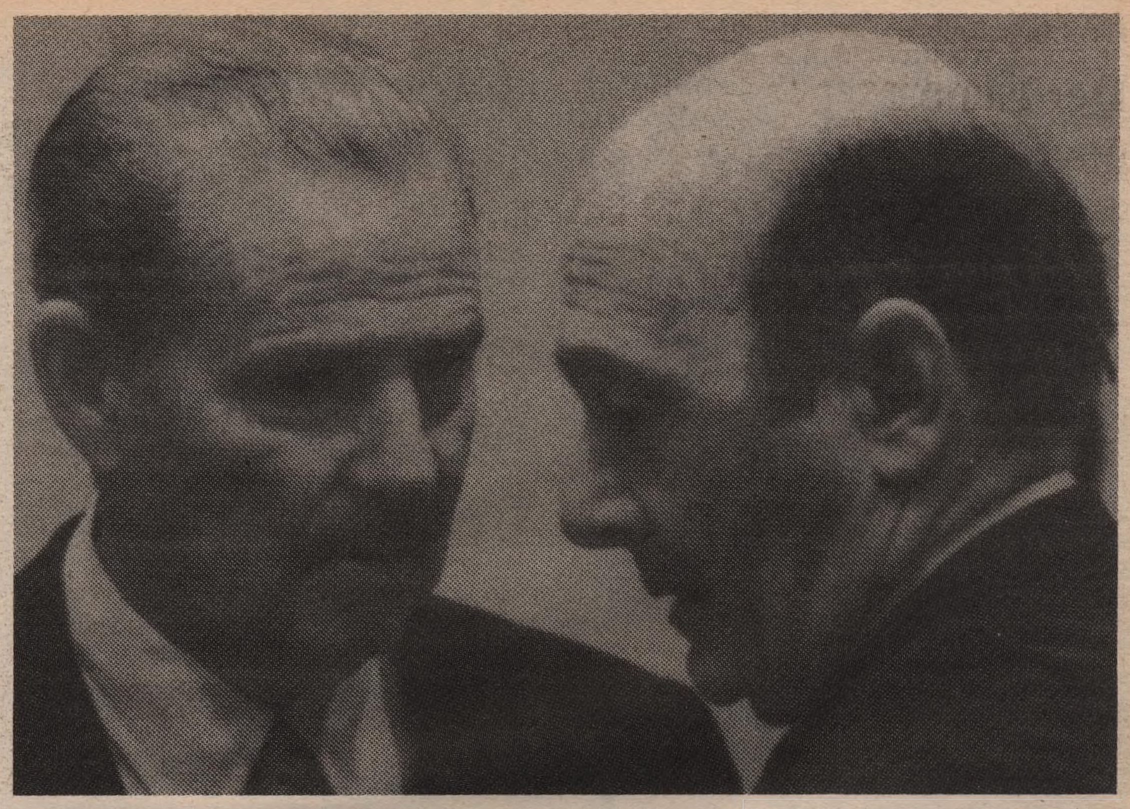
»Wirtschaftlich sind diese Länder zur unabhängigen Eigenstaatlichkeit unter verheerenden Bedingungen geboren«, erklärte Dr. Lublin. »Die Arbeitslosigkeit schießt steil nach oben. Fabriken werden überall dicht gemacht. Die Kindersterblichkeit ist in den letzten Jahren um erschreckende 50 Prozent in die Höhe geschossen.

Der Islam ein starkes Symbol

Der Islam »könnte für diese Menschen ein sehr starkes Symbol werden«, besonders wegen der rapiden Erweiterung der Bindungen zum Iran an der südlichen Grenze, warnte Professor Lublin.

Über den Iran hinaus erließ Kasachstans Staatspräsident Nursultan Nazarbaiew einen allgemeinen Aufruf um Hilfe und Zusammenarbeit an eine Reihe von moslemischen Regierungen. Er bat um finanzielle Unterstützung von den ölreichen Ländern am Persischen Golf sowie um technische und militärische Hilfe durch große Länder wie Ägypten und Pakistan.

»Dieser Genius ist aus der Flasche«, kommentierte ein altgedienter arabischer Botschafter am Hauptsitz der Vereinten Nationen. »Die Politik meiner Regierung ist gemäßigt und weitgehend amerikafreundlich. Aber ich bin sicher, daß wir den Hilferuf unserer moslemischen Brüder in Zentralasien, und ihr Angebot auf ein gemeinsames Atomwaffenarsenal nicht ignorieren werden. Wenn dies eine Krise ist, dann haben die Vereinigten Staaten sich das selbst zuzuschreiben.«



US-Außenminister James Baker (links) teilt die Sorgen des NATO-Genaralsekretärs Manfred Wörner über die Verschiebung des atomaren Gleichgewichts.



Der iranische Parlamentssprecher Mehdi Karrubi beschuldigt die USA des Versuchs, die Welt atomar beherrschen zu wollen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Bush-Regierung die wachsende Einheit zwischen den Moslems Zentralasiens und der größeren Gemeinde des Islam als eine »sehr ernsthafte Krise« erachtet, verlautet aus Kreisen des Weißen Hauses.
Auf einer Flugreise durch Zentralasien versprach Baker, wie berichtet wird, Kasachstan und seinen Nachbarländern »wesentlich verstärkte amerikanische Hilfe«, wenn sie ihre Hinterzimmer-Gespräche mit nahöstlichen Regierungen beenden, bestätigten diese Informanten.

Aber das einzige Zugeständnis, das Baker diesen neuen unabhängigen Republiken abringen konnte, war ein Versprechen, sich an die früher unter dem Gorbatschow-Regime unterzeichneten Verträge zur Begrenzung von strategischen Waffen halten zu wollen.

»Was dies bedeutet ist, daß, wenn die amerikanischen Steuerzahler noch ein paar zusätzliche Milliarden – vielleicht nicht einmal ganz so wenige – löhnen, um diesen abgeschnittenen asiatischen Wirtschaften Starthilfe zu gewähren, dann werden sie als Gegenleistung einige der größten strategischen Raketen abbauen und das interkontinentale Zielinstrumentarium anderer zerstören, so daß sie nicht auf die Vereinigten Staaten abgefeuert werden können.«

Aber es gibt keinerlei Verpflichtung seitens Kasachstan oder seiner Bruderländer, ihre Atomwaffenarsenale aufzugeben, oder sie dem zentralen Kommando der neu entstehenden »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« (GUS) zu unterstellen.

»Das atomare Gleichgewicht der Welt verschiebt sich dramatisch«, warnte Dr. Hughessen. »Israel muß jetzt mit der einen Bedrohung rechnen, die es fürchtet – eine islamische Welt, zu deren letzten Reserven größere und mehr Atomwaffen gehören als der Zwergstaat selbst auf Lager hat.« □

Geheimdienst

KGB verkauft Staatsgeheimnisse

Warren Hough und Martin Mann

Jetzt, wo die sowjetische Gesellschaft zusammenbricht, werden einige der am strengsten gehüteten Akten des KGB und anderer sowjetischer Polizeistellen an westliche Käufer gegen Bezahlung und sofortige Mitnahme, ohne Geldrückgabe, angeboten. Der private Verkauf von bislang tief verborgenen Dokumenten hat große westliche Verlage, die sich geradezu überschlagen, um an die Originalaufzeichnungen solcher lange umstrittene Angelegenheiten wie der Spionagefall von Alger Hiss und die kubanische Raketenkrise heranzukommen, sehr erfreut.

US-Präsident George Bush und seine Spitzenberater sind jedoch über die aus der Auktion klassifizierter sowjetischer Archivbestände zu erwartende Flut von Enthüllungen »tief besorgt«, verlautet aus Kreisen des Weißen Hauses.

Die Akten der Maulwürfe

In einer typischen Episode war das Mitglied des britischen Parlaments, Rupert Allason, ein anerkannter Experte in Spionagedingen, sehr überrascht, als ihm während eines kürzlichen Mittagessens mit sowjetischen Diplomaten die Originalberichte gezeigt wurden, die Donald MacLean, ein ehemaliger Beamter des britischen Außenministeriums, der während des Zweiten Weltkriegs zum Verräter und Spion der Bolschewisten wurde, nach Moskau geschickt hatte.

Allason wurde gesagt, daß die Akten der berüchtigten sowjetischen »Maulwürfe«, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Britanniens Regierung Spitzenstellungen erklommen, während sie gleichzeitig als verdeckte KGB-Agenten dienten – unter ihnen »Kim« Philby und Guy Burgess – von jedem westlichen Verleger, der bereit ist, einen »zufriedenstellenden« Preis, in Dollar, bar auf den Tisch zu legen, käuflich erworben werden können.

Alger Hiss war ein Maulwurf des sowjetischen KGB, die Unterlagen seines Verrats werden jetzt von Moskau gegen harte Dollar verkauft.

Mindestens ein britisch-amerikanischer Verlag, Harper-Collins, der bereits fast eine Million Dollar für die bald herauskommenden Memoiren von Michael und Raisa Gorbatschow bereitgestellt hat, hat Angebote für weitere sowjetische Enthüllungen gemacht, wie aus einem Telefonbericht unseres diplomatischen Korrespondenten Derek Greene aus London hervorgeht.

Der gigantische New Yorker Verlag Random House ist auch auf den Markt gegangen, um lange verborgenes sowjetisches Archivmaterial zu erwerben, heißt es aus Kreisen der Verlagsindustrie. Wie berichtet wird, hat Random den erfahrenen Redakteur Peter Osnos, ein ehemaliger Auslandskorrespondent, der die Sowjetunion sehr gut kennt, nach Moskau entsandt, um Dokumente über einige »dauerhafte Geheimnisse«, wie zum Beispiel die wirkliche Geschichte über Rudolf Hess, die sowjetische Aufzeichnung über die amerikanischen Atomspione Julius und Ethel Rosenberg und andere denkwürdige Skandale zu erwerben.

Der Schlußverkauf sowjetischer Geheimnisse hat in der Bush-Regierung »überraschende gemischte Gefühle« ausgelöst, sagt Dr. Vanessa Hughessen, eine Spezialistin für Rüstungsbegrenzung, die in den achtziger Jahren als Forschungsgehilfin für den Jason-Ausschuß, das geheime Wissenschaftsgremium des Weißen Hauses, tätig war.

»Die Wissenschaftler sind hocherfreut«, berichtet sie. »Sie wollen von den technischen und Versuchsdaten, die jetzt aus lange verschlossenen sowjetischen Labors heraussickern, alles aufgreifen, was sie erwischen können.«

Peinlich auch für Washington

Aber der CIA und andere Geheimdienste scheinen über die Enthüllungen sowjetischer Staatsgeheimnisse auf breiter Basis eher »besorgt als begeistert« zu sein. »Sie befürchten, daß das, was dabei herauskommt, sowohl Moskau als auch Washington in peinliche Verlegenheit bringen könnte«, stellte die Verteidigungswissenschaftlerin fest.

Auf der Suche nach günstigen Angeboten

Eine große Mannschaft amerikanischer Wissenschaftler, angeführt von Professor Leonard Caveny, einem leitenden Beamten der Organisation Strategic Defense Initiative, unternahm in aller Stille zwei Rundreisen durch die ehemalige UdSSR, »um dort günstige Gelegenheiten zu erwischen wie Käufer auf einer Auktion«, sagt ein junger Physiker an der Columbia University, der die Reise mitgemacht hat.

Zu deren Erwerbungen gehört mindestens ein »beinahe wunderbarer technologischer Durchbruch«, entwickelt durch sowjetische Forscher: ein Raumgefährt in Kleinformat, das magnetische Felder statt chemische Betriebsstoffe zur Entwicklung seiner Schubkraft verwendet, verlautet aus dieser gutunterrichteten Quelle.

Das amerikanische Verteidigungsministerium kauft auch sowjetische Technologie. Eine Gruppe von Experten aus dem US-Verteidigungsministerium, geleitet von Dr. Paul Vergha, sucht nach den neuesten Blaupausen der Moskauer Militärkonstrukteure. »Das Verteidigungsministerium und führende Persönlichkeiten auf Kongreßebene führen nämlich hinter den Kulissen Gespräche über die Möglichkeit, die kürzlich entwickelte sowjetische Raumstation aufzukaufen«, stellte der anerkannte Physiker fest. □

Weniger Staat wäre mehr

Martin von Reding

Die Autopartei (AP) in der Schweiz ist als großer Gewinner aus den letzten Nationalratswahlen hervorgegangen, und dies trotz interner Zwistigkeiten, die demnächst wieder an die Öffentlichkeit getragen werden dürften. Dennoch, ein solcher Erfolg ist mehr als erstaunlich. Dasselbe gilt auch für den Erfolg der Lega dei Ticinesi. Doch diese Erscheinung hat tiefere Gründe.

Die Autopartei ist im Schweizer Nationalrat nicht nur in Fraktionsstärke vertreten, sie hat auch beispielsweise in den Kantonen Aargau und Thurgau je ein weiteres Mandat nur knapp verfehlt. Sie genießt also beim schweizerischen Wähler erhebliche Sympathien.

Geht man von der veröffentlichten Meinung aus, vor allem wie sie die Medien kolportieren, wären die Wahlen nicht so herausgekommen. Man fragt sich deshalb unwillkürlih nach den Gründen für dieses Wahlergebnis. Die Autopartei hat ihren Erfolg weit mehr der Unzufriedenheit der Wähler mit den bürgerlichen Parteien und der Politik der Konkordanzregierung zu verdanken als ihren eigenen Parolen wie wenig Steuern, weniger Staat, keine Wirtschaftsflüchtlinge. Doch auch hier muß beispielsweise das Wahlergebnis für Marcel Streben, dem Anführer der Patriotischen Front, zu denken geben.

Ist die Autopartei lediglich das Sammelbecken der Unzufriedenheit, der Protestwähler? Oder wollten diejenigen Wähler, die sonst eigentlich FDP und CVP wählten, den Bürgerlichen einfach einen Denkzettel verpassen? Wäre die Autopartei weniger monothematisch ausgerichtet und hätte stattdessen ein allumfassendes Parteiprogramm, könnte sie in der künftigen politischen Landschaft der Schweiz eine wegweisende Rolle spielen.

Im Moment sieht es allerdings nicht danach aus, als ob sich die AP und deren Mitglieder auch gegenüber anderen Themen öffnen würden.

Dennoch stellt sich die Frage, ob die Bundesparteien die Wahlerfolge von Splitterparteien und ihre eigene Niederlage einfach als Eintags-Fliege abtun können. Zwar dürfte die Autopartei auf lange Sicht kaum Bestand haben, sollte sie ihre monothematische Politik weiter vertreten, doch könnte eine Nachfolge- oder Neuorganisation entstehen, die die positiven Ansätze der AP aufnehmen und sich für die nächsten zehn Jahre aufbauen und vorbereiten könnte. Dies wäre politisch durchaus wünschenswert.

Eine mögliche Polarisierung

Vorausgesetzt, die Bürgerlichen halten ihren bisherigen Kurs des Kompromisse-Machens bei, käme es voraussichtlich zur Bildung weiterer Extremgruppierungen und damit zu einer politischen Polarisierung, die negative Auswirkungen hätte.

In der Öffentlichkeit wird heute oft vor aufkeimendem Nationalismus und Rechtsextremismus gewarnt. Ich frage mich nur, weshalb nicht vor Jahren schon im gleichen Maße in der Öffentlichkeit vor dem Linksextremismus gewarnt worden ist. Denn nicht nur dürfte der »Rechtsrutsch« bei den diesjährigen Nationalratswahlen auch eine Reaktion auf die vergangenen zwanzig Jahre der bürgerlichen Kompromisse in Richtung »links« sein, der Sozialismus beziehungsweise Kommunismus hat inzwischen versagt, auch wenn es unsere Sozialisten nicht wahrhaben wollen. Dennoch lebt die Ideologie nicht nur im Osten weiter.

In zwanzig Jahren könnte sich unsere politische Struktur völlig verändert haben. Nicht nur könnte die Arbeitslosenquote massiv ansteigen – 10 bis 15 Prozent wären durchaus denkbar, wenn auch beileibe nicht zu hoffen –, was auch entsprechende soziale Probleme und damit politische Änderungen bis hin zu einem völlig anders zusammengesetzten Bundesrat nach ziehen könnte. Die große Unbekannte in der Schweiz stellt zudem die Macht der zentralistischen EG dar, die dereinst ein Volk von 360 Millionen umfassen wird. Dieser Koloss wird kaum regierbar sein.

Eine schwierige Zukunft

Es stellt sich auch die Frage nach unserem künftigen Wirtschaftssystem. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß der »Kapitalismus« gleich wie der eben erst zusammengebrochene Kommunismus, im Materialismus gipfelt. Der Unterschied besteht allerdings, daß im »Kapitalismus« alle Arbeitswilligen meist auch einen persönlichen Wohlstand erlangen, während dieser in der kommunistischen Diktatur von vorneherein nur einer kleinen Schicht vorbehalten bleibt.

Zu befürchten ist allerdings, daß in beiden Wirtschaftssystemen schlußendlich der einzelne geschröpft wird. So wird eine westliche Wirtschaftshilfe an die ehemals kommunistischen Staaten auf Kosten der »kapitalistischen« Länder und damit des einzelnen gehen. Sollten nämlich die Banken auf die Rückzahlungen der Schulden inklusive Zinsen gegenüber der zweiten und dritten Welt bestehen, dann bricht der Materialismus als Oberbegriff beziehungsweise der noch existierende »Kapitalismus« vollends zusammen, weil diese Länder einfach kein Geld haben und die westlichen Industrienationen trotzdem auf sie angewiesen sind.

Kommunistische Misere trifft auch uns

Ein völliger Zusammenbruch kann nur durch massive Abschreibung seitens von IWF, BIZ, Weltbank und den Großbanken, durch großzügiges Abschreiben von Schulden und laufend vorgetragenen Schuldzinsen verhindert werden. Damit gehen diese »Kosten« zu Lasten der Steuerzahler sowie der Sparer und Geldanleger. Einmal mehr wird der Arbeitende und Sparsame nicht nur geschröpft, sondern de facto für sein umsichtiges Verhalten sozusagen bestraft.

Suche nach dem »goldenen Mittelweg«

Nimmt jemand einen Kredit auf, so ist er wegen der hohen Zinsen gezwungen, immer mehr zu arbeiten – manchmal auch auf Kosten seiner Gesundheit –, um aus den roten Zahlen herauszukommen. Man fragt sich, ob ein solches Leben überhaupt noch lebenswert ist. Von daher mag es auch verständlich sein, wenn sich manche Menschen in Osteuropa inzwischen wieder nach dem alten System sehnen oder es mindestens mit einem sogenannten »Sozialismus mit menschlichem Anlitz« versuchen wollen. Die Ideologie lebt also weiter.

Daß der Sozialismus nicht funktioniert, haben wir bereits gesehen. Es stellt sich deshalb auch für uns in der Schweiz die Frage: Haben wir angesichts all der obligatorischen Versicherungen, all der Vorschriften und der ungeheuren Regelungsdichte bezüglich unseres gut ausgebauten Sozialstaates nicht schon längst eine perfekt organisierte Planwirtschaft – auf Kosten des Einzelnen?

Tatsache ist jedenfalls, daß heute immer mehr Firmen ihre Gesamtarbeitsverträge kündigen, daß Arbeitgeber Arbeitnehmer ab einem gewissen Alter nicht mehr gerne neu einstellen, daß lieber, billigere, ausländische Arbeitskräfte eingestellt werden – trotz arbeitslosen Schweizern.

Bei Unternehmern gilt denn auch immer mehr der Grundsatz »Management by less is more«. Und das ist wohl auch der Grund, weshalb immer mehr Großfirmen Mitarbeiter in großer Zahl entlassen oder mindestens Abgänge nicht mehr ersetzen. Und schließlich sind wir gerade in letzter Zeit immer wieder durch Meldungen aufgeschreckt worden, wonach Firmen überhaupt schließen. Die Rezession, in der wir gerade stecken dürfte nur ein Anfang sein. □

USA

Im Eilmarsch zur »Neuen Weltordnung«

Andrew Arnold

Trotz des Versuchs des Präsidenten Bush, seine außenpolitischen Bemühungen herunterzuspielen, als Reaktion auf die Kritik, er vernachlässige die Probleme im Inland, geht der Marsch zu seiner »Neuen Weltordnung« beschleunigt weiter.

US-Präsident George Bush gab kürzlich einigen Maßnahmen seine Unterstützung, die darauf abzielen, die Vereinigten Staaten in seine Vision von einer internationalen »Neuen Weltordnung«, über die er am 23. September 1990 in einer Ansprache vor den Vereinigten Nationen gesprochen hatte, einzubeziehen.

Eine Gefahr für Amerika

Die Maßnahmen waren eine Verordnung zur Einführung des metrischen Systems in der Regierung und eine Vereinbarung über Menschenrechte mit der die Verfassung überholt wird.

Im Juli 1991 gab der amerikanische Präsident die Executive Order 12770 heraus. Diese Verordnung zwingt effektiv die Behörden der amerikanischen Bundesregierung dazu, das metrische System einzuführen. Sie zielt darauf ab, »das metrische Maßsystem als vorgezogenes Gewichts- und Maßsystem für Handel und Gewerbe in den USA einzuführen«.

1975 waren bereits Versuche unternommen worden, eine »freiwillige Einhaltung« des Metric Conversion Act anzuspornen. Beamte der US-Bundesregierung sagten damals, das Land werde das metrische System innerhalb eines Jahrzehnts annehmen. Die allgemeine Öffentlichkeit konnte sich jedoch kaum für diesen Gedanken erwärmen und zog es vor, ihn zu ignorieren.
Bush will derzeit auch den Senat dazu veranlassen, die UN Covenant on Civil and Political Rights (Vereinbarung der Vereinten Nationen über Bürgerrechte und politische Rechte) zu verabschieden. Der Pakt würde die in der Verfassung verankerten Rechte ablösen. Auch Kritiker innerhalb des Establishments erkennen langsam die Gefahr der Neuen Weltordnung.

US-Präsident George Bushs Vision von der »Neuen Weltordnung« bedeutet für die Internationalisten riesige Profite.

Das Abkommen der UN über Menschenrechte ist ein Vertrag der effektiv mehrere Bestimmungen der amerikanischen Verfassung ablöst, den Gesetzesvollzug behindert, und, was am allerschlimmsten ist, die staatliche Souveränität der Vereinigten Staaten weiter einschränkt«, schrieb der Kolumnist der »Washington Times« kürzlich.

»Vorgeblich darauf abzielend, den in der US-Verfassung garantierten Schutz der Grundrechte international zu garantieren, wird das Abkommen in Wirklichkeit die Fähigkeit der Amerikaner, von den Gesetzen, die sie wollen und an die sie glauben regiert zu werden, begrenzen. Hier ist ein Vertrag, entworfen und in Kraft gesetzt durch eine ausländische Körperschaft – die Vereinten Nationen –, die von amerikanischen Bürgern weder gewählt noch ihnen gegenüber verantwortlich ist, und die danach trachtet, den Amerikanern zu sagen, wie Amerikas interne Strafgesetze sein sollen und welche bürgerlichen und politischen Freiheiten Amerikaner haben sollen«, setzte er hinzu. »Es ist leicht zu erkennen, warum jemand wie Jimmy Carter die Covenant of Civil and Political Rights unterzeichnet hat. Es ist nicht so leicht zu erkennen, warum die Vereinigten Staaten sie ratifizieren sollten«.

Bushs Leute versuchen seit der Rede vor den Vereinten Nationen am 23. September 1990, in der er seine internationalistische Vision artikulierte, neu aufgekommene Befürchtungen, daß die Verfassung und Amerikas nationale Souveränität in Gefahr seien, zu zerstreuen.

Bush setzt auf die Vereinten Nationen

In der Rede zeichnete Bush eine Welt, in der Kräfte der Vereinten Nationen, durch »internationale Kooperation« für die »kollektive Regelung von Streitfällen« arbeiten würden. Er versprach auch, Aufstände durch emporkommende Nationalisten in lange unterdrückten und untergeordneten Ländern zu ersticken. Bush erklärte, niemand »kann versprechen, daß die heutigen Grenzen für allezeit bestehen bleiben «, und Kräfte der Vereinten Nationen sollten eingesetzt werden, um »nationalistische Leidenschaft« zu zügeln.

Obwohl Bush sagte, er habe eine Ordnung vor Augen, in »der kein Land auch nur ein Jota seiner eigenen Souveränität aufgeben muß«, sei dies auch »eine Ordnung, die sich durch die Gesetzesbestimmungen, statt durch den Rückgriff auf Gewalt; durch kooperative Regelung von Streitfällen, statt durch Anarchie und Blutvergießen und durch einen unerschütterlichen Glauben an die Menschenrechte auszeichnet«, sagte er am Schluß seiner Rede.

Das letzte Mal, als Bush von »internationaler Zusammenarbeit« zur »kollektiven Regelung von Streitfällen« sprach, scharte er eine internationale Streitmacht um sich, an der mehr als 500000 amerikanische Soldaten beteiligt waren, um den Irak anzugreifen. Die Internationalisten hinter dem Vorstoß des amerikanischen Präsidenten zu einer »Neuen Weltordnung« heuerten den alten Kämpen Henry Kissinger an, um die Befürchtungen der Kritiker zu zerstreuen. Mit seinem ausgedehnten Zugang zu den Medien schrieb er eine landesweit veröffentlichte Kolumne, die darauf abzielte, Bushs internationale Politik und seine Innenpolitik, die wie er behauptet vernachlässigt wird, miteinander zu vermengen.

Kissinger argumentiert dahingehend, daß der Westen die ganze Zeit des Kalten Krieges hindurch auf den Schutz der Amerikaner

und auf amerikanische Gelder während der Wiederaufbauzeit nach dem Zweiten Weltkrieg angewiesen war und die Vereinigten Staaten somit, ob man das will oder nicht, über den Punkt des »no return« hinaus engagiert und verpflichtet sind.

Die guten Tage für die USA sind vorbei

Laut Kissinger besteht jedoch Hoffnung für den amerikanischen Steuerzahler, der derzeit die Last der »Weltführung« trage. Sie bestehe darin, die Wirtschafts-Supermächte Europas und Asiens einen angemessenen Anteil an der Verantwortung zur Beibehaltung der Weltordnung übernehmen zu lassen.



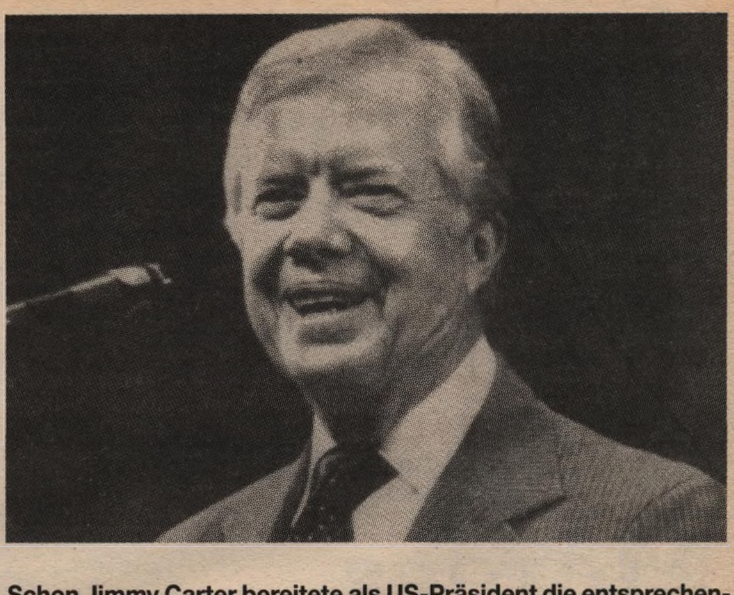
Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, setzt sich für eine Aufgabe der nationalen Souveränität zugunsten des Internationalismus ein.

»Der ideologische Konflikt – Kapitalismus gegen Kommunismus – verlieh der Neigung der Amerikaner zu Kreuzzügen eine gewisse Plausibilität«, schrieb Kissinger. »Aber die Abhängigkeit unserer Alliierten vom amerikanischen Schutz ist zurückgegangen.«

»Sie werden immer weniger dazu bereit sein, ihr Urteilsvermögen automatisch dem Washingtons unterzuordnen«, setzte Kissinger hinzu. »Besonders Europa und Japan werden verstärkt autonome Verteidigungsfähigkeiten entwickeln.«

Der ehemalige US-Außenminister stellte auch fest, daß Amerika an der Wirtschaftsfront Einbußen erlitten hat: »Die Tage Amerikas als Hauptquelle für Investitionskapital weltweit sind vorüber.«

Wie Bush, der im September 1991 Vorschläge unterbreitete, die die staatliche Souveränität der Vereinigten Staaten weiter auswaschen würden, regte Kissinger eine internationale Ordnung an, die auf einer Staatssicherheit beruht, die »durch Unterschiede zwischen dem Wesentlichen und dem Wünschenswerten bestimmt wird ... kritischer in ihrer Strategie und vor allem regionaler in der Planung«.



Schon Jimmy Carter bereitete als US-Präsident die entsprechenden Entwicklungen für die »Neue Weltordnung« vor.

Der Profit für die Elite der Wenigen

Kissinger tritt ungeachtet der Diskussion über Grenzen der amerikanischen Macht letztendlich für die Aufgabe der Souveränität zugunsten des Internationalismus ein. Seine Argumente spiegeln Punkt für Punkt die langfristigen Ziele der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Organisation, der elitären Gruppen, die eine neue Weltordnung einführen wollen, wider.
Er wies auf die sechsfache Vergrößerung der Weltbevölkerung in den letzten 150 Jahren, von einer Milliarde im Jahre 1850 auf schätzungsweise sechs Milliarden im kommenden Jahrhundert hin, Kissinger fragte, wie die Probleme der Umwelt, der Weiterverbreitung von Atomwaffen und die Tagesordnung für die neue Bevölkerung auf rein nationaler Ebene gelöst werden können.
»Diese Probleme sind so ohne Präzedenzfall, so komplex und so weltweit, daß die internationale Ordnung allmählich zu einer zu großen Herausforderung für die Regierung der einzelnen Staaten wird«, schrieb er. »Werden die Führungskräfte weiterhin so viel Energie dafür verschwenden können, daß zu wenig Energie verbleibt, um den Frieden auf Dauer zu erhalten?«.



Werden die Vereinten Nationen eines Tages Verordnungen erlassen, nach denen Geld gedruckt und auch sonst das tägliche Leben der Menschen kontrolliert wird?

Die Vision der Einweltler scheint daher Grenzen, Kulturen und demokratische Rechte zugunsten dessen, was, wie sie sagen, den Interessen der Menschheit am besten dient, außer acht zulassen. Die Internationalisten – die Elite der Wenigen, die Wohlhabenden und Einflußreichen – fungieren in diesem Plan als alleinige Schiedsrichter über das, was gut für die Menschheit ist, und häufen dabei ihre Profite an, zu Lasten ganzer Bevölkerungen. □

Interesse an der Vertuschung des Kennedy Mordes

Michael Collins Piper

Das dem CIA nahestehende Medienimperium der »Washington Post« führt die Medien des Establishments an bei einem wütenden Angriff auf Oliver Stones neuen Film über den ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy. Die große Frage lautet: Warum? Die Antwort ist offensichtlich: Sie haben ein großes Interesse an der Vertuschung der Umstände um den Mord an Kennedy.

In der Weihnachtswoche 1991 steigerten sich die Medien des Establishments in eine psychotische Raserei hinein und droschen kräftig auf den neuen Film des Hollywood-Produzenten Oliver Stone »JFK« ein. Stones Film, wie das neue Buch des Rechtsanwaltes Mark Lane »Plausible Denial«, geben dem CIA die Schuld an dem Mord am amerikanischen Präsidenten. Das ganze wirkliche Beweismaterial deutet darauf hin, daß genau dort die Schuld liegt.

Enge Beziehungen zum CIA

Dies alles war für die Medien, vor allem für diejenigen, die langjährige Verbindungen zu amerikanischen Geheimdiensten unterhalten, mehr als sie ertragen konnten.

Leithund der Meute von Medienhunden, die Stone auf den Fersen lagen, war die »Washington Post«, das mehrere Milliarden schwere Medienkonglomerat, das von Kathrine Meyer Graham geleitet wird. Wie in dem Interview mit Deborah Davis, Verfasserin von »Katharine the Great«, ein Enthüllungsversuch über Mrs. Graham, festgestellt wird, unterhällt die »Washington Post« seit beinahe 40 Jahren enge Bindungen zum CIA.

Mrs. Graham ist nicht nur Mitglied sowohl des Council on Foreign Relations (CFR) als auch der Trilateralen Kommission, der von den Rockefellers beherrschten Machtblöcke, sondern auch Teilnehmerin an den Sitzungen der Bilderberg-Gruppe, die allesamt intime Bindungen zum CIA und internationalen Geheimdiensten unterhalten, worüber aber in der »Washington Post« niemals berichtet wird.

Die »Washington Post« selbst veröffentlichte einige wütende Angriffe auf »JFK«. Eine der Anklagen wurde interessanterweise von dem ehemaligen US-Präsidenten Gerald R. Ford, selbst Mitglied der seit langem in Mißkredit geratenen Warren Commission, die dazu beitrug, die Wahrheit über den Mord zu vertuschen, mitverfaßt.

Ein weiterer Angriff der »Washington Post« auf »JFK« wurde von dem Kolumnenschreiber George Will, ein bewährter und echter Vertreter der Medien des Establishments und mutmaßlicher CIA-Agent, zu Papier gebracht.

Wie Mrs. Graham, ist Will sowohl Mitglied des CFR als auch der Trilateralen Kommission. Er nennt den Film »eine Verunglimpfung Amerikas« und beschuldigt Stone, »ein intellektueller Soziopath, dem die Wahrheit gleichgültig ist« zu sein. Stone verbinde »moralische Arroganz mit historischer Ignoranz«.



John F. Kennedy (Mitte) mit seinem Bruder Robert und seinem Vater (links), der in den dreißiger Jahren US-Botschafter in London war.

Propaganda für eine Verschwörungstheorie

Das der »Washington Post« gehörende Nachrichtenmagazin »Newsweek« widmete dem Film einen umfangreichen Bericht und erklärte, »warum man Oliver Stones neuem Film nicht trauen kann«.
»Newsweek« schrieb, der Film sei nicht nur eine »Geschichtsklitterung«, sondern »Propaganda für eine gewaltige Verschwörungstheorie in Zusammenhang mit dem Mord an Kennedy«.

Daß »Newsweek« an Stones Hinweis darauf, daß der CIA bei dem Mord an Kennedy seine Hand im Spiele hatte, Anstoß nimmt, dürfte keine Überraschung sein.

Schließlich ist der ehemalige Leiter der CIA Richard McGarrah Helms der Enkel des internationalen Finanziers Gates White Mc Garrah, der Vorstansmitglied der Astor Foundation war, der »Newsweek« gehörte, bevor das Blatt von der »Washington Post« aufgekauft wurde.

Die Fäden laufen zum CIA

Wie in »Plausible Denial« dokumentiert wird, hat der ehemalige US-Präsident Richard M. Nixon Helms und den CIA anscheinend während der Watergate-Periode wegen der Verbindung des CIA zum Mord an John F. Kennedy erpreßt.

Darüber hinaus wird Ben Bradlee, ehemaliger Herausgeber der »Washington Post« und ehemaliger Auslandskorrespondent für »Newsweek«, von der Verfasserin Deborah Davis beschuldigt, für den CIA gearbeitet zu haben.

Unter Bezugnahme auf Stones soll Bradlee gesagt haben: »Wer zum Teufel glaubt dieser junge Hüpfer eigentlich zu sein.«

»Newsweek« brachte es auch fertig, Mark Lanes »Plausibile Denial« einen unbegründeten Schlag zu versetzen, indem es den Beschluß des Schwurgerichts in Miami, daß der CIA tatsächlich für den Mord an John F. Kennedy verantwortlich ist, in Zweifel zog.

»Plausible Denial« dokumentiert die Umstände, die die Verleumdungsklage des ehemaligen CIA-Mannes E. Howard Hunt gegen »The Spotlight« umgeben, weil die Zeitung berichtet hatte, in einer internen CIA-Denkschrift sei behauptet worden, daß Hunt an dem Tage, als Kennedy ermordet wurde, in Dallas war.

Während des Verleumdungsprozesses wurde bekannt, daß Hunt

einen Tag bevor Kennedy getötet wurde in Dallas war, und er anscheinend der »Zahlmeister« des CIA für die an der Mordverschwörung Beteiligten ist.

»Newsweek« Rivale, die Wochenzeitschrift »Time«, ritt ebenfalls eine Attacke gegen den Film »JFK«, bezweifelte die in dem Film gezogenen Schlußfolgerungen und warnte seine Leser, daran zu denken, daß »JFK nur ein Film ist«.

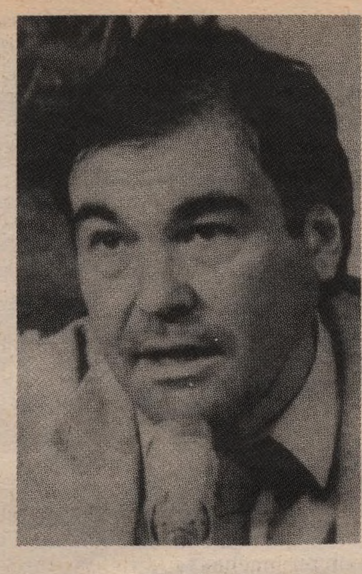
»Time« – Gefährte in dem Time-Life-Medienimperium, »Life magazine«, veröffentlichte Anfang dieses Jahres eine Titelgeschichte, in der Stone und »JFK« angegriffen wurden.



Der Bilderberger Gerald Ford, ehemaliger US-Präsident und Mitglied der Warren Commission, kritisiert den Film »JFK«.

»Time« beeilte sich, seinen Lesern zu versichern, daß das von dem im Ruhestand lebenden Obersten der Air Force L. Fletcher Prouty vorgelegte Beweismaterial ebenso wie andere Beweise suspekt sei. Prouty, der von »The Spotlight« und CODE groß herausgebracht worden ist und der dem Beratungsgremium des Populist Action Committee der Liberty Lobby angehört, wird als »prominenter Verschwörungstheoretiker« abgetan.

Seinerseits stellt Prouty, ein häufiger Gast im abendlichen Radio Gesprächsforum von »The Spotlight« mit der Möglichkeit, sich telefonisch einzuschalten, »Radio Free America«, die Motivation der Medien des Establishments in Frage, die mit großer Entschlossenheit verhindern wollen, daß das amerikanische Volk die Wahrheit – was sie auch immer sein mag – erfährt. Warum sollte jemand dagegen sein, daß versucht wird, die Wahrheit über den Mord ans Tageslicht zu bringen?



Oliver Stone stach mit dem Film »JFK« offensichtlich in ein Wespennest der Vertuschungen.



Lyndon B. Johnson wurde durch den Mord an John F. Kennedy automatisch amerikanischer Präsident.

Prouty zufolge ist Stones Film ein wichtiges Vehikel mit Hilfe dessen die Wahrheit schließlich herauskommen könnte.

Der ehemalige Leiter des CIA, George Bush, wie Will und Mrs. Graham Mitglied der Trilateralen Kommission, stimmte ebenfalls mit einem Angriff auf den Film in den allgemeinen Chor ein.

Der US-Präsident nahm sich trotz seines gedrängten Terminplans zu Förderung einer »Neuen Weltordnung« die Zeit, sich telefonisch in die Rundfunk-Talkshow Rush Limbaugh einzuschalten, um auf Stone und »JFK« einzudreschen.

Bush sagte: »Es ist mir nichts zu Ohren gekommen, was darauf hindeutet, daß die ursprünglichen Schlußfolgerungen der Warren-Kommission falsch waren.«

In »Plausible Denial« berichtet Mark Lane, es seien Beweise dafür aufgetaucht, daß Bush selbst zur Zeit der Ermordung Kennedys für den CIA arbeitete und und in seiner Position Beweise in den Händen gehabt haben könnte, daß das unter ihm arbeitende CIA-Personal in den Mord verwickelt war.

Einer von Bushs Kollegen beim CIA, William F. Buckley jun., ein enger Freund und Schützling von E. Howard Hunt, benutzte ebenfalls die Seiten seiner eigenen Zeitschrift »National Review« dazu, den Film und die Absicht des Filmproduzenten in Zweifel zu ziehen.

»Gentleman's Quarterly« (GQ), ein weiters Journal des amerikanischen Establishments, schlug in seiner neuesten Ausgabe von Januar 1992 in seiner reißerisch aufgemachten Titelgeschichte, das zeitgleich mit dem Angriff von »Post-Newsweek-Time« herauskam, ebenfalls auf Stones umstrittenen Film ein.

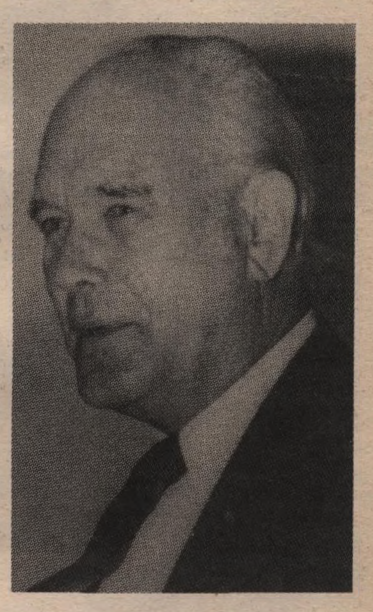
»GQ« legte den Schwerpunkt in erster Linie darauf, den ehemaligen District Attorney (Bezirks-Staatsanwalt) Jim Garrison, dessen Buch »On the Trail of the Assassins« (Auf den Spuren der Attentäter) Grundlage für Stones Film war, zu verunglimpfen. Garrison, der Mark Lane bei seinen eigenen Ermittlungen in dem Mordfall zu seinen engsten Beratern zählte, war häufig Zielscheibe von Medienangriffen, seitdem er sich in diese Kontroverse eingelassen hatte.

Vor der jüngsten Raserei der Medien über Stones Film hatte die Zeitschrift »Esquire« schon eine reißerisch aufgemachte Titelgeschichte über »JFK« (und Garrison) herausgebracht, in der Garrisons Ehrlichkeit in Zweifel gezogen wurde.

Ironischerweise könnte die Kampagne des Establishments gegen den Film »JFK« nach hinten losgehen und die wachsende Zahl von Amerikanern weiter erhöhen, die davon überzeugt sind, daß es auf höchster Ebene eine Verschwörung gab, nicht nur um den amerikanischen Präsidenten zu töten, sondern auch um den Mord hinterher zu vertuschen.

Dokumente bis zum Jahr 2029 unter Verschluß

Interessanterweise sagte der volkstümliche Schauspieler Kevin Costner, der Garrison in »JFK« darstellt, daß er, wenn er auch nicht alle Schlußfolgerungen Stones teile, doch davon überzeugt sei, daß eine Vertuschung der Wahrheit vorliegt. »Alle jene Dokumente, die die Regierung bis 2029 hinter Schloß und Riegel halten will, sollten freigegeben werden, so daß wir erfahren können, was geschehen ist«, sagte Costner in einem kürzlichen Interview.



Fletcher Prouty, im Ruhestand lebender Oberst der US-Air Force wird vom Establishment als »Verschwörungstheoretiker« abgetan.

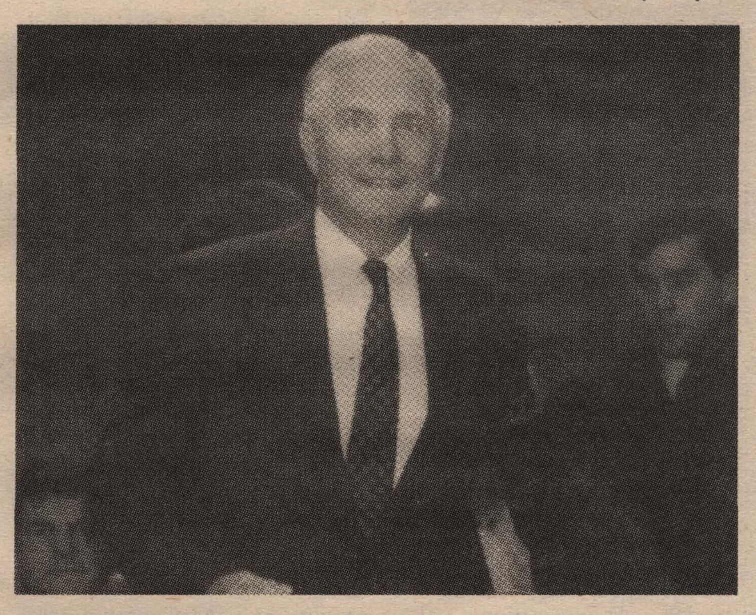
Costners Worte könnten in der Tat ein Schlachtruf für diejenigen Amerikaner werden, die nach der Wahrheit forschen und die überstürzten Schlußfolgerungen, deren die Warren-Kommission mit ihrer Vertuschung wiederholt bezichtigt wurde, zurückweisen. □

Establishment

Der schwierige Umgang mit der Wahrheit

Warren Hough

Die Bush- und Reagan-Regierungen waren am Ruder, als die USA in die Wirtschaftsflaute hineinschlitterten, seine Industriebasis durch Billig-Lohn-Importe verwüstet, seine Bevölkerung und seine Betriebe mit enormen Schulden belastet und seine Außenpolitik gegen das Staatsinteresse auf gefährliche Weise zu Gunsten Israels verzerrt wurden. 1991 war das Jahr, in dem diese Probleme so stark in Erscheinung traten, daß die Medien des Establishments sie nicht mehr übersehen konnten.



Der Ernennung Robert Gates zum Chef des CIA stimmte der US-Kongreß zu, um damit sein Schweigen zu erkaufen.

In den achtziger Jahren schaute US-Präsident Ronald Reagan überheblich zu, als die Autorität – das öffentliche Vertrauen – privatisiert, kommerzialisiert und schließlich korrumpiert wurde.

Keine Zeit für Innenpolitik

1991 war Präsident George Bush, der mit dazu beigetragen hatte, viele Skandale, die ihn und seinen ehemaligen Chef jetzt schwer zu schaffen machen, auszulösen, vorwiegend damit beschäftigt, immer mehr Vertuschungen zu improvisieren. Als Folge davon verbleibt nur wenig Zeit, sich mit solchen Dingen wie der Wirtschaft, dem Bildungswesen oder der Umwelt zu befassen, verlautet aus Kreisen des Weißen Hauses.

Die Notwendigkeit, um die Exzesse der Reagan-Ära einen Vorhang von Wand zu Wand ziehen zu müssen, motiviert viele Entscheidungen des US-Präsidenten, setzte ein ehemaliger Redenschreiber des Weißen Hauses hinzu. Dies erklärt auch die sehr umstrittene Wahl von Robert Gates zum Leiter des CIA, ungeachtet bislang einmaliger Zeugenaussagen ehemaliger Mitarbeiter, die den Ernannten als unmoralischen Kriecher, der Geheimdienstberichte fälschte, um seinen politischen Vorgesetzten zu gefallen, in Bausch und Bogen verdammten.

»Schändlicherweise war das, was Gates seinen Job verschaffte, nicht das Gute an ihm, sondern seine Schandtaten«, stellte Jeremy Pearce, ein ehemaliger Untersuchungsbeamter des amerikanischen Senats, der jetzt für eine Hilfsorganisation tätig ist, fest. »Demokraten im Kongreß, die Gates verachteten, wurden gewarnt, daß seine Entlarvung auch die Verwicklung des israelischen Geheimdienstes, des Mossad, in einige der schlimmsten verdeckten Verbrechen der Reagan-Ära ans Tageslicht bringen werde. Vor diese gefürchtete Möglichkeit gestellt, gab der Senat nach und bestätigte Gates Ernennung durch entsprechende Abstimmung.

Über Israels aktive Bemühungen, den amerikanischen politischen Prozeß durch die Macht seiner Lobby in Amerika zu dominieren und über seine verdeckte Rolle bei der Schürung von Unruhen rund um den Erdball herum, hat CODE von Anfang an berichtet, da es heiße Eisen sind, die keine andere Zeitung anfassen möchte. Aber in diesem Jahr gab es einen Durchbruch und diese Themen wurden in einer Reihe von Gremien ausführlich besprochen.

Zwei neue Bücher, »By Way of Deception« von dem ehemaligen Mossad-Agenten Victor Ostrovsky und »The Samson Option« von Seymour Hersh, förderten Israels schmutzige Wäsche, darunter sein geheimes und beachtliches Atomwaffenarsenal – 1967 erstmals von Liberty Lobby entlarvt – sowie seine Bestechung von amerikanischen Regierungsbeamten, um amerikanische Gesetze zu umgehen und seine Atomwaffen aufzubauen, ans Tageslicht.

In den vergangenen Jahren wurde jeder Hinweis auf eine »Israel-Lobby«, ganz zu schweigen von einer eingehenden Beschreibung ihrer Macht und ihres Einflusses, von der gleichen Lobby und ihren zahlreichen Freunden als antisemitisch verurteilt. 1991 wurde dieses Tabu von niemand anders als dem amerikanischen Präsidenten selbst gebrochen, als er mit seinem Kampf gegen die Israel-Lobby über ein Darlehensgarantie-Paket in der Größenordnung von zehn Milliarden Dollar an die Öffentlichkeit ging.

Israels schmutzige Wäsche

Die Israelis wollten es sofort; Bush verlangte eine Verschiebung um drei Monate. Die Israelis mobilisierten ihre Kräfte – etwa tausend an der Zahl, wie der US-Präsident berichtet –, die auf Capitol Hill losgingen. Am gleichen Tage appellierte der Präsident in einer Fernsehrede an das Volk, ihm zu helfen, dem Ansturm zu widerstehen. Der Präsident gewann, und der Lobby wurde ein vernichtender Schlag versetzt.

Überblicke über Nachrichten des vergangenen Jahres an der Schwelle des Jahres 1992 erschienen in den meisten großen Tageszeitungen. Dies war der Zeitpunkt, wo Nachrichtenorganisationen des Establishments schließlich über einige der wesentlichen Dinge zu berichten pflegen, die sie in den vergangenen Monaten absichtlich ignoriert oder vernachlässigt haben. Nationalbewußte Leser langweilen sich gewöhnlich bei derartigen Berichtigungen in Leitartikeln; sie haben die gleiche Geschichte schon vorher und besser in »The Spotlight« oder CODE gelesen.

Die Medien spielen »Aufholen«

Und doch deckt ein näherer Vergleich zwischen solchen Fortsetzungsberichten zum Jahreswechsel interessante Unterschiede zwischen den Nachrichtenberichten der »New York Times« oder des »Wall Street Journals« einerseits und unseren populistischen Zeitschriften andererseits auf. Wenn die Massenmedien diese Nachrichten bringen, dann ver-

schleiern sie häufig aus gut kaschierten eigenen Gründen deren ware Bedeutung.

Spekulationen auf schnelles Geld

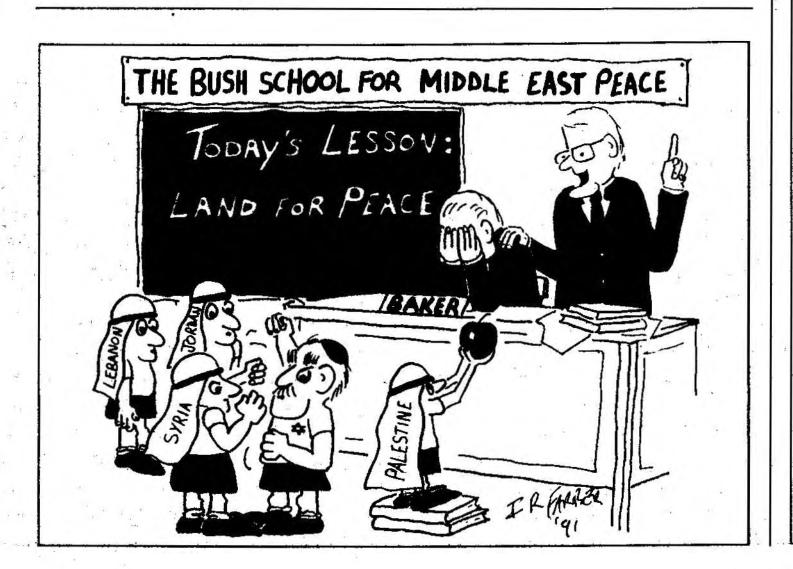
Berichte über die Welle von Nichterfüllungen unter Versicherungsgesellschaften, zum Beispiel im »Wall Street Journal« und in der »New York Times«, hatten die Tendenz, die daraus erwachsende Bedrohung für Millionen von Versicherungsnehmern herunterzuspielen. Diese neue landesweite Finanzkrise der USA sei lediglich eine Nebenwirkung des »Preissturzes bei Immobilien«, versicherte das »Wall Street Journal« seinen Lesern.

Nur unsere Schwesterzeitung »The Spotlight« entsandte eine Mannschaft von Untersuchungsreportern hinter die Kulissen und veröffentlichte die harten Tatsachen, die sie ermittelten, ohne kosmetische Verbramung. CODE berichtete darüber. Die Versicherungskrise war keineswegs ein vorübergehender Irrweg, sondern eine ernsthafte Bedrohung, weil die zugrundeliegenden Ursachen denen des Debakels mit den Spar- und Darlehenskassen gleichkam: Maschen mit den Junk-Bonds, Selbstbedienung und Gier unter leitenden Herren des Versicherungswesens, Spekulationen auf schnelles Geld und regelrechter Betrug.

Am Jahresende beugte sich das »Wall Street Journal« schließlich den Tatsachen. Es räumte in einem Bericht auf der ersten Seite ein, daß das Weiße Haus, durch immer häufigere Insolvenzen unter Versicherern aufgeschreckt, in aller Stille eine Sonderkommission des amerikanischen Justizministeriums gebildet habe, um dem »weitverbreiteten Betrug ... den riskanten Investitionen, der Selbstbedienung und den Buchhaltungstricks, den gleichen Mißbräuchen, die die Spar- und Darlehenskassen in den Abgrund stürzten und die auch hinter den immer zahlreicher werdenden Konkursen stehen, auf die Spur zu kommen«.

Auf einigen wichtigen Gebieten der Berichterstattung haben wir die bedeutsamen Punkte herausgestrichen, die von den Medien des Establishments absichtlich ignoriert wurden, weil dies den Freunden und Kontrolleuren der Medien in der Welt der Politik, des Big Business und des Bankwesens Schaden zufügen würde. Dazu gehören der lähmende Schlag der Amerikas Wirtschaft durch die ruinöse Freihandelspolitik der Reagan-Bush-Regierung versetzt wurde, die Welle der Skandale an der Wall Street und in Washington die ganzen achtziger Jahre hindurch, die von den Steuerzahlern und Verbrauchern zu tragende gewaltige Schuldenlast, und die katastrophalen Folgen des Sich-Einmischens der USA in die Angelegenheiten anderer Länder.

Im Jahrzehnt der neunziger Jahre werden wir erleben, wie diese Probleme dem Höhepunkt zutreiben, und CODE-Leser werden gut vorbereitet sein, um mit ihnen möglichst vorteilhaft fertigzuwerden, anders als Zeitungsleser, die auf die Nachrichten der Medien des Establishments angewiesen sind. □



Jesus und die Juden

»Es ist die Zeit, fröhlich zu sein... und auf Jesus einzudreschen. Jedes Jahr um diese Zeit herum findet ein ganzes Bündel von Büchern in denen Jesus bloßgestellt wird seinen Weg in die Buchläden. In den letzten Jahren«, so schreibt die »New York Times«, »haben verschiedene Gelehrte den historischen Jesus als politischen Rebellen, als antiken Zauberer, als einzelgängerischen Pharisäer, als durch und durch jüdischen Propheten, der verkündet, daß Gott dabei sei, Israel wiederherzustellen, und als hellenische Bremse ohne darüber hinausgehende Mission«, die einigen Staub aufwirbelt, skizziert.

Jüdische Bibelkritiker geben sich oft die größte Mühe, um die historische Genauigkeit des Alten Testaments nachzuweisen, das sie offenbar als Rechtfertigung ihrer eigenen religiösen Überzeugungen, oder zumindest ihres Judeseins erachten, wenn sie zu der weltlichen Sorte gehören. Wenn sie sich jedoch mit dem Neuen Testament befassen, neigen sie dazu, die Dinge anders anzugehen. Hier lieben sie es, scheinbare Unrichtigkeiten, besonders im Hinblick auf das Leben und die Lehren Christi, wie in den Evangelien erzählt, zu entdekken. Und gelegentlich glauben diese sogenannten Praktiker der »höheren Bibelkritik«, eine antike Verschwörung aufgedeckt zu haben.

Dies ist die Stoßrichtung eines neuen Buches mit dem Titel »Appointment in Jerusalem: A Search for the Historical Jesus« (»Treffpunkt in Jerusalem: Auf der Suche nach dem historischen Jesus«) von Max Dimont. Der Verfasser beginnt damit, pausenlos zu beweisen, daß die Schreiber der Evangelien ihre Berichte über Jesus als Messias gefälscht hätten. So stellt Dimont zum Beispiel die Kreuzigung selbst in Frage und suggeriert, dies sei ein Schwindel, der schiefgelaufen ist.

Dem Verfasser zufolge sagte Jesus am Kreuz: »Mich dürstet«. »War dies ein verschlüsselter Satz? Ein ›Danebenstehender‹ hatte zufällig eine Schüssel mit Essig zur Hand; er tränkte sofort einen Schwamm mit dem Essig und hob ihn an einem Schilfrohr zum Munde Jesus‹ empor... Essig, ein Anregungsmittel, hätte Jesus eigentlich wieder zum Leben erwecken müssen. stattdessen starb er anscheinend. War er vielleicht nur in einem Koma, wie einige Theorien besagen, hatte er durch eine Droge das Bewußtsein verloren, um den Anschein zu erwecken, er sei tot?«

Wenn dem so ist, dann konnte er auch unverzüglich zu einem Grab gebracht werden, wo sich seine Mitverschwörer um ihn kümmerten. Nach ein paar Tagen würde Jesus auf wunderbare Weise auferstehen und erscheinen, um von der örtlichen Bevölkerung erkannt und zum heiligen Helden – zum lebendigen Messias der biblischen Prophezeiung zu werden.

Dimont findet noch andere Schlüsselwörter und -sätze in den Evangelien, die ein »Aufständischer seinen mit ihm unter einer Decke steckenden ›verdeckten Agenten‹ zuspielen würde«. Und er erkennt andere frühe Anzeichen einer großen Verschwörung, wie die Säuberung des Tempels durch Jesus, die auf eine »militärische Aktion« des »erfolglosen Bewerbers um die Krone des König David« hindeuten.

Nun, diese ganze gelehrte Spekulation ist eigentlich ein alter Hut. Vor dreißig Jahren versuchte ein anderer Bibelkritiker, Hugh Schonfield, zu beweisen, daß die Kreuzigung Jesus eine von den Galiläern inszenierte Verschwörung gewesen sei, um der jüdischen Bevölkerung des von den Römern besetzten Judäa zu erkennen zu geben, daß Jesus der Messias ist.

In seinem Buch »The Passover Plot: New Light on the History of Jesus« theorisiert Schonfield dahingehend, daß Jesus mit Josef von Arimathäa und Johannes dem Priester – nicht dem Apostel – konspiriert habe, um die Kreuzigung und seinen Tod zu fingieren. Die Jünger und die Frauen in Jesus Umgebung, seine Mutter und Maria Magdalena, seien nicht in den Plan eingeweiht worden. Sie seien nicht klug genug gewesen, um zu verstehen, warum der Schwindel aufgezogen werden mußte, schreibt Schonfield, und man habe ihnen daher nicht vertrauen können, bei der Verschwörung mitzuwirken.

Aber Schonfield kommt zu der Schlußfolgerung, daß das Komplott schiefgelaufen und Jesus tatsächlich am Kreuz gestorben sei. Und obwohl es keine inszenierte Wiederauferstehung gab, habe der Gedanke daran irgendwie Fuß gefaßt, zumindest unter seinen Anhängern.

Schonfield nennt sein Buch die »Legende des Mannes, der glaubte, ein Messias zu sein«, eine »Geschichte voller Abenteuer, vielleicht das seltsamste menschliche Unternehmen in der ganzen Geschichtsschreibung«.

Trotz aller akademischer Akrobatik gehen Schonfield, Dimont und die anderen jüdischen Bibelkritiker stets an dem Hauptpunkt vorbei. Wenn alles, was Jesus und das Christentum darstellen, nur eine schlaue Intrige war, die vor 2000 Jahren fehlschlug, warum haben dann so viele brilliante nichtjüdische Menschen in den seit damals vergangenen Jahrhunderten die biblische Geschichte als Glaubenssache akzeptiert?

Dafür haben die jüdischen Bibelkritiker keine zufriedenstellende Erklärung – nur als gelehrte Forschung getarnte heimtückische Schmähung. Auf welche andere Weise könnten diese Pro-Semiten versuchen, das Christentum zu untergraben, um ihren Zionismus zu fördern? □

Iran soll die Atombombe bekommen

Auf einer Pressekonferenz in Washington erklärte Alireza Jafarzadeh, ein Sprecher für die Mudjahedin-Opponenten des Regimes in Teheran, daß der Iran entschlossen sei, eine Atombombe zu bauen. Er sagte, seitdem der chinesische Präsident Yang Shangkun Teheran Ende Oktober 1991 besuchte, habe sich die chinesisch-iranische Zusammenarbeit verstärkt und China sei dazu bereit, dem Iran zu angereichertem Uran und zur Technologie zur Herstellung der Bombe zu verhelfen.

Er sagte auch, daß der Iran chinesische Silkworm-Raketen besitzt und selbst welche bauen kann, ebenso ballistische Raketen mit einer Reichweite von 100 km.

Er führte einen Videofilm über das, was er als eine fünfstündige Militärparade der regierungsfeindlichen Nationalen Befreiungs-Armee bezeichnete, vor. Er sagte, die Armee werde »schneller als man glaubt« in Aktion treten. □

Bushs neue Drohungen gegen Libyen

Die in London ansässige arabische Zeitung »Al-Arab« klagte in einem Kommentar an, daß die Wahlniederlage von Richard Thornburgh bei den Wahlen in Pennsylvania der Hauuptgrund für die neuerlichen Drohungen der Bush-Regierung gegen Libyen wegen dessen angeblicher Verantwortung für den Bombenanschlag auf die Pan Am 103 am 21. Dezember 1988 sei. Das Blatt schrieb: »Der CIA und der britische Geheimdienst haben die Sache mit der Explosion an Bord der amerikanischen Maschine im Jahre 1988 wiederaufleben lassen, um als Vorwand für einen Militäreinsatz gegen Libyen zu dienen. Einige arabische Diplomaten in der arabischen Hauptstadt sagen, daß die Regierung des US-Präsidenten Bush jetzt ein geeignetes Thema gefunden habe, das benutzt werden kann, um den Niedergang des Ansehens des Präsidenten in den Vereinigten Staaten zu vertuschen.

Dies zeigte sich wieder einmal durch die Niederlage der Republikanischen Partei in der Wahl im US-Bundesland Pennsylvania, die von dem Kandidaten der Demokraten gewonnen wurde. Dieses Wahlergebnis veranlaßte Bushs Gehilfen unverzüglich dazu, ein Medienspektakel zu inszenieren, möglicherweise als Vorbereitung auf eine weitere Militäraktion, die den Demokraten jede Aktionsmöglichkeit ver-

wehren würde, zumal die Verhandlungen für Frieden in der arabischen Region bereits ihren Glanz verloren und nicht die erwünschten Ergebnise erbracht haben.« □

Arabische Zeitung beklagt US-Komplott

Hinter der nahöstlichen »Friedens«konferenz in Madrid sind die USA und Israel in eine »IWF-Verschwörung« verwickelt, schreibt die in London ansässige arabische Zeitung »Al Hayat«. In einem Artikel werden geheime amerikanische Bemühungen, die Syrer noch vor Ende der Friedenskonferenz von den Palästinensern abzuspalten, entlarvt.

Der amerikanische Außenminister James Baker, so heißt es in dem Artikel, versuchte, die syrische Regierung dazu zu veranlassen, ihre Haltung zum Zeitplan für multilaterale – regionale Gespräche zu ändern und zuzustimmen, diese Gespräche zwei Wochen nach Beginn der Konferenz abzuhalten. Die palästinensisch-jordanische und auch die syrische Einstellung war die, daß eine Teilnahme an solchen Gesprächen solange hinausgeschoben werden sollte, bis ein greifbarer Fortschritt in bezug auf Israels Rückzug aus den besetzten Gebieten und auf die Rechte der Palästinenser erzielt worden ist.

»Al Hayat« schreibt: »Die Vereinigten Staaten boten Syrien die volle Rückgabe der Golan-Höhen an –, falls Syrien zustimme, mit den multilateralen Gesprächen fortzufahren, ohne das Palästinenser-Problem zu lösen.«

Die Zeitung stellt fest, daß »Israels Ziel auf der Konferenz darin besteht, die Ressourcen der Araber zu beherrschen, um ihre Gewässer, Kapitalien und billigen Arbeitskräfte auszubeuten, um regionale Projekte in die Wege zu leiten, die der Vision des IWF von der Zukunft des Nahen Ostens entgegenkommen, nicht aber den nationalen Interessen der Völker der Region dienen«.

Indessen berichtete die iranische Tageszeitung »Ettelaat«, daß die Weltbank versuche, überall in der Region Diktaturen zu etablieren. Für Bushs neue Weltordnung »sind gelenkte Demokratien westlichen Stils« zur Aufrechterhaltung der Stabilität vorzuziehen, aber in Ländern, »wo es ungeheure politische Schismen und tiefgreifende soziale Ungerechtigkeiten gibt«, lenkt die Weltbank »die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit, dort Diktaturen einzurichten«, schreibt das Blatt. □

Zionistische Mystik

Wie kam es, daß die zionistische Bewegung, die von der überwältigenden Mehrheit der Rabbiner in ihrer Anfangszeit als religionsfeindlich und sogar gotteslästerlich in Bausch und Bogen verdammt wurde – weil nur der Messias das jüdische Volk erlösen und den Staat Israel wiederherstellen kann –, eine so große Anzahl von mystischen, eifrigen Anhängern an sich ziehen konnte? Um die Verurteilung des Zionismus durch die Rabbiner aus religiösen Gründen zu bekämpfen, stützten sich die frühen Zonisten auf vernünftige und weltliche Argumente, um ihrer Sache Auftrieb zu geben. sie appellierten an die Furcht der Menschen vor Verfolgung und versuchten, ein Gespür für jüdischen Nationalismus zu wecken, dort wo vorher niemals einer vorhanden war. Sie vermieden speziell metaphysische oder religiöse Aufrufe.

Aber trotz der Betonung eines kalten Realismus faßte allmählich unter vielen osteuropäischen Juden ein messianischer Eifer Fuß. Jan Lustick, Verfasser des Buches »For the Land and the Lord«, beschreibt dies als »Tendenz des jüdischen politischen Lebens im Land Israel, sich an messianische Themen zu klammern, von der chronischen Eruption des aktiven, auf mystischer Grundlage beruhenden Erlösertums Notiz zu nehmen, sogar in der Diaspora«.

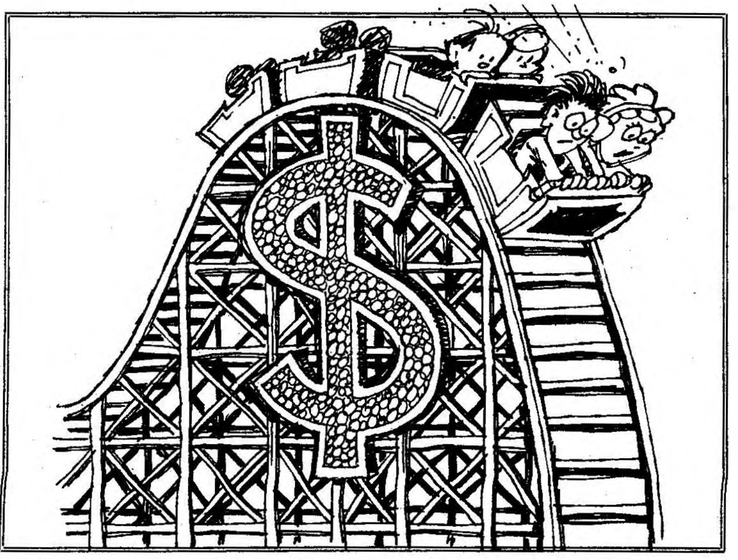
Eine große Schwungkraft für diejenigen, die bereits dazu neigten, wurde von Rav Tzvi Yehuda Kook beigesteuert, der 1921 von den Briten zum aschkenasischen Oberrabiner ernannt wurde. Für jene orthodoxen Siedler, denen es Schwierigkeiten bereitete, Handlungen auszuüben, die von Rabbinern lange Zeit verboten wurden, wie manuelle Arbeit und Militärdienst, lieferte Rav Kook geistige Vernunftgründe, um mit den herkömmlichen Lehren brechen zu können.

»In Zeiten der Erlösung«, schrieb er, »ist Frechheit im Anstieg begriffen. Sie rebellieren gegen alles. Sie brechen und sie verwerfen, sie suchen ihre Nahrung auf fremden Wiesen, übernehmen fremde Ideale und entweihen alles Heilige. Diese leidenschaflichen Seelen zeigen ihre Stärke, so daß kein Zaun sie zurückhalten kann. Wahrhaft heldische Geister wissen jedoch, daß diese Kraft eine der Erscheinungen ist, die zur Vervollkommnung der Welt benötigt werden«.

Die Vervollkommnung der Welt bezieht sich in diesem Falle auf die Wiederherstellung Israels. Selbst wenn die Neusiedler in Palästina jede religiöse Bedeutung ihrer Bemühungen von sich weisen, ja, wenn sie sogar ihren Atheismus verkündeten, behielten sie, laut Kook, dennoch »das innere Wesen der jüdischen Heiligkeit« und verrichteten, wenn auch unbewußt, Gottes Werk. Er lehrte, daß nach der Erlösung des jüdischen Volkes durch Wiederherstellung des Landes und die Rückkehr des Messias diese weltlichen Zionisten die Wahrheit erkennen und selbst erlöst werden.
Für den jüdischen Mystiker ist das Vorhandensein des heutigen Israel an sich schon der Beweis für Gottes Billigung des zionistischen Traumes. Der Aufbau des jüdischen Staates ebnet den Weg zur Rückkehr des Messias. Daher wird der wahre Gläubige vor nichts zurückschrecken, um diesen Traum zu erfüllen. Und da nichts verboten ist, weil jede Handlung, wie unmoralisch sie auch immer erscheinen mag, gerechtfertigt ist, um diejenigen hinwegzufegen, die Israel im Wege stehen – einschließlich der einheimischen Palästinenser, die in den Augen der zionistischen Eiferer selbst Gott feindlich gegenüberstehen. □

Ägyptens Butros Ghali neuer UN-Chef

Butros Ghali, stellvertretender Ministerpräsident von Ägypten, wurde zum neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt und löst damit Pérez de Cuellar ab. Ghali wurde wie berichtet wird vor allem von der französischen Regierung gefördert. Presseberichten zufolge haben afrikanische UN-Delegierte die Ernennung eines Afrikaners gefeiert und damit ihre früheren Abneigungen gegen Ghali begraben.
Butros Ghali ist koptischer Christ und mit einer ägyptischen Jüdin verheiratet. Er wurde 1977 berühmt, als der ägyptische Außenminister aus Protest gegen Anwar Sadats Entscheidung, nach Jerusalem zu fliegen, zurücktrat. Ghali wurde kommissarischer Außenminister und begleitete Sadat. Ghali führte dann die Verhandlungen, die zu den Abkommen von Camp David zwischen Israel, Ägypten und dem US-Präsidenten Jimmy Carter führten. □



Die Verbindungen der »Washington Post« zum CIA

Die CIA- und Geheimdienstverbindungen der, wie sie sich selbst bezeichnet, politischen »Zeitung mit dem guten Ruf«, der »Washington Post«, und ihres Besitzers, Katharine Graham sowie ihrer Chefredakteure und Journalisten sind in einem explosiven Buch mit dem Titel »Katharine the Great: Katharine Graham and Her Washington Post Empire« aufgedeckt worden. Obwohl es Mrs. Graham gelang, die Erstausgabe des Buches durch Druck auf den Verleger zu unterdrücken, traf die mutige junge Journalistin, die das Buch schrieb, Deborah Davis, Maßnahmen, das Buch in einer neuen Paperback-Ausgabe neu herauszubringen.

Miss Deborah Davis war kürzlich Gast bei der amerikanischen Mort Crowley Show, die über das Sun Radio Network in den USA ausgestrahlt wird. Während des Interviews mit Crowley sprach Miss Davis über ihr Buch und die darin enthaltenen Enthüllungen, darunter lange unterdrückte Informationen über US-Präsident Richard M. Nixon, die ihm zum Verhängnis wurden. Nachstehend eine redigierte Niederschrift des Interviews. Crowleys Fragen sind fettgedruckt.

Sie müssen sehr tapfer sein, um Katharine Graham und die »Washington Post« anzugreifen.

Als ich das Buch begann, war ich sehr jung und furchtlos, und ich glaubte nicht, daß man mir weh tun könnte. Ich hatte eine erfolgreiche Laufbahn als Untersuchungsreporterin hinter mir. Ich glaubte, wenn ich Berichte über die Mafia und andere furchterregende Leute schreiben konnte, dann könnte ich auch sicher eine Story über Katharine Graham schreiben.

Ich verstand den Zusammenhang eines gewaltigen Wohlstands mit der Macht und dem Wunsch gewisser Leute, in deren Gnade zu stehen, noch nicht. Ich fand auch heraus, daß Katharine Graham die Macht hat, zu beherrschen, was die Leute hören sollen, und zu entscheiden, was sie denken.

Ich begriff das Ausmaß nicht, in dem Leute, wie sie, eine Person oder ein Buch, das ihnen nicht gefällt in Mißkredit bringen können. Das Grundlegende was sie mit meinem Verleger anstellten, war, durch eine Kombination von Einschüchterungstaktik sowie Beschuldigungen und dann wieder nett zu ihm zu sein, sein Vertrauen zu meinem Buch zu untergraben.

Katharine sagte zu ihm, sie könne nicht verstehen, daß ein Verleger mit seinem guten Ruf ein Buch voller »CIA-Phantasien« veröffentlichen will.

Ich weiß das, weil ich, als ich meinen Verleger wegen Vertragsbruch verklagte, alle diese Dokumente im Laufe der Untersuchungen in die Hände bekam sowie Briefe, die sie und der damalige Chefredakteur Benjamin Bradlee meinem Verleger geschrieben hatten. Es gibt viele Leute, denen ebenso wie mir Unrecht geschehen ist. Der einzige Grund, warum sie von mir hören, ist, weil ich so verdammt hartnäkkig bin, daß ich diese Herrschaften nicht damit davon kommen lassen will.



Donald Graham (stehend) mit Ben Bradlee im Nachrichtenraum der »Washington Post«.

Mein Buch war gedruckt worden und stand schon in den Buchläden, bevor es in den Reißwolf kam. Technisch gesehen hatte mein Verleger den Vertrag zur Veröffentlichung des Buches erfüllt. Mein Rechtsstreit war darauf gerichtet, daß der Verleger verpflichtet war, das Buch der Öffentlichkeit vorzulegen, so daß es gelesen werden konnte.

Der erste Druck von 25000 war tatsächlich schon vor der Veröffentlichung ausverkauft. Das bedeutete, daß, sobald die Bücher erhältlich waren, sie alle versandt wurden, um eingegangene Bestellungen auszuführen.

Die mächtigste Frau der USA

Etwa 5000 Exemplare wurden überall im Lande verkauft, bevor mein Verleger das Buch zurückrief. Das heißt, 20000 Exemplare wurden dem Reißwolf übergeben.

Diese ursprünglichen 5000 Exemplare verkauften sich für etwa 60 Dollar in den Läden für seltene Bücher. Das ist schon irgendwie komisch, denn als das Buch erstmals in den Reißwolf geriet, wurden die wenigen Restexemplare zu nur einem Dollar verkauft. Dann, nachdem meine zweite Ausgabe herausgekommen war, und ich die Zensur öffentlich anprangern konnte, ging der Preis für die Original-Erstausgabe nach oben.

Etwa zwei oder drei Jahre lang konnte ich mich nicht wehren. Ich war völlig durcheinander. Dann riß ich mich zusammen und fand einen Anwalt. Wir reichten Klage ein, und die Dokumente bewiesen meine Sache. Ich erreichte einen außergerichtlichen Vergleich gegen meinen Verleger über 100000 Dollar.

Warum waren Katharine Graham und Bradlee denn nun so aufgeregt über ihr Buch, daß sie sich so sehr darum bemühten, es zu unterdrücken?

Ich glaube, es gab mehrere Gründe dafür. Zunächst einmal schrieb ich das Buch 1976. Das war die Zeit, in der Mrs. Graham als mächtigste Frau in Amerika galt. Sie hatte soeben US-Präsident Richard M. Nixon durch die Watergate-Stories der »Washington Post« zu Fall gebracht. Ich begann meine Forschungen für das Buch mit der wohlbegründeten Logik, daß eine Zeitung wie die »Post« es nicht fertigbringen könne, einen Präsidenten der Vereinigten Staaten rein zufällig zu stürzen.

Es mußte eine Art systematische Verbindung zwischen der »Post« und anderen Institutionen des Establishments geben, die das möglich machten.

Rückwärts arbeitend, stellte ich fest, daß ihr Ehegatte, Philip Graham, als er die Zeitung in den fünfziger Jahren leitete, ein Bündnis mit dem CIA geschlossen hatte, um die Spesen für seine Auslandsreporter zu bekommen.

Die »Post« war damals keine wohlhabende Zeitung. Phil Graham arbeitete mit Allen Dulles, dem Leiter des CIA zusammen und entwarf einen Plan, Journalisten in Übersee als CIA-Stützen zu verwenden. Als Gegenleistung dafür würden Dulles und der CIA diesen Reportern bei ihren Aufträgen in überseeischen Ländern helfen.

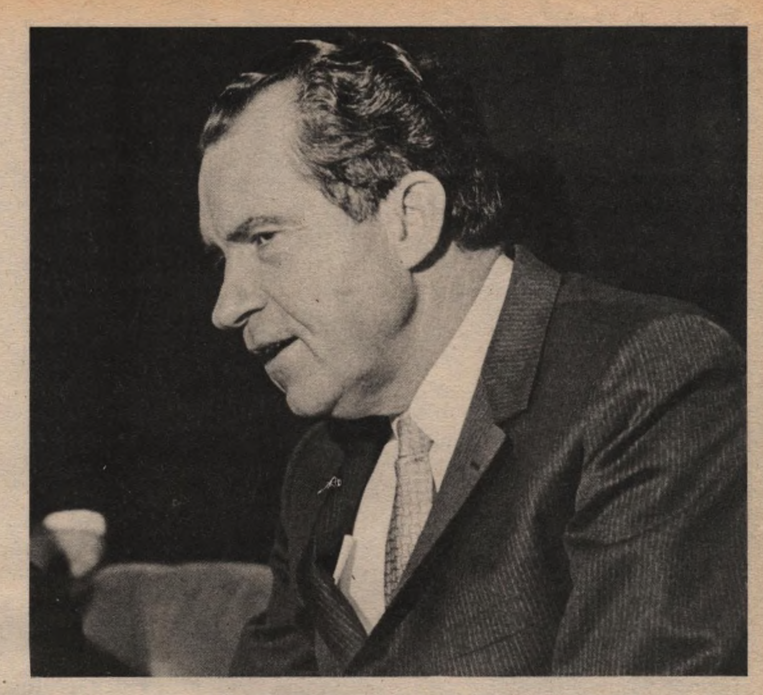
Das Verhältnis entwickelte sich folgendermaßen: Im Grunde genommen wurde die »Post« dadurch groß, daß sie mit den Geheimdiensten Nachrichten austauschte.

Viele leitende Redakteure der »Post« waren im Zweiten Weltkrieg Geheimdienstspezialisten oder Propagandisten gewesen, und sie sahen ihre Zeitung als logische Erweiterung ihrer Propaganda oder Einholung von Nachrichten während des Krieges an.

Ich brachte alle diese Dinge in meinem Buch zur Sprache und schrieb: »Das ist, was diese Zeitung ist, und das ist was diese Leute sind.« Katharine Graham wurde fast wahnsinnig darüber. Einer der Leute, mit denen ich sprach, war Bradlee. Anfang der fünfziger Jahre war er Angestellter des US-Außenministeriums in der amerikanischen Botschaft in Paris, aber er zog ein wenig Aufmerksamkeit auf sich, als sein Name in Unterlagen des Außenministeriums auftauchte, die mit »USIE« bezeichnet wurden. Das war der US-Information Exchange (Informationsaustausch), der Vorläufer der US-Information Agency. USIE war die Propagandastelle der amerikanischen Regierung.

Ich grub einige Dokumente aus, die Bradlee geschrieben hatte. Sie wurden nach dem Freedom of Information Act – der immer noch eine große Sache ist, um zu verstehen, wie unsere Regierung funktioniert – freigegeben.

Bradlee schrieb einen Brief an die Leute, die die Atom-Spione Julius und Ethel Rosenberg strafrechtlich verfolgten und teilte ihnen mit, daß er im Auftrag des Leiters des CIA in Paris nach New York kommen werde. Er möchte die Akten des Staatsanwalts einsehen und alles das verwenden, womit er der amerikafeindlichen Propaganda in Europa entgegentreten könnte.



US-Präsident Richard Nixon wurde durch die Watergate-Stories der »Washington Post« zu Fall gebracht.



Unter CIA-Chef James Jesus Angleton bestanden direkte Verbindungen zu Mitarbeitern der »Washington Post«.

Bradlees von dem CIA erteilter Auftrag bestand darin, überall in Europa Berichte in Zeitungen zu setzen, aus denen hervorging, daß die Rosenbergs schuldig seien und es verdienten, hingerichtet zu werden, was ja auch später geschah. So kam er zu seinem Ruf.

Bradlee wurde dann Bürochef von »Newsweek«, die der Washington Post Co. gehört. Dann wurde er Redakteur der »Post«.

So machte Bradlee Karriere – indem er der amerikanischen Regierung diese ungeheure Dienstleistung erwies.

Dies ist der Redakteur, der dafür berühmt wurde, Richard Nixon gestürzt zu haben. Wiederum könnte ich glauben, daß dies alles rein zufällig geschehen war.

Es mußte einen systematischen Grund dafür geben, warum jemand, der seine Zähne gewetzt hatte, um den Interessen des Establishments zu dienen, auserwählt wurde, um Nixon zu Fall zu bringen.

Ich sah mir daraufhin seine Vorgeschichte näher an und stellte fest, daß er in der Vergangenheit sehr viele Verbindungen zu Geheimdiensten unterhalten hatte.

Ihr Buch muß bei Bradlee und bei Katharine Graham einen Nerv berührt haben. Man sollte meinen, daß sie darauf reagiert hätten, indem sie sagten: »Sie kann uns nicht weh tun. Wir sind die ›Washington Post‹.« Als sie das Buch herausbrachten, fingen sie sofort an, darüber herzufallen. Wie gingen sie dabei vor?

Es war eine sehr häßliche Geschichte und eine echte Lektion für mich, wie Macht funktioniert. Das Buch wurde im November 1979 herausgebracht.

Dreiste Lügen über die Autorin

Das Erste, was sie unternahmen, war, zwei ihrer Freunde in zwei Zeitungen an der Ostküste, das »Wall Street Jounal« und die »Village Voice«, von zwei unterschiedlichen Standpunkten aus auf mich einhacken zu lassen: vom geschäftlich-konservativen und vom linken Stankpunkt aus.

Establishment

Die Verbindungen der »Washington Post« zum CIA

Jeder dieser Personen schrieb einen bösartigen Artikel über mich. Beide unterhielten Verbindungen zur »Post«.

Derjenige, der den Artikel für die »Voice« schrieb, war Alexander Cockburn, ein berühmter Kolumnenschreiber, der seinerzeit mit Katharine Grahams Tochter zusammenlebte.

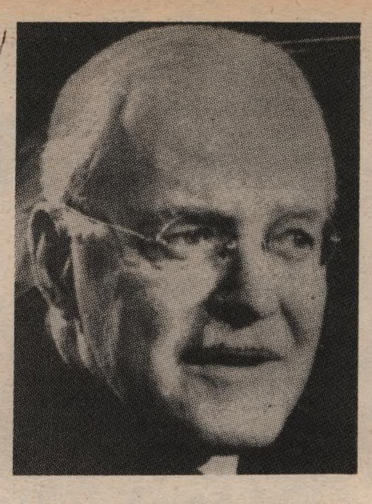
Ich schätze Bradlee muß ihn angerufen und gesagt haben: »Hier ist eine kalifornische Schriftstellerin« – das ist ein großes Schimpfwort hier im Osten – »und sie ist nach Washington gekommen und verzapft alle diese Lügen über uns in diesem Buch.«

Bradlee behauptete – und dies war eine dreiste Lüge –, daß ich, als ich gebeten wurde, die sogenannten Irrtümer zu berichtigen, in Tränen ausgebrochen sei.

Ich sagte zu Cockburn, als er mich anrief, bevor er seinen Artikel schrieb, daß ich nicht verstehen könnte, was alle diese Reporter anstellten, nur um Bradlee zu gefallen. Es sei, als ob jeder Reporter im Lande glaubte, er arbeite für Bradlee. Cockburn zitierte das in seinem Artikel.

David Ignatius, seinerzeit Leitartikelschreiber für das »Wall Street Journal«, schrieb einen noch häßlicheren Artikel. Er ist jetzt Auslandsredakteur für die »Washington Post«

Ignatius bat mich, ihn an einem Sonntag in seinem Büro aufzusuchen und sagte: »Ich will einen Artikel schreiben, in dem steht, daß Sie mit der Identität von ›Deep Throat‹ (die angebliche Quelle der »Post« für Watergate-Enthüllungen auf höchster Ebene) Recht haben, aber zunächst möchte ich, daß Sie mir an Hand Ihrer Notizen etwas bestätigen. Ich möchte sichergehen, hier auf festem Boden zu stehen.«



CIA-Chef Allan Dulles traf mit der Zeitung eine Vereinbarung über den Einsatz von Journalisten.



Kathrine Graham galt ein zeitlang mit ihren Zeitungen als die mächtigste Frau der USA.

Ich sagte: »Natürlich«. Ich fühlte mich so, als würde ich angegriffen und ein Verbündeter willkommen sein könnte. Ich suchte also Ignatius mit all meinen Notizen auf. Sobald ich eintrat, wußte ich was die Stunde geschlagen hatte. Ignatius sagte: »Wie konnten Sie dem armen Bradlee das antun«. Er grillte mich etwa anderthalb Stunden lang, wer meine Quellen seien, und wer mir was gesagt habe. Dann sagte er: »Entschuldigen Sie mich. Ich muß den Watergate-Reportern der ›Post‹ Bob Woodward anrufen. Ich sollte eigentlich bei ihm zuhause sein, und ich muß ihm sagen, wie es mit Ihnen steht.«

Illegale Spionage im Inland

Das hat er wirklich zu Ihnen gesagt?

Ja, ich war wie vom Blitz getroffen. Er war Woodward und Bradlee zu Willen. Ihre Einstellung mir gegenüber, als ich das Buch schrieb, war, daß ich ohne ihre Hilfe nicht sehr weit kommen würde. Daher ignorierten sie mich. Woodward gewährte mir jedoch ein Interview und sagte mir, wenn ich ihm mein Manuskript zeigen würde, er dafür sorgen werde, daß Katharine Graham es nicht zu Gesicht bekäme.

Wen haben Sie als Woodwards Quelle identifiziert, die er »Deep Throat« nannte?

Ich identifizierte Deep Throat als einen Abwehragenten namens Richard Ober, der Stellvertreter des langjährigen Abwehrchefs James Jesus Angleton war.

Ich glaubte deswegen, daß es Ober war, weil dieser seinerzeit die einzige Person in Nixons Weißem Haus war, der Nachrichten von allen verschiedenen Quellen hereinholen konnte, aus denen Deep Throat seine Nachrichten bekam: das FBI, der CIA, der militärische Geheimdienst und das Weiße Haus selbst.

Er war seinerzeit die einzige Person, die derzeit alle diese Agenturen koordinierte. Ober leitete etwas, das sich Operation Chaos nannte, die inländische Überwachungsoperation, die Kritiker des Weißen Hauses ausspionierte.

Operation Chaos war illegale Spionage im Inland, nicht wahr?

Ja, sie wurde von Präsident Lyndon Johnson ermächtigt und bestand in Nixons Weißem Haus weiter.

Die Tatsache, daß sie gesetzeswidrig war, ist das, was »Deep Throat« und die »Post« näher zusammenbrachte. Sie kannten ihre gegenseitigen Geheimnisse, und das veranlaßt Menschen dazu, wenn nicht zueinander Vertrauen zu haben, sich aber zumindest aufeinander zu verlassen.

Haben Sie Woodward jemals mit diesen Dingen konfrontiert?

Ich habe das versucht, aber Woodward sagte: »Fragen Sie mich nicht über das, was in meinem Buch steht. Was ich darin geschrieben habe, ist was ich zu sagen habe.«

Seitdem mein Buch erstmals herauskam, gab es tiefgehendere Untersuchungen der Vorgeschichte von Woodward.

Dies reißt sicherlich Katharine Graham und Bradlee und der »Washington Post« die Maske vom Gesicht.

Obwohl Bradlee viel Aufhebens um seine »Pensionierung« gemacht hat, stellt sich heraus, daß er immer noch als »Vizepräsident auf der Flucht« auf der Gehaltsliste der »Post« steht.

Katharine Graham ist immer noch Vorstandsvorsitzende der Washington Post Co., ein Titel, den sie wahrscheinlich mit ins Grab nehmen wird.«

»Sie glauben, sie seien Gott!«

Ihr Sohn Donald ist Präsident der Washington Post Co., der Muttergesellschaft, der Kabelfernsehstationen und andere Zeitungen gehören – wahrscheinlich das gewinnträchtigste Medienimperium im ganzen Land – und Verlagshaus der »Washington Post«.

Die »Post« trägt eine Maske. Sie hat eine beinahe ätherische Eigenschaft an sich. Man erwartet, daß die »Post« in der Dunkelheit nach Sonnenuntergang glüht. Sie stellt sich als Aufrichter der niedergetrampelten Massen dar.

Es gibt eine sehr bekannte Klatschspaltenschreiberin Diana McClellan, die früher für die »Post« schrieb. Sie ging zur »Washington Times«, die Sun Myung Moon gehört.

Jemand fragte sie, wieso sie für die »Moonie-Zeitung« schreiben könne. Sie antwortete: » Ich habe schon für Verleger gearbeitet, die glaubten, sie seien Gott.«

Sie bezog sich dabei natürlich auf Katharine Graham.

Die »Post« bestimmt, was in Washington »richtig« und »wahr« und »wirklich« ist; und wenn da jemand ist, der etwas anderes zu sagen hat, wird er unglaubwürdig und lächerlich gemacht. □

Zionismus

Der Mythos der Macht

Israel Shahak

Seit vielen Jahren dreht sich die israelische Politik um die finanzielle Unterstützung für Israel, die nach der Meinung sowohl der israelischen Regierung als auch ernsthafter politischer Kommentatoren weitgehend von dem Einfluß zionistischer Interessensgruppen auf die amerikanische Politik abhängt. Die unvorhergesehene Krise über zehn Milliarden Dollar an amerikanischen Garantien für israelische Anleihen hat in Israel Leidenschaften erweckt und die Aufmerksamkeit der Medien darauf gerichtet, welchem Zweck die zionistische Lobby denn nun eigentlich gedient habe.

Amerikanische Hilfe hat stillschweigende Auswirkungen, die viel weiter gehen als die US-Medien bislang bemerkt haben. Ihre Wirkung ist nicht auf den direkten Fluß amerikanischer Gelder nach Israel beschränkt. Sie wirkt sich auf Israels Finanzlage insgesamt aus. Chefkorrespondent für wirtschaftliche Angelegenheiten Nehemya Stressler von »Ha'aretz« zeigt dies dadurch, daß er den Beziehungen zwischen Israel und den »internationalen Bankern«, wie er sie nennt, behandelt.

Kredite trotz Hyperinflation

»Bei ihren Geschäften mit Israel stellen die internationalen Banken normalerweise keine Fragen über Makro-Daten und ziehen keine Diagramme oder Szenarios zu Rate«, schrieb er am 11. Oktober 1991. »Die Fragen, die sie stellen, sind anderer Art: Werden die USA Israel weiterhin unterstützen? Oder genauer gesagt, werden die USA weiterhin Jahr für Jahr wirtschaftliche und militärische Beihilfen gewähren? ...Und sind die USA dazu bereit, Israel Anleihen zu garantieren?«

Eine solche Behandlung Israels ist einmalig, setzt sich aber schon seit Jahren fort. Stressler schreibt: »Ein Beispiel aus jüngster Zeit zeigt, daß die internationalen Banker nur solche Fragen über Israel stellen. Hätten sie Anfang der achtziger Jahre eine nüchterne Untersuchung der israelischen Wirtschaft angestellt, dann hätten sie es nicht nur abgelehnt, uns auch nur noch einen einzigen Dollar zu leihen, sondern sie hätten auch die sofortige Rückzahlung früherer israelischer Schulden verlangt. Israel verzeichnete damals eine Hyperinflationsrate von annähernd 500 Prozent pro Jahr und ein Nullwachstum des Bruttosozialprodukts ... Kein einziger, vernünftig denkender Banker hätte uns unter solchen Umständen auch nur einen einzigen Dollar geliehen. Und dennoch gelang es Israel gerade in jenen Jahren, auf kommerziellem Wege gewaltige Summen zu leihen. Dieser Erfolg war nur durch politische Unterstützung seitens der USA möglich.«

Stresslers Hinweis auf »Anfang der achtziger Jahre« bezieht sich auf den Einmarsch in den Libanon im Jahre 1982. Die enormen Kosten dieser Invasion wurden nicht durch eine Erhöhung der Steuern in Israel, nicht einmal duch US-Hilfe gedeckt, die seinerzeit nur geringfügig erhöht wurde. Die Kosten wurden größtenteils durch Handelsdarlehen gedeckt, die die »internationalen Banker« gewährten, weil Israel damals von den USA unterstützt wurde. Der Einmarsch in den Libanon, mit all seinen enormen Kosten an menschlichem Leiden, hätte nicht stattgefunden, wenn Israel nicht die Darlehen bekommen hätte, um ihn zu finanzieren. Diese Tatsache hat eine unheilvolle Bedeutung für die Zukunft.



Yitzhak Shamir, Israels Premierminister: »Ein Krieg, der im Namen Israels geführt wird, ist ein guter Krieg.«

Israels Verlaß auf die Macht seiner Interessengruppen in den USA beschränkt sich nicht auf den Finanzbereich. Wie einer der führenden politischen Korrespondenten in Israel, Yoel Markus, in einem Artikel mit der Überschrift »They Destroyed our Myth« (»Sie zerstörten unseren Mythos«) am 11. Oktober 1991 in »Ha'aretz« feststellte, hatte der Mythos sowohl in seinem amerikanischen als auch in seinem internationalen Zusammenhang seinen Wert.

»Der bezeichnendste und am meisten beunruhigende Hinweis auf die Krise war die Entschlossenheit, mit der US-Präsident Bush es riskierte, den Mythos der jüdischen Macht herauszufordern. Dieser Mythos war Israels am meisten geschätzter Vermögenswert in Amerika, und Bush versuchte brüsk, uns gerade dieses Vermögenswertes zu berauben ... Dieser Mythos von der Macht der Juden, als sei er direkt den ›Protokollen der Weisen von Zion‹ entnommen, spiegelte wirklich die Macht der jüdischen Lobby und unserer Unterstützer im Kongreß wider. Er hat uns in den letzten Jahren sehr geholfen.

Der Verlaß auf die Lobby

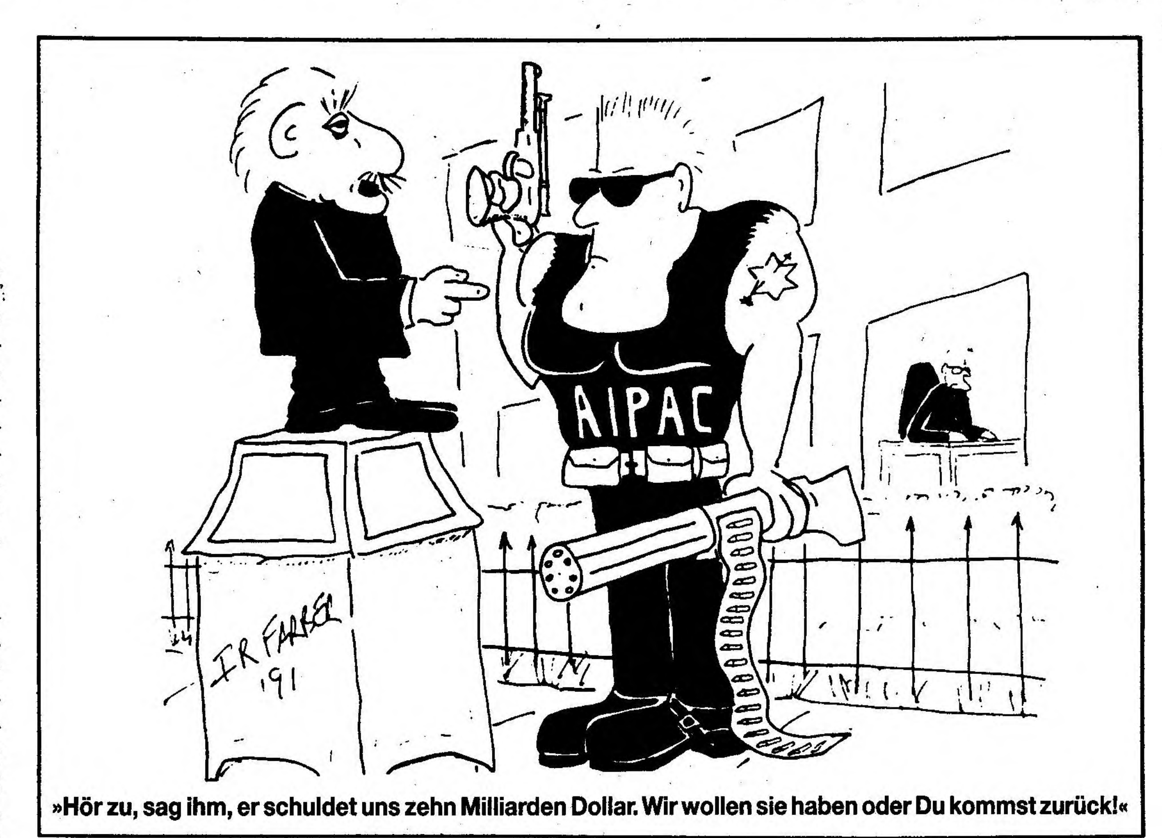
Nicht zufällig standen so viele Ministerpräsidenten und so viele Außenminister mit ausgestreckten Händen an unseren Toren. Sie glaubten wirklich, daß wir die Schlüssel zum Herzen und zur Brieftasche der Vereinigten Staaten in Händen hielten.«

Markus ist keineswegs der einzige unter den israelischen Kommentatoren, der nichts dagegen hat, wenn Mythen verfochten werden, die das den »Protokollen der Weisen von Zion« zugrundeliegende Konzept verstärken, wenn Israel damit geholfen wird. Dies ist eine typisch israelische Einstellung.

Die Protokolle von Zion

Nahum Barnea, ein angesehener, links von der Mitte des politischen Spektrums angesiedelter Kommentator, schrieb in einem Artikel mit der Überschrift »Der Krieg um die Protokolle«, der im »Yediot Ahronot« vom 13. September 1991 erschien: »Der Streit zwischen Shamir und Bush dreht sich um etwas Wichtigeres als Garantien und Siedlungen. Der eigentliche Streitpunkt ist, daß die politische Macht der Juden und ihr Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik in den siebziger und achtziger Jahren enorm gewachsen sind ... Aber dieser Einfluß hat auch Mythen erzeugt. Diese Mythen hallen in der ganzen Welt wieder, von China und Afrika nach Osteuropa bis zur UdSSR. Die ganze Welt, die die USA bereits als einzige verbleibende Supermacht anerkennt, betrachtet Israel als Schlüssel zu den Kammern der Macht in Washington ... Dieser Mythos bringt uns zurück zu den ›Protokollen

Der Mythos der Macht



»Hör zu, sag ihm, er schuldet uns zehn Milliarden Dollar. Wir wollen sie haben oder Du kommst zurück!«

der Weisen von Zion‹, ein Buch, in dem behauptet wird, daß die Juden die Welt beherrschen. Die Situation ist voller Ironie. Jahrzehntelang trachteten die Juden danach, den Mythos der ›Protokolle‹ zu widerlegen und behandelten sie als krankhafte Kundgebung des Anitisemitismus. Jetzt drehen Juden genau den gleichen Mythos zu ihrem Vorteil zurecht. Einige glauben sogar an ihn.«

Barnea sieht den Mythos als Faktor an, der der Macht der zionistischen Interessengruppen in der amerikanischen Politik zum Vorteil gereicht. Um dies zu beweisen, weist er auf die Einstellung der amerikanischen Regierung zu den sowjetischen Juden hin, die, wie er sagt, »in dem Land jetzt weit besser dran sind als jede andere Volksgruppe, einschließlich den Russen ...«

Amerikaner unterscheiden zugunsten der sowjetischen Juden im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen in der UdSSR, schreibt Barnea, selbst wenn »sich im kommenden Winter in der UdSSR Hungersnot ausbreitet, werden die Juden am wenigsten davon betroffen sein.«

Ähnliche Beispiele können aus anderen Ländern angeführt werden. Unter dem mörderischen Mengistu-Regime in Äthiopien erlitten die Juden, die rund zwei Zehntel von einem Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, sicherlich keine größeren Härten als die übrigen 99,8 Prozent. Aber die meisten amerikanischen Politiker waren über die 0,2 Prozent Äthiopier jüdischer Abstammung mehr besorgt als über alle anderen Äthiopier.

Der Mythos war äußerst nützlich für Israels Repräsentanten in Washington, schreibt Markus: »Der Mythos der jüdischen Macht versetzt viele amerikanische Politiker, vom Präsidenten bis zu Kongreßabgeordneten, in Angst und Schrecken. Sie alle glauben, nicht ganz ohne Grund, daß, falls sie nicht von der Macht der Juden unterstützt werden, sie keine Chance haben, gewählt zu werden. Deswegen war der Mythos so lange Zeit für den Staat Israel so nützlich.«

Der Mythos bei der Arbeit

Ein Artikel von Yoav Karni in »Ha'aretz« vom 22. März 1991 wirft ein bezeichnendes Licht auf den »Mythos bei der Arbeit« auf der Jahresversammlung von Israels Hauptinteressengruppen in den USA, American Israel Public Affairs Council (AIPAC) in Washington »Einmal im Jahr, gewöhnlich im Frühjahr, müssen Kongreßabgeordnete im Schatten der Flagge Israels Rechenschaft ablegen ...Im März 1991 reagierten 48 Senatoren und rund 100 Mitglieder des Repräsentantenhauses auf den Aufruf. Man kann sich kaum ein anderes politisches Ereignis in Washington vorstellen, das eine vergleichbare Anzahl von Mitgliedern des Kongresses genug Anreiz gibt, um daran teilzunehmen.«

Indem er seinen Lesern erklärt, daß »Senatoren, die Gelder für ihre bevorstehenden Wahlkämpfe zur Wiederwahl auftreiben wollen«, am gewissenhaftesten den AIPAC hofieren«, zitiert Karni den leitenden Direktor des AIPAC, Tom Dine, der mitgeteilt haben soll, daß »die kollektive Macht der Freunde Israels in den USA nicht von den jüdischen Stimmen, sondern von jüdischem Geld herrührt. Wenn diese Gelder fließen, in der richtigen Summe und zur richtigen Zeit, dann kann es den Ausgang nicht weniger Rennen um Senatsposten bestimmen«, schreibt Karni.

Der israelische Journalist erzählt die Geschichte von »Charles Percy, Vorsitzender des Senate Foreign Relations Committee. Percy hatte die Freunde Israels verärgert, weil er sich mit Arafat traf und über ›legitime Rechte der Palästinenser‹ sprach. Als Folge davon wurde das ganze Pro-Israel-Geld auf seinen Gegner, Paul Simon, verschwendet. Nach einer beinahe einstimmigen Bewertung von Beobachtern war dessen sensationeller Sieg über Percy allein auf diesen Faktor zurückzuführen.«

Durch solche Berichte bestärkt, hat die zionistische Lobby viele Gesichtspunkte der amerikanischen Politik mit den Wünschen des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir in Einklang gebracht. ,Die Lage änderte sich im September 1991 nach einem direkten Appell des US-Präsidenten Bush an die Öffentlichkeit. Bush war bestrebt, die Macht der zionistischen Lobby, Einfluß auf eine gezielte Wahlkampfwerbung ausüben zu können, mindestens in gewissem Ausmaß zu neutralisieren. Markus räumt zwar ein, daß »so etwas wie dies noch niemals vorgekommen ist«, vertritt aber nichtsdestoweniger die Ansicht, daß »die Macht der Juden in den USA nicht zerstört worden ist, wenn auch der Mythos schwer gelitten hat«.

Shamir hat den Bogen überspannt

Um ihre Verluste wieder wettzumachen, glaubt Markus, daß »die Macht der Juden jetzt einen Fall benötigt, der als sehr gerecht präsentiert werden kann, um zu beweisen, daß sie in der Tat eine Macht sind«. Er weist jedoch darauf hin, daß, »solange die Siedlungen sich weiter ausbreiten, der Mythos der jüdischen Macht nicht wiederhergestellt werden kann«. Zusammen mit anderen Kommentatoren sieht Markus Shamir als »jemanden, der das volle Ausmaß und die Tiefe der Krise garnicht begreift«, der sich nicht darüber im klaren ist, daß »Amerika nicht mehr unter unserer Fuchtel steht«.
Israelische Kommentatoren sind vollauf mit Erklärungen für den Zusammenbruch des Mythos, der für Israel von wesentlicher

Bedeutung war, beschäftigt. Markus und einige andere schreiben den Zusammenbruch der Tatsache zu, daß Shamir den Bogen überspannt habe. »Ein Mythos behält seine Macht nur so lange, wie an ihn geglaubt wird. Deswegen waren frühere israelische Regierungen stets so vorsichtig, sich nur sporadisch auf ihn zu beziehen«, schreibt Markus. »Sie waren sehr besorgt, niemals, absolut niemals, den Mythos der jüdischen Macht einem Realitätstest auszusetzen. In dieser Hinsicht hielten sie sich an das bewährte Gesetz: Schieße nicht, wenn du mit der Drohung, schießen zu wollen, die gleiche Wirkung erzielst. Das war richtig, solange bis die Shamir-Regierung Bush Durch Gedankenlosigkeit zur Hilfe kam.«

In einem Artikel, der die herausfordernde Überschrift trägt »Jewish perversion is still perversion« (»Jüdische Pervertierung ist Pervertierung«) in »Yediot Ahronot«, vom 19. September 1991, kommt Yaron London am nächsten an die unerfreuliche Wahrheit heran. Er geißelt Shamir, weil »dieser die amerikanischen Juden dazu ermuntert, heftig gegen ihre eigene Regierung zu opponieren, mit der Begründung, dies sei das, was die Erinnerung an das Verhalten amerikanischer Juden während des Holocaust erfordert«. London verwirft die ständige Berufung auf den Holocaust, auf den sich die zionistische Lobby stets gestützt habe, als »Akt der politischen Nekrophilie« (Neigung, sexuelle Handlungen an Leichen zu begehen). London vertritt die Ansicht:

Bush in der Rolle des Shylock

»Erstens glaubt niemand daran, daß russische Juden unter der Bedrohung der Ausrottung stehen. Wenn dem so wäre, was sollten wir dann zu den erbarmungslosen Bemühungen aller israelischen Regierungen sagen, ob sie von der Arbeiter-Partei oder vom Likud angeführt werden, die Tore der USA für jüdische Flüchtlinge aus der UdSSR zu schließen?«
Was die sowjetischen Juden anbelangt, so rät London amerikanischen Juden, nicht mehr länger ihre Macht auszuüben, um sowjetische Juden nach Israel zu dirigieren, die lieber in den USA bleiben möchten, und stattdessen das Gegenteil von dem tun sollten, was die zionistische Lobby von ihnen verlangt.
»Wenn amerikanische Juden sich dazu aufgerufen fühlen, etwas für die Juden der UdSSR zu tun, dann wären sie am besten beraten, wenn sie es unterlassen würden, irgendwelchen Druck auf das Weiße Haus auszuüben. Stattdessen sollten sie Israel unter Druck setzen, alle Bedingungen Bushs baldmöglichst anzunehmen ...Die Berufung auf Auschwitz, um damit die territorialen Eroberungen Israels zu rechtfertigen, ist ein borniertes Unterfangen.«

Solche Tadel sind von den amerikanischen Medien des Hauptstroms nur selten zu hören. Aber in »Yediot Ahronot« geht London sogar noch weiter. Er tadelt alle israelischen Regierungsbeamte, die Bush beschimpft haben. Unter ihnen befindet sich nicht nur der noch ziemlich junge Minister Rehav'am Ze'evi, der Bush zweimal des Antisemitismus bezichtigte, sondern auch der Finanzminister, Yitzhak Moda'i, der im israelischen Fernsehen sagte: »Als er von uns Teile des Landes von Israels lebendem Fleisch als Gegenleistung für sein Geld verlangte, verhielt sich Bush wie Shylock.«

London merkt dazu an: »In Moda'is Metapher werden die besetzten Gebiete als unser ureigenes Fleisch und Blut dargestellt. Die darin liegende stillschweigende Schlußfolgerung, daß Land gleich Blut sei, ist nichts anderes als faschistische Musik. Dies ist Pervertierung. Geben wir uns nicht der Illusion hin, daß Pervertierung, wenn sie jüdisch ist, keine Pervertierung mehr ist.« □

Dr. Israel Shahak, ein Überlebender des Holocaust und im Ruhestand lebender Professor der Chemie an der Hebräischen Universität in Jerusalem, ist Vorsitzender der Israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte. Sein Artikel erschien zuerst im »Washington Report on Middle East Affairs« in der Ausgabe Dezember 91/Januar 92.



Israel

Zionistischer Terrorismus

Victor Marchetti

»Laßt unser Blut, ein roter Teppich auf allen Straßen sein. Und auf diesem roten Teppich werden unsere Gehirne wie weiße Lilien sein.« Nur ein weiteres Beispiel islamischer Märtyrerverehrung? Dieser Knittelvers wurde von einem der Gründungsväter Israels, Abraham Stern, Führer der im Untergrund operierenden terroristischen Stern-Bande und geistiger Vater der mächtigen Führer Israels der Vergangenheit und Gegenwart, vor allem des Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir, niedergeschrieben.

Um die breite Kluft, die die heutigen Führer Israels von den amerikanischen Juden des Hauptstroms und noch mehr von der amerikanischen politischen Führung trennt, zu verstehen, vermittelt eine Untersuchung der Vergangenheit Shamirs erhellende Einblicke in seine leidenschaftlich messianische und mystische Ansicht über das Leben.

Der Traum von der Erlösung des jüdischen Volkes

Um die persönliche Abneigung zwischen Shamir und Bush ist viel Aufhebens gemacht worden. Die Mißachtung, die sie gegeneinander hegen, maskiert jedoch eine breitere Kluft, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.

George Bush ist in der Quintessenz der priviligierte Yankee, höchst pragmatisch und vor allem ein Vernunftdenker. Die Welt, in der er operiert, ist eine von Ursache und Wirkung, von herkömmlicher westlicher Moralität und eine Welt des politischen Gebens und Nehmens. Shamir lebt jedoch einen messianischen Traum, dessen Richtigkeit ihm Tag für Tag durch die Existenz des Staates, den er regiert, aufs neue bewiesen wird. Israel ist der Beweis für Gottes Billigung seiner Handlungen in Vergangenheit und Gegenwart. Aber vor allem glaubt Shamir, daß der Kurs, den er verfolgt, notwendig ist, um die Erlösung des jüdischen Volkes zu gewährleisten, und daß jeder andere Weg die Strafe Gottes nach sich ziehen würde.
Shamirs Position des harten Kur-



Unter den Teilnehmern des 6. Zionistenkongresses 1903 sitzt Theodor Herzl (zweite Reihe mit gekreuzten Armen), Begründer des politischen Zionismus.

Zionistischer Terrorismus



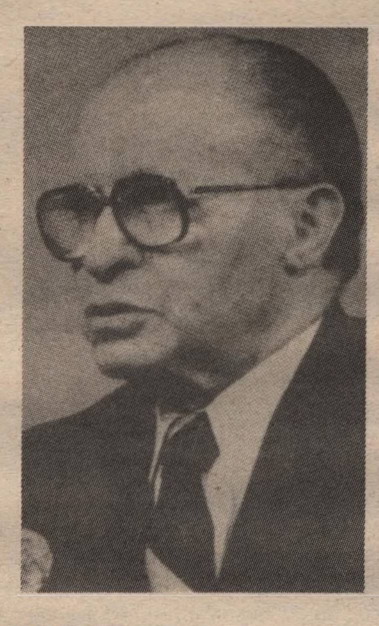
Als David Ben Gurion die Verwirklichung des zionistischen Traumes, die Gründung Israels verkündete, ahnte niemand, was daraus nach 40 Jahren wird.

ses bei den derzeitigen Friedensgesprächen und sein Beharren darauf, daß Israel auch nicht einen Zoll des besetzten palästinensischen Landes wieder hergibt, wird von vielen als listige Verhandlungstaktik angesehen, die unmöglich ernstgenommen werden kann. Darin mag auch ein Körnchen Wahrheit stecken. Und dennoch gibt es viele Beweise, die darauf hindeuten, daß er genau das meint, was er sagt, und daß die Kompromisse der Innenpolitik und der internationalen Diplomatie wenig dazu beigetragen haben, seine von religiösem Eifer geprägte Überzeugung zu mildern, daß er die Erfüllung der biblischen Prophezeiung durchlebt. Shamirs gewalttätige Vergangenheit, seine aktive Rolle bei dem Blutvergießen und Terror, der zu Israels Unabhängigkeit führte, tragen viel dazu bei, seine derzeitige Haltung zu erklären.

Die Totalmobilmachung der Irgun

Die ganzen dreißiger Jahre hindurch entstanden in Palästina eine Reihe von jüdischen terroristischen Organisationen, um die britische Herrschaft zu stürzen. Der größte und am besten finanzierte dieser Verbände, die Irgun, war für sehr viele Bombenanschläge und Morde an britischen Beamten und arabischen Führern verantwortlich. Als in Europa der Krieg näherkam, versuchte der damalige britische Premierminister Neville Chamberlain, den Zugang Großbritanniens zur nahöstlichen Ölversorgung zu sichern, begrenzte die Einwanderung von Juden für einen Zeitraum von fünf Jahren, 1939 beginnend, auf 75000.

Die Irgun reagierte mit Totalmobilmachung. Sie sprengte britische Restaurants, Telefonzellen, Kinos und eine Rundfunkstation in die Luft und tötete eine Anzahl von Polizeibeamten. Aber im September 1939 marschierten Hitlers Soldaten nach Polen, mit seiner großen jüdischen Bevölkerung, ein. Die Führer der Irgun riefen zu einem Waffenstillstand auf, beendeten ihre terroristischen Tätigkeiten und strebten stattdessen nach Unabhängigkeit durch herkömmliche politische Mittel. Der charismatische Stern und seine starke Gruppe von Anhängern übernahmen jedoch diese neue Strategie nicht. Stern glaubte, daß der britische Imperialismus keine andere Sprache als die Gewalt verstehe, und daß der große Krieg, der auf Großbritannien zukam, der ideale Zeitpunkt sei, den Feind anzugreifen.



Menachem Begin, der spätere Premierminister von Israel, war einer der Anführer der israelischen Terroristen-Bande Irgun Zwei Leumi.

Graf Folke Bernadotte (mit seiner Frau) wurde am 17. September 1948 von der Lehi ermordet.

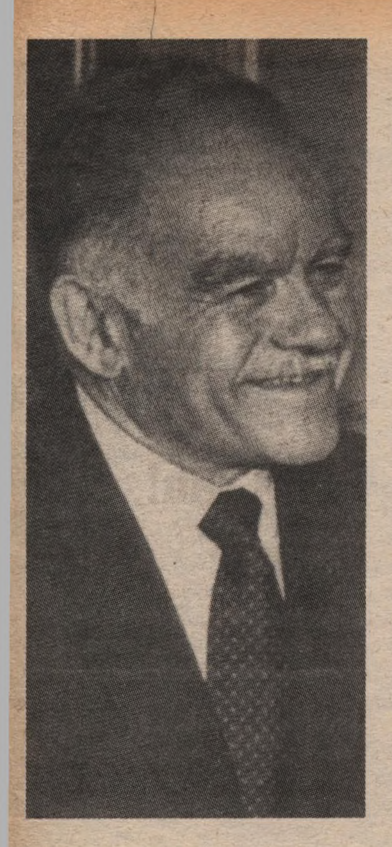
Stern und seine Anhänger, unter ihnen Shamir, glaubten die Rettung für die Juden würde erst dann kommen, wenn sie das biblische Land Israel seinen derzeitigen Besetzern entrissen hätten. Dieses Land Israel umfaßt das Gebiet zwischen »dem Fluß von Ägypten, dem Nil, und dem großen Strom, dem Euphrat«. Jedes Mittel, das diesem Zweck diente, darunter Terrorismus und Mord, war ihrer Ansicht nach durchaus annehmbar. Solche Aktionen seien in der Tat in den Augen Gottes zwingend notwendig.

Auch Stern, lebte in einer Welt des Mystizismus und der biblischen Prophezeiung. Als Pseudonym zur Kriegszeit wählte er »Yair« – was sich als der »Illuminator« übersetzen läßt – nach dem jüdischen General, der sich seinen mehrere Hundert starken Anhängern anschloß, als sie sich auf der Festung Masada lieber das Leben nahmen, anstatt den Römern gegenüber zu kapitulieren und von ihnen verschleppt zu werden.

Erinnerungen an Masada

Der Eifer der Stern-Bande und ihr Hang zu Gewalttaten befremdete sogar die radikale Irgun. Vom Geldhahn und von der Unterstützung durch internationale zionistische Gruppen abgeschnitten, ging die Stern-Bande bald zu Erpressung und Bankraub über und tötete dabei sogar mehrere jüdische Angestellte. Nach der Festnahme einiger Mitglieder, ermordete die Bande den jüdischen Polizeichef von Tel Aviv und einen jüdischen Polizisten und brachte damit die örtliche jüdische Bevölkerung gegen sich auf.

Während sie in Palästina Terror und Mord säte, versuchte die Stern-Bande, eine eigene Außenpolitik zu betreiben, die den diplomatischen Manövern der Irgun diametral gegenüberstand. Als der Kommandeur der Irgun, David Raziel, im Auftrag der Briten die Mission übernahm, eine irakische Ölraffinerie, die Ge-



Yitzhak Shamir: »Wir glaubten an das, was wir taten. Wir glaubten, was wir sagten, besprachen und schrieben. Daher war es richtig.«

fahr lief, in die Hände der Deutschen zu fallen – eine Mission bei der er sein Leben verlor – bestimmte Stern zwei seiner Anhänger dazu, in Beirut und Syrien mit den Deutschen Kontakt aufzunehmen und mit ihnen ein Abkommen zu treffen. Stern versprach, Deutschlands Eroberungsfeldzug im Nahen Osten zu unterstützen als Gegenleistung für die Gründung eines totalitären Judenstaates in Palästina, der durch die Zwangsausweisung europäischer Juden ins gelobte Land bevölkert werden sollte.

Inzwischen war es der Irgun jedoch gelungen, in die Stern-Bande Spione einzuschleusen, und die Briten wurden von der Verbindungsaufnahme mit den Deutschen unterrichtet. Die Irgun und die Briten führten eine Massive Suchaktion nach Stern durch, der 1942 in einer Wohnung versteckt aufgefunden, von den Briten festgenommen und bei einem angeblichen Fluchtversuch erschossen wurde.

Aber selbst die Enthauptung der terroristischen Organisation beendete die Gewalttätigkeiten nicht. In den darauffolgenden anderthalb Jahren, formierte sich die Stern-Bande neu und nannte sich fort an Lehi – das hebräische Akronym für »Kämpfer für die Freiheit Israels«. Bandenführer, die bei der Razzia festgenommen worden waren, darunter Shamir, Israel Eldad und Nathan Yellin-Mor, konnten entkommen und gingen in den Untergrund. Shamir wurde Operationschef und verkündete die Wiederaufnahme des Terrorfeldzugs: »Weder jüdische Ethik, noch jüdische Tradition können den Terrorismus als Kampfmittel disqualifizieren. Wir haben das Gebot der Torah vor uns und deren Moralität, die über jeder anderen Gesetzeskörperschaft erhaben ist: ›Du sollst sie auslöschen bis zum letzten Mann‹. Wir sind besonders weit davon entfernt, dem Feind gegenüber, dessen moralische Verderbtheit hier allgemein erkannt wird, irgendwelche Hemmungen zu haben. Terrorismus ist unser Krieg gegen die Besatzer.«

Kämpfer für die Freiheit Israels

Die Lehi trat schnell in Aktion, tötete den Irgun-Spion, der für die Festnahme Sterns verantwortlich war, und ermordete britische Polizisten. 1944 nahm die Irgun auch ihre Angriffe gegen die Briten wieder auf, verübte in spekulativen und gewagten Operationen, die selbst den Terrorismus der Lehi in den Schatten zu stellen drohten, Bombenanschläge auf britische Einrichtungen. Daher entschloß sich die Lehi zu einem hochprofilierten Feldzug, mit Angriffen gegen britische Beamte, die sie für die Sperrung Palästinas für vor den Deutschen fliehende europäische Juden verantwortlich hielten. Aber anfangs waren sie weniger erfolgreich als die Irgun. Ihr erstes Ziel, Harold McMichael, der britische Hochkommissar, überlebte ein halbes Dutzend Anschläge auf sein Leben durch Lehi-Mörder. Jedoch der britische Staatsminister in Kairo, Lord Moyne, wurde im November 1944 von einer Schlägerbande der Lehi ermordet.

Premierminister Winston Churchill war darüber so empört, daß er eine Abmachung zur Liberalisierung der Einwanderung von Juden nach Palästina, die er ein Jahr zuvor mit dem Zionistenführer Chaim Weizman getroffen hatte, annulierte. Die örtliche palästinensisch-jüdische Gemeinde war ebenfalls wütend, und in einer Reihe von Leitartikeln in Zeitungen wurde die Lehi in Bausch und Bogen verdammt. Die Jewish Agency und die Hagannah übergaben den britischen Behörden hunderte von Leuten, die der Mitgliedschaft in der Lehi verdächtigt wurden.

Der Terror geht weiter

Nach Ende des Krieges, 1946, brach ein kurzlebiger Waffenstillstand zwischen der Lehi, der Irgun und der Hagannah auseinander, nachdem die Irgun das King David Hotel in die Luft gesprengt hatte. Die Lehi setzte ihre Morde fort und übernahm bis Ende 1947 die Verantwortung für den Mord an 300 Zivilisten. Sie führte ihren Terrorfeldzug auch in Europa und verübte einen Bombenanschlag auf das Colonial Office und den Colonial Men's Club in London. Scotland Yard gelang es gerade noch, ein Lehi-Komplott zur Versendung von 70 Briefbomben an britische Parlamentsmitglieder aufzudecken, und die Briefbomben rechtzeitig zu entschärfen. Die heute berüchtigte Briefbombe wurde von einem Lehi-Terroristen erfunden.

Als der Sieg über die Briten – in der Form der UNO-Abstimmung später im gleichen Jahr, Palästina aufzuteilen und Israel die Unabhängigkeit zu garantieren – errungen war, richtete die Lehi ihr Visier auf die arabische Bevölkerung. In einer gemeinsamen Irgun-Lehi-Operation drangen jüdische Einheiten in das arabische Dorf Deir Yassin ein, töteten 250 arabische Männer, Frauen und Kinder in ihren Wohnungen und warfen die Leichen in den Gemeindebrunnen hinab. Nachrichten über diese Greueltaten verbreiteten sich rasch im ganzen Land und lösten eine Massenflucht von Arabern – rund 500000 an der Zahl – aus, die um ihr Leben fürchteten.

Im Namen der nationalen Einheit

Graf Folke Bernadotte, der von den Vereinten Nationen als Vermittler entsandt worden war, um den arabisch-israelischen Streit zu schlichten, wurde am 17. September 1948 von der Lehi ermordet, – weil sein Plan, der niemals offiziell bekanntgegeben wurde, nach Ansicht der jüdischen Extremisten Israel dazu aufrief, einen Teil des Landes, das es den Arabern in dem Unabhängigkeitskrieg entrissen hatte, wieder zurückzugeben. Der öffentliche Aufschrei und der Abscheu, den dieser sinnlose Mord auslöste, waren so unüberhörbar, daß die Lehi auseinanderfiel, und man niemals mehr von ihr hörte.

Kurz danach gewährte die israelische Knesset allen ehemaligen Mitgliedern der Untergrundbewegungen Amnestie – und einen umfassenden Pardon für alle ihre Verbrechen – im Namen der »nationalen Einheit«. Präsident Weizmann, der während der britischen Herrschaft absolut gegen Terrorismus war, verteidigte die Amnestie aus zwei Gründen: Erstens, Hitlers Übel war viel größer als der zionistische Terrorismus, der sich erhob, um dieses Übel zu bekämpfen. Und zweitens sagte er: »Ich glaube, daß, wenn man die Herzen der Menschen ändern will, man sie so behandeln sollte, als seien sie bereits das, was sie werden sollen.«

Wäre diese Amnestie nicht erlassen worden, dann wären zwei der prominentesten Politiker Israels niemals zur Macht emporgestiegen: Der ehemalige Ministerpräsident Menachem Begin (Mitglied der Irgun) und der derzeitige Ministerpräsident Shamir.

Shamirs eigene Gefühle über seine gewaltätige Vergangenheit und die Klarheit seiner Ansichten über die messianische Rolle, die er in Israels Geschichte spielt, haben sich über die Jahre hinweg kaum geändert.

Am 51. Jahrestag der Gründung der Stern-Bande, wurde Shamir gefragt, wie seine Art von Terrorismus sich eigentlich von dem der Araber unterscheide. Shamir antwortete verägert: »Wir glaubten an das, was wir taten. Wir glaubten, was wir sagten, besprachen und schrieben. Daher war es richtig. Vom moralischen Standpunkt aus gesehen gibt es keinen Unterschied zwischen persönlichem Terror und Gemeinschaftsterror. Hüben wie drüben wird Blut vergossen. Hüben wie drüben werden Menschen getötet.« □

Zionismus

Der Mossad und die Bibel

Arnulf Neumaier

Die politische Lüge ist die Grundlage der westlichen Wertegemeinschaft, wobei das dazu passende Gegenstück im Osten in gleicher Weise funktionierte. Auf beiden Seiten wurden und werden die Volksmassen durch Terror und systematische Irreführung in Angst und Schrecken gehalten, denn ständige Angst macht dumm – die Psychologen wissen dies – und die so Verdummten sind leicht zu regieren.

Die kapitalistische Gesellschaft hat unter dem Mäntelchen einer total manipulierten Demokratie die Massen genauso verdummt wie der Bolschewismus, der seinen Völkern das Nahen eines sozialistischen Paradieses auf Erden vorgaukelte. Genau gesehen war der Ursprung hierzu die gleiche gemeinsame verlogene Glaubensbasis, die der Menschheit seit mehr als zwei Jahrtausenden ein paradiesisches Jenseits verspricht und dabei in die größte Verderbnis stürzte. Die Träger dieses unseligen Geistes waren seit Anbeginn die Propheten Israels und das auserwählte Volk, dem sein Gott Jahwe nicht nur ein paradiesisches Jenseits verhieß, sondern es bereits auf Erden in das gelobte Land, nach Kanaan, führte, wo Milch und Honig floß. Zur Realisierung dieser frommen Verheißung mußte man nur die richtigen Propheten haben und zur Ausrottung der Kanaaniter mit entsprechenden Mordinstinkten ausgestattet sein. Beides war gegeben.

Das Dreigestirn von Lüge, Terror und Angst

Um den Glauben an das jenseitige und diesseitige Paradies so richtig in den Herzen der Menschen zu verankern, bedurfte es der unendlichen Lügen, des Terrors und der Angst. Und so wird das Wirken der Auserwählten über die Zeit erst richtig verständlich, weil es unter dem Dreigestirn von Lüge, Terror und Angst gelang, den perfektesten Totalitarismus der Geschichte zu installieren, die Menschheit geistig zu lähmen, zu verführen, zu manipulieren und zu kontrollieren. Wir stehen nun unmittelbar an einer Zeitenwende, in der unwiederruflich einer über zweitausendjährigen Menschheitslüge das Ende bereitet werden wird. Die Bilanz dieser Umwälzung wird sich vorerst in der Summe aller bisherigen Schrecken manifestieren.

Die Wege der Täuschung

Im letzten Jahr erschienen bei uns zwei Bücher, die sich in unterschiedlicher Weise mit dem Ethos und den Praktiken des auserwählten Volkes befassen. Das eine ist mit verdächtig großem Aufwand der Öffentlichkeit unter dem Titel »Der Mossad« von Victor Ostrovsky, Hoffmann und Campe Verlag, bekanntgemacht worden, während das andere mit dem Titel »Die grausame Bibel« von Erich Glagau, Werner Symanek Verlag, das Alte Testament und seine Schöpfer, die Propheten, in Augenschein nimmt. Der Inhalt der beiden Bücher offenbart eine mörderische Bösartigkeit, deren Geist wie ein Virus viele Völker befallen und krank gemacht hat, wobei jene marxistische Mutation, die den Bolschewismus zeugte, nun selbst tödlich getroffen ist. Mit dem Ende des einen Virusträgers ist auch das Ende des anderen sichtbar geworden. Wenn die beiden Viren – Kapitalismus und Bolschewismus – endgültig als Mutationen ein und derselben Genesis erkannt worden sind, hat die Welt Aussicht auf Heilung.
Das Buch »Der Mossad« von Victor Ostrovsky, ehemaliger Mitarbeiter des Mossad, erschien im Herbst 1990 erstmals in den USA. Spektakulär war die Einführung des Buches deshalb, weil der Staat Israel mittels Einstweiliger Verfügung angeblich gegen seine Herausgabe einschreiten wollte. Damit die Sache von vornherein das richtige Gewicht bekam, wurde in den USA zu nächtlicher Stunde ein Richter aus dem Bett geholt, um ein Verbot des Buches zu veranlassen. Obwohl die Sache kaum hielt, wurde der Zweck der Übung erreicht, die Nachricht von der Neuerscheinung kam kostenlos in die Spalten der Zeitungen und wurde weltweit bekannt.

So ein Ereignis sollte die Nichtjuden im Hinblick auf den Mossad und seine tragenden Kräfte hellhörig machen und dazu veranlassen, ein derartiges Buch nach alter jüdischer Gepflogenheit von hinten her beginnend zu lesen.

Daher ein Zitat aus der vorletzten Seite des Buches, wo es heißt: »In Israel werden nach wie vor Palästinenser mißhandelt und Shamir sagt: ›Sie lassen uns grausam werden. Sie zwingen uns dazu, Kinder zu schlagen. Sind sie nicht furchtbar?‹

So etwas passiert nach endlosen Jahren der Geheimnistuerei, des ›Wir haben Recht, also ist es Recht, wie auch immer es aussieht‹, der bewußten Desinformation von Politikern, der Rechtfertigung von Gewalt und Unmenschlichkeit durch Betrug oder frei nach dem Wahlspruch des Mossad: ›durch die Wege der Täuschung‹.« Die letzten Worte seien dem Leser bei der Lektüre ins Gedächtnis gerufen.

Wenn man davon ausgeht, daß der Zweck des Buches eine raffinierte Täuschung sein soll, so gilt es, die Gründe hierfür darzulegen. Das erste, was für die Absicht der Täuschung spricht, ist der Umstand, daß der Autor noch lebt und als Abtrünniger nicht schon längst Opfer des Mossad geworden ist, denn so etwas könnte Schule machen. Der Zweck des Buches ist offenbar die Selbstdarstellung des Mossad als eine Institution der Allmacht, der absoluten Überlegenheit, der Allwissenheit und des Racheschesals Jahwe, deren professionale Aufgabe es ist, den Rest der Welt zu terrorisieren.
Als Demonstration hierzu beginnt das Buch mit der Schilderung der Bombardierung einer Reaktoranlage des Irak im Juni 1981, die auf Betreiben des Mossad unter dem Kennwort »Operation Babylon« erfolgte und die Menachim Begin abschließend mit dem Wort »Gesegnet sei Gott« kommentierte. Auserwählter müßte man sein!

Offenbarungen im Auftrag des Mossad

Nach diesem Paukenschlag fährt Ostrovskys mit der Schilderung seiner Ausbildung fort, die im Oktober 1982 begann und im November 1985 als anerkannte Katsa, das ist die Bezeichnung für den hauptamtlichen Mossadagenten, endete. Der Bericht über eine äußerst umfangreiche Schulung, die auch die Anleitung zum Morden beinhaltet, soll von vornherein den Eindruck der Einmaligkeit und Unwiderstehlichkeit und somit einer tödlichen Erfolgsgarantie des Mossad erwecken. Die Beschreibung der Ausbildung zum Katsa nimmt etwa ein Drittel des Buchumfanges ein, der Rest behandelt Aktionen, die mehr oder weniger aus der Presse bekannt oder von untergeordneter Bedeutung sind.

Die meisten Erzählungen des Autors entstammen einer Zeit, als er noch keinerlei Beziehungen zum Mossad hatte. Hieraus ergibt sich der Schluß, falls es sich um keine Phantasieprodukte des Autors handelt, es gezielte Offenbarungen im Auftrag des Mossad sein müssen, der die nötigen Unterlagen zur Verfügung stellte, weil es sonst unerklärlich wäre, wie zehn Jahre zurück liegende Aktionen minutiös mit all den Namen der Beteiligten, Beschreibung der Örtlichkeiten, Daten und Uhrzeiten wiedergegeben werden könnten. Bei seiner relativ kurzen Zugehörigkeit zum Mossad kann ein Zugang zu den Tresoren völlig ausgeschlossen werden.

Sehr kurz befaßt sich Ostrovsky mit den Olympischen Spielen in München. Der Tod von elf israelischen Sportlern, verursacht von einem Kommando des Schwarzen September anläßlich der Olympiade im September 1972 zu München, wird nicht ausführlich behandelt. Deutlicher wird der von Golda Meir hierauf ent-

fesselte Rachefeldzug, die Bombardierungen in Syrien und dem Libanon und die sonstigen Morde an angeblichen Terroristen unter dem Motto: »Niemand wird dem Arm israelischer Gerechtigkeit entkommen«, beschrieben. Zu dem Münchner Ereignis weiß Ostrovsky zu berichten: »...in der Woche, bevor die Olympiade begann, reisten mehrere Mitglieder des Schwarzen September getrennt nach München und brachten ein ganzes Arsenal an russischen Kalaschnikows, Pistolen und Handgranaten mit.« Eigenartig, was der Mossad damals vor dem Geschehen alles wußte und nichts dagegen tat.

Zusammenarbeit CIA-Mossad

Der Autor hätte diesen Umstand besser nicht erwähnt, weil dazu der jüdische Schriftsteller J.G. Burg (eigentlich Ginsburg), ein Freund der Deutschen und unbeugsamer Kämpfer für Wahrheit, vor zehn Jahren schriftliche und mündliche Äußerungen machte, die nachdenklich stimmen müssen. Aufgrund seiner – nie offenbarten – jüdischen Beziehungen hat Burg bereits im Juni 1972 Bonner Persönlichkeiten, darunter den damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher, von geplanten Terroraktionen während der Olympiade unterrichtet.

J.G. Burg schreibt: »Da das zuständige Ministerium keine Reaktion zeigte und sich das Ende der Spiele näherte, wurde ein bekannter Bundestagsabgeordneter um Vermittlung gebeten. Prompt zeigte sich der Ministerialadlatus bereit, das Schreiben vom 8. Juni zu beantworten.« Kaum vorstellbar ist es, daß die Mossad-Europa-Zentrale im Englischen Garten zu Münschen unter der Leitung von Yitzhak Shamir in dieser Sache ahnungslos wie ein Neugeborenes war.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, wenn Katsa Ostrovsky schreibt, daß CIA und Mossad zusammenarbeiten. Neu ist auch nicht, daß über einen gewissen Zeitraum beide Organisationen im Drogenschmuggel von Südamerika nach den USA gemeinsam tätig waren. So wundert es auch nicht, daß im gleichen Geschäft der Mossad mit Panamas Noriega eng zusammenarbeitete. Bekanntlich wurden auch die Mörderbanden des kolumbianischen Drogenkartells von israelischen Offizieren ausgebildet. Als die US-Army Panama überfallen hatte, konnte der prominente Mossadagent Harari, zugleich berater Noriegas, Panama ungehindert mit einer israelischen Maschine verlassen. Im übrigen war dem Mossad der Einmarsch der Amerikaner in Panama schon vorher bekannt.

Die von den Israelis in Palästina und dem Libanon begangenen Bestialitäten sind zwar bekannt, werden aber der Öffentlichkeit von der Lizenzpresse weitgehend vorenthalten. Daher ist es fast verdienstvoll, wenn der Autor darlegt, daß die »christlichen« Milizen im Libanon willfährige und bezahlte Mörderbanden im Dienste Israels sind. Dabei soll aber nicht vergessen werden, daß die Schilderung der Bestialitäten den Zweck der Einschüchterung verfolgt. Man kennt dies bereits aus dem Alten Testament.

Der Mossad wußte immer Bescheid

Im Dezember 1982 wurden in zwei Beiruter Palästinenser Flüchtlingslagern nicht nur unter Duldung, sondern durch Förderung der israelischen Streitkräfte, an die 800 Palästinenser von den »christlichen« Falangisten bestialisch ermordet. Zwei Tage später schickte US-Präsident Reagan Marine-Infanteristen im Rahmen einer Friedenstruppe nach Beirut und zwar zum Schutz der Palästinenser vor den »christlichen« Mörderbanden und ihren Helfern, so daß nicht recht einzusehen ist, weshalb von Seiten der Palästinenser ein Anschlag gegen die Marinesoldaten geplant worden sein sollte.

Immerhin erfolgte am 23. Oktober 1983 auf das Hauptquartier der US-Marine-Infanterie ein gewaltiger Sprengstoffanschlag, der 241 US-Soldaten das Leben kostete; gleichzeitig wurde auch das Hauptquartier der französischen Fallschirmjäger in die Luft gesprengt, wobei 58 Franzosen ums Leben kamen. Die geplanten Attentate waren dem Mossad bekannt, dieser weigerte sich aber, den Amerikanern seine Erkenntnisse bis auf vage Andeutungen zu offenbaren.

Anschließend dazu soll noch ein Ereignis bedacht werden, das bei Ostrovsky keine Erwähnung findet, nämlich das Flugzeugattentat bei Lockerbie. Angeblich war das Attentat von der iranischen Regierung als Vergeltung auf den Abschuß einer iranischen Verkehrsmaschine im Juli 1988 geplant worden. Ein anderes Motiv für den Anschlag auf die US-Maschine im Dezember 1988 wurde bisher nicht erwähnt, nämlich die Anerkennung der PLO durch die USA, die ebenfalls 1988 erfolgt war. Unter diesem Aspekt käme ein anderer Täterkreis in Frage. Nach einer Darstellung der Fernsehgesellschaft ABC soll der Mossadagent Rami Diab als Kurier bei den Attentätern mitgewirkt haben. Demnach darf man annehmen, daß wie im Falle des Bombenattentats zu Beirut, der Mossad zumindest Bescheid wußte.

Man tut gut daran, wenn man zum Verständnis des Landraubs in Palästina und der barbarischen Greueltaten gegen das Volk der Palästinenser das Buch »Die grausame Bibel« liest, denn es ist die vom Verfasser Glagau kommentierte Krimalgeschichte des auserwählten Volkes. Und bedenkt man noch, daß das im Alten Testament geschilderte Mordinferno Grundlage und geistiger Inhalt der christlichen Religion ist, so wird auch die Gegenwart und das Wesen Israels verständlich. Der Mossad ist nur ein Detail davon, um Angst und Schrekken zu verbreiten.

Zur Verdeutlichung einer alten Tradition seien noch einige Propheten zitiert, deren Worte mit Blickrichtung auf das gelobte Land manches erklären. So heißt es bei 2. Mos. 23,27: »Ich will meinen Schrecken vor dir hersenden und alle Völker verzagt machen, wohin du kommst, und will geben, daß alle deine Feinde vor dir fliehen. Ich will Angst und Schrecken vor dir hersenden, sie vor dir hertreiben, die Hewiter, die Kanaaniter und Hethiter. Aber ich will sie nicht in einem Jahr ausstoßen vor dir, auf daß nicht das Land wüst werde und sich die wilden Tiere wider dich mehren. Einzeln nach einander will ich sie vor dir ausstoßen, bis du zahlreich bist und das Land besitzt.«

Jahwe kannte seine Pappenheimer und man möchte fast meinen, Mose lebt heute noch in Tel Aviv.

Auf einen Ratschlag des HERRN sagte Samuel zu Saul (1. Sam. 15,3): »So ziehe nun hin und schlag Amalek und vollstrecke den Bann an ihm und an allem, was er hat; verschone sie nicht, sondern töte Mann und Frau, Kinder und Säuglinge, Rinder und Schafe, Kamele und Esel.«

Krankheitssymptome von Geisteskranken

Ob das wohl der erste Entwurf einer Holocaustschilderung war, der später unter anderen Vorzeichen verbreitet wurde?

Auch der Prophet Jesaja scheint hierzu einen Beitrag geleistet zu haben. (Jes. 13,13) »...und die Erde soll beben und von ihrer Stätte weichen durch den Grimm des HERRN Zebaoth am Tage seines Zornes. Und sie sollen sein wie ein verscheuchtes Reh und wie eine Herde ohne Hirte, daß sich ein jeder zu seinem Volk kehren und ein jeder in sein Land fliehen wird.

Wer da gefangen wird, wird erstochen, und wen man aufgreift, wird durch das Schwert fallen. Es sollten auch die Kinder vor ihren Augen zerschmettert, ihre Häuser geplündert und ihre Frauen geschändet werden.«

Der jüdisch-amerikanische Psychiater William Hirsch schrieb: »Es liegt etwas ungeheuer Tragisches darin, ...daß die Menschheit Jahrtausende lang die Krankheitssymptome einiger geisteskranker Juden zu ihren Idealen erhoben hat.«

Wieso nur einiger Geisteskranker, da die Krankheit auch heute noch grassiert? □



Zionismus

Wer denkt was und warum?

Victor Marchetti

Jahrelange Studien der Gedanken jüdisch-zionistischer Aktivisten und Gelehrten, wie sie in ihren Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zum Ausdruck kommen, vermitteln einem den deutlichen Eindruck, daß nichts über den Rahmen ihrer Interessen, Beteiligungen und Manipulationen hinausgeht. Ein Überblick über die derzeitigen Ausgaben einiger der bedeutenderen zionistischen Zeitschriften unterstreicht diese Feststellung nachhaltig. Nachstehend nur einige wenige der kürzlich in diesen Zeitschriften erschienenen Beiträge.

Commentary: Gefördert vom American Jewish Committee, »um der Notwendigkeit für ein Journal mit bedeutsamem Gedankengut und Meinungen über jüdische Angelegenheiten und zeitgenössische Fragen gerecht zu werden«: »Selbstmord leicht gemacht«, »Die Politik des öffentlichen Fernsehens«, »Rasse, Lügen & Demokraten«, »AIDS bisher« und »Ist der weltliche Humanismus gut für die Juden?«

Midstream: Gefördert von der zionistischen Theodor-Herzl-Stiftung und der »Studie und Diskussion über Probleme, mit denen es Juden heute in der Welt zu tun haben« gewidmet: »Eine alte/neue Verunglimpfung: Juden im Sklavenhandel«, »Protokolle der Weisen von Zion«, »Christliche Missionare«, »Die festgefahrene Friedenskonferenz«, »Jüdische Ansichten und das Recht zu sterben«, und »König Arthus war Jude«.

Moment: Das für sich als »die Zeitschrift für jüdische Kultur und Meinung« wirbt: »Israel braucht amerikanischen Druck, um Wirtschaftsreformen anzupacken«, »War die Entdeckung Amerikas jüdisch?«, »Warum Deutschland mehr Juden braucht«, »Die Feinheiten des jüdischen Sex«.

Tikkun: Eine »jüdische Kritik an Politik, Kultur und Gesellschaft«: »Verbindung?: Darlehen, Hilfe & Land für Frieden«, »Nach Zusammenbruch des Kommunismus«, »Frauen und Fortpflanzung«, »Pornographische Rechte?«, und »Besonderes Rampenlicht auf Frauen, Schwarze, Schwule, Lesbierinnen und andere politische Aktivisten«.

Henry Kissinger und sein Freund William F. Buckley jr. (rechts), der einer der angesehensten Konvertierten in den USA ist.

»Commentary« ist die führende neokonservative Zeitschrift in Amerika. Sie und ihre jüdischen Gründer und Anhänger, von denen viele einst Liberale, Sozialisten und sogar Kommunisten waren und einen enormen Einfluß auf den Konservatismus des Establishments ausübten. Im Grunde genommen haben ihre Chefredakteure Norman Podhoretz und seine Kumpane Kristol, Midge, Decter und andere eine ganze Generation von nichtjüdischen, vorgeblich konservativen Meinungsmachern zu geistigen Gefangenen gemacht.

Zu den angesehensten Konvertierten gehören William F. Buckley jun. und seine einflußreiche Zeitschrift »National Review«, die ehemalige amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeanne Kirkpatrick, und der Kolumnenschreiber George Will, der, wie wir zugeben müssen, in letzter Zeit ein gewisses Ausmaß an Unabhängigkeit an den Tag gelegt hat. In einigen Fällen wurden ganze Organisationen, wie zum Beispiel das American Enterprise Institute und die Heritage Foundation von diesen gerissenen Zionisten kooperiert. Auch die Democratic Party, und in einem etwas geringerem Umfang, die Republican Party haben das getan.

»Commentary« ist das geistige Äquivalent des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), die beglaubigte pro-israelische Lobby auf Capitol Hill.

Aber die Zeiten ändern sich. Jetzt, wo das böse Imperium zusammengebrochen ist, trat »Commentary« mit einem neuen Trick hervor, um die neokonservative Bewegung wieder zum Leben zu erwecken und die fortlaufende Finanzhilfe der USA an Israel zu rechtfertigen. Kristol schlug vor, daß amerikanische Juden mit dem Christentum gemeinsame Sache gegen das Heidentum – die neue tödliche Gefahr für die westliche Zivilisation – machen sollten.

Ist es nicht das Beste, gemeinsame Sache mit den Konservativen des Establishments gegen den Kommunismus zu machen, um des Zionismus zu fördern?

Kristols Idee läuft jedoch halsüberkopf auf einen weltlichen Humanismus heraus, der den Herzen vieler jüdisch-amerikanischer Unterstützer des Zionismus lieb und teuer ist. Selbst Kristol war über die Reaktion seiner neokonservativen Freunde erstaunt. Auf deren Stellungnahme zu seinem Artikel reagierend, schreibt er in der neuesten Ausgabe, er finde es interessant, »wie tief weltliche Theorien und Gedankengänge in die amerikanisch-jüdische Gemeinde eingedrungen sind«.

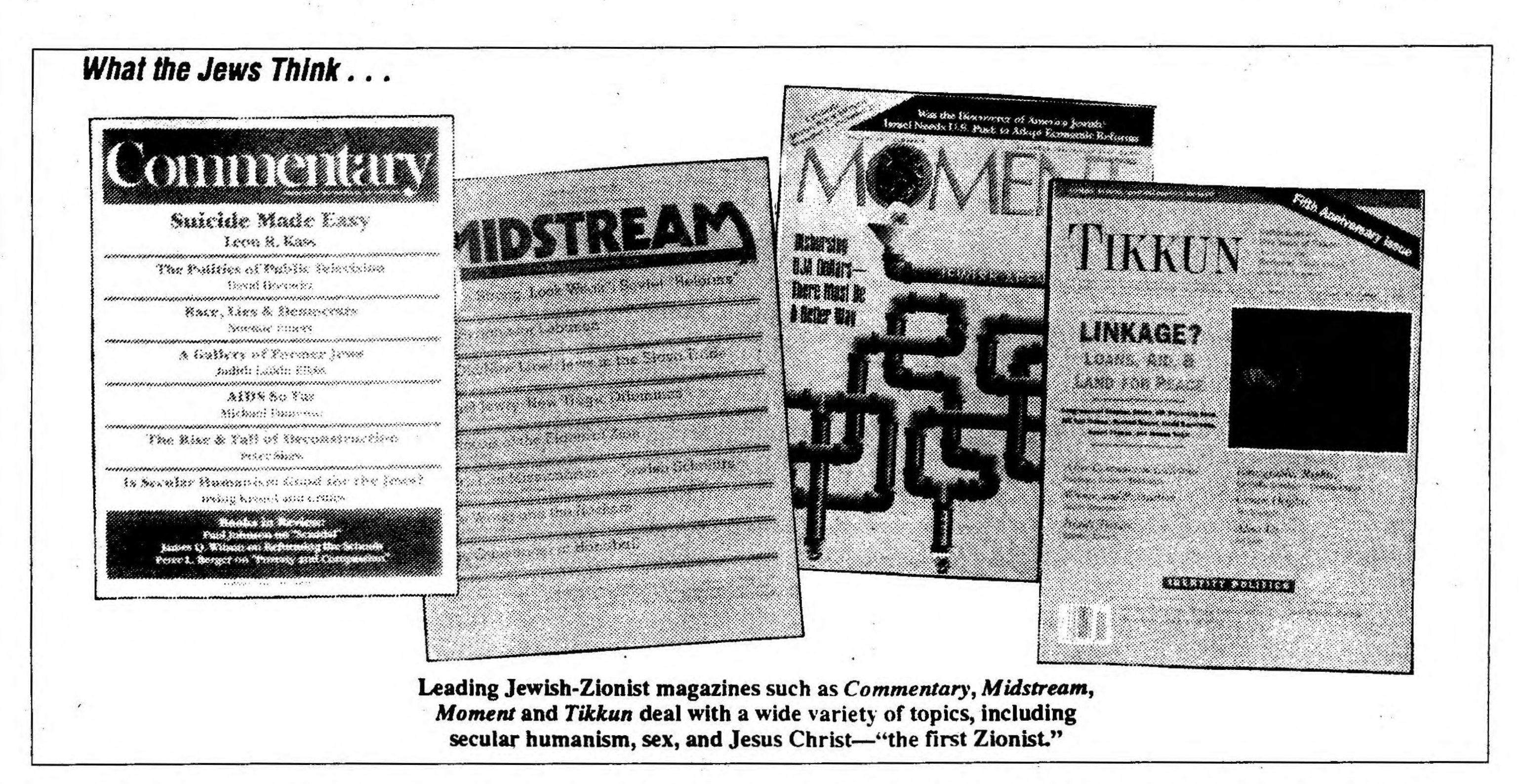
Und er warnt: »Es kann keine ›jüdische Erziehung‹ geben, die diesen Namen verdient, die nicht zumindest versucht, die Jungen in das religiöse Leben der Gemeinde einzubeziehen.«
Was Kristol in diesem umstrittenen Artikel eigenlich suggeriert, ist, daß die Zeit schnell herbeieilt, wo Amerikas Juden besser damit anfangen sollten, ihrem Gastland mehr Aufmerksamkeit zu widmen – und etwas weniger Israel und dem Zionismus. Dies ist natürlich eine bittere Pille für viele – darunter die nichtjüdischen Konvertanten zum zionistisch inspirierten Neokonservatismus.

Der Zusammenbruch eine KGB-Täuschung

»Midstream«, das eine Titelseite verwendet, die mit der von »Commentary« fast identisch ist und das gleiche Format hat, ist in seinem Tonfall und Inhalt ungenierter zionistisch und jüdisch. Das Blatt widmet einen Großteil seiner Spalten, gegen Windmühlen anzukämpfen, oft mit aufgeblähter Entrüstung und Selbstgerechtigkeit. Seine Redakteure sind die wirklich Verrückten der amerikanisch-zionistischen Bewegung.

Eines der aktuellen Anliegen von »Midstream« besteht darin, zu beweisen, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion in Wirklichkeit eine Täuschung sei – ein vom KGB gesteuerter gerissener Trick –, um die freie Welt zu verwirren und später zu erobern. Ein weiteres Lieblingsthema ist der Versuch, seine Leser davon zu überzeugen, daß Kolumbus, Shakespeare und sogar König Arthus Juden waren.
Sein Chefredakteur, Joel Carmichael, ist besonders davon beses-

What the Jews Think . . .



Leading Jewish-Zionist magazines such as *Commentary*, *Midstream*, *Moment* and *Tikkun* deal with a wide variety of topics, including secular humanism, sex, and Jesus Christ—"the first Zionist."

Die Titelseiten der vier wichtigsten jüdisch-zionistischen Zeitschriften in den Vereinigten Staaten.

sen, zu versuchen, Jesus bindende Kraft und Heiligkeit und somit das Christentum schlechthin zu widerlegen. Carmichael hat ein Buch geschrieben, in dem er behauptet, Jesus habe keine Religion, noch weniger eine neue gepredigt, sondern sei in Wirklichkeit einer von mehreren frühen jüdischen Zionisten gewesen, die gegen die politische Unterdrückung durch die Römer ankämpften.

In kürzlich erschienenen »Midstream«-Artikeln von Gershon Mamlak und Emanuel Rackman geht die Verächtlichmachung des geistigen Amtes von Jesus und des Christentums unablässig weiter. Die Quintessenz dieser ganzen Sache besteht natürlich darin, dahingehend zu argumentieren, daß die Religion der Juden die einzig wahre Religion ist, und daß Zionismus eine Erweiterung des Judentums ist. Jeder, der diese Meinung nicht teilt, ist ein Ketzer und verstößt gegen Gottes Willen. Man kann kaum noch aufgeblasener werden.
»Moment« ist nicht annähernd so politisch wie »Commentary« oder so fanatisch wie »Midstream«, sondern ist fromm zionistisch und israelfreundlich. Es ist eine Zeitschrift für den Durchschnittsjuden und spricht die Vorbehalte und Vorurteile dieser Schicht an. In verschiedener Hinsicht ist »Moment« wegen seiner trügerischen Einfachheit ein eindrucksvolleres Journal als seine intellektuellen Schwesterzeitschriften. Es wird von einem der Meister der jüdisch-zionistischen Propagands und Desinformation, Hershel Shanks, redigiert und herausgebracht. Shanks, dem für seine Rolle in der kürzlichen Kontroverse um die Schriftrollen des Toten Meeres eine breite Publicity zuteil wurde, bringt auch »Biblical Review« und »Biblical Archeological Review«, zwei Zeitschriften heraus, die einen enormen Einfluß auf die christlich-fundamentalistischen und auf die Fernseh-Geistlichen ausüben – von denen die meisten Anhänger treue Unterstützer des zionistischen Israel sind.

Wenn es auch im Grunde genommen ein anfeuerndes Journal ist, wirft »Moment« doch gelegentlich recht interessante Themen auf. Die neueste Ausgabe bringt einen Artikel von Joel Rosenberg von der Heritage Foundation, in dem er die Meinung vertritt, daß ohne ein System des freien Marktes Israel zu wirtschaftlicher Stagnation – und schlimmerem – verurteilt sei. Die Ausgabe enthält auch einen interessanten Artikel darüber, warum es um Deutschlands und um des Judentums willen mehr Juden in Deutschland geben muß. Und um das Interesse seiner Leser wachzuhalten, gibt Shanks einige erregende ansichten über jüdischen Sex zum Besten – der anscheinend modern und freizügig ist, wie die jüdischen Experten sagen.

»Tikkun« ist die liberale Alternative zur neokonservativen jüdisch-zionistischen Gedankenwelt der USA. Es ist eine Westküsten-Zeitschrift, die aus Oakland heraus vertrieben wird, aber ihre geistigen Wurzeln in Berkeley, California, hat. Vor einigen Jahren versuchten die Zeitschrift und ihr Redakteur/Herausgeber Michael Lerner, ein Friedensfreund aus der Vietnam-Ära, der in den achtziger Jahren dazu überging, eine Jarmulka und einen langen langen jüdischen Bart – inzwischen abgeschert – zu tragen, das jüdisch-zionistische Establishment herauszufordern. Lerner drohte damit, »Tikkun« in eine alternative Stimme zur amerikanischen Judenheit zu verwandeln, eine, die mit AIPAC und den großen jüdischen Organisationen in der sakrosanten Arena der politischen Interessensgruppen konkurrieren werde. Finanzielle Rückschläge und andere Erwägungen veranlaßten Lerner, seine Segel zu raffen.

Heute ist »Tikkun« eine milde Alternative zu den Praktiken mit harten Bandagen der jüdischen israel-freundlichen Gemeinde, und befaßt sich mehr und mehr mit jüdischen soziologischen Fragen in Amerika. Das Blatt versucht, die Kluft zwischen der heutigen übermäßig liberalen Gesellschaft und den Grundsätzen des Judentums zu überbrücken. Leider hindert es seine liberale Orientierung daran, entweder Fisch oder Fleisch zu sein. Aber es zieht viele jüngere amerikanische Juden an, die mit ihren Identitäten als Juden, Amerikaner und Zionisten ringen.

Zum Schluß noch eine Anmerkung: Vor beinahe fünf Jahren bekamen wir einen weisen Rat von einer Frau, die sich das Studium des Judentums und Zionismus zur Lebensaufgabe gemacht hatte. »Um zu verstehen, was es mit der Lobby auf sich hat, und welche Hoffnungen sie zu erfüllen sucht«, sagte sie, »müssen sie lesen, was sie schreiben. Nach einer Weile fragen Sie sich, ob die ›Protokolle der Weisen von Zion‹ tatsächlich eine Fälschung oder eine Prophezeiung sind. Juden schreiben gerne, und sie schreiben viel über alles, was sie interessiert. Sie halten nicht viel zurück; sie neigen dazu, es so zu sagen, wie es ist. Wir können das alles lesen, wenn wir ihr Judentum und den Zionismus verstehen wollen«. Wir befolgten ihren Ratschlag, und sind seitdem von einem Erstaunen ins andere gestürzt. Sie schreiben tatsächlich viel, und wir haben viel gelernt. Sie hoffentlich auch. □

Vertrauliches

Kambodscha

Sihanuk warnt die USA vor Einmischung

Prinz Norodom Sihanuk von Kambodscha forderte den US-Botschafter für Kambodscha auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, berichtete die »International Herald Tribune«. Nach dem Sturz Sihanuks im Jahre 1970 und der Bombardierung Kambodschas im Vietnam-Krieg schnitten die USA das Land 20 Jahre lang von jeglicher Hilfe und allen Handelsbeziehungen, einschließlich der grundlegendsten humanitären Hilfe ab. Als er das Beglaubigungsschreiben des amerikanischen Botschafters Charles Twinnig jun. entgegennahm, sagte Sihanuk, er wünsche, daß »die USA so etwas wie das Ereignis von 1970«, als Präsident Nixon Lon Nol unterstützte, unterlassen. »Mischen Sie sich bitte nicht in die Ereignisse in Kambodscha ein«, warnte Sihanuk.

Sihanuk verurteilte auch seine einstigen Verbündeten, die Roten Khmer, als »Ungeheuer«, die »in ihren Herzen sehr kommunistisch, sehr maoistisch, sehr Kulturrevolution, sehr Robespierre, sehr Französische Revolution, sehr blutige Revolution bleiben«. Jedoch, obwohl er in letzter Zeit wiederholt zu einem internationalen Tribunal aufgerufen hat, um gerichtlich gegen die Führer der Roten Khmer wegen Völkermords vorzugehen, sagte Sihanuk, sie müßten wie »ungezogene Hunde« gestreichelt werden.

Nach seiner Rückkehr nach Kambodscha gab Sihanuk bekannt, daß sein Sohn, Führer der Royalist Party, eine politische Allianz mit seinem ehemaligen Feind Hun Sen, dem derzeitigen Ministerpräsidenten, bilden werde, der eingesetzt wurde, als Vietnam in Kambodscha einmarschierte und die Roten Khmer vertrieb. Sihanuk meinte, Hun Sen habe das »weniger schlechte Regime« für Kambodscha angeführt. □

Revisionismus

David Irving und der Holocaust

Die Zeitschrift »Jewish Chronicle« vom 16. Januar 1992, veröffentlichte einen Artikel von Julian Kossoff über David Irving unter dem Titel »Hitler unschuldig, sagt David Irving, trotz ›Entdeckung‹ der Eichmann-Dokumente«. Nachstehend der Wortlaut dieses Beitrages der in London erscheinenden Zeitschrift: Der Holocaust-Revisionist David Irving bestritt in dieser Woche nachdrücklich Presseberichte, wonach er »umgefallen« sei.

In einem Exklusiv-Interview wiederholte er seine Behauptung, daß Hitler nichts über den Holocaust wußte, nannte die Gaskammern eine »Legende« und sagte, ein neues mächtigeres Deutschland und die Zerstörung Israels innerhalb von zehn Jahren voraus.

In dieser Woche suggerierten mehrere britische Zeitungen daß Mr. Irving seine Ansichten geändert habe, nachdem er in den Besitz der »Erinnerungen« des Leiters des Büros für Jüdische Angelegenheiten der Nazis, Adolf Eichmann, der 1962 wegen Kriegsverbrechen in Israel gehängt worden war, gekommen war.

In dem Dokument, von dem Kohlepapierdurchschläge derzeit in Deutschland untersucht werden, sagte Eichmann, wie berichtet wird, sein SS-Vorgesetzter, Reinhard Heydrich, habe die Vernichtung der Juden persönlich angeordnet.

Mr. Irving, der die Information als »neu« bezeichnete, meinte, er sei hinsichtlich des 1000seitigen Dokuments, das ihm ein ehemaliges Mitglied der flämischen Waffen-SS übergab, als er im Oktober in Argentinien war, noch zu keinem festen Entschluß gekommen. Aber es sei kein Beweis dafür, daß Hitler in die Endlösung verwickelt war, sagte Irving.

Dies und andere angebliche Enthüllungen, wie zum Beispiel die Tatsache, daß Eichmann Hebräisch verstand und 1937 Palästina besuchte, die Mr. Irving »explosiv« nannte, sind schon seit Jahren dokumentiert und in den Niederschriften des Verhörs Eichmanns in Israel enthalten.

Die Aufgabe der Überprüfung der angeblichen »Eichmann-Memoiren« obliegt nun dem Bundesarchiv in Koblenz. Dr. Ernst Ritter vom Archiv sagte, es sei »äußerst schwierig«, dies zu tun.

In seiner Wohnung in Mayfair, umgeben von eingerahmten Zeitungen aus Nazi-Deutschland, saß Mr. Irving an einem antiken Schreibtisch und spielte mit einer kleinen Hakenkreuzfahne. Hinter ihm stellt ihn eine kleine Statuette als »the World's Greatest Dad« dar.

»Es ist sehr töricht von den Juden, daß sie die Gaskammer-Theorie nicht aufgeben, solange sie noch Zeit genug dafür haben«, sagte er. Er sagte eine neue Welle des Antisemitismus innerhalb von 18 Monaten voraus, weil die Juden »Leute mit der Gaskammer-Legende« ausgebeutet haben.

Er sehe auch den Aufstieg »eines Großdeutschlands, einschließlich Österreich und Slowenien, mit einer Vorherrschaft über Osteuropa« voraus. Er setzte hinzu: »In zehn Jahren wird Israel aufhören zu bestehen, und die Juden werden nach Europa zurückkehren müssen.

Mr. Irving sagte, er habe die Standorte der Todeslager in Europa nicht besichtigt und bezeichnet sich als »Feldmarschall«, der nur einmal das »Schlachtfeld« bereisen werde, wenn der Endsieg errungen ist. □

Philippinen

Rückkehr von Imela Marcos erinnert an Peronismus

Die Rückkehr der ehemaligen First Lady Imelda Marcos auf die Philippinen »war ein politischer Triumph, der Erinnerungen an den Peronismus wachruft«, schnaubte die Londoner »Times« in ihrem Leitartikel. Zehntausend Menschen gingen auf die Straße, um Frau Marcos Rückkehr aus dem Exil nach sechsjähriger Abwesenheit zu feiern, und sie wurde mit Fahnen und Transparenten begrüßt, auf denen dazu aufgerufen wurde, daß sie die nächste Präsidentin der Philippinen werde.

Die Amtszeit der Präsidentin Corazon Aquino, in der sie sich durch den fortschreitenden Zusammenbruch der philippinischen Wirtschaft völlig diskreditiert hat, läuft in sechs Monaten ab, und es werden Neuwahlen abgehalten. Die nächste Präsidentschaftswahl – wer auch immer kandidiert – »wird jetzt in der Marcos-Form gestaltet«, beklagt sich die »Times«. »Es wird immer übertriebenere Wortgefechte über immer weniger Substanz geben. Was einst die vielversprechendste Wirtschaft in Südostasien war, wird weiter bergab rutschen, auf eine Weise die an Argentinien unter Peron erinnert.« □

Vereinte Nationen

Zionismus-Beschluß aufgehoben

Dem Druck von George Bush und anderen führenden Verfechtern der neuen Weltordnung nachgebend, hat eine Mehrheit von Regierungen bei den Vereinten Nationen die Resolution 3379, die Zionismus mit Rassismus gleichsetzt, wieder rückgängig gemacht. Der stellvertretende US-Außenminister Lawrence Eagleburger, Schutzpatron der serbischen Tschetniks, war zur Hand, um die Abstimmung zu überwachen.

Die Resolution wurde ursprünglich am 10. November 1975 angenommen.

Ist der Zionismus rassistisch? Man schaue sich einmal das Sündenregister der israelischen Regierung an. Der 9. Dezember 1991 war der dritte Jahrestag der palästinensischen »intifada« (Aufstand) in den von den Israelis besetzten Gebieten. Nachstehend die Reaktion der Israelis auf das Steinewerfen durch Kinder-Demonstranten in diesem Zeitraum von drei Jahren: Todesfälle 987 (Jugendliche unter 16

Jahren, 25 Prozent der Gesamtzahl). Verletzte: 118000 (von einer Gesamtbevölkerung von zwei Millionen). Verhaftungen: 95000 (15000 davon ungesetzlich). Ausgerissene Bäume: 120000.

Etwa 95000 von diesen ausgerissenen Bäumen sind Olivenbäume. Die Olivenproduktion macht einen Großteil des Landwirtschaftseinkommens der Palästinenser aus; ein Drittel aller Palästinenser am Westufer sind Kleinbauern. Jeder ausgereifte Olivenbaum ergibt 1 bis 1,5 Fässer Öl pro Jahr, zum Preis von 50 jordanischen Dinars (80 Dollar) pro Faß. Es dauert mehrere Jahre, bis ein reifer, Früchte tragender Baum heranwächst. □

Türkei

USA schmieden mit Deutschland ein Komplott

Der im Ruhestand lebende türkische Geheimdienstbeamte Mahir Kaynak erhob den Vorwurf, daß amerikanische und deutsche Geheimdienstkreise »hinter dem stehen, was derzeit im südöstlichen Anatolien vor sich geht«, nämlich ein Wiederaufleben des kurdischen Terrorismus durch die separatistische PKK. Wie verlautet, befindet sich die Auslands-Operationsbasis der PKK in Frankfurt am Main.

Aus Kreisen des Außenministeriums, die in der Zeitung »Milliyet« zitiert werden, verlautet, daß »das Ziel des PKK-Aufstands« darin besteht, »eine große Rebellion zu organisieren und die Türkei in einem Schlamassel hineinzuziehen, ähnlich wie den, in den Saddam hineingeriet«.

Wie berichtet wird, wird diese Einschätzung von der neuen Regierung von Suleyman Demirel geteilt, der aus diesem Grunde den Vertrag über die Zulassung des amerikanisch-europäischen Stützpunktes »Operation Provide Comfort« nicht erneuern wird. Der Stützpunkt wurde nominell eingerichtet, um den irakischen Kurden humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. □

Philippinen

Begrenzung der Schuldenzahlungen

Der philippinische Senat stimmte ab, um die Begleichung von Auslandsschulden auf zehn Prozent der Exporteinkünfte von 1990 zu begrenzen, berichtete Reuters.

Dies entspricht dem gleichen Niveau, welches der ehemalige peruanische Präsident Alan García zur Begleichung der Schuldenforderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) 1985 erstmals angeregt hatte. Als diese Politik in Kraft war, begann Peru sich langsam von den mörderischen Konditionen des IWF zu erholen.

Die Schuldenrückzahlung war ein Teil des vom Senat gebilligten Staatshaushalt für das Jahr 1992 in Höhe von 11,17 Milliarden Dollar. Die Bedienung und Rückzahlung der Auslandsschulden der Philippinen von 28 Milliarden Dollar machen zur Zeit über 30 Prozent des Exporteinkommens des Landes aus. □

Mexiko

Wird Salinas die PRI beseitigen?

Reformen durch die mexikanische Regierung des Präsidenten Carlos Salinas de Gortari könnten zum Untergang der herrschenden Partei PRI führen und diese durch den »Solidarität«-Apparat ablösen, den Salinas geschaffen hat, um Stimmen unter den ärmeren Schichten der Bevölkerung zu mobilisieren, schreibt die Londoner »Financial Times«.

Es läuft seit Monaten eine konzertierte internationale Kampagne gegen die traditionelleren Schichten der PRI, die »Dinosaurier« genannt. Die »Financial Times« berichtet, daß die geplanten Reformen der Regierung »die traditionellen Stützpfeiler der PRI schwächen und den Abgang der PRI – in ihrem traditionellen Gewand – aus der der mexikanischen Politik beschleunigen«.

Offizielle der PRI »sagen, ihr Ziel sei nichts weniger, als eine Bürgerpartei zu gründen. Gerüchte darüber, daß Salinas die PRI aufgeben werde, laufen schon seit seiner Amtsübernahme umher«.

Einige der engsten Verbündeten Salinas haben suggeriert, daß die traditionellen Institutionen des Landes, wie die Gewerkschaften und die Kirche, nicht mehr lebensfähig seien und zerstört werden sollten. Solidarität, die vor den kürzlichen Wahlen Millionen ausgegeben hat, um das Elektrizitätswesen und andere Dienstleistungsbetriebe zu finanzieren, um Stimmen für Salinas zu garantieren, ist der soziale Kontrollapparat, über den die Regierung zu operieren beabsichtigt. □

Aids

Impfstoff in fünf Jahren

In einem überraschenden Statement erklärte Professor Luc Montagnier vom Pasteur Institute, daß »ein Impfstoff gegen den Aids-Virus, im Falle der Übertragung durch Blut, in fünf Jahren in Umlauf gebracht werden kann«. Er sagte zur Londoner »Financial Times«: »Der Grund, warum die Menschen Unrecht haben, wenn sie glauben, Aids betreffe sie nicht persönlich, ist darin zu sehen, daß die betreffenden Keime nicht nur der Aids-Virus sind. Es gibt immer mehr Patienten in der Welt, deren Immunsystem wegen Aids angeschlagen ist, was bedeutet, daß immer mehr Antibiotika verwendet werden. Man kann damit rechnen, daß Organismen in Erscheinung treten werden, die allen bekannten Antibiotika widerstehen können.

Viele Jahre lang experimentierten wir im Dunkeln. Alle Versuche endeten in einer Sackgasse. Heute können wir sagen, daß die Vorbereitungen für die Versuche mit und die Entwicklung eines Impfstoffes ein oder zwei Jahre in Anspruch nehmen werden. Wir brauchen dann noch zwei weitere Jahre, um die Ergebnisse dieser Arbeit auszuwerten. Ich möchte keine schlecht durchdachten Versprechungen machen, deshalb sollte man mit fünf Jahren rechnen.«

»Dieser Impfstoff wird aus einer Umhüllung des Virus entwickelt ... Das aus dieser Umhüllung gewonnene Molekül kann nicht verseuchen. Es hat keine genetische Information. Aber es kann das Immunsystem innerhalb seines eigenen Abwehrsystems gegen Substanzen, die ihm gleich sind, daher also auch gegen den echten Virus, den HIV-1, programmieren, sobald dieser im Blut auftritt.«

Weil der HIV-1 innerhalb des Körpers von Zelle zu Zelle übertragen werden kann, ohne auf den Blutstrom zurückzugreifen, sei die Wirksamkeit des Impfstoffes begrenzt, da er nur durch das Blutsystem patroulliert. □

Peru

Vendetta gegen Alan Garcia geht weiter

Die Fujimori-Regierung in Peru hat gegen einen Beschluß des Obersten Gerichts des Landes, die Anklagen wegen illegaler Bereicherung gegen den ehemaligen peruanischen Präsidenten Alan García nicht weiter zu verfolgen, Berufung eingelegt. Die Berufung wird weitgehend als eine Fortsetzung der politischen Hexenjagd gegen García erachtet, der im Oktober 1991 seiner lebenslangen parlamentarischen Immunität entkleidet wurde, nachdem er beschuldigt worden war, über 400000 Dollar an Staatsgeldern unterschlagen zu haben. Gleichzeitig nutzte die Fujimori-Regierung ihre Amtsgewalt aus, um einen neuen Präsidenten des Obersten Gerichts zu ernennen, der dieser Vendetta zugeneigter ist.
Der Richter Roger Salas, der dazu ernannt worden war, den Fall zu überprüfen, erklärte, es seien keine Beweise für irgendwelche Vergehen vorgelegt worden, und über alle persönlichen Gelder Garcías sei vollkommen Rechenschaft abgelegt worden. Richter Salas, ein ehemaliger Bekenner Garcías, ist seitdem den Angriffen garcíasfeindlicher Kräften im Kongreß wegen »Parteilichkeit« ausgesetzt. □

Briefe

Betr.: Naher Osten »Der Fall Demjanjuk und das abgekartete Spiel mit Kriegsverbrechen« Nr. 2/92

»Altweiberschlucht« bedeutet Babi Yar. Sie liegt nahe Kiew, und dort sollen im September 1941 zwischen 50000 und 80000 Juden erschossen worden sein. Ganz so unwahrscheinlich war diese Aktion nicht; denn während der Übergabeverhandlungen haben sich die Sowjets, Soldaten oder Partisanen, die Zeit genommen, die Innenstadt von Kiew zu unterminieren und mit Zeitzündern zu versehen. Als die Deutschen die Stadt und die Verwaltungsgebäude der Innenstadt besetzt hatten, flog die Innenstadt in die Luft. Über 600 deutsche Soldaten und ungezählte Zivilisten waren tot. Nach dem Kommissarbefehl, der ein hartes Durchgreifen gegen Partisanen vorsah, sollten Geiselerschießungen von 1:50 vorgenommen werden. Das ergäbe eine Liquidation von über 30000 Geiseln. Das wäre immer noch im Rahmen der Haager Landkriegsordnung gewesen. Die Italiener erschossen in Albanien 1:200. Dieselbe Zahl drohten die Amerikaner im Harz an. Die Franzosen wollten sich mit 1:25 begnügen.

Im vergangenen Jahr gedachte man dieses Massaker. Präsident George Bush ließ einen Kranz niederlegen und auch Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth. Sie verband das mit einer himmelschreienden Anklage gegen die deutschen Barbaren. Dazu nannte sie eine erstaunlich präzise Zahl von 33771 Juden, die innerhalb von zwei Tagen erledigt worden seien. Eine erstaunliche Leistung.

Auf Anfrage, woher sie diese so genaue Zahl genommen habe, antwortete ihre Referentin, Frau Dr. Ursula Berg, mit Schreiben vom 23. Oktober 1991, daß Frau Süßmuth diese Zahl Wehrmachtsberichten entnommen habe. Es könnten auch 100000 gewesen sein.

Die Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht sind alle noch vorhanden und in acht Bänden gesammelt. Einen Bericht über Judenmorde oder Geiselerschießungen in der Schlucht von Babi Yar gibt es nicht.

Trotzdem gab es ein Schwurgerichtsverfahren in Darmstadt (Ks 1/67 GStA) das am 29. November 1968 abgeschlossen wurde. An den Erschießungen soll auch die 3. Kompanie des Waffen SS Bataillons z. b. V. teilgenommen haben. Keine Einheit hat ihre Geschichte so gründlich nachvollzogen wie die Waffen SS. Ein Bataillon z. b. V. hat es nicht gegeben.

Zum ersten Mal wurde das Massaker von Babi Yar nach der Rückeroberung von Kiew durch die Russen erwähnt. Die »New York Times« berichtete am 29. November 1943 auf Seite 3 unter der Überschrift »50000 Kiewer Juden als getötet gemeldet« und bezieht sich dabei auf das Datum vom 22. Oktober. Der Text lautet:

»Maßgebliche Stellen in Kiew erklärten heute, daß die Deutschen zwischen 50000 und 80000 Kiewer – jüdischer Männer, Frauen und Kinder – mit Maschinengewehren erschossen hätten, und zwei Jahre später, als die Rückeroberung durch die Rote Armee bevorstand, russische Kriegsgefangene gezwungen hätten, alle Leichen zu verbrennen, wobei alle Beweise für das Verbrechen beseitigt worden seien ... Auf Grund dessen, was wir gesehen haben, ist es diesem Berichterstatter unmöglich, die Wahrheit oder die Unrichtigkeit des uns Berichteten zu beurteilen.«

Der Reporter der »New York Times« hat die ungeheuerlichen Übertreibungen aus seinem Bericht bereits herausgefiltert;denn es fand sich in der Stadt Kiew kein einziger Zeuge, der irgendetwas von diesem Massaker bestätigen wollte. Da besorgte der NKWD drei aus deutscher Gefangenschaft befreite Zeugen. Sie hießen Vilkis, Ostrowsky und Davidoff. Sie hatten als Juden die Kriegsgefangenschaft in Deutschland überlebt. Hernach haben sich plötzlich eine ganze Menge Kiewer Bürger an das Massaker erinnert; jedenfalls berichteten Moskauer Zeitungen, daß 40000 Kiewer Bürger an Stalin deshalb geschrieben hätten, wobei sich die Zahl der Opfer auf 100000 erhöhte.

Am 22. Oktober 1991 veröffentlichte eine Organisation »Ukrainian Friends of Fairfeld Association« in Stanford, USA, einen ausführlichen Bericht über Babi Yar, in dem das Vorstehende bestätigt wird. Für sie war die Kranzniederlegung von George Bush »am dritten Babi Yar-Denkmal« der Anlaß für diese Veröffentlichung. Wenn es richtig sein sollte, daß 35000 Juden umgebracht wurden, dann kann es nicht die Schlucht von Babi Yar gewesen sein.

Woher sie ihre Sicherheit nahmen? In den Nationalarchiven in Washington lagern etwa 1,1 Millionen Luftaufnahmen aus der Kriegszeit, unter ihnen allein 600 aus Kiew und Umgebung. Die ersten Fotos waren am 17. Mai 1939, 12.33 Uhr, aufgenommen. Jeder einzelne Baum und Strauch der Babi-Yar-Schlucht ist deutlich zu erkennen, selbst die Schatten der Laternenpfähle in den Straßen Kiews. Mit Hilfe der Luftbildfotografie sind bekanntlich Archäologen in der Lage, verschüttete Ruinen, Friedhöfe unter bebauten Feldern zu erkennen. Durch diese Aufnahmen war es beispielsweise möglich, Gräber ermordeter polnischer Offiziere in der Nähe von Charkow zu entdecken und die Leichen zu exhumieren. In der Nähe von Kiew entdeckte man bei den Orten Bykivina, Bielhorodka, Darnitsa und anderen zahlreiche Massengräber aus den dreißiger Jahren. In der Schlucht von Babi Yar war nichts zu entdecken. Man zog eine weitere Aufnahme von Babi Yar aus dem Jahr 1944 zum Vergleich heran; sie war am 18. Juni gemacht worden und zeigt, daß die Flora den fünf Jahren entsprechend gewachsen, aber sonst keinerlei Veränderung zu sehen war. Ein Massengrab von 33000 oder gar 100000 anzulegen, die Leichen wieder zu exhumieren, zu verbrennen und die zusammengeschobenen Knochen wieder in die Erde zu walzen, hinterläßt Spuren, die selbst die so tüchtigen Deutschen nicht vermeiden können.

Selbst bei den Nürnberger Prozessen waren die Richter von einem deutschen Massaker ebenso wenig überzeugt wie von Katyn. Archivberichte enthüllen, daß die Greuelpropaganda von Katyn, Babi Yar, ebenso wie die Millionen Toten in Auschwitz und 1,5 Millionen in Maidanek von dem berüchtigten Ilja Ehrenburg und Wassily Grossmann stammen (siehe Ehrenburgs Roman »Der Sturm« aus 1947).

Es ist eine alte Erkenntnis, daß man das, was man nicht beweisen kann, auch nicht zu widerlegen vermag. Mit der Behauptung von der Beseitigung aller Spuren durch russische Kriegsgefangene enthoben sich die Urheber dieser Greueltat der Möglichkeit, ihre Behauptungen zu beweisen.

Dank der Luftaufnahmen und dank der Aufklärungsschrift des Herrn Michael Nikiforuk, Vorsitzender des Forschungsausschußes Babi Yar der »Ukrainien Friends of Fairfield Association«, ist nun auch diese größte Massenerschießung im Osten durch deutsche Soldaten oder Einsatzgruppen in Frage gestellt, wenngleich deutsche Gerichtsakten nach wie vor genaue Einzelheiten über die Durchführung des Massakers enthalten, die im wesentlichen auf Aussagen der drei jüdischen russischen Kriegsgefangenen basieren. George Bush und Rita Süßmuth mögen nun offenbaren, woher sie ihre Überzeugungen von dem Massenmord in Babi Yar genommen haben.

Hans Werner Woltersdorf, Remagen-Kripp

Betr.: Neue Weltordnung »Rot ist tot!«, Nr. 12/91

Die kapitalistisch geführten Zeitungen berichten zum Teil sehr einseitig und verschweigen sehr Vieles und betreiben so Zensur, was undemokratisch ist. Sie weisen mit Recht immer wieder darauf hin, wie gefährlich es ist, wenn Kapital mit Hilfe des Zinses zu Größen heranwächst, die nicht mehr kontrolliert werden können. Wenn Waffenschiebereien mit Rauschgift stattfinden, wie Rockefeller und Co. versuchen mit Hilfe des Zinses-Zins-Geld eine Weltdiktatur aufzubauen, wie angesehene Politiker im Solde der »Eine-Weltler« stehen.

Der logische Schluß dieser skandalösen Aufdeckungen sollte doch sein: Daß man gegen diese »Mafiosi« etwas unternimmt, daß man ein Programm aufstellt, wie dieser großen Gefahr, in der sich Deutschland und Europa befindet, entgegnet werden kann! Leider reißt hier bei »Code« der Faden ab. Warum?

Genau genommen geht es hier um Sein oder Nichtsein von Deutschland, um Sein oder Nichtsein, ob wir in Europa noch unabhängig und auf einer ethisch sauberen Ebene leben können, denn Weltbeherrschung nach dem Muster von »Bush« hat gar nichts zu tun mit Kultur. Bush und seine Handlanger haben beim Golfkrieg gezeigt, wie sadistisch ihre Einstellung ist, haben einen Vernichtungskrieg gegen die Natur, gegen ihre eigene Lebensgrundlage, gegen ein unschuldiges Volk geführt und merken in ihrem Wahn nicht, daß sie den Ast, auf dem sie sitzen, absägen.

Wenn Europa sich einigen will, muß es sich zuerst dieser Zinses-Zinsler und Blutsauger entledigen. Aber das ist schneller gesagt als getan, da unsere Regierungen auch schon infiltriert sind von diesem »Bush-Virus«. Dazu kommt noch die weltweite Umweltzerstörung, die zu 90 Prozent auch durch das Zinses-Zins-System verursacht worden ist. Im weiteren kommt noch dazu, wie rücksichtslos die Lebensgrundlage »Boden« verspekuliert, verbetoniert und vergiftet wird. Hier ein Zitat von Helmut Huesgen in »Anders Leben«:

»Wenn der Boden aber die Mutter des Lebens ist, von deren Produkten wir existieren, in den wir am Ende unseres Lebens auch alles Leben wieder zurückgeben, ist das, was wir heute dem Boden antun, ein Verbrechen nicht nur gegen uns selbst, sondern gegen das Leben insgesamt.«

Europa muß sich von Bush's Fehlleitung distanzieren und den Weg gehen, auf dem es einer lebenswerten Zukunft entgegensehen kann und auch der weltweiten Umweltzerstörung Herr werden kann. Es muß auch zu »Brüssel« Nein sagen, dort sitzen auch Bush's Handlanger.

Das kann nur geschehen mit Hilfe einer zinsfreien Wirtschaftsordnung nach dem Muster von Brigitte Cornelius, wenn endlich der »Boden« unsere Lebensgrundlage, als solche bewertet wird und der Mensch wieder beginnt von der Mutter Erde zu lernen. Chemie-Landwirtschaft vergiftet die Böden, zerstört die pflanzliche Vielfalt, zerstört die ureigenen Abwehrmöglichkeiten der Menschen und der Tiere und führt letztendlich zu einem unermeßlichen Medikamentenverbrauch, was zum Untergang der Menschheit führt.

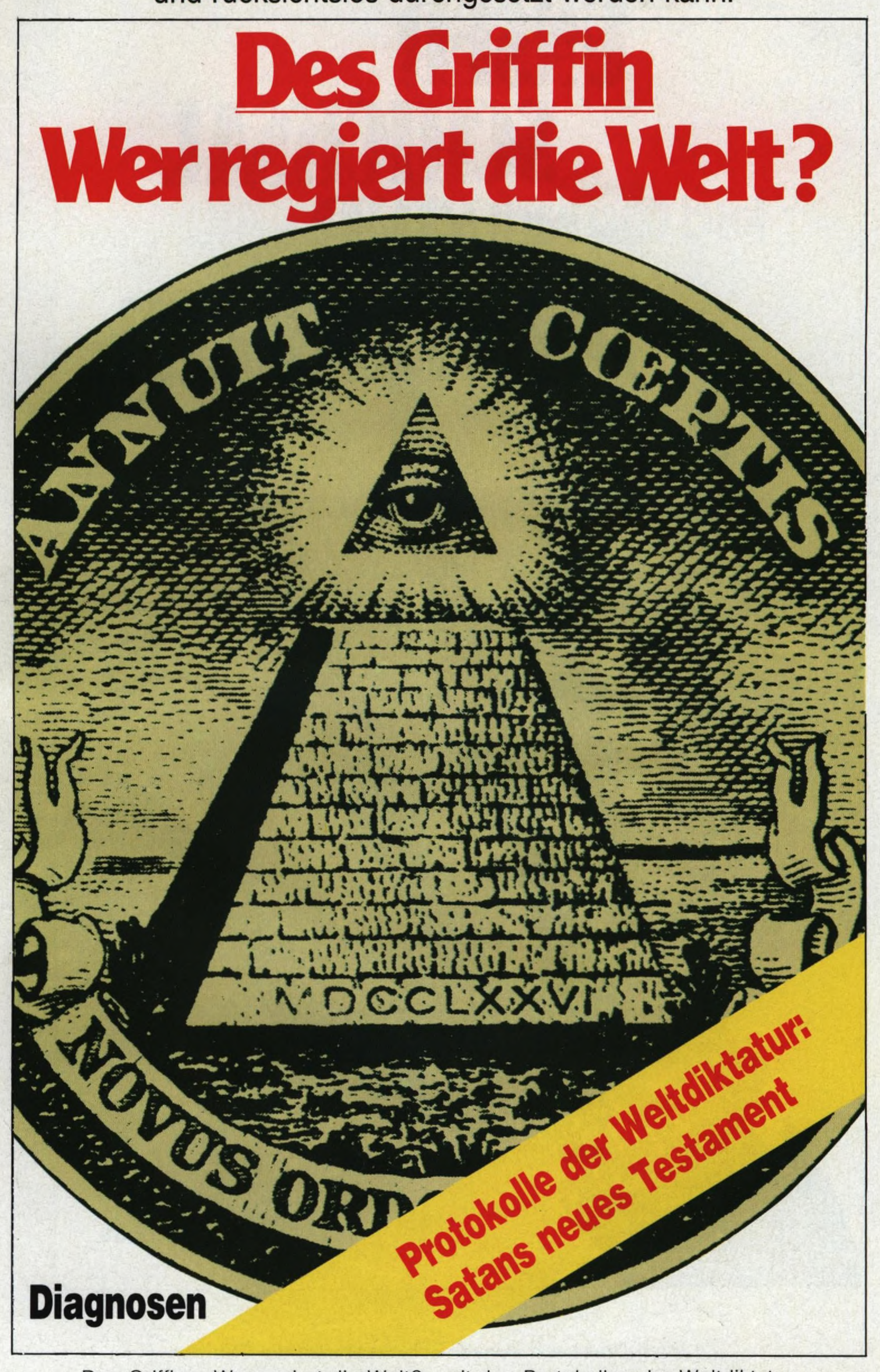
Noch Eines: Die »Eineweltler« haben kein Interesse an einem starken Deutschland, darum wird es von Millionen von Schein-Asylanten überschwemmt, die so die ureigene Lebensgrundlage der deutschen Bevölkerung kaputt machen. Das gleiche Rezept wird auch in der Schweiz praktiziert. Ein weiteres äußerst fragwürdiges Instrument des Zins-Kapitalismus ist die weltweite Verschwendung von tausenden von Milliarden Franken, Mark, Dollar für militärische Zwecke.

Wenn Sie etwas tun wollen für Deutschland und für Europa, dann nehmen Sie bitte Kontakt auf mit Brigitte Cornelius, Moraschstraße 11, D-8913 Schondorf/ Ammersee.

Das Buch heißt »Die Zinsfreie Wirtschaftsordnung, Wege zu Frieden, umweltschonender Wirtschaftsweise, Vollbeschäftigung, Wohlstand für alle?«

S. Wanner, Thun

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 0261/807 06-0, Telex 862 662, Telefax 0261/807 06 54